G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Klaus Naumann
Langsam, aber sicher in den CDU-Staat?

Bastian/Bredthauer/Deile/Frey/Kelly/Mannhardt/
Matthiessen/Quistorp/Wörmann-Adam
Droht die „Nachrüstung" noch?
Gespräch über die Friedensbewegung 1982/83

Bastian/Christie/Costa Gomes/Hartbottle u.a.
Memorandum der Gruppe
Generale für Frieden und Abrüstung

Michael Opperskalski
Kein Friede in Nahost

Christa Herterich
Sozialer Wandel in Frankreich

G.G. Diligenski
Neue sozialpsychologische Tendenzen in der Arbeiterklasse

6'82

Juni 1982 Einzelheft 6,50 Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juni 1982

CHRONIK DES MONATS MAI 1982 641

KOMMENTARE UND BERICHTE

Sozialer Wandel in Frankreich ..... *Christa Herterich* 644

20 Jahre unabhängiges Algerien ..... *Alexander Gschwind* 648

HAUPTAUFSÄTZE

Langsam, aber sicher in den CDU-Staat?
Zu einigen aktuellen Tendenzen im Herrschaftssystem der Bundesrepublik ..... *Klaus Naumann* 652

Droht die „Nachrüstung" noch?
Das Reagan-Angebot, die amerikanische Friedensbewegung und die Chancen der Abrüstung
Ein Rundtischgespräch mit Gert Bastian, Karl D. Bredthauer, Volkmar Deile, Ulrich Frey, Petra K. Kelly, Klaus Mannhardt, Gunnar Matthiessen, Eva Quistorp und Claudia Wörmann-Adam 669

Memorandum der Gruppe Generale für Frieden und Abrüstung, unterbreitet der 2. UN-Sondertagung für Abrüstung
Gert Bastian, General a. D.; Johan Christie, General a. D.; Francisco de Costa Gomes, Marschall; Michael N. Harbottle, General a. D.; Georgios Koumanakos, General a. D.; John Marshall Lee, Admiral a. D.; Michiel Hermann von Meyenfeldt, General a. D.; Antonios Papaspyrou, General a. D.; Miltiades Papathanasiou, General a. D.; Nino Pasti, General a. D.; Antoine Sanguinetti, Admiral a. D.; Michalis Tombopoulos, General a. D.; Günter Vollmer, General a. D. 695

Kein Friede in Nahost ..... *Michael Opperskalski* 705

Gewerkschaften und Staat
Eine rechtspolitische Skizze ..... *Wolfgang Däubler* 716

ALTERNATIVEN

Hochschulpolitik 727

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 1. Vierteljahr 1982 ..... *Jörg Goldberg* 733

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Neue sozialpsychologische Tendenzen in der Arbeiterklasse („Die Arbeiterklasse und die Welt von morgen") ..... *G. G. Diligenski* 737

MEDIENKRITIK

Vor-Kriegs-Kunst ..... *Günter Giesenfeld* 751

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Rede des US-Präsidenten Ronald Reagan in Eureka (Illinois) am 12. Mai 1982 (Auszug betr. Abrüstungsverhandlungen USA–UdSSR) 752

Rede des sowjetischen Partei- und Staatschefs Leonid Breschnew auf dem 19. Komsomol-Kongreß in Moskau am 18. Mai 1982 (Auszug betr. Abrüstungsverhandlungen UdSSR–USA) 753

Offener Brief von Prof. Dr. Christoph Müller an die sozialistischen Mitglieder des Europäischen Parlaments und an die Sozialistische Internationale über den Konflikt zwischen Argentinien und Großbritannien über die Falklandinsel/Malwinen. Mit einem Anhang der UNO-Resolutionen (Wortlaut) 755

Münchener Appell „Gegen Sozialabbau – für Vollbeschäftigung!" (Wortlaut) 764

„Zerstörung der Demokratie – Machtergreifung und Widerstand 1933". Berliner Kulturrat koordiniert: Veranstaltungsprogramm von unten zum Januar 1983 (Wortlaut) 767

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 6/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
WALTER KRECK
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Mai 1982

1. 5. – Argentinien/Großbritannien. Im Gebiet des Südatlantiks kommt es zu ersten Kämpfen zwischen den nach dort entsandten britischen Luft- und Marineeinheiten (vgl. „Blätter" 5/1982, S. 514) und den Streitkräften Argentiniens. Der argentinische Präsident Galtieri erklärt dazu: „Die Briten haben das Feuer auf uns eröffnet . . .; darauf haben wir mit Feuer geantwortet und werden dies auch in Zukunft tun. Die Versuche des Feindes, argentinischen Boden erneut in eine Kolonie zu verwandeln, werden wir stets so beantworten." Großbritannien setzt in den folgenden Tagen seine Vorbereitungen für eine Rückeroberung der Falkland-Inseln (Malwinen) fort, während der britische Außenminister Pym mit der Regierung in Washington und dem UN-Generalsekretär in New York verhandelt. – Am 18. 5. fordert die britische Premierministerin Thatcher im Unterhaus ultimativ eine Entscheidung zur Lösung der Falkland-Krise innerhalb der nächsten ein bis zwei Tage. – Am 21. 5. unternehmen britische See- und Luftstreitkräfte verschiedene Landeoperationen auf den Inseln und bilden dort einen Brückenkopf als Ausgangspunkt für weitere Aktionen. – Am 24. 5. heißt es in einer Antwort von Frau Thatcher auf einen Friedensappell von Papst Johannes Paul II., Großbritannien könne keinem Waffenstillstand zustimmen, solange die argentinischen Truppen nicht von den Inseln abgezogen seien.

3. 5. – UdSSR. Das Parteiorgan „Prawda" schreibt zum Konflikt um die Falkland-Inseln (Malwinen), die Haltung der USA habe zu ei-

ner Ausweitung der Kriegshandlungen im Südatlantik geführt. Washington übe eine „Politik des groben Drucks" gegenüber den Entwicklungsländern aus und die Vermittlungsaktion Haigs (vgl. „Blätter", 5/1982, S. 514) habe Großbritannien einen zeitlichen Vorteil verschafft. – Am 14. 5. übermittelt das Außenministerium der britischen Botschaft eine Note, in der gegen die von der Regierung in London errichtete Sperrzone um die Inseln protestiert wird. Diese Maßnahmen seien widerrechtlich und ein Verstoß gegen die Konvention über die Hohe See aus dem Jahre 1958.

4. 5. – U N O. Die Regierung von Irland beantragt eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates und legt einen Resolutionsentwurf vor, in dem ein Ende des „offenen Krieges" zwischen Großbritannien und Argentinien im Südatlantik und eine sofortige Feuereinstellung auf beiden Seiten verlangt wird. Nach informellen Konsultationen erteilt der Rat UN-Generalsekretär de Cuellar ein Mandat zu Verhandlungen mit beiden Ländern. – Am 20. 5. berichtet der Generalsekretär den Ratsmitgliedern, seine Vermittlungsbemühungen seien bisher ohne Erfolg geblieben. – Am 21. 5. verhandelt der Sicherheitsrat den Falkland-Konflikt erstmals wieder in offizieller Sitzung (zur Resolution 502 vom 3. April d. J. vgl. „Blätter", 5/1982, S. 513) und erneuert am 26. 5. das Mandat für den Generalsekretär zur Fortsetzung seiner „Guten Dienste".

6. 5. – D D R / B R D. Der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker empfängt in Berlin den Ständigen Vertreter der Bundesrepublik, Staatssekretär Klaus Bölling, zu einem Abschiedsbesuch (vgl. „Blätter", 5/1982, S. 515). Bölling erklärt nach der Unterredung, Honekker habe klargemacht, „daß die Führung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland auch in einer sehr schwierigen Großwetterlage in Tuchfühlung bleiben will". – Am 24. 5. überreicht Staatssekretär Otto Bräutigam als neuer Ständiger Vertreter dem DDR-Staatsratsvorsitzenden sein Beglaubigungsschreiben.

– I M F. Der Verwaltungsrat des Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund/IMF) stimmt der Aufnahme Ungarns als 146. Mitglied der Organisation zu. Im Auftrag seiner Regierung unterzeichnet Janos Fekete, stellvertretender Präsident der ungarischen Nationalbank, in Washington das Statut des Fonds.

7.–9. 5. – C h i n a / U S A. Der amerikanische Vizepräsident George Bush hält sich in Peking auf, wo er u. a. mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Deng Xiaoping, Ministerpräsident Zhao Ziyang sowie mit Außenminister Huang Hua zusammentrifft. Anläßlich des Besuches von Bush wird am 9. 5. der Inhalt eines Briefes vom 5. April d. J. veröffentlicht, in dem Präsident Reagan die chinesische Führung auffordert, die „strategische Zusammenarbeit" zwischen Washington und Peking gegenüber der Sowjetunion zu verstärken.

9. 5. – A l g e r i e n. Zum neuen Außenminister wird der frühere Präsidentenberater Ahmed Taleb el-Ibrahimi ernannt. Der bisherige Außenminister, Mohammed Benyahia, war am 3. 5. unter ungeklärten Umständen bei einem Flugzeugabsturz im iranisch-türkischen Grenzgebiet ums Leben gekommen.

12. 5. – N i e d e r l a n d e. Die sechs Kabinettsmitglieder der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (PvdA), unter ihnen der Parteivorsitzende Den Uyl und Außenminister van der Stoel, scheiden aus der Koalitionsregierung mit den Christdemokraten (CDA) und den Demokraten '66 (D'66) aus (vgl. „Blätter", 10/1981, S. 1154). Anlaß der Regierungskrise sind tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschafts- und Sozialpolitik. – Am 28. 5. bildet Ministerpräsident Van Agt (CDA) sein im Parlament in die Minderheit geratenes Kabinett um und übernimmt zusätzlich auch das Außenministerium. Für den Herbst d. J. werden vorzeitige Neuwahlen angekündigt.

13. 5. – A b r ü s t u n g. Die 27. Runde der Verhandlungen über einen Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa beginnt in Wien (vgl. „Blätter", 5/1982, S. 514). Als Sprecher der östlichen Seite erklärt DDR-Botschafter Wieland, entsprechende Vereinbarungen seien angesichts „höchster Konzentration militärischer Potentiale" aktuell und dringlich.

16. 5. – J u g o s l a w i e n. Entsprechend dem in der Verfassung vorgesehenen Rotationsprinzip werden die Vorsitzenden des Staatspräsidiums (kollektives Staatsoberhaupt) und des Bundesvollzugsrats (Regierung) neu bestimmt. Vorsitzender des Staatspräsidiums wird Petar Stambolic, Ministerpräsidentin wird Milka Planinc. Das Außenministerium übernimmt Lazar Mojsov.

16.–22. 5. – D G B. Der 12. Ordentliche Bundeskongreß („Parlament der Arbeit") des Deutschen Gewerkschaftsbundes tagt in Berlin (West). Die 525 Delegierten verabschieden mehrere Anträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sowie einen Antrag zur Friedenspolitik. Zum Nachfolger des ausscheidenden Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter (vgl. „Blätter", 6/1969, S. 557) wird mit 499 gegen 12 Stimmen bei 7 Enthaltungen Ernst Breit gewählt, bisher Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft.

17. 5. – I s r a e l. Die Regierung von Ministerpräsident Begin verliert ihre bisherige knappe parlamentarische Mehrheit. Nach dem Übertritt von zwei Abgeordneten des regierenden Likud-Blocks zur oppositionellen Arbeiterpartei verfügt die Regierung in der Knesset nur noch über 59 von 120 Sitzen.

– E G. Die Außenminister der Mitgliedstaaten verlängern mit Mehrheit die gegen Argentinien verhängten Sanktionsmaßnahmen um weitere sieben Tage (vgl. „Blätter", 5/1982, S. 514). Die Regierungen Italiens und Irlands verweigern die Zustimmung, die dänische Regierung macht Bedenken geltend. – Am 23. 5. werden die Sanktionen von den EG-Außenministern auf unbefristete Zeit verlängert.

17.–18. 5. – N A T O. Nach einer Sitzung des Komitees für Verteidigungsplanung (6.–7. 5. in Brüssel) tagt in Luxemburg der Nordatlantikrat auf der Ebene der Außenminister. Die Vertreter Griechenlands geben auf beiden Tagungen Vorbehalte zum vereinbarten Schlußkommuniqué zu Protokoll. – Am 30. 5. wird Spanien 16. Vollmitglied der NATO (vgl. „Blätter", 1/1982, S. 4). Der spanische Botschafter hinterlegt in Washington die Beitrittsurkunde.

19.–21. 5. – D D R / A f g h a n i s t a n. Auf Einladung des Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretärs Honecker kommt der afghanische Präsident Babrak Karmal in die DDR. Zum Abschluß des Besuches wird am 21. 5. in Berlin ein „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" zwischen beiden Staaten unterzeichnet, der (bei einer Laufzeit von 20 Jahren) eine Verstärkung der ökonomischen, kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit vorsieht.

20. 5. – R u m ä n i e n. Im Rahmen einer umfassenden Regierungsumbildung werden der bisherige Ministerpräsident Ilie Verdet sowie sechs seiner Stellvertreter abgelöst. Neuer Ministerpräsident wird Constantin Dascalescu, Mitglied des Politbüros der KP Rumäniens.

25. 5. – V a t i k a n. Papst Johannes Paul II. läßt im Vatikan erklären, er werde seine geplante Reise nach Großbritannien (28. 5.–2. 6.) trotz des argentinisch-britischen Konflikts im Südatlantik unternehmen. Eine Begegnung mit Premierminister Frau Thatcher sei nicht vorgesehen. Gleichzeitig wird ein Besuch des Papstes in Argentinien für den 11. und 12. Juni d. J. angekündigt.

27. 5. – U S A / M a r o k k o. Die Außenminister Haig (USA) und Boucetta (Marokko) paraphieren in Washington ein Abkommen, das den Vereinigten Staaten im Falle einer „Krisensituation" die Benutzung marokkanischer Militärstützpunkte gestattet. Der Ausbau der Stützpunkte soll von den USA finanziert werden.

30. 5. – K o l u m b i e n. Als Vertreter der Konservativen Partei wird der Rechtsanwalt Belisario Betancur Cuartas zum neuen Präsidenten gewählt (Amtsantritt 7. August 1982). Der bisherige Präsident, Julio Cesar Turbay Ayala, konnte entsprechend der Verfassung nicht mehr kandidieren.

31. 5. – U S A / U d S S R. In Washington und Moskau wird gleichzeitig folgende Ankündigung veröffentlicht: „Die USA und die UdSSR sind übereingekommen, formelle Verhandlungen über die Begrenzung und Verminderung von strategischen Waffen am 29. Juni 1982 in Genf, Schweiz, aufzunehmen. Die amerikanische Delegation wird von Botschafter Edward Rowny, die sowjetische Delegation von Botschafter V. P. Karpov geleitet. Beide Seiten messen diesen Verhandlungen große Bedeutung bei." Der amerikanische Präsident Reagan hatte am 9. 5. in einer Rede in Eureka (Illinois) einen Zwei-Stufen-Plan für kommende Verhandlungen über die Verringerung strategischer Rüstungen (Strategic Arms Reduction Talks/START) vorgelegt und am 13. 5. auf einer Fernsehpressekonferenz die Ratifizierung des SALT II-Vertrages durch die USA noch einmal abgelehnt. Generalsekretär Breschnew hatte am 18. 5. vor dem Kongreß der Jugendorganisation „Komsomol" in Moskau die sowjetischen Vorstellungen von einem Moratorium (Stationierungsstopp) für Mittelstrekkenraketen im europäischen Teil der Sowjetunion (vgl. „Blätter", 4/1982, S. 386 f.) erläutert (Texte in „Dokumente zum Zeitgeschehen").

Alternativen

Thema: Hochschulpolitik

Die Hochschulen in der Bundesrepublik unterliegen gegenwärtig einem bisher ungeahnten Ausmaß staatlicher Finanzrestriktion. Mittel werden gestrichen, Stellen abgebaut, freigewordene Stellen nicht mehr ausgeschrieben, die Lage der Studenten verschlechtert sich durch steigende Kosten und ungünstigere Studienbedingungen, die Hochschulforschung wird zunehmend ausgetrocknet und in private Trägerschaften ausgegliedert. Damit entziehen sich die Inhalte wissenschaftlicher Tätigkeit immer mehr der öffentlichen Kontrolle, eine Planung von Forschung und Lehre im Interesse der Bevölkerung findet nicht statt. Doch die „Spar"politik, die tatsächlich auf eine enorme Vergeudung von Finanzmitteln und intellektuellen Potenzen hinausläuft, hat noch weitergehende Folgen: sie gefährdet langfristig die Versorgung dieses Landes und seiner Bevölkerung mit wissenschaftlichen Dienstleistungen. Die Restriktionen von heute, legitimiert mit „Studentenbergen" und „Akademikerschwemme", produzieren, so paradox dies klingt, die Bildungskatastrophe von morgen. Und nicht nur das, die gesellschaftliche Funktion von Wissenschaft wird insgesamt gefährdet. Während Wissenschaft zum einen zunehmend privatisiert und zu Profitzwecken eingesetzt und angewendet wird, erfährt die Bevölkerung vornehmlich die negativen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnis in Form von Rüstungsforschung, Umweltverschmutzung, Verschleißprodukten usw. Damit ist der Boden für die Ausbreitung wissenschaftsfeindlicher Haltungen vorbereitet.

Um solchen Tendenzen entgegenzuwirken, hat der „Bund demokratischer Wissenschaftler" (BdWi), der vom 11. bis 13. Juni 1982 in Marburg seine 11. ordentliche Delegiertenkonferenz beging und in diesem Jahr auf eine zehnjährige kontinuierliche Verbandsarbeit zurückblicken kann, die folgenden Leitsätze und Thesen vorgelegt. Sie können helfen, die Diskussion um Alternativen in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik zu beleben. *D. Red.*

Der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) fordert: Abkoppelung der Hochschuletats vom Krisenmanagement der Finanzpolitik und eine umfassende Debatte über das gesellschaftliche Wertesystem

Leitsätze

Die gegenwärtige Haushaltspolitik für die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung ist durch folgenden Gegensatz gekennzeichnet: Während erhebliche Mittel für die privat betriebene Forschung aufgewandt werden und die Bundesrepublik hierin sogar eine internationale Spitzenstellung erreicht hat, werden die Hochschulen in eine strikte Sparpolitik einbezogen. Eine solche enge Verknüpfung der Wissenschaftsfinanzierung mit konjunktur- und fiskalpolitischen Erwägungen und Maßnahmen widerspricht den langfristigen Wirkungsbedingungen von Wissenschaft. Sie muß deshalb aufgegeben werden.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen ist Teil einer ständig bedrohlicher werdenden Massenarbeitslosigkeit. Diese resultiert aus einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die stabilitäts-, fiskal- und währungspolitischen Gesichtspunkten Priorität gegenüber der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit einräumt. Die Sparpolitik an den Hochschulen verschlechterte die Arbeitsbedingungen von Lehrenden und Lernenden.

Der ständige Ausfall bzw. die Fehlleitung wissenschaftlichen Potentials wird Folgen nicht nur für die Hochschulen und Wissenschaftler, sondern für die gesamte Gesellschaft haben. Georg Pichts Prognose einer „Deutschen Bildungskatastrophe" von 1963 ist wieder aktuell. Sie wurde durch die Reformphase nur scheinbar außer Kraft gesetzt.

Die Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte sind kein ausreichender Grund für die gegenwärtig betriebene Einschränkung der Hochschulfinanzierung. Diese ist vielmehr Ausdruck eines politischen Werturteils über die Notwendigkeit wissenschaftlicher Zukunftsinvestitionen in öffentlichen Bildungsstätten. Der Bund demokratischer Wissenschaftler schließt nicht aus, daß auch andere Bereiche einer Abkoppelung vom Krisenmanagement dringend bedürfen. Wenn er diese Notwendigkeit hier ausschließlich für die Hochschulen sichtbar macht, so ergibt sich dies einmal aus seiner wissenschaftspolitischen Aufgabenstellung, zum anderen aber auch daraus, daß die Förderung öffentlich betriebener Wissenschaft eine unabdingbare Voraussetzung für Problemlösungen auch auf anderen Gebieten ist. Der BdWi schlägt eine Debatte über das Wertesystem vor, in dem die Wissenschaften künftig ihren Platz finden sollen. Eine Abkoppelung der Hochschul-Etats vom finanzpolitischen Krisenmanagement hält er für zugleich möglich und notwendig.

1. Die gegenwärtige Sparpolitik im Wissenschaftsbereich ignoriert grundsätzliche Probleme der Zukunftsgestaltung

Die Gestaltung der öffentlichen Haushalte steht seit vielen Monaten im Mittelpunkt der politischen Debatte. Die verabschiedeten Etats folgen einer wirtschaftspolitischen Strategie, welche durch Einschränkung öffentlicher Aufwendungen wieder mehr Raum für weitere private Investitionen schaffen und über diese eine neue Wirtschaftsbelebung erreichen will. Auch wo Sonderausgaben bewilligt werden – wie im sogenannten Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung vom Februar 1982 – werden sie einem solchen Muster eingefügt. Dieses Konzept ist umstritten. In keinem der Staaten, die es gegenwärtig anwenden, hat es bislang zum Erfolg geführt.

Bei der kurzatmigen Lösung fiskalischer Probleme bleiben in der Regel grundsätzliche Probleme der Zukunftsgestaltung unserer Gesellschaft unbeachtet. Dazu gehören:
– die Schaffung ausreichender Qualifikationsgrundlagen für die nachwachsende Generation insbesondere durch Bereitstellung von Ausbildungsplätzen;
– die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit;
– Sicherung der Weiterentwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bürger und des Systems der sozialen Sicherheit;
– Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen;
– Verteidigung des Friedens.

Wissenschaft kann zur Lösung dieser Probleme einen Beitrag leisten durch:
1. Sicherung der technologischen Grundlagen für weiteren gesellschaftlichen Fortschritt;
2. Definition möglicher Perspektiven und Varianten der politischen und sozialen Entwicklung;
3. Bemühungen um die Integration des technischen Fortschritts in soziale Rationalität.
Sie wird solchen Aufgaben nur gerecht werden können, wenn sie in ihrer inneren Organisation frei und demokratisch strukturiert, von Auftraggebern nicht durchgehend oder überwiegend finanziell abhängig ist, ihre gesellschaftlichen Bezüge selbständig wählen kann und zugleich öffentlicher Kritik zugänglich wird. Deshalb müssen die Hochschulen einen zentralen Platz einnehmen, da sie als Stätten öffentlicher Forschung und Lehre mehr als die privat betriebene Forschung dazu geeignet sind, gesellschaftliche Aufgaben auch in ständiger Kommunikation mit der Gesellschaft, für welche sie arbeitet, wahrzunehmen. Die Gestaltung der Haushalte für 1982 verhält sich gegenüber diesen Erfordernissen nicht neutral, sondern widerspricht ihnen. Die Konzeption, welcher sie folgt, ist bislang so wenig bewährt, daß eine Berufung auf diese Strategie – Umverteilung und Einsparung in den öffentlichen Haushalten zugunsten von Unternehmerinvestitionen – eine Vernachlässigung wichtiger Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben keineswegs rechtfertigen kann.

2. Die Auswirkungen der Kürzungspolitik auf die Situation der Wissenschaftler und der Studierenden

Bei den Kürzungen des Bundesetats und der Landeshaushalte für 1982 sind die Hochschulressorts von überdurchschnittlichen Streichungen betroffen. Soweit diese Teiletats in den vergangenen Jahren überhaupt noch wuchsen, geschah dies in geringerem Maße als in den anderen Haushaltsbereichen. In der Regel handelte es sich nur um Fortschreibung von unkündbaren Dauerverpflichtungen. Durchgehend fanden die Aufwendungen für die Hochschulen ihre Grenze in der allgemeinen Entwicklung der öffentlichen Finanzen, sehr häufig werden sie als bevorzugte Reserve für zusätzliche Einschränkungen herangezogen. Die Hochschulen sollen auf lange Sicht ihre steigenden Studentenzahlen mit sinkender Personal- und Sachmittelausstattung bewältigen. In den Haushalten für 1982 wurden zahlreiche Wissenschaftlerstellen gestrichen.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat im November 1981 darauf hingewiesen, daß die Studentenzahlen in den nächsten zehn Jahren um weitere 30 % auf 1,3 Millionen zunehmen werden und daß die staatliche Finanzplanung bislang dieser Tatsache in keiner Weise Rechnung trägt. Der Bund demokratischer Wissenschaftler stimmt der WRK zu, wenn sie auf den Widerspruch hinweist, der zwischen diesem Verhalten und dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder vom 4. November 1977 besteht, „daß besondere Anstrengungen erforderlich seien, um den geburtenstarken Jahrgängen Ausbildungschancen zu eröffnen".

Zu Recht hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft darauf aufmerksam gemacht, daß der sogenannte „Studentenberg" im Jahre 1989 am höchsten sein wird und daß noch 1995 die Zahl der Studierenden so groß sein wird wie 1976/77, als den Universitäten eine Überlastquote auferlegt wurde, die nunmehr für die achtziger Jahre fest eingeplant ist. Die Betreuungsrelation zwischen Hochschullehrern und Studierenden ist – wiederum einer Aufstellung der GEW zufolge – bereits heute ungünstiger als 1960, vor dem Beginn der Hochschulreformen. Bei der Gegenläufigkeit in der Entwicklung von Finanzierung und Studierendenzahlen wird sich dieses Verhältnis laufend verschlechtern.

Über diesen sehr wichtigen Qualifikationsgesichtspunkt hinaus muß festgestellt werden, daß die gegenwärtige und die geplante finanzielle Ausstattung der Hochschulen auch den Erfordernissen einer sachgerechten Pflege und Weiterentwicklung der Wissenschaften nicht gerecht wird, sondern ihr widerspricht.

Das gilt gleichermaßen für Geistes-, Gesellschafts- und Naturwissenschaften. Allerdings prägt sich diese Beeinträchtigung in unterschiedlichen Formen aus: Die naturwissenschaftlichen Fachbereiche und Fakultäten der Universitäten haben tatsächlich die Möglichkeit, ausfallende öffentliche Förderung durch zusätzliche Drittmittel-Einwerbung weitgehend oder völlig wieder auszugleichen. Sie erkaufen dies durch eine immer stärker werdende inhaltliche Abhängigkeit ihrer Arbeit von den Geldgebern. Das aber gefährdet die Berücksichtigung allgemeinerer gesellschaftlicher Interessen oder gewerkschaftlicher Forderungen in der Planung und Praxis von Forschung, die heute mehr denn je Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen hat. Die Schwächung der öffentlichen Finanzierung und Kontrolle in diesen Bereichen ist kaum vereinbar mit den legitimen Aufklärungsansprüchen der Öffentlichkeit an die Natur- und Technikwissenschaften. Das Mißtrauen gegenüber Wissenschaft und Technik ist angesichts ihrer einseitigen Indienstnahme für Rüstungs- und Industrieinteressen sowie zunehmender Kriegsgefahr und Umweltzerstörung in der Bevölkerung sprunghaft gewachsen. Weitere Privatisierung der Forschung und die damit verbundene Rücknahme öffentlicher Kontrolle wird diese Ängste und die Tendenzen von Technikfeindlichkeit weiter begünstigen.

Die staatlich geförderte Privatisierungstendenz von Wissenschaft wird in ihren größten Dimensionen sichtbar, wenn man die gegenläufigen Entwicklungstrends in den Finanzen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, andererseits der Kulturministerien der Länder betrachtet. Auf der einen Seite werden weiterhin öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt, mit welchen die Forschungstätigkeit der Unternehmen gefördert wird, andererseits wird die Hochschulforschung so weit beschnitten, daß sie neben der Lehre kaum noch sichtbar wird, so daß das alte und sinnvolle Postulat der Einheit von Forschung und Lehre zugunsten einer Polarisierung von privater Forschung in der Industrie einerseits, Lehre ohne Forschung bei vielen Professoren an

den Hochschulen andererseits aufgehoben ist. Es ist eine bislang durch nichts gerechtfertigte naive Erwartung, daß aus der in hohem Maße privatisierten, wohl aber mit öffentlichen Mitteln subventionierten Forschung ein Effekt von übergreifendem sozialen Interesse gewonnen werden könne.

In den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ist die Chance eines Ersatzes regulär etatisierter Finanzierung durch Drittmittel vergleichsweise gering. Hier hat aufgrund der Sparpolitik der beste wissenschaftliche Nachwuchs mehrerer Studierendengenerationen bereits die Universitäten verlassen müssen, ohne dort eine Chance zur Weiterqualifikation zu erhalten. Eine Stagnation und Rückbildung ganzer Disziplinen ist absehbar und hat mancherorts bereits begonnen. Als alarmierend muß gelten, daß nunmehr die Friedensforschung und die Wissenschaftsprogramme zur Humanisierung der Arbeitswelt ebenfalls von der Sparpolitik angegriffen worden sind.

Die Tatsache, daß der geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Bereich der Hochschulen finanztechnisch praktisch auf den Aussterbe-Etat gesetzt wurde, bringt bei den Studierenden dieser Fächer Momente jener No-Future-Mentalität, welche insbesondere bei zahlreichen Jugendlichen verbreitet ist, hochgradig zum Ausdruck. Darunter leiden Forschung und Lehre.

Soweit es Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlern gelingt, ihre Forschungen über Drittmittel zu finanzieren, gelten die Bedenken gegenüber der Abhängigkeit von Auftraggebern und geminderter Transparenz auch hier. Es darf nicht verschwiegen werden, daß wissenschaftliche Angestellte, die in solchen Projekten arbeiten, in hohem Maße von den sie beschäftigenden Hochschullehrern abhängig sind, einer stärkeren Ausnutzung ihrer Arbeitskraft unterliegen und weit extensiver Ergebnisse eigener Forschung dem ihnen vorgeordneten Professor zugutekommen lassen müssen als ihre Kollegen, die unmittelbar in einem Arbeitsverhältnis bei der Universität stehen. Auch gelten in diesem Bereich grundsätzlich nur Zeitverträge, die Arbeitsplatzsicherheit ist also minimal.

In hohem Maße wissenschaftsfremd ist die in nahezu allen Disziplinen wieder neu auflebende Konkurrenzpsychose, welche weniger vom Geist produktiven Wettbewerbs als von der Existenzangst zahlreicher Studierender und des wissenschaftlichen Nachwuchses geprägt ist und unter solchen Bedingungen wissenschaftliche Originalität weit häufiger abtötet als fördert.

3. Irrwege

Vorschläge, die Unterfinanzierung der Hochschulen durch deren Privatisierung bzw. Teilprivatisierung – wie sie neuerdings vom „Bund Freiheit der Wissenschaft" und Teilen der CDU/CSU gemacht werden – zu beheben, sind nicht geeignet, die Krise zu beenden, sondern würden sie verschärfen. Die Kombination von Wiedereinführung des Studiengeldes mit ausschließlicher Studienfinanzierung durch Darlehen würde noch nicht einmal zu der von dieser Seite gewünschten wissenschaftlichen, sondern ausschließlich zu einer sozialen Auslese führen, die „Nachfrage" nach im Studium zu erwerbender Bildung letztlich senken und die Universitäten schrumpfen lassen.

Das Heisenberg-Programm, welches ebenfalls Elitеförderung anstrebte, hat – entgegen anderslautenden Meldungen, die sich nur an den Erfolgen der bereits Geförderten orientierten – versagt: es erfaßt einen zu kleinen Kreis von Wissenschaftlern, da die Kombination seiner Kriterien (Höchstalter 33 Jahre, Habilitation) die Tatsache außer acht läßt, daß die mittlerweile sich durchsetzende Austrocknung der Basisfinanzierung (BaFöG, GradFöG) viele potentiell Hochqualifizierte entweder gar nicht oder nur spät zur Habilitation gelangen läßt.

Die Probleme des Wissenschaftsbedarfs können auch nicht durch eine restriktive Konzentration in der Finanzierung zugunsten der Ingenieur- und Technologiewissenschaften gelöst werden. Dies widerspricht der Breite der Anforderungen, die gegenwärtig und in absehbarer Zeit an die Wissenschaften gestellt werden: Rationalisierungsforschung etwa, die ausschließlich als technologisches Problem begriffen und im wesentlichen außerhalb der öffentlichen wissenschaftlichen Einrichtungen betrieben würde, kann – wie es heute weithin geschieht – sehr schnell in Widerspruch zum Ziel der Vollbeschäftigung geraten. Befriedigung umfassender kultureller Interessen ist ohne den operativen Beitrag der Geisteswissenschaften kaum denkbar. Auf dem Felde der Hochschulpolitik ist es verantwortungslos, der Notwendigkeit einer breiten Förderung aller Dis-

ziplinen dadurch auszuweichen, daß man unter haushaltstechnischen Aspekten, aber mit arbeitsmarktpolitischen Vorwänden eine kurzfristige Austrocknung bestimmter Fächer und eine gleichzeitige stärkere Ausdehnung anderer empfiehlt. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, daß noch vor wenigen Monaten Bildungswerbung für die Ingenieurwissenschaften betrieben wurde, nun aber schon wieder vor einer Überfüllung dieser Fächer und dort drohender Arbeitslosigkeit gewarnt wird (so die Westdeutsche Rektorenkonferenz im Februar 1982).

Die Beschäftigungsprobleme von Akademikern können nicht um den Preis einer Einweisung in unterqualifizierte Tätigkeiten gelöst werden. Die Arbeitsplätze müssen den bereits geschaffenen Qualifikationen entsprechen. In diesen Zusammenhang gehört auch die vom BdWi unterstützte Forderung nach Einstellung aller arbeitslosen Lehrer. Der Bund demokratischer Wissenschaftler wendet sich gegen die Tendenz, umgekehrt von den arbeitssuchenden Wissenschaftlern ein Absehen von ihrer erworbenen Qualifikation zu verlangen. Die häufig propagierte Forderung nach der Abkoppelung von Wissenschafts- und Beschäftigungssystem dagegen bedeutet nicht nur im Grunde Verschwendung von Mitteln, die bereits für die Qualifizierung aufgewendet wurden, sondern sie ist auch der Verzicht auf jenes Maß an sozialer Rationalität, aus der die volle Einbringung und Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse gewonnen werden kann.

4. Die Prognose einer „Deutschen Bildungskatastrophe" ist wieder gültig

Als Folge der gegenwärtigen Sparpolitik gegenüber den Hochschulen muß bereits in absehbarer Zukunft eine Unterversorgung der Bundesrepublik mit öffentlich kontrollierter und genutzter Wissenschaft angenommen werden. Die tatsächlich erfolgte große Ausdehnung der Hochschulen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre ist kein Grund zu irgendwelcher Beruhigung. Damals neu geschaffene Kapazitäten können aufgrund gleichzeitig herbeigeführter Strukturverzerrungen in den Hochschulen selbst teilweise nicht ausgelastet werden: Die Auflösung und Einschrumpfung des akademischen Mittelbaus während der siebziger Jahre durch Veränderung der Personalstruktur in einigen Bundesländern („Überleitungen") hatte ihren langfristig wirkenden zentralen Mangel darin, daß sie nicht in erster Linie als eine Demokratisierungs- und Effektivierungsmaßnahme konzipiert war, sondern zugleich als eine Sparmaßnahme. So wurden zwar aus vorhandenen Planstellen neue Professuren geschaffen, die Bereiche der wissenschaftlichen Dienstleistungen und die Qualifikationsstellen aber wurden weitgehend abgeschafft oder bis zur Unkenntlichkeit geschwächt. So ist bereits damals die Universitätsgeschichte um eine ganze Epoche, die mit dem Anfang des 20. Jahrhunderts begann und den wissenschaftlichen Nachwuchs zum unentbehrlichen Faktor im Prozeß der Erkenntnisgewinnung machte, revidiert worden. Die Ausbeutungsverhältnisse in der Ordninarienuniversität dienten zur Rechtfertigung für eine Beschneidungsmaßnahme, bei der Alternativen zu den bisherigen Abhängigkeiten kaum realisiert wurden. Wenn nunmehr der akademische Mittelbau dort, wo er beschnitten worden war, weithin neu entsteht, so geschieht dies auf einer geringeren sozialen Stufe, die durch verminderte Laufbahnchancen (durch Stellenmangel und das Fehlen von freien oder in absehbarer Zeit freiwerdenden Professuren) und das Überwiegen von Zeitverträgen gekennzeichnet ist. Diese Deklassierung wurde im übrigen auch in jenen Bundesländern durchgesetzt, die keine Personalstrukturreform vorgenommen haben.

Insgesamt muß als Ergebnis der bisherigen Entwicklung festgestellt werden, daß ein erheblicher Teil des Forschungs- und wissenschaftlichen Dienstleistungsimpulses, der in der Vergangenheit immer wieder vom wissenschaftlichen Nachwuchs ausging, weitgehend wegfällt.

Die zu Beginn der sechziger Jahre vorausgesehene Bildungskatastrophe erweist sich nach alledem trotz des Booms der darauf folgenden Jahre nicht als eine Fehlprognose: ihr Eintreffen wurde durch die bildungspolitischen Maßnahmen der Folgezeit zunächst zeitlich verlagert. Mit dem späteren faktischen Investitionsstopp im Bildungswesen stellt sich die Situation sogar noch bedenklicher dar, als sie vor knapp zwanzig Jahren dargestellt wurde: 1963 wies Georg Picht darauf hin, daß die Fortschreibung der technologischen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik mit dem bisherigen Einsatz nicht gewährleistet sei.

Jetzt aber kommen zumindest drei weitere Probleme hinzu:

1. Insbesondere auf den Gebieten der Energiegewinnung und -einsparung, des Umweltschutzes, des Gesundheitsschutzes und der in absehbarer Zeit bei Strafe wachsender Kriegsgefahr notwendig werdenden Umwidmung von Rüstungsindustrien werden qualitativ neue Anforderungen an wissenschaftliche Problemlösungen gestellt.

2. Ausbildungsplätze für Abiturienten müssen an den Universitäten geschaffen werden, um nicht zugleich die Qualifizierungs- und Berufschancen der Absolventen von Haupt- und Realschulen nachhaltig zu beeinträchtigen.

3. Zugleich besteht schon jetzt ein sich ständig erhöhender Sockel an Arbeitslosigkeit unter dem wissenschaftlichen und pädagogischen Nachwuchs infolge der Stop- und Go-Politik bei der Finanzierung des Bildungswesens sowie als Folge einer Wirtschaftspolitik, die insgesamt stabilitäts- und fiskalpolitischen Gesichtspunkten vor der Beschäftigungspolitik Vorrang einräumt.

5. Der Abkoppelungs-Vorschlag

Eine Voraussetzung für die Beseitigung und Vermeidung der hier aufgezeigten Gefahren ist nach Auffassung des Bundes demokratischer Wissenschaftler eine Abkoppelung des Hochschul- und Bildungsbereichs vom konjunktur- und fiskal-politischen Krisenmanagement des Bundes und der Länder. Sie wäre allerdings nur sinnvoll innerhalb eines Gesamtkonzepts, das friedenspolitischen Zielen, der Schaffung von Vollbeschäftigung sowie der Sicherung und Weiterentwicklung des erreichten Lebensstandards einen absoluten Vorrang vor angeblich rüstungs- und militär-politischen Notwendigkeiten und der Subventionierung privater Investitionen einräumt.

Eine Abkoppelung wichtiger Ausgabenbereiche von Sparmaßnahmen ist auch in Zeiten geringerer Einnahmen der öffentlichen Hand prinzipiell möglich. Als gegenüber der Gesamtentwicklung der öffentlichen Haushalte praktisch selbständiger Bereich erweist sich von Jahr zu Jahr der Verteidigungshaushalt: reguläre Kürzungen werden durch erfolgreiche Nachforderungen entweder ausgeglichen oder doch gemäßigt.

Letztlich ist die fiskalische Situation niemals ein ausreichender Grund für die Senkung der Ausgaben für lebenswichtige Bereiche. Die Geschichte kennt Beispiele, daß Gesellschaften, die sich neue Aufgaben gestellt hatten, gerade in Zeiten, da ihre Finanzen außerordentlich ungünstig standen, große Anstrengungen für die Förderung von Wissenschaft und Forschung unternommen und neue Bildungsstätten geschaffen haben (so Frankreich nach 1789 und Preußen nach seinen schweren Niederlagen am Anfang des 19. Jahrhunderts). Gegenwärtig entwickelt die neue französische Regierung ehrgeizige und weitreichende Projekte zur Wissenschaftsförderung, die weit über das jemals in der Bundesrepublik Konzipierte hinausgehen und auch die Geistes- und Sozialwissenschaften umfassen.

In der relativen Autonomisierung bestimmter Bereiche öffentlicher Tätigkeit, in der Unterwerfung anderer Sektoren unter die Generaltendenz der Haushaltsentwicklung sowie in der negativen Abkoppelung bestimmter Sparten durch überdurchschnittliche Kürzungen drückt sich das Wertesystem einer Gesellschaft und ihrer politischen Leitungsinstanzen aus.

Der Bund demokratischer Wissenschaftler ruft zu einer Debatte über dieses Wertesystem, auch soweit es die Stellung von Wissenschaft und Bildung betrifft, auf. Seiner Forderung nach einer positiven Abkoppelung der Finanzgestaltung für die Hochschulen von der allgemeinen Haushaltsentwicklung könnte in einem ersten Schritt durch eine Exemtion dieser Bereiche von den nächsten zu erwartenden Streichungsmaßnahmen in den Bundes- und Länderhaushalten – spätestens in den Etats für 1983 – als einer Übergangslösung entsprochen werden. Als weitere Einstiegsmaßnahme in eine wissenschaftsgerechte Prioritätensetzung fordert er die Einbeziehung arbeitssuchender Wissenschaftler in allgemeine Beschäftigungsprogramme.

Sozialer Wandel in Frankreich

Die Chronik ist zusammengestellt, Regierungsstellungnahmen, Äußerungen der Oppositionsparteien, Kommentare und Prognosen sind veröffentlicht. Die bundesdeutsche Presse von Links bis Rechts zeigt sich aus unterschiedlichen Motiven enttäuscht: Weder ist in Frankreich der Sozialismus auf der Tagesordnung, noch konnte von den Verlierern der 81er-Wahlen wenigstens ein kleines nationales Chaos zubereitet werden, das bekanntlich den Beginn des Sozialismus zu begleiten pflegt. Dementsprechend groß ist immer noch die Orientierungslosigkeit der Rechten. Die Koalition der Linksparteien hat sich als regierungsfähig erwiesen, auch bei deutlichen Interessenkollisionen der Partner war ihre Arbeit bisher nicht in Frage gestellt, sind Ministerrücktritte nicht zu verzeichnen. Angesichts der Reformen und Veränderungspläne, die im ersten Jahr auf den Weg gebracht werden konnten, nehmen sich die Stellungnahmen der Regierungsparteien eher bescheiden aus, wenn sie ihren Wählern klar machen wollen, daß Rom auch nicht an einem Tag erbaut worden ist.

Während die Sozialisten stark auf die Giscard-Chiracsche Hinterlassenschaft abheben und die anhaltende Phase internationaler Rezession für die Langsamkeit der Reformierung verantwortlich machen, dabei gleichzeitig mit Stolz auf die soziale Ruhe („Ruhe" und „ruhig" gehören im Moment zu den meistgebrauchten Begriffen) im Lande verweisen und in besserer Selbstdarstellung das Vertrauen der Wähler zu sichern hoffen, betonen die Kommunisten die Fortexistenz der Klassenauseinendersetzungen, fördern auf betrieblicher und kommunaler Ebene die Mobilisierung derer, die diese Regierung installiert haben und erklären die Wiederbelebung und Festigung des Bündnisses aller Linkskräfte zur unerläßlichen Voraussetzung hierzu. Nach Jahrzehnten eindeutiger Oppositionsfunktion gegenüber Regierungen und rechten Parlamentsmehrheiten scheinen die Gewerkschaften (und betrieblichen Parteiorganisationen) große Schwierigkeiten zu haben, sich in ihrer neuen Rolle zu bewegen, d.h. einen konstruktiven Weg jenseits von traditioneller Interessenvertretung und Attentismus gegenüber ihrer Regierung zu beschreiten. Noch sind kaum Anzeichen einer neuen Gemeinsamkeit nach der Wahlniederlage der Linken von 1978 und ihrem Abschied vom „Gemeinsamen Programm", das auch die Gewerkschaften unterstützt hatten, auf Grund der veränderten Lage zu erkennen, manches, so die separarten Maifeiern 1982, spricht sogar für eine Vertiefung der Spaltung in Richtungsgewerkschaften. Wichtige Reformen, etwa die Modifizierung der Arbeiterrechte im Betrieb, werden jedoch die Gewerkschaften zur Hintanstellung ihrer ideologischen Auseinandersetzungen und zur Wiederaufnahme des Dialogs und der Zusammenarbeit zwingen, wie es von CFDT und CGT für Ende Juni nach dem Abschluß ihrer jeweiligen Gewerkschaftskongresse bereits anbgekündigt wurde. Naturgemäß kommen aus den Reihen der organisierten Arbeiter und Angestellten die weitestgehenden Anforderungen an die Regierung, deshalb auch die größte Enttäuschung und die schärfste Kritik, wenn selbst tiefgreifende wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Nationalisieung des gesamten Bankensektors die Gesetze des Kapitals nicht außer Kraft setzen und die gewollten und immer wieder garantierten Profite von heute nicht ohne weiteres die Investitionen und Arbeitsplätze von morgen werden wollen.

So kann man, was die Wirtschafts- und Sozialpolitik und weitere damit eng zusammenhängende Bereiche wie Bildung, Regionalreform, Steuerpolitik usw. angeht, im Stillhalten bzw. Sich-Rühren der Gewerkschaften und der Betriebsgruppen der Regierungsparteien bzw. der Berücksichtigung ihrer Interessen durch die Regierung einen zentralen Prüfstein dafür sehen, wie ernst es die Regierung mit ihren Reformansätzen meint, d.h. ob sich die Bewegungsformen der parlamentarischen Demokratie und die Regierungsverantwortung als Mittel zur Durchführung der Parteiprogramme oder, wie in der Bundesrepublik, als Instrument der Zurückdämmung entwickeln werden. Das erste Regierungsjahr hat noch keine Entwicklungslinie abgeschnitten: Noch ist der Weg offen zwischen einer Regierungstätigkeit im Stil der vorgängigen Expertentechnokratie, nun eben mit sozialem Touch, also einem sozialdemokratischen Weg, und der Aneignung und Inbetriebnahme der hochkonzentrierten Wirtschaftsmacht in staatlicher Hand zu mehr als zur Verwaltung des Defizits, das die Privateigner an Kapitalien hinterlassen haben und weiterhin entstehen lassen können und müssen.

Eine weitere Kursbestimmung wird gerade in diesen Tagen und Wochen fixiert werden: Auf mehreren Kongressen von Arbeiterfunktionären – u.a. Betriebsgruppen der PS, 39. Gewerkschaftstagung der CFDT, 41. Kongreß der CGT im Juni – geht es um die „neuen Rechte der Arbeiter", die nun, wie in der Wahlkampagne versprochen, formuliert, konkretisiert und in der Praxis wahrgenommen werden müssen. Werden diese „neuen Rechte" – was in Frankreich auch schon ein Erfolg wäre – nur eine mit schönen Worten verbrämte Modifizierung der Betriebsverfassung beinhalten (die von den Sozialisten propagierten sog. Solidaritätsverträge sollen das „Bürgerrecht" im Betrieb verankern, den Konflikt durch den Vertrag ersetzen, bestimmte Rechte der Betriebskräfte, so bei Entlassungen, erweitern, Vertrauensleute einführen und in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten eine jährliche Betriebsversammlung obligatorisch machen, die über Löhne und Arbeitsbedingungen berät), oder werden es, so die weitergehende Forderung, Mitwirkungsrechte sein, die Mitbestimmung über Art und Weise der Produktion, Umfang der Produktion, Qualität und Qualifizierung, ja Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen Unternehmens bedeuten und deshalb die Grenzen des Einzelbetriebs überschreiten müßten? Wirtschaftspläne, Änderung der Betriebsverfassung und vor allem die Größe und Erweiterung des staatlichen Sektors sind Instrumente, an deren Handhabung sich entscheiden wird, ob die Reformansätze Verwaltungsmaßnahmen mit ungewissem, da unkontrolliertem Ausgang bleiben sollen oder über die Nationalisierung hinaus auch zu einer Demokratisierung der Wirtschaft führen werden.

Nicht die in der bundesrepublikanischen Presse spektakulär aufgemachte Tatsache, daß im ersten Regierungsjahr so und so viele Banken, Holdings, in- und ausländische Konzerne nationalisiert werden oder Aktienmehrheiten an ihren Gläubiger, den französischen Staat, abgetreten haben, ist in einem Land wie Frankreich, das seit langem Nationalisierungen und planwirtschaftliche Elemente kennt, bemerkenswert. Untersucht werden müßte einerseits die Chronik dieser Ereignisse in ihrer Einbettung in andere Reformaßnahmen bzw. das Hin und Her möglicherweise gegenläufiger Beschlüsse wie Franc-Abwertung im Oktober 1981 oder Steuererleichterung für die Unternehmer im April 1982, andererseits der verstaatlichte Zuwachs vor dem Hintergrund der jeweiligen Wirtschaftszweige, ihrer Lage. Effektivität, Entwicklungsfähigkeit im national-ökonomischen Sinn, aber auch im Sinne einer demokratischen und sozialistischen Perspektive für die Bevölkerung. Beides kann hier nur angerissen werden.

Zunächst einige wichtige Ereignisse aus der *Chronik der Reformen:* Kurz nach dem Amtsantritt François Mitterrands beschließt bereits das 1. Kabinett Pierre Mauroy die Erhöhung der staatlich garantierten Mindestlöhne um 10%, die Erhöhung der Familienbeihilfen um 25%, die Erhöhung der Wohnbeihilfen um 50% sowie die Erhöhung der niedrigsten Altersrente um 20% und legt ein Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm für den öffentlichen Sektor und die Sozialdienste vor. Die zweite Regierung Mauroy nach den Parlamentswahlen im Juni unter Beteiligung von vier kommunistischen Ministern beginnt ihre Arbeit mit einer Serie von Neuernennungen im Direktionsbereich von Rundfunk und Fernsehen (Ende Juli 1981), im Juli und August folgen Beschlüsse über die ausländischen Arbeiter, über beabsichtigte Amnestierungen; Unternehmensverband und Gewerkschaften mit Ausnahme der CGT einigen sich über die Einführung der 39-Stunden-Woche. Der September steht im Zeichen der Nationalisierungen, der Dezentralisierung der Verwaltung (Regionalisierung, Haushaltshoheit der Gemeinden, Abschaffung der Präfekten und ihre Ersetzung durch gewählte Vertretungen und „Kommissare der Republik"), der Arbeitsplatzprogramme u.a. durch Änderungen der Betriebsverfassung. Im Oktober wird der Haushalt 1982 vorgelegt, das Haushaltsdefizit auf 95,4 Mrd. F. erhöht mit dem Ziel, 61000 Arbeitsplätze im staatlichen Sektor und 10000 im Gesundheitswesen zu schaffen sowie Hilfen für Wirtschaft und Forschung bereitzustellen. Die Sozialhilfen werden noch einmal erhöht, das Kulturbudget verdoppelt. Das Energieprogramm soll fortgeschrieben werden. Im Oktober erfolgt auch die Franc-Abwertung um 8,5%. Am 26. Oktober 1981 ratifiziert die Nationalversammlung die Nationalisierung von 36 Banken und 5 Industriegruppen und verabschiedet kurz darauf die Einführung der Vermögenssteuer für festliegende Vermögen über 300000 F., um sie zur Investition zu bewegen. Weitere Maßnahmen in dieser Zeit: Abschaffung der Todesstrafe, Entwurf eines Mieterschutzgesetzes, Beschlüsse zur Berufsausbildung. Im November wird der Sozialversicherungsbeitrag gegen den Willen der FKP um 1% erhöht, das Haushaltsdefizit 1982 auf 73,3 Milliarden reduziert und ein mittelfristiger Wirtschafts- und Sozialplan bis 1983 beschlossen. Außerdem beschließt die Regierung, fortan Sozialreformen nicht über das Parlament laufen zu lassen, sondern auf dem Erlaßweg durchzuführen. Im Dezember werden Wirtschaftspläne für einzelne Industriezweige entwickelt (Maschinenindustrie, Landwirtschaft) sowie ein Programm zur Berufsausbildung arbeitsloser Jugendlicher. Am 13. Januar 1982 erläßt die Regierung Bestimmungen über die Einführung der 39-Stunden-Woche, der 5. Urlaubswoche und die Teilzeitarbeit. Der Gesundheitsminister kündigt die Abschaffung der Privatstationen im Krankenhaus an. Am 16. Januar weist der Verfassungsausschuß das Gesetz über die Nationalisierungen zurück und fordert vor allem höhere Entschädigungen für die Aktionäre. Im Januar hat die Rechte Erfolge bei Teilwahlen, im Januar und Februar finden zahlreiche betriebliche Aktionen für die Einführung der 39-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich statt. Ende Januar nimmt die Nationalversammlung das Dezentralisierungsgesetz endgültig an, am 11. Februar ratifiziert der Verfassungsausschuß den redigierten Gesetzestext über die Nationalisierungen. Weitere Maßnahmen bis heute: Erlaß über Steuererleichterungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie, Ernennung der Direktoren der verstaatlichten Banken und Gesellschaften, weitere Erhöhung der Mindestlöhne um 1%, Entwürfe über die Anpassung der Sparguthaben, die sozialen Rechte und die Berufsausbildung in Handwerk und Handel, Abschaffung der Militärtribunale, Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre, Erhöhung des Forschungsetats auf 2,5% des Bruttosozial-

produkts bis 1985, die Verwaltungsreform, ein Mediengesetz etc. Dazwischen liegen Wahlverluste der Linken bei Regionalwahlen im März sowie Steuererleichterungen für die Unternehmen im April. Das zweite Jahr beginnt mit der Auseinandersetzung um die Medienpolitik und der Konkretisierung der „neuen Rechte der Arbeiter" im Betrieb mit den oben beschriebenen Folgen.

Zurück zu den *Nationalisierungen,* dem Kern des Reformprogramms und Schauplatz der Entscheidungen für die Zukunft. Ziel der Nationalisierungen war die Förderung der Investitionstätigkeit (Krediterleichterung etc.) zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, je nach Standpunkt mehr oder weniger erwünschter Nebeneffekt ist die Möglichkeit zur Einführung der Demokratie und des sozialen Fortschritts im Betrieb. Aber, so Industrieminister Pierre Dreyfus, meist schaffen nicht die Großkonzerne neue Arbeitsplätze, sondern ihr Aufschwung belebt zugleich Kleinbetriebe des Zulieferer- und Zwischenhandels und schafft dort Arbeitsplätze. So stehen die Hauptprogrammpunkte der Wirtschaftspolitik, d. h. „Rückgewinnung des Binnenmarktes", Investitionssteigerung, Exportsteigerung, Wirtschaftspläne, Arbeitsbeschaffungsprogramme, Kampf gegen die Entindustrialisierung bestimmter Regionen nicht in Widerspruch zueinander, sondern in wechselseitiger Abhängigkeit, vorausgesetzt, daß die angestrebte Wiedergewinnung der „Wettbewerbsfähigkeit" der französischen Industrie nicht durch protektionistische Verwaltungsmaßnahmen vonstatten geht, sondern Subventionen, Steuererleichterungen, Kreditvergabe sehr viel deutlicher als bisher an Investitionsmaßnahmen gekoppelt und Kontrollmöglichkeiten durch die Beschäftigten und ihre Organisationen eingeführt werden. Wie sieht es in den einzelnen Branchen aus?

Transportsektor/Rüstung: Im Schiffsbau sind Produktion und Ausfuhr sinkend, im Luftfahrtsektor (80 % verstaatlicht) stark steigend, in der Automobilindustrie (33 % verstaatlicht) sinken die Investitionen, der Import nimmt zu. *Bausektor:* Rückläufig sind Wohnungsbau, Restaurierung, Modernisierung sowie Straßenbau, nur der Kernkraftwerkbau steigend. Belebung wird erwartet durch die Nationalisierung von Glas- und Baumaterial erzeugenden Gruppen. *Elektro- und Elektronikindustrie:* 32 % in Staatsbesitz, neuerdings Honeywell-Bull. Es gibt ehrgeizige Pläne über eine Verdoppelung der Kapazität bis 1986, die Schaffung von 200 000 Arbeitsplätzen bis 1990. Dieser Sektor ist grundlegend für die Modernisierung der Infrastruktur aller anderen Branchen, an ihm machen sich die meisten Pläne und Hoffnungen fest. *Metallurgie, Eisenindustrie, einschließlich Brennstoffsektor aller Arten:* EG-abhängig und exportorientiert (40 %). Insgesamt eine positive Bilanz, da auch Kernbrennstoffe eingeschlossen. 36 % sind nationalisiert, in der Metallgewinnung und Primärverarbeitung von Eisen über 70 %. *Mechanische Industrie, Maschinenbau:* Hier ist der Export zwischen 1978 und 1980 um 55 % gesunken. Negativ ist die Entwicklung für Präzisionsinstrumente, Landmaschinen (mehr als die Hälfte in ausländischem Besitz), Werkzeugmaschinen; leicht steigend nur Industrieausstattungen. Der Import nimmt stark zu. Der vorliegende Wirtschaftsplan greift noch nicht. *Chemie, Glas, Gummi:* 32 % verstaatlicht. Die Entwicklungsmöglichkeiten sind nicht schlecht. Neu hinzugekommen zum staatlichen Sektor ist Roussel-Uclaf. In der Pharmazie übersteigt der ausländische Anteil noch 50 %. *Energie, Produktion und Verteilung:* 62 % nationalisiert. Ein Energieplan 1981–1990 liegt vor. – Am Ende der Leiter der Bilanz liegen folgende Branchen: *Holz, Papier, Möbel, Druckgewerbe, Spielzeug etc.:* Wiewohl Frankreich das waldreichste Land der EG, ist dieser Sektor nicht konkurrenzfähig. Hilfsmaßnahmen sind für August angekündigt, bisher nur 2,5 % nationalisiert. Ebenfalls tief in der Krise befinden sich *Textil-, Leder-, Schuhindu-*

strie: 3% sind nationalisiert, ein Wirtschaftsplan liegt vor. Hier ist der Konsum stark von der Massenkaufkraft abhängig, Billigimporte haben zwischen 1974 und 1980 200 000 Arbeitsplätze vernichtet. Nur 4% der Betriebe haben mehr als 500 Beschäftigte (meist mit Auslandsbeteiligung), aber diese Betriebe stellen 35% der Gesamtproduktion. *Agrarsektor, Lebensmittel:* Zweitwichtigster Zweig nach dem Automobilexport. Der staatliche Anteil wird nicht bekanntegegeben. Kleinbetriebe, stark dominiert von wenigen multinationalen und ausländischen Konzernen, Kooperativen. EG-abhängig, Überschußproduktion. Ein noch umstrittener Agrarplan ist ausgearbeitet. Gute Entwicklungschancen ergeben sich durch die Förderung der Agrarchemie, die Entwicklung der Technologie, Umweltschutzaufgaben und die Kooperation mit Ländern der Dritten Welt.

Auch wenn sich noch rund 60% des Kapitals in Privatbesitz befinden und die Regierung bisher erst einen Bruchteil der Nationalisierungen, die einst im „Gemeinsamen Programm" geplant waren, durchgeführt hat, ergibt sich im Gesamtüberblick eine derartige ökonomische Machtkonzentration unter staatlicher Verantwortung, daß alle Variablen der Entwicklung – internationale Konjunktur; Entwicklung der Sozialistischen Partei; Entwicklung des Wählerverhaltens etc. – politisch steuerbar sein könnten. Mit der Einbeziehung von Kommunisten in die Regierung, einer in Europa bisher nur in Zeiten höchster nationaler Not erfolgten Maßnahme, haben die französischen Sozialisten ein Zeichen gesetzt.

Sollte die Anstrengung dieser Koalition auf Grund des Kräfteverhältnisses zwischen den Linksparteien nur auf die Verwaltung der Krise hinauslaufen, so führt sie uns in der Bundesrepublik doch zumindest vor Augen, daß es eine andere Art des Krisenmanagements gibt als die Methode des permanenten und radikalen Sozialabbaus.

Christa Herterich

20 Jahre unabhängiges Algerien

Am 5. Juli dieses Jahres begeht die Demokratische Volksrepublik Algerien den zwanzigsten Jahrestag ihrer Gründung. In der Geschichte des Befreiungskampfes der Völker der Dritten Welt häufen sich zwar zu Beginn der 60er Jahre die Stichdaten. Dieser Sommertag des Jahres 1962 darf, von heute aus betrachtet erst recht, als ganz besonderer Markstein gelten.

Wohl nur noch das vietnamesische Volk hat einen größeren Blutzoll für seine Unabhängigkeit bezahlt: die Schätzungen schwanken bis heute zwischen einer und 1,5 Millionen Toten; 3 Millionen Zwangsumgesiedelte, 400 000 politische Gefangene und 300 000 Flüchtlinge in Tunesien und Marokko sind dem hinzuzurechnen. Was die siebeneinhalb Jahre Befreiungskrieg im Bewußtsein des algerischen Volkes wirklich hinterließen, ist dabei in Zahlen gar nicht auszudrücken. Am Ende dieses Kampfes erbte es von den abziehenden französischen Kolonisatoren ein einziges Trümmerfeld; ein Bild, das im übrigen auch die soziale und ökonomische Situation des Landes wiedergibt. Auf mindestens 17 Mrd. neue französiche Franken wurde damals der Investitionsbedarf geschätzt, um Landwirtschaft und Industrie überhaupt wieder in Gang zu bringen, – Geld, das der junge Staat selbstverständlich nicht hatte und das ihm so ohne weiteres auch niemand vorschießen mochte.

Als wären es der äußeren Schwierigkeiten nicht schon genug gewesen, leistete man sich unmittelbar vor und nach der Unabhängigkeit auch noch den Luxus eines Bruderzwistes in der Nationalen Befreiungsfront FLN. Die FLN als breites Bündnis aller am Unabhängigkeitskampf beteiligten politischen Kräfte drohte im

Moment ihres Triumphes auseinanderzubrechen. Bei der Verteilung der Macht im neuen Staat versuchten sich verschiedene Fraktionen gegenseitig auszuschalten oder doch zuvorzukommen. Namentlich Politiker wie Ferhat Abbas und Ben Khedda, die sich am eigentlichen Kampf nie beteiligt hatten und den Krieg im sicheren Exil als mehr oder weniger aufgeblasene Vertreter der provisorischen Revolutionsregierung überstanden, legten sich mit der Befreiungsarmee ALN des Obersten Boumedienne an und versuchten die historische FLN-Führung um Ahmed Ben Bella auszutricksen. Der Wachsamkeit und Entschlossenheit der ALN-Kommandanten war es zu verdanken, daß diese Manöver keinen Erfolg hatten. Dennoch hinterließen diese Machtkämpfe im Juli/August 1962 eine Irritation an der Basis.

Schwierig wie der Start blieben auch die ersten Jahre der jungen Republik. Es zeigte sich bald, wie schlecht die FLN auf die Nachkriegsphase vorbereitet war. Die meisten ihrer Kader hatten nie etwas anderes gelernt, als mit der Waffe in der Hand zu kämpfen; den Anforderungen des Aufbaues eines modernen Staatswesens aus dem Nichts waren sie nicht gewachsen. Der Sinn stand vielen nach den Früchten des Sieges und nicht nach neuen Anstrengungen. Die Probleme, die auftraten, allein darauf zurückzuführen, wäre freilich unkorrekt. Manches scheiterte im Gegenteil am Anspruch, in den ersten Wochen und Monaten der Unabhängigkeit gleich alles verwirklichen zu wollen, was man sich in den Revolutionsprogrammen von Soummam (1957) und Tripolis (Frühjahr 1962) vorgenommen hatte. Oft blieb deshalb die noch im Aufbau begriffene Staatsverwaltung weit hinter der spontanen Aktion der Massen zurück. 950 000 ha Land wurden da etwa von den Fellachen spontan besetzt und unter den Pflug genommen, lange bevor die Landreformdekrete vom März 1963 ein bißchen Ordnung in diesen Prozeß brachten. Trotzdem – oder gerade deshalb? – wurden 1962 und 1963 Rekordernten von 22 bzw. 25 Millionen Tonnen Getreide eingebracht! In „wilder" und regulärer Landreform kamen schließlich 2,7 Millionen ha unter bäuerliche Selbstverwaltung. Die zur Konsolidierung der neuen Produktionsform notwendigen Infrastrukturen konnten aber von den zuständigen Stellen wiederum nicht rechtzeitig und im nötigen Umfange bereitgestellt werden. Die Erträge sanken deshalb bald wieder ab, der Gründer-Elan verflüchtigte sich sehr schnell, und die Schwierigkeiten begannen sich zu häufen.

Ähnliches spielte sich auch in anderen Sparten ab: in den demontierten Fabriken, im Gesundheitswesen, den Bildungseinrichtungen und – vor allem – in den Massen-Organisationen und der FLN-Partei selbst. Die FLN bestand sehr bald nur noch aus einem „Politbüro", das bis zum ersten Nachkriegskongreß vom April 1964 keinerlei demokratische Legitimation besaß und von Ben Bella und seinen engsten Freunden mehr oder weniger nach eigenem Gutdünken und Belieben zusammengestellt worden war. Voluntarismus und Willkür entwickelten sich mehr und mehr zu den fragwürdigen Hauptmerkmalen dieses Regimes: die Absetzung, Zwangsexilierung oder gar Einkerkerung mißliebiger Genossen häufte sich. Dafür begannen zum Teil Ausländer in führende Positionen aufzurücken (namentlich aus dem Umfeld der IV. Internationale). Ausgespart von solchen „Säuberungsaktionen" blieb zunächst einzig die Armee.

Als sich ihre Repräsentanten am und nach dem FLN-Kongreß vom Frühjahr 1964 kritisch mit dem Führungsstil der Ben Bella-Fraktion auseinanderzusetzen begannen, versuchte diese sich mit dem Aufbau neuer Milizen ein eigenes Macht- und Interventionsinstrument zuzulegen. Zum offenen Konflikt kam es dann im Frühjahr 1965, als Ben Bella den Außenminister und Armee-Vertrauensmann

Abdelaziz Bouteflika bei der Vorbereitung einer Blockfreien-Konferenz auszuschalten versuchte.

Am 19. Juni 1965 ergriffen die Streitkräfte unter Oberst Boumedienne die Macht und setzten einen 26-köpfigen Revolutionsrat ein, der die Geschicke des Landes während beinahe zwölf Jahren bestimmen sollte. Dessen umfassendes Reorganisationswerk im institutionellen und ökonomischen Bereich ist an dieser Stelle bei anderer Gelegenheit ausführlich gewürdigt worden (vgl. „Blätter", 10/1978, S. 1238 ff.) In Erinnerung gerufen sei hier nur, daß in diese Periode so entscheidende Etappen wie der Aufbau einer leistungsfähigen nationalen Industrie, die Nationalisierung des Erdöls und aller Bodenschätze, eine zweite Landreform, die Einführung des Selbstverwaltungsprinzips im gesamten staatlichen Sektor, der Aufbau eines modernen Verkehrssystems und die sukzessive Herausbildung einer neuen Staatsstruktur fallen. Die breite Diskussion einer neuen Nationalcharta und deren massive Annahme in einem Referendum ebnete 1976 dann den Weg zur Rückkehr zu einer modernen Präsidialdemokratie. Festgeschrieben ist sie in der Ende desselben Jahres verabschiedeten Verfassung. Anfang 1977 wurde Hourari Boumedienne in freier Volkswahl als Präsident bestätigt und kurz darauf auch eine neue Nationalversammlung bestellt. Der Revolutionsrat löste sich daraufhin selbst auf.

Die neuen Institutionen wurden schon sehr bald auf eine harte Probe gestellt: Ende 1978 wurde Präsident Boumedienne von einer heimtückischen Krankheit dahingerafft. Obwohl der Nation dadurch ein ganz erheblicher Schock versetzt wurde und für Momente auch wieder das Gespenst neuer Machtkämpfe auf dem Rücken des Volkes an die Wand gemalt wurde, konnte die Nachfolge in äußerst besonnener Atmosphäre geregelt werden. Der von einem außerordentlichen FLN-Kongreß Ende Januar 1979 nominierte Chadli Benjeddid wurde am 7. Februar 1979 vom Volk mit überwältigender Mehrheit zum dritten Präsidenten der Republik gewählt. Er hat seither das Reformwerk seines Vorgängers entschlossen fortgeführt und gleichzeitig mit großer Umsicht einen Prozeß der nationalen Versöhnung eingeleitet. So wurden etwa die Hausarreste gegen die ehemaligen FLN-Führer Ferhat Abbas und Ben Khedda aufgehoben, der Ex-Präsident Ben Bella aus seiner jahrelangen Sicherheitshaft entlassen, ohne daß die Betreffenden freilich bis heute ihre Positionen entscheidend revidiert hätten. Das System ist mittlerweile aber offensichtlich so stabil und breit abgestützt, daß ihm die anhaltende Agitation dieser „Männer der Vergangenheit" nichts mehr anzuhaben vermag. Ausdruck dieser Festigung ist auch die Fähigkeit, eigene Fehler öffentlich zuzugestehen. Politiker wie Bouteflika und Abdessallam, die sich Machtmißbräuche und Veruntreuung von Volkseigentum zu schulden hatten kommen lassen, wurden von der FLN in regulären Disziplinarverfahren aus ihren Positionen entfernt, ohne daß daraus neue Krisen entstanden wären.

Seit Sommer 1980 hat die FLN auch wieder ein demokratisch legitimertes Statut, das wesentlich dazu beigetragen hat, die Führungsrolle der Partei im algerischen Staat zu verankern. Ausdruck dafür sind nun wieder regelmäßig stattfindende Sitzungen des Zentralkomitees, die an der Basis sorgfältig vorbereitet werden und deren Ergebnisse ein breites öffentliches Interesse finden. Im März dieses Jahres ist die Nationalversammlung zum erstenmal erneuert worden, wobei die FLN den Wählern für jeden Sitz drei Kandidaten präsentierte. Eine beachtliche Zahl nicht wieder nominierter oder vom Volk abgewählter Abgeordneter zeugt von der politischen Reife der Algerier.

Blickt man auf diese teilweise turbulenten zwanzig Jahre algerischer Unabhängigkeit zurück, darf auch die weltpoliti-

sche Bedeutung dieser Nation nicht unerwähnt bleiben. Algerien gehört zu den Stammvätern der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und zu den Wortführern der blockfreien Staaten, deren Bewegung von 1973 bis 1976 Houari Boumedienne präsidierte und mit neuem Schwung belebte. Der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung erhielt ebenfalls entscheidende Impulse von algerischer Seite. Obwohl durch seinen Rohstoffreichtum vergleichsweise privilegiert, hat das Land den Kampf gegen die internationale Ausbeutung und die sie zementierende alte imperialistische Weltwirtschaftsordnung zum obersten Ziel seiner Außenpolitik erhoben. Dabei hat es sich aber nicht auf die Hoffnung auf bessere Zeiten beschränkt. Die direkte und konkrete Hilfe an antiimperialistische Bewegungen in aller Welt ist für diese von größter Bedeutung. Das galt für Vietnam, Guinea-Bissau, Angola und Moçambique genauso, wie es heute etwa für die SWAPO in Namibia, die PLO in Palästina oder die POLISARIO in der Westsahara gilt. Diese Hilfe hat weit mehr als symbolischen Charakter und zeichnet sich durch ihre Uneigennützigkeit aus. Ohne sie hätte Algerien beispielsweise seine eigene ökonomische Entwicklung weit rascher vorantreiben können, als es tatsächlich der Fall war. Seine führende Rolle im internationalen Befreiungskampf hat ihm denn auch die erbitterte Feindschaft der imperialistischen Zentralen eingetragen. Die bereits bestehenden und noch geplanten amerikanischen Basen in Marokko und Tunesien richten sich nicht zuletzt gegen die algerische Revolution, und auf den internationalen Rohstoffmärkten wird nichts unversucht gelassen, auch ihre ökonomische Basis zu zerstören. Ein Volk freilich, das in seiner Geschichte soviele innere und äußere Entschlossenheit gewonnen hat, ein solches Volk wird auch damit fertig werden. – „Die letzten 20 Jahre waren nur der Anfang", hört man heute in Algerien immer wieder. Und man darf es getrost glauben.

Alexander Gschwind

Gert Bastian

Atomtod oder Europäische Sicherheitsgemeinschaft

160 Seiten, DM 10,—

Seit seinem Memorandum vom Januar 1980 („Warum ich die Nachrüstung ablehne"), mit dem er sich unmittelbar nach dem folgenschweren NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 warnend an Verteidigungsminister Apel wandte, ist Generalmajor a.D. Gert Bastian als einer der ersten und konsequentesten Kritiker der „Nach"rüstung aus der neuen, ganz Europa und zunehmend auch die USA erfassenden Friedensbewegung nicht mehr wegzudenken.

In diesem Buch sind wesentliche Beiträge General Bastians zur Kritik an der „Nach"rüstung und zu den Alternativen der Friedensbewegung erstmals in übersichtlicher, handlicher Form zusammengetragen. Das Buch ist Dokumentation, Nachlesebuch und Arbeitsmaterial in einem.

Pahl-Rugenstein

Langsam, aber sicher in den CDU-Staat?

Zu einigen aktuellen Tendenzen im Herrschaftssystem der Bundesrepublik

Von Klaus Naumann

Zumindest einige Experten im Bonner Kanzleramt wissen, was der bundesdeutsche Wähler will. Eine kürzlich veröffentlichte interne Studie mit „Überlegungen zu einer außen-/gesellschaftspolitischen Kontroverse"[1]) legt in knappen Worten dar, was bislang als interessierte Stimmungsmache linker Meinungsmacher gehandelt worden war. „Aus Umfragen wissen wir", heißt es da, „daß die Mehrheit unserer Bevölkerung folgende Einstellungen hat: Sie ist für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik. . Sie ist für Abrüstungsverhandlungen. Sie ist für eine militärische, nicht aber gesellschaftspolitische Anlehnung an die USA. . . Sie ist für eine eigenständige Politik der Bundesregierung gegenüber den USA. Sie ist für verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion . . .". Mehr noch, die Verfasser der Studie kennen auch die für die Koalition „belastenden Themen wie Arbeitslosigkeit, wachsende Haushaltsdefizite, Haushalt '83, Spendenaffäre, Neue Heimat, Ausländerproblematik etc." Die Alternativvorschläge, die die Autoren dem Kanzler anbieten, wollen mit dem Aufruf des Münchener SPD-Parteitages zu einem „Aufbruch nach vorn" offensichtlich ernst machen. Sie schlagen vor, in eine außenpolitische Kontroverse einzutreten und erhoffen sich davon positive Rückwirkungen auf die Gesellschaftspolitik, auf den Zusammenhalt der sozialliberalen Koalition und auf die Stabilisierung dieses Bündnisses in den kommenden Landtags- und Bundestagswahlen.

Ähnlich wie bei den Bundestagswahlen 1976 oder vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 1980 sollen die heiklen Themen durch eine außenpolitische Diskussion „überlagert" werden. Man erhofft sich daraus erneuten Zuspruch in der Wählerschaft. Mag man auch, gerade nach den Hamburger Wahlen, gegenüber einer derart kurzfristigen wahlpolitischen Taktik skeptisch sein – die Positionen, die die Verfasser ins Feld führen, verdienen alle Aufmerksamkeit und könnten bei konsequenter Realisierung geeignet sein, der Bundesregierung wieder etwas mehr Spielraum zu verschaffen.

Zumindest aber sind sie der beste Beweis für die Wirksamkeit des politischen Drucks, den die Friedensbewegung in den letzten zwei Jahren entfaltet hat. Denn was die Verfasser der Studie dem Bundeskanzler nahelegen, entspricht in großen Zügen essentiellen Forderungen der Friedensbewegung. Es ist „erforderlich, sich gegen den gesellschaftspolitischen Trend in den USA (und Großbritannien), aber auch gegen gewisse außenpolitische Tendenzen zu stellen, auf mehr Eigenständigkeit Europas/der Bundesrepublik zu pochen

1) Vgl. die Veröffentlichung des Wortlauts der Studie in: „Der Spiegel", 20/1982, S. 22 f.

und dabei Konflikte mit der neokonservativen Ideologie und den Reagan-/Thatcher-Administrationen. . . aufzunehmen." Den USA wird vorgeworfen, sie setzten die „Entspannungspolitik aufs Spiel", majorisierten das Nato-Bündnis („Die Allianz ist nicht ein Instrument der USA.") und mißachteten die „besondere Interessenlage der Bundesrepublik" in den Bereichen der Deutschlands-, Abrüstungs-, Wirtschafts- und Energiepolitik. Im Unterschied zu den USA seien in der Bundesrepublik die Rolle der Gewerkschaften, die „Sorge um die Arbeitslosigkeit", die soziale Sicherheit und Solidarität mit größerer Aufmerksamkeit zu behandeln. Mit anderen Worten, die Autoren machen Front gegen die Krisenrezepte der Reaganomics und des Thatcherismus. Sie warnen davor, eine Kontroverse über diese politischen Positionen als „Strohfeuer" oder als „ein wahltaktisches Manöver" erscheinen zu lassen.

Solche Zeichen sozialliberalen Überlebenswillens werfen einige grundsätzliche Fragen auf über die Perspektiven der Bundesregierung und des Herrschaftssystems. Befinden wir uns in einem langsamen, aber sicheren Übergang zu einem CDU-Staat oder kann der Wechsel doch noch verhindert werden? Welches sind die Mittel, um eine weitere Rechtsentwicklung zu verhindern? Läßt sich eine Veränderung der politischen Linie in diesem Land überhaupt ‚von oben' durchsetzen?

Kernpunkt jedes Versuchs, außenpoilitisch durch einen Kurswechsel in die Offensive zu kommen und Rückhalt in der Wählerschaft zu finden, wird das Verhältnis der Bundesregierung zum Nato-Doppelbeschluß sein. Ohne ein Abgehen von der „Nachrüstung" wird sich nichts grundsätzlich ändern. Die Verfasser der Kanzleramtsstudie haben dies freilich ausgeklammert. Hier liegen denn auch die wesentlichen Probleme (aber auch die entscheidenden Chancen) der SPD-geführten Bundesregierung. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sein Amt an den „Nachrüstungs"beschluß gebunden. Solange er das nicht revidiert, wird nichts zu machen sein . . .

Die Politik der Bundesregierung läuft in entgegengesetzter Richtung. Der Nato-Gipfel in Bonn wird den Doppelbeschluß einmal mehr bekräftigen und die Verhandlungensangebote Reagans mit der Weihe kollektiver Erklärungen versehen. Unterdessen gehen die Stationierungsvorbereitungen (im Bundeshaushalt 1982 allein 500 Mill. DM) in aller Stille weiter, wird das Host Nation Support-Abkommen, das die Stationierung von zehn US-Divisionen im „Spannungsfall" vorsieht und umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen auf bundesdeutscher Seite impliziert, in die Praxis umgesetzt[2]). Die Chance, im Zuge der Falklandkrise, der britischen Eskalationspolitik und ihrer amerikanischen Rückendeckung, zu einer größeren Bewegungsfreiheit Europas und der Bundesrepublik zu kommen, wurde nicht wahrgenommen. Vielmehr tat die Bundesregierung bisher alles, um der britischen Haltung in der Europäischen Gemeinschaft Rückhalt zu verschaffen.

2) Vgl. dazu Bredthauer, Kommen die Amerikaner, in: „Blätter", 3/1982, S. 260 ff. sowie die Meldung der „Frankfurter Allgemeinen" v. 23. 2. 1982, in: ebd., S. 372 f.

Hohl scheint auch die von den Verfassern der Studie geforderte Kontroverse mit der amerikanischen und britischen „neokonservativen" Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bleiben. Zwar hat der SPD-Parteitag in München zu einer Offensive gegen den „Neokonservatismus" aufgerufen[3]), aber alle bisherigen und angekündigten haushalts- und beschäftigungspolitischen Operationen künden vom Gegenteil. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der sozialliberalen Koalition läßt in allen Umrissen die Handschrift der angebotsorientierten bzw. monetaristischen Leitbilder amerikanischer und britischer Provenienz erkennen[4]). Mit der Haushaltsoperation '82 wurde die „Wende" zu einer zunehmenden ökonomischen *und* politischen Umverteilung von Finanzmitteln und Machtmitteln zugunsten der Unternehmerseite eingeleitet. Das sogenannte Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung wird – abgesehen von der Unsicherheit seiner Finanzierung – zwar vier Mrd. DM für Investitionen locker machen, enthält aber keinerlei Garantien hinsichtlich der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze[5]). Beide Maßnahmen zusammengenommen kommen tatsächlich dem Verzicht auf eine Vollbeschäftigungspolitik gleich. Wie bei den „Neokonservativen" bilden die drei Millionen Arbeitslosen,die schon heute zu verzeichnen sind[6]), eine Verfügungsmasse, die den „Selbstheilungskräften des Marktes" überanwortet wird. Obendrein werden die sozialstaatlichen Leistungen demontriert, so daß selbst der ehemalige Arbeitsminister Herbert Ehrenberg nunmehr beklagt, „auch sozialdemokratische Politiker reden immer öfter vom ‚zu üppigen Sozialstaat' und von der Notwendigkeit, nicht nur Mißbräuche zu verhüten, sondern Leistungen zurückzuschneiden"[7]). Die Operation '83, dies ist schon angekündigt, wird dem nicht nachstehen und den SPD-Parteitag eben einen *sozialdemokratischen* Parteitag bleiben lassen, aber keinen *Koalitions*-Parteitag – mit anderen Worten, sie wird ihn zur Folgenlosigkeit verdammen.

Die Chancen für eine außen- und gesellschaftspolitische Kontroverse stehen also von sozialdemokratischer Seite aus gesehen schlecht. Die Folge des Kurses ist, daß das SPD-Profil für die Bevölkerung verschwimmt, der Wechsel nachgerade als „kleineres Übel" erscheint und die Sozialliberalen sich selbst überflüssig machen. Also hängt alles vom Druck der demokratischen Bewegung ab. Das stellt große Anforderungen.

Zu einigen Problemen der demokratischen Bewegung

Wie weit der Erosionsprozeß der Sozialdemokratie inzwischen gediehen ist, verraten einige Daten aus Umfragen. Die Zustimmung für die SPD ist generell

3) Vgl. etwa Glotz, Der Kampf gegen den Neokonservatismus – Über die Ergebnisse des Münchener Parteitags 1982, in: „Die Neue Gesellschaft", 5/1982, S. 410 ff.
4) Vgl. Hickel, Operation '82 – Einstieg in das Zeitalter marktradikaler Flurbereinigung?, in: „druck und papier", 22/1981.
5) Vgl. Huffschmid, „Beschäftigungspolitik" – Oder: Vom Handeln mit Titeln, in: „Die Neue" v. 12. 2. 1982, S. 3.
6) Diese Zahl ergibt sich, wenn man die „stille Reserve" nicht registrierter Arbeitsloser den von den Arbeitsämtern gemeldeten Zahlen hinzurechnet. Vgl. Memorandum '82. Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, März 1982, S. 3 ff. (erscheint demnächst im Pahl-Rugenstein Verlag).
7) So Ehrenberg in seinem „sozialpolitischen Testament", einem Brief an den SPD-Parteivorsitzenden Brandt.

sinkend, die Wahlen zeigen sowohl einen aktiven Schwund an Wechselwählern (auch bei den geschätzten „Stammwählern" aus der Industriearbeiterschaft, die durchaus nicht nur zur CDU abwandern, sondern auch zu den Grünen und Alternativen) als auch einen passiven Schwund infolge von Wahlenthaltungen. Das Neue an dem in solchen Umfragen konstatierten Trend ist, daß der Kompetenzverlust der Sozialliberalen nun nicht mehr eindeutig mit einem Kompetenzvorsprung der Unionsparteien aufgewogen wird. Das Erscheinungsbild der Bundestagsparteien hat sich in dem Prozeß wechselseitiger Anpassung so sehr angeglichen, daß beispielsweise 41 von 100 Befragten meinen, eine CDU/CSU-Regierung wäre eben so gut oder so schlecht wie eine SPD/FDP-Koalition[8]).

Die Abkehr von der SPD ist nicht zugleich mit einer Übernahme rechter bzw. „neokonservativer" Leitbilder gepaart. Die Opposition profitiert derzeit weniger von ihrer eigenen Stärke, als vielmehr von der Konturlosigkeit und Schwäche ihres sozialliberalen Gegenparts. „Immer mehr Wähler", heißt es in einer vom SPD-Präsidium in Auftrag gegebenen Analyse, „(trauen) die Lösung verschiedener Probleme überhaupt keiner Regierung mehr zu"[9]).

Sind schon ‚von oben' keine politischen Nauansätze zu erwarten, so schafft das sich ‚unten' verbreitende „Ohnmachtsgefühl"[10]) für die Verbreitung positiver Alternativen der demokratischen Bewegung beträchtliche Probleme. Es wäre leichtsinnig, solche Stimmungen der Enttäuschung, der Angst und Orientierungslosigkeit vorschnell auf das Positivkonto des demokratischen Widerstandspotentials zu verbuchen. Und vordergründig bliebe es, solche Einstellungen allein einer anonymen Wählermasse zuzuschreiben, aber die Innenausstattung der Gegenmacht von solchen problematischen Tendenzen auszunehmen. Der schleichende Prozeß der Rechtsenwicklung, das Verschwimmen der politischen Konturen auf parlamentarischer Bühne hat auch für die demokratische Bewegung Folgen.

Worin zeigt sich das? Zunächst einmal in den zwiespältigen Folgen der sozialliberalen Regierungspraxis. Der qualitative Unterschied der gegenwärtigen Lage zu früheren politischen Konstellationen, noch zu jener der Kampagne gegen Strauß als Kanzlerkandidat im Bundestagswahlkampf 1980, besteht darin, daß die Ablösungsprozesse von den die Rechtsentwicklung tragenden Führungskräften der Bonner Bundestagsparteien sehr viel weiter vorangeschritten sind. Die Formierung breiter außerparlamentarischer sozialer Bewegungen während der letzten Jahre hat die Ideologie des „kleineren Übels" erschüttert, hat Selbstbewußtsein geweckt und autonome Positionen der Interessenvertretung sichtbar werden lassen. Über diese Entwicklung wird freilich allzu häufig die Kehrseite des sozialliberalen Niedergangs vergessen. Die zunehmenden Wahlenthaltungen, die auch durch alternative Wahllisten nicht durchbrochen werden können, weil deren politische Angebote in aller

8) Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts, in: „Der Spiegel", 15/1982, S. 50.
9) „Ein weit verbreitetes Ohnmachtsgefühl", in: „konkret", 5/1982, S. 27.
10) Ebd., S. 28.

Regel zu punktuell bleiben, um jene bis in die Stammwählerschaft, etwa der Sozialdemokratie, reichende Enttäuschung und Entpolitisierung auffangen zu können, zeigen – erst in Ansätzen – eine gefährliche Erschütterung in den traditionellen Kerngruppen der bundesdeutschen Demokratie. Die Wahlerfolge neofaschistisch inspirierter Listen gegen Ausländer, etwa bei der Kieler Kommunalwahl und nun – wenn auch in geringem Ausmaß – in der Hamburger Bürgerschaftswahl, die sich gerade auch in Arbeitervierteln beobachten lassen, verweisen auf eine Anfälligkeit für soziale Demagogie, die nur aus der tiefgreifenden Erosion politischer Grundeinsichten entstehen konnte.

Mehr noch, mit der Politik bürokratisch halbierter und konjunkturpolitisch verzerrter Halbreformen bzw. Reformruinen hat die sozialliberale Ära offenbar auch zu einer Verunsicherung in den politischen Orientierungsbegriffen „links" und „rechts" beigetragen[11]). Was da als „linke" Reformpolitik („Mehr Demokratie wagen") erfahren wurde, äußerte sich allzuhäufig in einer Verkomplizierung und Unüberschaubarkeit der Lebensverhältnisse, in Verrechtlichung und Gigantomanie staatlicher Planungsvorhaben[12]). Auch vor diesem Hintergrund konnten in den – ohnehin jungen – sozialen Bewegungen der späten siebziger Jahre die globalen Probleme der Umweltzerstörung und Ökologie, der Technologieentwicklung sowie der Atomkriegsgefahr nicht ohne weiteres in den Kategroien des Links-Rechts-Schemas gedacht werden, und es mußte – bis heute – scheinen, als ob jenes Schema angesichts der globalen und Gattungsprobleme der Menschheit seine frühere Orientierungsfunktion verloren hätte[12]).

Hinzu kommt ein weiteres Phänomen, daß als eine Art von „Überpolitisierung" bezeichnet werden kann, die in Teilen der außerpalamentarischen Bewegung Platz gewonnen hat[13]). Diese Einstellung zeichnet sich dadurch aus, daß politische Veränderungen momentan verlangt, Utopien von Endzuständen als Tagesforderungen ausgegeben werden, aber keine Klarheit über den *Prozeß*charakter solcher Veränderungen, über die Systematik von *Teil-* und *Übergangs*forderungen besteht. So wirken Alternativen wohl mobilisierend, bleiben aber bisweilen abstrakt und entfernen sich in vorgeblicher „Autonomie" von den gesellschaftlich gegebenen Handlungsbedingungen[14]). In dieser Perspektive erscheint die Praxis des Bundestagsparteien, der Herrschafts-

11) Vgl. dazu die Diskussion in der „Politischen Vierteljahresschrift", eingeleitet von Murphy u. a., Haben „links" und „rechts" noch Zukunft? Zur aktuellen Diskussion um politische Richtungsbegriffe, in: PVS, 4/1981, S. 398 ff.

12) Vgl. dazu Gransow/Offe, Politische Kultur und sozialdemokratische Regierungspolitik, in: „Das Argument" 128, 1981, S. 551 ff.; von den Schwächen der Linken in der Bundesrepublik wird in diesem Zusammenhang abgesehen – dies wäre ein eigenes Thema.

13) Ich benutze diesen Begriff im Anschluß an Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Ffm ²1975, S. 37 und an Deppe, Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg 1981, S. 91. Mit „Überpolitisierung" wird eine Einstellung bezeichnet, die die Organisation von Einheit sozialer Bewegungen nicht als Prozeß betrachtet, die unmittelbar auf die politische Entscheidungsschlacht hinzielt und dementsprechend Maximalforderungen in den Vordergrund stellt.

14) Die damit gegebene Gefahr folgenloser bzw. alibistiftender Isolierung wird in der Alternativdiskussion selbst gesehen. Vgl. etwa Kraushaar (Hrsg.), Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Ffm. 1978.

apparat schlechthin, als anonymer und monolothischer „Block an der Macht", der sich – konfrontiert mit den Gattungsproblemen – womöglich einer klassenspezifischen Bestimmung schon entzogen hat. – Auch hier ist die – in dieser Form neue – Erfahrung, daß eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung den sozialen Bewegungen in allen wesentlichen Fragen als Gegner gegenübersteht, einer der Urheber solcher Vereinfachungen.

Für die Handlungsfähigkeit der außerparlamentarischen Bewegungen folgen aus den genannten Erscheinungen einige Probleme, deren Lösung darüber entscheiden wird, ob es generell gelingt, eine weitere Entwicklung nach rechts und insbesondere eine Umbildung der Bundesregierung unter Beteiligung der Unionsparteien zu verhindern.

– Tendenzen der Enttäuschung und Entpolitisierung können nur dann aufgefangen werden, wenn die demokratische Bewegung und ihre politischen Gliederungen es verstehen, ausgehend von den *drängendsten Fragen* der Friedenssicherung, der Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie der Ökologie und des Umweltschutzes *praktikable Lösungsschritte* anzubieten, die hier und heute *erste Abhilfe* schaffen und zugleich den Weg zu umfassenderen Alternativen öffnen.

– Politische Desorientierungen abzubauen, das verlangt, trotz jener Halbheiten und Verzerrungen des gesellschaftspolitischen Reformprozesses der letzten zehn bis fünfzehn Jahre differenziert zu handeln, um nicht in den Sog rechter Demagogie (etwa in der Sozialstaatskritik, der Kritik an Bürokratie, Verrechtlichung usw.) gezogen zu werden, oder aber reale Errungenschaften dieser Periode kampf- und konzeptionslos preiszugeben. Demokratische, „linke" Alternativen müssen an den vorhandenen Positionen anknüpfen.

– Dem Weiterdenken, das nicht in der Beschränkung auf „das Machbare" aufgeht, kommt heute eine große Bedeutung und eine wichtige Mobilisierungsfunktion zu. Solange Alternativforderungen und Zukunftsmodelle aber abstrakte Utopien oder individualisitsiche Leitbilder bleiben, sind ihrer *Wirsamkeit in der Bevölkerung* Grenzen letztlich gesetzt, ist die *Kontinuität in der Auseinandersetzung* um die Verwirklichung gefährdet und ist der *politische Effekt*, die praktische Durchsetzbarkeit, unrealistisch.

– Die Verabsoutierung von Forderungen, die Endzustände beschreiben oder von den gegebenen Bedingungen der demokratischen Bewegung in diesem Lande abstrahieren, erhöht die *Gefahr einer Spaltung der Bewegung.* Nur die Einigung auf nächstliegende, mobilisierungsfähige und daher auch erreichbare Forderungen wird in Zukunft die Einheit der in sich stark diffenzierten Bewegungen garantieren können.

– Die Bezeichnung des politischen Herrschaftssystem und der Parteien als eines homogenen „Blocks an der Macht" und die dichotomische Verortung der entsprechenden poltischen Konfliktlinien (unten – oben; drinnen – draußen; Rand – Kern usw.) *dämonisiert und unterschätzt gleichermaßen die Widerstandskraft des politischen Gegners.* Zum einen fördert sie eine abstrakte

Verweigerungshaltung, zum anderen verführt sie dazu, die Wandlungsäfhigkeit und die Differenzen innerhalb dieses „Blocks" zu unterschätzen und kann somit dem Irrtum erliegen, schon taktische Zugeständnisse dieses „Blocks" bedeuteten eine Erosion des Herrschaftssystems. – Gerade aus dieser Position heraus ist die demokratische Bewegung wenig dagegen gefeit, demogagischen Manövern der Gegenseite zu begegnen. Die taktisch kluge und differenzierte Politik des Westberliner Senats gegenüber den alternativen Selbsthilfe-Projekten gibt davon einen Eindruck[15]). Schließlich begünstigt die verkürzte Übernahme des „Block"-Begriffs eine – aus Enttäuschung gespeiste – Gleichgültigkeit gegenüber den Veränderungen der Regierungspolitik in diesem Land.

Solche Gleichgültigkeit kommt noch in manchen Debatten um alternative Wahllisten und -bündnisse zum Ausdruck, in denen das Erfordernis der Einheit der demokratischen Bewegung und die Notwendigkeit eines konzentrischen Drucks auf die politischen Entscheidungszentren bisweilen gruppenegoistischem Profilierungsstreben geopfert wird. Da vollzieht sich mitunter ein abstrakter Wechsel von außerparlamentarischem Engagement und antipalamentarischem Ressentiment hin zu einer Fixierung auf Wahlkämpfe und Stimmenmaximierung, der der blanke und naive Trotz des Jetzt-sind-wir-endlich-am-Zuge ins Gesicht geschrieben steht. – Doch ist das Problem inzwischen schon (fast) nicht mehr jenes, zu parlamentarischer Repräsentanz gelangen zu können, sondern jenes, daß es unter den gegebenen Konstellationen von Einzelkandidaturen nicht gelingt (und gelingen kann), das enttäuschte, demobilisierte und entpolitisierte Potential anzusprechen.

Zum Inhalt der Rechtsentwicklung: selektive Integration und politische Repression

Um das Feld abzustecken, auf dem sich die Auseinandersetzung mit der Rechtsentwicklung vollzieht, soll ein Vergleich mit der „Stoppt Strauß"-Kampagne von 1979/80 vorgenommen werden. Die Kanzlerkandidatur von Strauß für die CDU/CSU war damals der *personal- und partei*politische Ausdruck für den Versuch, einen „aggressiven Kurs der Konfrontation und Polarisierung"[16]) durchzusetzen. Nach der Niederlage der Unionsparteien in der Bundestagswahl von 1980 ist diese Variante der Ausgesaltung des Herrschaftssystems aus verschiedenen Gründen in den Hintergrund getreten, ohne freilich aus der Diskussion verschwunden zu sein. Den Hauptanteil an dieser Entwicklung haben die Anpassungsleistungen der sozialliberalen Koalition erbracht, die es bisher verstanden hat, den schwierigen „Balanceakt

15) Vgl. etwa den Bericht von Vorfelder, Berliner Sparhaushalt '82: Kürzungen? Aber immer!, in: „Zitty", 9/1982, S. 14 f., in dem die „Konfusion und Zwietracht" der „Szene" beschrieben wird, nachdem der Berliner Senat 2,3 Mill. DM für die Finanzierung alternativer Selbsthilfe-Projekte locker gemacht hatte. Zur CDU-Linie in Berlin vgl. Große Anfrage der Fraktion der CDU über „Alternatives Leben" und die Antwort des Senators Ulf Fink, in: Abgeordnetenhaus von Berlin, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/349 vom 8. 2. 1982.

16) Deppe/Jung, Zwischen Integration und Repression. Herrschaftssicherung in der Bundesrepublik, 1945–1979, in: „Blätter", 9/1979, S. 1037 ff., hier S. 1059.

zwischen der Förderung der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante auf der einen und der Integration der Arbeiterklasse sowie der ‚Bändigung' der Gewerkschaften auf der anderen Seite durchzustehen"[17]). Der aggressiven Variante wurde durch die sozialliberale Variante gleichsam der Wind aus den Segeln genommen. Dies hat bis in die Unionsparteien gewirkt. Diese verfolgen gegenwärtig eine differenzierten Kurs von Drängen und Abwarten, der darauf setzt, mehr von den inneren Schwächen der Sozialliberalen zu profitieren als von der Schaustellung eigener Kraft. Mit gutem Grund können die Unionsparteien mit einem solchen „liberalen" Kurs der „rechten Mitte" hoffen, den sogenannten „Wirtschaftsflügel" in der FDP anzusprechen und koalitionsbereit zu machen. Auf Länderebene wird dies bereits seit einiger Zeit mit einiger Resonanz vorexerziert: in Berlin, in Hessen und – bisher – in Hamburg. Nicht zuletzt stellt diese Taktik aber auch die gewachsene Stärke der demokratischen Bewegung in Rechnung und spekuliert darauf – zumindest auf Länder- und kommunaler Ebene – , unter schwierigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen neue Bündnisse oder Tolerierungsabkommen schließen zu können.

Doch nicht allein Taktik diktiert diese Politik der Unionsparteien. Das übergeordnete Interesse besteht darin, den Wechsel zwar herbeizuführen, aber nicht (mehr) als abrupten Bruch erscheinen zu lassen. Dies ist durch den sozialliberale Rechtskurs vorbereitet und ermöglicht worden.

BDA-Präsident Esser hat auf der Jahrestagung des Unternehmerverbandes darauf hingewiesen, daß die Möglichkeiten des sozialen Konsenses zwischen Kapital und Arbeit noch nicht ausgeschöpft seien[18]), und auch Bundespräsident Carstens hat vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die große Bedeutung des „Produktionsfaktors ‚sozialer Friede'" betont, „den viele andere Länder nicht kennen"[19]). Somit steht im Hintergrund der Unionspolitik das Bestreben, den „Basiskonsensus", auf dem das „Modell Deutschland" beruht, auch künftig, nach einem Regierungswechsel nicht (sofort) infrage zu stellen[20]). Insofern ist auch die Politik der Unionsparteien von der Labilität des gegenwärtig sich vollziehenden *Übergangsprozesses* geprägt.

Wohin dieser Übergang geht, ob es zu einer weiteren Beschleunigung der Rechtsentwicklung durch eine unionsgeführte Bundesregierung kommt, oder ob es gelingt, dieser Entwicklung durch den Druck der demokratischen Bewegung auf die jetzige Bundesregierung und ihre Parteien Einhalt zu gebieten, – das ist derzeit noch immer offen.

17) Ebd.

18) Vgl. Esser, Wohin gehen wir? Vortrag des BDA-Präsidenten vor der Mitgliederversammlung der BDA am 10. 12. 1981 in Bad Godesberg, in: „der arbeitgeber", 1/1982, S. 4 ff.

19) Carstens, Gemeinsame Verantwortung für Wachstum und Wohlstand. Ansprache des Bundespräsidenten auf der Jahrestagung des BDI in Bonn am 18. Mai 1982, in: „Bulletin der Bundesregierung", Nr. 48/1982, S. 413 ff., hier S. 413.

20) „Als wesentliche Merkmale dieses ‚Modells' bezeichnet man die Kombination von kapitalistischer ‚Marktwirtschaft', die aufgrund ihrer Spezialisierung auf hochveredelte Investitionsgüter (vor allem im Maschinenbau) einen privilegierten Platz im internationalen Austausch einnimmt, und der ‚Sozialpartnerschaft' von Kapital und Arbeit." Deppe/Jung, S. 1056.

Das Neue und Komplizierte an der gegenwärtigen Rechtsentwicklung besteht darin, daß diese von den Führungen *aller* im Bundestag vertretenen Parteien getragen wird. Differenzen spielen *innerhalb* des Konsenses über die Entwicklungsperspektive des „Modell Deutschland". Um also die Angriffspunkte zu erkennen, ist eine Kenntnis dieses „Modells" und seiner „Grenzprobleme" vonnöten[21]).

1. Widersprüche und Modifikationen im „Modell Deutschland"

Auf dem Höhepunkt ihres Einflusses, während der Bundestagswahl von 1972, hatte die SPD das von ihr vertretene Partei- und Regierungsprogramm als *„Modell Deutschland"* bezeichnet. Über diesen Anlaß hinaus ist diese Bezeichnung zum Begriff des bundesdeutschen Gesellschaftssystems geworden. Als seine Kennzeichen können gelten: eine hochentwickelte und -konzentrierte kapitalistische Industrie, deren wesentliche Basis die Produktion von Investitionsgütern und deren Stütze eine – bislang – unumstrittene Weltmarktposition ist; eine politisch, ökonomisch und sozial integrierte Arbeiterklasse und -bewegung, die über eine entwickelten Apparat sozialstaatlicher Leistungen und Absicherungen verfügt; eine stabile parlamentarische Demokratie, die Regierungswechsel in geringer Zahl und unter geringen innenpolitischen Erschütterungen erlebt hat; eine feste Einbindung in die ökonomischen, politischen und militärischen Vertragssysteme der „atlantischen Gemeinschaft"; eine Vorherrschaft antikommunistischer und antisowjetischer Leit- und Feindbilder, die bisher jede Fundamentalopposition auf geringem Umfang hat halten können.

Dieses Modell bürgerlicher Hegemonie ist unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung mittels des umfangreichen Einsatzes zentralstaatlicher Steuerungs- und Regulierungsaktivitäten zum – bisherigen – Höhepunkt seiner Leistungs- und Integrationsfähigkeit geführt worden. Von der CDU/CSU werden die Eckdaten dieses Modells nicht infragegestellt. Auf dieser Ebene der Analyse kann insofern von einem „herrschenden Block" und einem „Basiskonsens" der Herrschaftssicherung gesprochen werden. Ein Regierungsantritt der CDU/CSU würde weder „zurück in die fünfziger Jahre" noch zu einem „CDU-Staat" führen.

Seit der Krise von 1974/75 sind wesentliche Elemente dieses „Basiskonsenses" jedoch erschüttert worden. Damit hat die Integrationsfähigkeit dieses Hegemonietyps nachgelassen.

– Die vorbehaltlose Westbindung der Bundesrepublik, vor allem an die Nato und die amerikanische Hegemonie, ist wie die Verfasser der eingangs zitierten Kanzleramtsstudie aufgezeigt haben, in weiten Teilen der Bevölkerung nicht mehr unumstritten.

21) Vgl. zum folgenden neben Deppe/Jung die Arbeiten von Esser/Fach/Simonis, Grenzprobleme des „Modells Deutschland", in: „Probleme des Klassenkampfes" 40, 1980, S. 40 ff.; Sozialistische Studiengruppe (SOST), Eine linke Alternative zum gescheiterten „Modell Deutschland"?, ebd., S. 64 ff.; Jung, „Korporatismus" statt „Etatismus"? Staatsmonopolitische Vergesellschaftung und politisch-staatlicher Überbau heute, in: IMSF-Jahrbuch 4, 1981, S. 11 ff.

– Der Mythos der Krisenlosigkeit, die – vor allem von sozialdemokratischer Seite – favorisierte Annahme eines stetigen Wirtschaftswachstums und steigender (sozial-)staatlicher Umverteilungsmittel sind durch die anhaltenden Krisen- und Stagnationstendenzen gegenstandslos geworden. Vollbeschäftigung ist trotz umfangreicher staatlicher Konjunkturgrpogramme (seit 1974 wurden ca. 60 Mrd. DM bereitgestellt) nicht wieder erreicht worden.

– Die Stabilität sozialstaaticher Errungenschaften ist duch die SPD/FDP-Regierung selbst infrage gestellt worden.

– Die parlamentarische Demokratie zeigt neue Tendenzen, die ein Weiterregieren im alten Stil künftig zu verunmöglichen drohen. Die noch während der siebziger Jahre verfolgte Strategie, die aufbrechende Bürgerinitiativebewegung, die als Gefährdung der repräsentativen Verfassung beargwöhnt wurde, auf Korrekturfunktionen im „vorpolitischen Raum" abzudrängen[22]), ist praktisch fehlgeschlagen. Stattdessen ist das bisherige Drei-Parteiensystem gesprengt und durch das Entstehen neuer sozialer Bewegungen und deren Ansätze zu einer alternativen Struktur von Verbänden und Repräsentationsformen „ausgefranst" worden.

– Die ideologische Bindekraft des Antikommunismus hat insofern nachgelassen, als er nicht mehr von der Beteiligung an Interessenkämpfen abzuhalten vermag.

Die Kontroverse zwischen und innerhalb der Bundestagsparteien gilt nun der Suche nach chancenreichen Modifikationen dieses Modells – ohne freilich dessen Eckdaten zur Disposition zu stellen. Aus diesem Grund kommt es gegenwärtig nicht zu einer Polarisierung. Vielmehr überwiegen noch immer die Gemeinsamkeiten der Lösungsvorschläge. Einige Grundtendenzen, die sich bisher absehen lassen, seien hier skizziert:

– Ein Festhalten am *Nato-Doppelbeschluß*, vornehmlich der *„Nachrüstung"* würde mit Sicherheit eine weitere Steigerung der Rüstungsausgaben, ergänzende Modernisierungsmaßnahmen der Waffensysteme, die Wiederbelegung bzw. offensive Propagierung traditioneller Feindbilder vor allem aber eine Gefährdung der Entspannung zur Folge haben. Die innenpolitische Polarisierung zwischen Bundestagsparteien und außerparlamentarischer Bewegung, aber auch innerhalb der Parteien selbst, würde weiter verschärft. – Diese Polarisierung soll offenbar in Kauf genommen werden. Sie wird auf jeden Fall zur Verlust sozialliberaler Mehrheitsfähigkeit entscheidend beitragen.

– Das Schwergewicht der *Wirtschafts- und Finanzpolitik* soll auf der Belebung der „Investitionsneigung", gezielter Förderung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, der Beseitigung rechtlicher „Investitionshemmnisse" und der Verringerung der Staatsausgaben liegen. – Die sozialliberale Koalition geht damit den Weg weiteren Reformausbaus und sozialer Demontage. Sie bereitet mit der einseitigen Exportorientierung der Wirtschaft und

22) So etwa Guggenberger, Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1980.

der „Modernisierungspolitik" den Boden für ein künftiges Desaster, das dann eintreten wird, wenn die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes an ihre Grenzen stößt. Damit zugleich verschafft sie aber einer künftigen Unionsregierung die Chance, auf dem – dann notwendigen – Weg der Förderung des Binnenmarktes, etwa mittels einer aktiven Konjunkturpolitik und Maßnahmen zur Stärkung nachfragewirksamer Kaufkraft, jene Forderungen erfüllen zu können, denen sich die Sozialliberalen gegenwärtig verschließen. Dies kann zum Kitt eines neuen „sozialen Bündnisses" zwischen Arbeitnehmern und Unionsparteien werden.

– Die gegenwärtige Tendenz zur *„Entstaatlichung"* – besonders im Bereich konsumtiver Leistungen – kann nicht mit einem Zurücktreten von Staatsaktivitäten überhaupt gleichgesetzt werden. Zum einen konzentrieren sich ökonomische Staatsaktivitäten unter den Bedingungen einer „privatmonopolistischen" oder „antietatistischen" Variante[23]) auf die Export- und Wachstumsindustrien, zum anderen wird ein politisch *„starker Staat"* verlangt, der *„Führungsaufgaben"* erbringen soll. – Indem die Sozialliberalen solche „Führungsqualitäten" vermissen lassen und sich stattdessen darauf beschränken, die Krisenfolgen so zu verwalten, daß keine offenen Konflikte aufbrechen, sind sie im Moment des Aufflammens solcher Konflikte, des Versagens der „Dialog"-Strategie, handlungsunfähig. Staatliche „Ordnungsfunktionen" werden folglich von den Oppositionsparteien erwartet.

– Wo der Manövrierraum für soziale Kompensation enger wird, kann *Sozialpartnerschaft nur noch auf schmalerer Basis* hergestellt werden[24]). Die Möglichkeiten sozialer Integration verringern sich. Damit wird die Mischung von selektiven Integrations- und Repressionsmaßnahmen zu einem immer wichtigeren Feld staatlicher Herrschaftspraxis. – Wenn Interessenverbände, etwa die Gewerkschaften, der Sozialpartnerschaft weiterhin Priorität zumessen, drohen sie ihr Potential auf privilegierte Gruppen zu reduzieren und damit an Massenrückhalt zu verlieren.

– Die sozialen Kosten einer solchen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden Tendenzen zur *Vergrößerung gesellschaftlicher Problemgruppen* fördern, deren *Segmentierung* begünstigen und so Voraussetzung für die *Spaltung* der verschiedenen Gruppen von Betroffenen schaffen. Wo Umverteilung selektiv eingesetzt wird, wie das heute bereits der Fall ist, treten soziale Diskriminierungen in den Vordergrund. Problemgruppen wie Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Arbeitslose, Behinderte, Frauen und Ausländer werden gegeneinander ausgespielt. – Solche Tendenzen der Marginalisierung und Entsolidarisierung werden die Basis des gesellschaftlichen Konsenses weiter verringern, vor allem aber stellen sie an die Integrationsfähigkeit von Parteien und Interessenverbänden erhöhte Anforderungen. Die Interessenverallgemeinerung

23) Vgl. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des SMK in der BRD, in: IMSF-Jahrbuch 1, 1978, S. 9 ff.

24) Zur strategischen Bedeutung der Sozialpartnerschaft für den bundesdeutschen „Basiskonsens" vgl. Hautsch, Integrationismus und „Korporatismus". Überlegungen zu Problemen der Einbindung der Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, in: IMSF-Jahrbuch 4, 1981, S. 222 ff., bes. S. 238 ff.

auf politische Ziele und übergreifende Alternativen kann erschwert, die Anfälligkeit für demagogische Scheinlösungen dramatisch erhöht werden.

– Mit der weiteren *Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen* (durch Einkommenssenkungen, die Zerstörung traditioneller Infrastrukturen, der Wohnbedingungen, durch Umweltprobleme usw.) werden fortlaufend neue lokale, regionale und gruppenspezifische Konfliktherde entstehen. – Eine Konzentration der Parteipolitik, wie sie während der Löwenthal-Debatte gefordert wurde, auf Kern- oder Stammwählergruppen oder auf die „politische Mitte" wird der umfassenden Betroffenheit und den neuen sozialen Bewegungen in diesen Bereichen immer weniger gerecht. Ohne daß inhaltiche Konzessionen gemacht würden, gewinnen „Dialog"-Strategien (vorläufig) an Gewicht, in deren Hintergrund aber Repressionsinstrumente bereit gehalten werden.

Aus diesen Widersprüchen und Modifikationen des „Modell Deutschland" folgt zwar nicht unmittelbar die von Strauß propagierte aggressive Variante „repressiver Integration", aber sie signalisieren eine Veränderung des Herrschaftsmechanismus, der in seinen Auswirkungen auf die sozialen Errungenschaften, die demokratischen Rechte und die politische Kultur der Bundesrepublik nur als *Rechtsentwicklung* bezeichnet werden kann. Im Kern handelt es sich um eine zunehmende Verschränkung selektiver Integration und politischer Repression.

2. *Die Programmatik der CDU/CSU*[25])

Die Unionsparteien haben es mit ihrer eigenen Profilierung nicht ganz leicht. Die von Strauß 1974 angekündigte Schocktherapie, die Bevölkerung für die Sanierungsmaßnahmen der Union gefügig machen sollte, ist von der SPD/FDP-Koalition schon im Angriff genommen worden. Doch unter diesen Bedingungen kann die Union ohne Schwierigkeiten mit einem „liberalen" Image auftreten. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, daß in der Frage der Kanzlerkandidatur relative Ruhe herrscht. Strauß hat sich bisher vornehmlich als möglicher Finanzminister ins Gespräch gebracht, damit freilich auch einen Anspruch auf Kontrolle des politischen Kern künftiger Politik: die Wirtschafts- und Sozialpolitik angemeldet. Was geschehen würde, wenn die CDU/CSU allein die Regierung stellen könnten, ist ungewiß. . . .

Die vor allem auf die Unionsparteien konzentrierte Kontroverse zwischen einer aggressiven und einer eher integrationistischen Variante der Regierungspraxis ist gegenwärtig nur dem Anschein nach zugunsten der letzteren Variante gelöst. Tatsächlich ist der Konflikt nur vertagt worden. Die Erwartung baldiger Regierungsbeteiligung dämpft gegenwärtig die Konfliktbereitschaft der Unionspolitiker, sowohl in personal- wie in sachpolitischen Fragen.

25) Vgl. auch Schilling, Machtwechsel. Was wäre wenn . . ., in: „konkret", 5/1982, S. 52 ff.; CDU/CSU im Vormarsch. Deutschland wir kommen, in: „rote blätter", 5/1982, S. 31 ff.; D'hein, Wenn Kohl und Strauß regieren, in: „stern", 23/1982, S. 64 ff.; SOST, Die Rechte vor der Macht, in: „sozialismus", 3/1982, S. 32 ff.

Im folgenden sollen nur einige Elemente der CDU/CSU-Programmatik diskutiert werden. Eine ausführliche Analyse einzelner Bereiche der konservativen Politik bleibt folgenden Beiträgen in den „Blättern" vorbehalten.

Im Bereich der *Wirtschafts- und Sozialpolitik* zeichnet sich die Union dadurch aus, daß sie den von den Sozialliberalen beschrittenen Weg noch konsquenter und radikaler gehen will. Die Staatsquote soll nach dem Sieben-Punkte-Programm der CDU/CSU „Arbeit für alle durch Soziale Marktwirtschaft"[26]) drastisch gesenkt werden, natürlich über die Ausgabenseite. Dazu soll das soziale System von „Mißbrauch" befreit werden. Investitionen werden durch Steuererleichterungen, den Abbau „politischer und bürokratischer Investitionshemmnisse", investive Ausgaben des Bundes (Gemeinschaftsausgaben) und andere Vergünstigungen gefördert. Schwerpunkte der Förderung, sogenannte Investitionsfelder, sind die Zukunftstechnologien im Energiesektor, vor allem die Atom- und Kohlekraftwerke, die Mikroelektronik, die Medientechnologien (Verkabelung) und der Umweltschutz. Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme werden von der Union abgelehnt. Die Erleichterung „privater Existenzgründungen" soll mittelständische Betriebe stärken.

Staatliche Leistungen sollen, wo immer möglich, privatisiert werden. Der „Wohlfahrtsstaat westlicher Prägung"[27]) wird für die „Anspruchsinflation" und den schwindenden Leistungswillen verantwortlich gemacht. Demgegenüber soll den „Prinzipien der Subsidiarität und Eigenverantwortung" zum Durchbruch verholfen werden. Mit anderen Worten: die Sozialkosten werden auf die sozial Schwächsten umverteilt.

Der Individualisierung sozialer Probleme entspricht ein *gesellschafts- und staatspolitisches Verständnis,* demzufolge die „Macht der Verbände", d.h. insbesondere die Gewerkschaften, in die Förderung des „Gemeinwohls" eingebunden werden soll. Die Grundstruktur des Gesellschaftsmodells gliedert sich dieser Vorstellung nach[28]) in einen starken Staat, disziplinierte Verbände und „mündige Bürger". Die „sozialistische" Tendenz zur Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse und zur Verrechtlichung ihrer Beziehungen zum Staat[29]) wird gebrochen durch eine Differenzierung der Einkommen, den Abbau der Steuerprogression zuungunsten der Empfänger niedrigerer Einkommen und die Integration auf dem Wege der Vermögensbildung.

Mit dem Appell an den „Freiheits- und Selbstbestimmungsraum des einzelnen"[30]) knüpft die Union demagogisch an alle Erfahrungen der Fremdbe-

26) Vgl. „Bayernkurier" v. 20. 2. 1982, S. 3.

27) So der Wirtschaftsexperte der CDU/CSU-Fraktion, Theo Waigel, in: „Bayernkurier" v. 28. 11. 1981, S. 5. Ähnlich verläuft die gesamte konservative Diskussion um den Sozialstaat, so etwa während der Tagung der „Studienzentrums Weikersheim e. V." zum Thema „Der Staat", zu der sich neben dem Veranstalter Filbinger auch Lothar Späth, Ernst Benda, Karl Carstens, August von Hayek und Otto Esser einfanden. Vgl. „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 26. 5. 1982, S. 3.

28) Vgl. etwa Dettling, Die CDU nach Mannheim, in: aus politik und zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 30, 1975.

29) Vgl. dazu Dregger, Ein Beitrag gegen die Verrechtlichung in der Bundesrepublik Deutschland, dokumentiert in: FR v. 28. 5. 1982, S. 14.

30) So im Beschluß des Hamburger CDU-Parteitages „Mit der Jugend. Unser Land braucht einen neuen Anfang", 2.–5. 11. 1981, S. 16.

stimmung an, die dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erwachsen, nun aber als Produkt „sozialistischer" Verstaatlichung und Bürokratisierung denunziert werden. Dieses Leitbild gilt auch für die *„qualitative Arbeitsmarktpolitik"*, die „schon heute die Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsleben flexibler, differenzierter und weniger zentralistisch gestalten" soll[31]). In der ökonomischen Substanz geht es darum, den Arbeitsmarkt zu entlasten, die Kosten der Arbeitslosenhilfe zu senken und generell die Lohn- und Gehaltsausgaben – etwa durch „Job-Sharing" – zu drücken. Daneben freilich steht, und das ist im Angesicht kommender Konflikte gleichwertig, die Entsolidarisierung der verschiedenen Sozialgruppen der Arbeitswelt.

Differenzierung, Autonomie und Selbsthilfe sind denn auch die Leitbegriffe, mit denen der „liberale Flügel" der CDU derzeit versucht, Zugang zu den *Problemen des Reproduktionsbereichs* zu finden. Das gilt sowohl für die ersten Ansätze, wie in Berlin, Kontakt zu den Alternativbewegungen und ihren Selbsthilfe-Projekten herzustellen, und trifft auch für die *Bildungspolitik* zu, die trotz aller Flexibilität im Detail (etwa beim Gesamtschulabkommen der Bundesländer) auf ein „vielfältig gegliedertes Schulwesen"[32]) zielt, verstärkt Hochschulen in privater Trägerschaft einführen und die Ausbildungsförderung nach Leistung differenzieren und auf Darlehen umstellen will. Die Mechanismen sozialer Selektion werden dann noch stärker greifen als sie es ohnehin schon tun.

Wo dermaßen an den Individualismus, die „Selbstbestimmung" und „Selbstverantwortung" der „mündigen Bürger" appelliert wird, stellt sich die Frage, wie gesellschaftliche Integration geleistet werden soll. Die Unionsparteien sehen in der „Veränderung unserer seelischen und geistigen Verfassung" mittels der *„Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit"*, der „Wiederbelebung menschlicher Tugenden[33])", den Kitt, mit dem sie neue „soziale Bündnisse" zusammenfügen wollen. Wie weit die CDU bereit ist zu gehen, zeigt die Auseinandersetzung, die der Leiter der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Warnfried Dettling, mit den Thesen Richard Löwenthals geführt hat[33a]). Für Dettling ist der Verweis Löwenthals auf die Industriearbeiterschaft gänzlich verfehlt: er blende damit „alle Fragen aus, die für die künftige Entwicklung der Industriegesellschaft wichtig sind." In Wirklichkeit gehe es um mehr: „Das Alternative ist in uns", es kann folglich nicht ausgegrenzt werden. Es geht nicht um eine Minderheit, es geht um die Mehrheit." Vonnöten sei eine „neue Art von Politik": „Es gilt Abschied zu nehmen von der Idee, daß Integration der Gesellschaft über Politik, genauer: über den Staat noch möglich ist." In geschickter Anknüpfung an Irritationen der Bevölkerung *und* den Sprachgebrauch der Alternativen skizziert Dettling „Hori-

31) Ebd.
32) Ebd., S. 19.
33) Ebd., S. 3, 4, 25.
33a) Dettling, Das Alternative ist in uns. Wer die „Aussteiger" ausgrenzen will, verkennt die tiefe Krise der Industriegesellschaft, in: „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" v. 20. 12. 1981.

zonte einer anderen menschlichen und überschaubaren Gesellschaft": „Wir brauchen eine andere Art der Politik, die die Menschen nicht länger beglükken will durch das, was sie macht, sondern ihnen Entfaltungschancen öffnet durch das, was sie unterläßt, aber ermöglicht, Dezentralisation, mehr Freiräume, mehr Selbstverwaltung und Selbstorganisation, wo immer möglich, . . . eine flexiblere Organisation der Arbeitswelt, mehr Zeitsouveränität . . .". Der Appell an die Werte und Tugenden hat in dieser Form ein beachtliches demagogisches Potential und die Chance zum offensiven Konzept „neuer Politik"[33b]) zu werden, und es wäre demnach ein Irrtum zu glauben, hier plagten sich nur die Ewiggestrigen mit ihren Tugendkatalogen ab . . .

Doch das Vertrauen der Union in die Wirksamkeit solcher konsensstiftenden Werte ist begrenzt. Und es spricht für die Verflechtung „liberaler" und repressiver Herrschaftsmethoden im Unionskonzept, daß die Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion zu „Sondermaßnahmen" zur *„Wiederherstellung (!) des inneren Friedens und der inneren Sicherheit"* eben von jenem Innenpolitiker entworfen worden sind, der sich in Hessen als „Liberaler" darzustellen versucht: von Alfred Dregger. Der Maßnahmekatalog dieses Papiers[34]) enthält ein ganzes Bündel von Eingriffen in die persönlichen Freiheiten und Grundrechte des „mündigen Bürgers": Das Versammlungsrecht soll eingeschränkt werden; dem „zunehmenden Terrorismus von links und rechts" sei „wirkungsvoll entgegenzuwirken"; soziale Mißstände dürften nicht mehr zum „Vorwand für fortdauernde Rechtsverletzungen genommen werden"; der Datenschutz sei so zu regeln, daß er „die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsdienste" nicht beeinträchtige; „Verfassungsfeinde" seien „vom Staatsdienst fernzuhalten; die „‚Bündnispolitik' der DKP und anderer extremistischer Organisationen" müsse offengelegt und ihr Einfluß zurückgedrängt werden usw. Diesen Vorstellungen entspricht weitgehend der von der CSU in Kreuth verabschiedete Beschluß zum „inneren Frieden"[35]). In einigen Punkten gehen die Christlich-Sozialen freilich noch etwas weiter: z. B. gegen „häufig paramilitärisch organisierte terroristische Straßenkämpfer und Häuserbesetzer" wird in Bayern der „nicht gesundheitsschädliche Reizstoff CS" eingesetzt werden.

Wenig „Liberalität" läßt auch die Haltung der Unionsparteien zur *Entspannungspolitik* erkennen. Zwar haben sich Unionspolitiker in letzter Zeit häufiger positiv zu den Ostverträgen geäußert und die Bereitschaft zu Verhandlungen und Gesprächen betont[36]), doch läßt die „Berliner Erklärung" der CDU vom 10. Mai 1982 auch den Übergang zu einem härteren Kurs erkennen. Völlig unumstritten ist in der Union der NATO-Doppelbeschluß (als „Fahrplan zur Abrüstung") und damit auch die Bereitschaft zur „Nachrüstung". Eine

33b) Zur Diskussion um das Konzept „neuer Politik" vgl. Hildebrandt/Dalton, Die neue Politik. Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik, in: PVS, 2–3/1977, S. 230 ff.

34) Auszüge in: „Die Welt" v. 29. 11. 1981.

35) Beschluß der VI. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth, 7.–9. 1. 1982 „Zur Wiederherstellung des inneren Friedens in der Bundesrepublik Deutschland".

36) Vgl. die Äußerungen von Heiner Geißler, Kurt Biedenkopf, Walter Leisler Kiep und Richard von Weizsäkker, in: „Die Zeit", v. 2. 10. 1981, S. 1 („Schwenk nach Ost? Die Union setzt außenpolitische Akzente").

Ausweitung des Aktionsfeldes der NATO wird implizit begrüßt. Die Abschreckungsdoktrin gilt weiterhin als Eckpfeiler der NATO-Strategie; die vorsichtigen Denkanstöße eines Kurt Biedenkopf[37]) sind damit endgültig aus der Diskussion genommen. Die Zusammenarbeit mit dem Osten findet die Zustimmung der Union, aber in ihrer Ausgestaltung folgt sie den Vorstellungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger, wenn sie Kredite und die Lieferung von Technologien einschränken und an politische Gegenleistungen binden will. Ostpolitik soll, ganz im Sinne von Weinberger, politisch nutzbar gemacht werden. Aus diesem Grund befürwortet die CDU die Koordinierung der westlichen Wirtschaftsbeziehungen durch ein ständiges Organ.

Wie die Bonner und Münchener Demonstration am 5. Juni gezeigt hat, versucht die CDU/CSU neuerdings stärker mit sicherheitspolitischen Argumenten („Frieden in Freiheit") an die schweigende Mehrheit heranzukommen. Der Schritt zu Massendemonstrationen, bislang für die Unionsparteien eher ungewöhnlich, zeigt, daß man die Straße nicht mehr „der Straße" überlassen will, sondern zur Mobilisierung des rechten Potentials übergeht.

Zusammengesehen deutet der Kurs der Unionsparteien den konsequenten Vormarsch auf dem von den sozialliberalen schon beschrittenen, zumindest aber geebneten Weg an. Die inneren Grenzprobleme des „Modells Deutschland", die bisher schon eine Rechtsentwicklung provoziert haben, begünstigen die Politik der CDU/CSU und machen es ihrer Demagogie leicht, Resonanz zu finden.

Erwartungen, es werde unter einer Unionsregierung automatisch zur Freisetzung von Widerstandskräften kommen, unterschätzen sowohl die Bindewirkung demagogischer und taktischer („liberaler") Angebote zu „überschaubaren" Lösungen wie auch den Grad vorhandener Gemeinsamkeiten zwischen den Bundestagsparteien. Auch innerhalb der Gewerkschaften wird die Politik der Union offenbar nicht als Ausdruck des schrittweisen Übergangs zu einem Konfrontationskurs angesehen. Es gibt Anzeichen, wie auf dem jüngsten Bundeskongreß des DGB in Berlin, wo Strauß neben Kohl mit Grußansprachen auftrat[38]), daß in Kreisen der Gewerkschaftsführung durchaus die Bereitschaft besteht, sich mit einer möglichen Unionsregierung zu arrangieren.

Somit hängt die Verhinderung einer weiteren Entwicklung nach rechts, die sich mit den Entscheidungen über die politischen Schlüsselfragen – der „Nachrüstung", des Sozialabbaus und der Reproduktionsbedingungen – verbinden, vorrangig vom Druck ‚von unten' ab. Nur die demokratische Bewegung, die demokratischen Kräfte innerhalb und außerhalb der Parteien, können eine Wende dieser Entwicklung herbeiführen. Dazu reicht das Denken in den Kategorien einer Konfrontation mit dem „Block an der Macht" nicht mehr aus. Bezeichnete dieses „Block"-Denken zunächst eine positive Lösung von

37) Vgl. Biedenkopf, Rückzug aus der Grenzsituation. Die nukleare Strategie ist auf Dauer nicht konsensfähig, in: „Die Zeit" v. 30. 10. 1981, S. 4.
38) Vgl. „Der Spiegel", 21/1982, S. 21 f.

den Mechanismen der Integrationspolitik und war Ausdruck des Selbstbewußtseins der neu entstandenen sozialen Bewegungen, so ist heute mehr gefordert. Die Differenzen zwischen den Herrschaftskonzepten der Bundestagsparteien muß (wieder) diskutiert werden. Die realistischen Ansätze in der Diskussion der Koalition, wie jene Kanzleramtsstudie, verdienen Aufmerksamkeit. Vor allem aber darf nicht übersehen werden, daß die Entscheidung für die weiteren (partei- und regierungspolitischen) Entwicklungsmöglichkeiten des derzeitigen Rechtskurses nicht gefallen ist. Das gilt selbst für die Unionsparteien, die gleichermaßen der Labilität der gegenwärtigen politischen Lage unterliegen. Die Auseinandersetzung zwischen einer „liberalen" und einer repressiven Variante ihres Herrschaftskonzepts, um ihr Mischungsverhältnis, ist nur verdeckt, aber noch nicht abgeschlossen. Der Schritt der Unionsparteien zur Massenmobilisierung am 5. Juni 1982, der auch von offensiveren Tönen auf den Vertriebenentagen dieses Jahres begleitet wird, deutet an, daß sich die Auseinandersetzung um die künftige Gestaltung des Herrschaftsmechanismus neuer Formen bedienen wird. Dies ist wohl zunächst Ausdruck der Defensive der Union, die sie durch eine Massenpolitik gegen die Friedensbewegung auszugleichen versucht. Dahinter steckt aber mehr.

Als Mitgliederpartei mit einer Organisationsdichte, die jene der SPD erreicht hat[39]), ist auch die Union gezwungen, angesichts der polarisierenden Themen bundesdeutschen Politik zu neuen Integrationsformen zu greifen. Die Ambivalenz dieser Massenpolitik gilt es auch für die demokratische Bewegung zu nutzen. Sie ist Ausdruck erhöhter Politisierung der Unionsanhänger und eröffnet, indem diese auf die Straße gehen, auch neue Möglichkeiten mit diesen Leuten ins Gespräch zu kommen. Die Erfahrungen aus der Bürgerinitiativbewegung, in der auch Christdemokraten mitgemacht haben, da ihre Betroffenheit dies erzwang, könnte sich auch auf der Ebene der „großen Politik", vor allem in der Friedensfrage, wiederholen.

Die demokratische Bewegung hat hier neue Chancen, steht aber auch vor neuen Problemen.

39) Vgl. zu den Daten Feist/Güllner/Liepelt, Strukturelle Angleichung und ideologische Polarisierung. Die Mitgliedschaft von SPD und CDU/CSU zwischen den sechziger und siebziger Jahren, in: PVS, 2–3/1977, S. 257 ff.

Droht die „Nachrüstung" noch?

Das Reagan-Angebot, die amerikanische Friedensbewegung und die Chancen der Abrüstung

Ein Rundtischgespräch zur Friedensbewegung mit Gert Bastian, Karl D. Bredthauer, Volkmar Deile, Ulrich Frey, Petra K. Kelly, Klaus Mannhardt, Gunnar Matthiessen, Eva Quistorp und Claudia Wörmann-Adam

Ein halbes Jahr nach der Demonstration vom 10. Oktober 1981 steht die Friedensbewegung in der Bundesrepublik vor einer veränderten Situation, sowohl hinsichtlich der internationalen Lage als auch im Hinblick auf die Perspektiven und die Basis der Zusammenarbeit innerhalb der Friedensbewegung.

Der amerikanische Präsident Reagan ist mit Verhandlungsangeboten für eine Reduzierung der Atomwaffen hervorgetreten. Schon am 29. Juni sollen Gespräche über den Abbau strategischer Waffen (START) beginnen. Ein Treffen Reagans mit dem sowjetischen Partei- und Staatschef Leonid Breschnew steht bevor. – Hat hier eine grundlegende Veränderung der amerikanischen Haltung stattgefunden? Wie sind diese Schritte im Vorfeld des NATO-Gipfels von Bonn zu interpretieren? Welchen Einfluß hat die inneramerikanische Diskussion auf die US-Regierung gewonnen, welchen Druck konnte die amerikanische Friedensbewegung entfalten? Diese amerikanische Friedensbewegung ist von der Presse in den letzten Monaten „entdeckt" worden. An Versuchen, sie in Gegensatz zu den hiesigen Forderungen nach einem Stopp der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa zu bringen, fehlt es nicht. Was vertritt die US-Friedensbewegung wirklich für Forderungen, welche Möglichkeiten des Zusammenwirkens mit der europäischen Friedensbewegung gibt es?

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik steht vor der Frage, wie es nach dem 10. Juni weitergehen soll. Eine Perspektive, die von Großdemonstration zu Großdemonstration blickt, reicht nicht aus. Wenn die Stationierung der Mittelstreckenraketen 1982/83 verhindert werden soll, ist einige Anstrengung gefordert. Nach wie vor unabdingbar ist die Klarheit über das Ziel und die Aktualität der mit der „Nachrüstung" verbundenen Atomkriegsgefahr. Bisher hat sich die Friedensbewegung trotz beachtlicher Höhepunkte ihres Wirkens nicht durchsetzen können. Notwendig scheint eine noch weitergehende Ausdehnung ihres Einflusses, aber auch eine Stabilisierung ihres inneren Zusammenhalts. In diesem Zusammenhang hatte es in Vorbereitung des 10. Juni Diskussionen zwischen den verschiedenen Kräften der Friedensbewegung gegeben, die in der Art, wie sie von den Medien verbreitet worden sind, betroffen machen und beunruhigen. Hat die Einheit der Friedensbewegung, wie es in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zu lesen stand, ihre „Unschuld verloren"? Wie soll es künftig möglich sein, die offene Diskussion mit einem Konsens in den Grundfragen zu verbinden? Mehr noch, wie soll die Stationierung verhindert werden? Welche Strategie hat die Friedensbewegung anzubieten, und welchen Stellenwert nehmen dabei die Diskussionen über sicherheitspolitische Alternativen ein?

Zu diesen Fragen haben die „Blätter" ein Rundtischgespräch durchgeführt. Beteiligt waren: Generalmajor a.D. Gert Bastian (Krefelder Appell), Volkmar Deile (Aktion Sühnezeichen), Ulrich Frey (Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden), Petra K. Kelly (Die Grünen; Krefelder Appell), Klaus Mannhardt (Deutsche Friedensgesell-

schaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner), Gunnar Matthiessen (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit), Eva Quistorp (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) und Claudia Wörmann-Adam (DGB-Kreisfrauenausschußvorsitzende, Köln). Von der Redaktion führte Karl D. Bredthauer das Gespräch.

Wir geben in diesem Heft den ersten Teil des Rundtischgesprächs wieder, der sich auf die Bestandsaufnahme der politischen Lage im Umkreis des Reagan-Besuchs in Europa konzentriert. Der zweite Teil mit der Diskussion über die Erfahrungen, Probleme und Perspektiven der Friedensbewegung erscheint im Juli-Heft der „Blätter". D. Red.

Bredthauer: Hat sich die Gefahr, die zur Entwicklung der Friedensbewegung geführt hat, die erhöhte Atomkriegsgefahr, verringert? Wie weit kann, bildlich gesprochen, „Entwarnung" gegeben werden angesichts der Tatsache, daß jetzt wieder Gespräche aufgenommen werden sollen, daß bereits Gespräche – wie in Genf – geführt werden und daß Präsident Reagan, der bisher sehr viel von Aufrüstung, ja sogar von der Unausweichlichkeit eines bewaffneten Konflikts gesprochen hat, jetzt eine Reduzierung von Atomwaffen auf gleicher Grundlage vorschlägt[1]). – Wie ist Reagans neuer Vorschlag einzuschätzen?

Die Gefahr hat sich durch das Reagan-Angebot nicht verringert

Bastian: Das will ich gern versuchen. Nach meiner Überzeugung hat sich die Gefahr durch die gegenwärtigen Entwicklungen noch nicht um ein Jota verringert. Diese Gefahr liegt ja sowohl in den unglaubwürdigen Verhandlungsintentionen, deren Erfolgschancen man eben leider skeptisch beurteilen muß, als auch in den geplanten Rüstungsschritten, von denen bisher ja nicht ein Gramm abgestrichen worden ist, die im Gegenteil in vollem Gange sind.

So spricht ja z. B. nichts dafür, daß die Bereitschaft besteht, auf die sogenannte Nachrüstung zu verzichten. Im Gegenteil, auch hier laufen die Vorbereitungen auf vollen Touren. Begreiflicherweise, wenn man sich den wirklichen Grund für dieses Vorhaben vergegenwärtigt, wie er jetzt vom Generalinspekteur der Bundeswehr in schöner Offenheit genannt worden ist. Dr. Mechtersheimer hat ja im letzten „Mediatus" (4/1982) das wörtlich zitiert. Danach hat General Brandt in der Kabinettsitzung vom 31. März 1982 erklärt, daß die „Nachrüstung" eben nicht, wie uns immer gesagt wird, dazu dient, die Abschreckung zu verbessern oder der sowjetischen SS 20 ein vergleichbares westliches Waffensystem gegenüberzustellen. Sondern daß es einzig und allein darum geht, der NATO eine neue Option für den Bereich zwischen „nur politischer Druckausübung durch die Sowjetunion und einer großen militärischen Auseinandersetzung der Blöcke" zu verschaffen.

Wenn man diese Absicht im Zusammenhang sieht mit der jetzt vorgesehenen Ausweitung des NATO-Zuständigkeitsbereichs, dann wird ganz klar, daß die beiden Entwicklungen, nämlich einmal ein gewisses Waffenpotential aufzustellen und zum anderen die Verantwortlichkeit der NATO auszudehnen, nicht zufällig parallel laufen, sondern in engem und ursächlichem Zusammenhang gesehen werden müssen. Darin liegt dann auch die Hauptgefahr. Und an ihr ändern weder die gegenwärtigen Verhandlungen in Genf noch die von Präsident Reagan jetzt unterbreiteten Reduzierungsvorschläge bei den strategischen Nuklearwaffen das Geringste.

1) Vgl. die Rede des amerikanischen Präsidenten Reagan in Eureka (Illinois) am 12. Mai 1982 in diesem Heft („Dokumente zum Zeitgeschehen"). D. Red.

Bei den letztgenannten Vorschlägen muß man ja auch sagen, wenn Präsident Reagan wirklich an einem schnellen Ergebnis bei Rüstungsreduzierungsbeschlüssen interessiert wäre, dann bräuchte er nicht neue Verhandlungen empfehlen, dann müßte er ja lediglich den schon ausgehandelten, unterschriebenen und sofort in Kraft zu setzenden SALT-II-Vertrag ratifizieren lassen. Das wäre gewiß die schnellste Art, bei den Interkontinentalraketen zu der von ihm offenbar besonders gewünschten Reduzierung auf sowjetischer Seite zu kommen. Denn das SALT-II-Abkommen hat ja die UdSSR zu einer von ihr auch akzeptierten Reduzierung bei eben diesen strategischen Systemen verpflichtet, weil die Sowjets da leicht im Vorteil sind. Wobei man natürlich hinzufügen muß, daß der Vorteil der USA bei den anderen strategischen Systemen, U-Booten und Bombern, ungleich größer ist, weshalb ja die Vereinigten Staaten entgegen allen Bekundungen ihres Präsidenten im strategischen Nuklearpotential insgesamt der UdSSR nach wie vor überlegen sind.

Darum mutet es natürlich auch etwas eigenartig an, wenn in die erste neue Verhandlungsrunde nur die Interkontinentalraketen einbezogen werden sollen, während über Nuklear-U-Boote und strategische Bomber erst in nachfolgenden Runden verhandelt werden soll. Jedenfalls soweit darüber bisher etwas gesagt wurde.

In dieser Position wird der gleiche Grundgedanke wie in Genf sichtbar: Die Sowjets sollen da reduzieren, wo sie mehr haben, aber die Amerikaner bleiben auf ihren vollen Beständen da, wo sie im Vorteil sind. Eine solche Verhandlungsposition wird wohl kaum zu positiven Ergebnissen führen können.

Bredthauer: Könnte es sein, daß die Haltung Reagans zu Moratorium oder „Freeze", dem Vorschlag Kennedy/Hatfield, ein Kriterium für die Ernsthaftigkeit einer neuen Haltung wäre?

Bastian: Das Kriterium für die Ernsthaftigkeit sind zunächst einmal die vollzogenen Rüstungsbeschlüsse, die ja ungeschmälert weiterlaufen. Da ist nichts korrigiert worden, und das deutet kaum auf eine Bereitschaft hin, in der eigenen Rüstung nicht mehr als unbedingt notwendig zu tun, vielleicht sogar einmal still zu halten, geschweige denn Rüstungsansätze zu reduzieren.

Matthiessen: Ich teile diese Einschätzung, daß das im Augenblick, ähnlich wie die Nulloption bei den Genfer Verhandlungen, ein überwiegend propagandistisches Vorgehen ist. Die Vereinigten Staaten stehen vor einer Entwicklung, die dahin geht, daß die zur Zeit existierenden Interkontinentalraketen im Zusammenhang mit der Counter-Force-Strategie überflüssig werden sollen durch die Entwicklung neuartiger Waffensysteme, insbesondere zum Beispiel durch die Marschflugkörper. Es wird daran gedacht, daß man an die Stelle der alten Interkontinentalraketen diese see- und luftgestützten Marschflugkörper relativ zahlreich, man spricht von 2000 bis 17 000 solcher Marschflugkörper, installieren wird, und zwar von der Region Japan über Korea bis hin zu Norwegen in einem breit angelegten Gürtel. Diese Marschflugkörper sind in Reagans Vorschlag bislang nicht verbindlich berücksichtigt worden. Der ehemalige Abteilungsleiter für militärische und politische Sicherheit, Leslie Gelb, hatte ja auch darauf hingewiesen, daß die Experten in den Vereinigten Staaten absolut keine Vorstellung entwickelt haben, wie man diese Marschflugkörper begrenzen oder in die Verhandlungen einbeziehen könnte.

Bredthauer: Ich glaube, man muß unterscheiden zwischen den beiden Phasen, von denen Reagan spricht.

Matthiessen: Die Marschflugkörper sind verbindlich überhaupt noch nicht berücksichtigt. Der Zwei-Phasen-Vorschlag ist ein anderes Problem, daß nämlich getrennt werden soll zwischen den landstationierten Raketen einerseits und den Bombern andererseits. Das ist eine entscheidende Frage. Die Sowjets haben ihr Schwergewicht bei den landgestützten Interkontinentalraketen. 80 Prozent ihres atomaren Potentials ist in der Sowjetunion stationiert. Hingegen besitzen die USA nach ihren eigenen Angaben ihre Stärke eben in der Bomberflotte und den Polaris-Unterseebooten. Die Vereinigten Staaten haben 80 Prozent ihres Potentials außerhalb ihres Landes stationiert. Dieser strategisch wichtige Bereich soll in der ersten Phase nicht mit eingeschlossen werden. Es bleibt also zu fragen, was dieses Angebot bringt, gerade auch wenn man die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigt. Man kommt vermutlich nicht weiter, wenn man auf der einen Seite die Waffensysteme, die man zahlreich besitzt, ausklammert aus den Verhandlungen und die Waffensysteme der anderen Seite, die man nicht selbst so zahlreich besitzt, verhandeln möchte. Es ist dieselbe Verhandlungsmethode wie in Genf, nämlich die landgestützten Raketen auf seiten der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich einzubeziehen und die see- und auch luftgestützten Raketensysteme im westlichen Bereich vorerst auszusparen.

Frey: Gibt es eine Möglichkeit, über solche Angebote oder Scheinangebote näher ins Gespräch zu kommen, d. h. sich gegenseitig unter Druck zu setzen?

Bastian: Die Absicht besteht sicher. Und es wird die Politik ja wahrscheinlich darauf abzielen, ein Angebot zu machen, das vom normalen Bürger als sensationell empfunden wird, ja auch schon in Berlin von Herrn Kohl als sensationell qualifiziert worden ist, das dann aber, weil es eben in der Tat nicht so sensationell, sondern für die andere Seite fast unannehmbar ist, dort auf wenig Gegenliebe stößt, damit man dann den Schwarzen Peter der anderen Seite zuschieben kann. Nach dem Motto: Wir haben ja ein Angebot gemacht, die andere Seite hätte nur darauf eingehen brauchen, dann hätten wir im nächsten Herbst schon konkrete Ergebnisse. Aber weil Breschnew, beim Wort genommen, die kalte Schulter zeigt, kann es zu diesem schönen gewünschten Ergebnis nicht kommen.

Es sind also zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Der eigenen Bevölkerung wird suggeriert, hier ist ein Friedenspräsident aufgestanden in Washington, der alles, was er früher gesagt hat, vergessen hat und nur mehr in Abrüstung denkt. Aber, beim Wort genommen, ist bei der Sowjetunion keine Gegenliebe zu finden. Die will weiterrüsten. Die Schuld am Rüstungswettlauf wird also einfach der anderen Seite zugeschoben. Das ist zwar ein sehr simpler, aber auch raffinierter Schachzug, der nicht ohne Wirkung auf eine ohnehin zumeist voreingenommene Öffentlichkeit bleiben wird. Weshalb die Bevölkerung sehr eingehend darüber informiert werden muß, daß es sich bei Reagans Vorschlag eben nicht um die große Friedensofferte handelt, die nur am bösen Willen der anderen Seite scheitert.

Bredthauer: Wäre es nicht sinnvoll, neben der Kritik an den möglichen und wahrscheinlichen Hintergedanken, die bei diesem Plan zu erkennen sind, zu sagen, man muß Reagan in diesem Falle beim Wort nehmen? Man müßte eben diesen Vorschlag überhaupt erst dadurch realisierbar machen, daß erst mal die gegenseitige negative Entwicklung gestoppt wird, wie wir das hier in der Bundesrepublik und in Westeuropa mit der „Nachrüstung" versuchen. In den USA wären es also Cruise Missiles und MX-Raketen usw. Reagan sagt, ihm geht es nicht nur um ein Einfrieren, weil es die Probleme nicht löst, sondern er will reduzieren. Das ist ja sein Argumentationsmuster. Wenn er tatsächlich reduzieren will, warum tut er nicht den ersten Schritt, warum friert

er nicht ein? Die Kombination der beiden Vorschläge – „Einfrieren" bzw. Moratorium und dann Reduzieren –, würde sie nicht den Stellenwert eines jetzt vorwiegend propagandistischen Vorschlags verändern können?

Bastian: Das würde sie sicher können, wenn es wirklich auf Reduzierung ankommt und auf das Vermeiden weiterer Aufrüstung während der Verhandlungen, die ja einige Zeit in Anspruch nehmen.

Was will die amerikanische Friedensbewegung?

Deile: Ich denke, daß die Friedensbewegung sich auf diese Frage in breitem Rahmen einstellen muß. Wir sind vor kurzem in den USA gewesen; dort haben wir ein Papier, „A political strategy for Successful Deployment of NATO's Theater Nuclear Forces", von Lynn E. Davis vom 28. Januar 1982 bekommen. Dieser Davis denkt nur darüber nach, wie man die westeuropäische Öffentlichkeit für die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen gewinnen kann, und er spielt dann durch, was man alles tun kann, um durch bestimmte Schritte zu zeigen: wir sind ja bereit, abzubauen, Sprengköpfe zu reduzieren, möglicherweise die atomaren Aufgaben der NATO-Länder um eine Aufgabe zu reduzieren. Solche Ideen werden durchgespielt, um die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen sicherzustellen. Die Begründung ist: Es mag nicht weise gewesen sein und auch nicht notwendig, die Stationierung zu beschließen, aber wenn wir jetzt erfolglos sind in der Ausführung dieses NATO-Beschlusses, dann wird das weitreichende Folgen für das militärische und politische Bündnissystem haben. Ich denke, daß dieses Friedensfeuerwerk, das jetzt angesteckt worden ist, noch nicht abgebrannt ist. Ich denke, daß wir die größte Bündelung von solchen Vorschlägen während Reagans Rede auf der UNO-Vollversammlung erleben werden, weil er dann die große Demonstration der Amerikaner in New York zu bewältigen hat.

Kelly: Ich halte es für sehr gefährlich, und wir haben dies bei unserem jüngsten Besuch in den Vereinigten Staaten auch erfahren, daß diese Freeze-Kampagne von Kennedy und Hatfield mißbraucht wird. Wenn man sich ihre Äußerungen anschaut, wird ganz deutlich, daß diese Herren, die hier als angebliche Anführer der amerikanischen Friedensbewegung hochgespielt werden, in Europa kein Einfrieren in unserem Sinne wünschen. Sie beziehen sich nur auf die strategischen Waffen, haben aber keine klare Position zur „Nachrüstung".

Dagegen sagt die eigentliche Freeze-Kampagne in ihrem Aufruf genau das, was wir auch sagen. In Amerika herrscht nun Unklarheit, da die Äußerungen von Kennedy so hochgespielt werden, während die eigentliche Freeze-Bewegung gar nicht zu Worte kommt. Diese müssen wir aber hier unterstützen und zeigen, daß ihr Kampf mit unserem gekoppelt ist und umgekehrt, auch wir müssen ihren Kampf dort verstehen.

Es ist eine Gefahr, wenn Kennedy sich an die Spitze dieser Bewegung stellt und propagandistisch gegen Reagan Wahlkampf macht, dabei aber nicht einbezieht, daß die „Nachrüstung" verhindert werden muß. Das hat er überhaupt nicht richtig eingeschätzt.

Deile: Kennedy drückt sich um jede Aussage zur Stationierung der neuen Waffen bei uns, während Hatfield sich öffentlich gegen die Stationierung ausgesprochen hat. Dies bestätigte uns der Leiter von Hatfields Mitarbeiterstab, Thomas R. Getman, Anfang April in Washington. In dieser Frage sind Kennedy und Hatfield nicht einig, und in der Freeze-Campaign selbst ist das auch umstritten. Die Freeze-Campaign ist eine sehr breite Bewegung. In ihr gibt es auch die Meinung, daß das weltweite Gleichgewicht,

welches wir jetzt haben, ein anderes ist als das noch nicht erreichte eurostrategische Gleichgewicht. Wenn man sich in den USA für das beiderseitige Einfrieren einsetzt, dann heißt das nicht automatisch, daß man gegen die Stationierung der neuen Waffen in Westeuropa ist. Dieses Verständnis des Einfrierens widerspricht dem offiziellen Freeze-Vorschlag, in dem die Pershing II ausdrücklich erwähnt sind. Ich halte es aber wie Petra Kelly für einen sehr wichtigen Punkt, daß wir unsere Zusammenarbeit auf den Punkt konzentrieren, daß die Kampagne für das beiderseitige Einfrieren verbunden wird mit unserer Stationierungsfrage. Denn man kann wirklich jeden Versuch, beiderseitig einzufrieren, vergessen, wenn bei uns 1983/1984 stationiert wird. Das wird eine tiefe politische Krise nicht nur zwischen West und Ost, sondern auch zwischen West und West auslösen, und ich denke, daß das Einfrieren nach einer evtl. Stationierung gegenstandslos ist.

Matthiessen: Diese Freeze-Campaign hat ein wichtiges Moment für uns. Ich möchte auf den Unterschied zwischen der Reagan-Position und der von Kennedy eingehen, der bereits die Reduktionsvorschläge von Reagan als einseitig kritisiert hat. Die Freeze-Campaign schließt die Verhinderung der Modernisierung ein, und das scheint mir wichtig, weil viele Gefahren gar nicht in der quantitativen Aufstockung von Waffensystemen bestehen, sondern heute in der qualitativen technologischen Verbesserung von Erstschlagswaffen. Man muß in unserer Argumentation mit den amerikanischen Freunden stärker auch auf die für unseren Kontinent vorgeschlagenen Erstschlagssysteme hinweisen, die beim „Einfrieren" mit berücksichtigt werden müssen. Man kann mithin einen atomaren Rüstungswettlauf nicht nur im globalen strategischen Bereich einfrieren, um ihm dann im regionalen Bereich freien Lauf zu lassen. Dies würde nur eine Verschiebung des Wettrüstens auf eine andere Ebene bedeuten.

Bastian: Man muß jetzt wirklich ganz präzis werden. Wir haben uns ja eben erst sehr gründlich mit der Freeze-Campaign drüben auseinandergesetzt und übrigens auch den Originaltext mitgebracht. Davon ist manches hier noch gar nicht bekannt. So hat Staatsminister Corterier auf dem SPD-Parteitag Senator Kennedy zitiert und gesagt: Kennedy ist ja für die „Nachrüstung", weil auch er davon ausgeht, daß derzeit ein Ungleichgewicht in Europa besteht, das erst beseitigt werden muß, bevor man auch hier vom Einfrieren reden kann. Daß Kennedy diese Position vertritt, ist zwar richtig. Aber man muß dazu sagen, daß er nur für sich spricht und keineswegs die Freeze-Campaign repräsentiert, wie das hier dann schnell behauptet wird.

Diese Kampagne wird von sehr viel mehr Leuten getragen, und der Wortlaut ihrer Erklärung sagt eben etwas ganz anderes[2]). Hier ist immer nur die erste Seite dieser Erklärung veröffentlicht worden, die eine Art allgemeines Bekenntnis zum Rüstungsstopp enthält. Auf Seite 2 und 3 wird dann aber ganz genau aufgeführt, bei welchen Waffensystemen dieser Stopp gefordert wird und in welchen Regionen. Und da werden ganz klar auch die Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles genannt. Und es wird sogar gesagt: Der Freeze muß wirksam werden, bevor Cruise Missiles stationiert werden, weil von diesen Waffensystemen dank ihrer Einsatzcharakteristik eine in besonderem Maße destabilisierende Wirkung zu erwarten ist. Und genauso wird gesagt: Der Freeze muß wirksam werden, bevor sich die Zahl der sowjetischen SS-20-Raketen weiter erhöht und dann möglicherweise zu einer übertriebenen Reaktion der NATO mit der Folge führt, daß ein „Gleichgewicht" auf immer höherem Rüstungsniveau angestrebt wird.

2) Vgl. den vollständigen Text des Aufrufs der „Freeze Campaign" für einen Stopp des nuklearen Wettrüstens, zusammen mit der Zusatzerklärung (Backup Statement) des Vorschlags, in: „Blätter", 4/1982, S. 412 ff. D. Red.

Die Situation in Europa und die für hier vorgesehenen Waffensysteme werden also ausdrücklich angesprochen. Es ist deshalb falsch, zu behaupten, die Freeze-Campaign würde sich nur auf die strategischen Nuklearwaffen erstrecken und die eurostrategischen unberücksichtigt lassen. Es ist eindeutig nicht so.

Bredthauer: Vielleicht können die vagen und schwammigen Formulierungen präzisiert werden durch eine stärkere Entwicklung der Freeze-Campaign an der Basis. Ich habe in den 50 Fragen und Antworten, die dem Kennedy/Hatfield-Buch[3]) beigegeben sind, zwei Passagen gefunden, die sich auf die eurostrategische Situation beziehen. Das ist einmal die Frage 17. Da heißt es in der Antwort: Die Regierung Reagan sagt, „daß das Einfrieren die atomare Überlegenheit der Sowjets in Europa fortschreibt. Tatsächlich lehnt die Kennedy/Hatfield-Resolution ein nur auf Europa begrenztes Einfrieren ab".

Der Gedanke liegt nahe, Europa sei inbegriffen, nur solle das „Einfrieren" nicht auf Europa begrenzt werden. Eine solche Formulierung erscheint im Grunde auch als demagogisch, weil die Tatsache, daß es gegenwärtig für Europa einen begrenzten Moratoriumsvorschlag gibt, damit zusammenhängt, daß gewisse Leute auf Europa begrenzt verhandeln wollen und die strategische Ebene eben auf Eis gelegt haben.

Dann gibt es die Frage 44: „Würde andererseits das Einfrieren der Atomrüstung das atomare Kräftegleichgewicht in Europa beeinträchtigten? Antwort: Ganz und gar nicht. Ein auf Europa beschränktes Einfrieren wäre unannehmbar. Ein globales Einfrieren hingegen würde das Gleichgewicht nicht beeinträchtigen (wobei wieder offen ist, ob global heißt: nur auf die strategischen Systeme bezogen oder alles umfassend), das viele Jahre lang auf der Fähigkeit der USA beruht hat, die Sowjetunion als Reaktion auf einen Atomschlag gegen Westeuropa zu vernichten." Also: Die alte Strategie. Es gibt eine Grauzone in der Interpretation der „Freeze"-Position gegenüber Europa und der „Nachrüstungs"frage, würde ich sagen, und es hängt eben alles davon ab, wie da weiter von der Friedensbewegung operiert wird.

Quistorp: Diese Bestandsaufnahme möchte ich mit der Frage ergänzen, ob es nicht auch ein Versäumnis in der Kooperation der europäischen und der amerikanischen Friedensbewegung gegegen hat? Es ist versäumt worden, rechtzeitig eine Einigung und eine Plattform herzustellen. Ich erinnere mich daran, als im letzten Jahr einige Vertreter der Friedensbewegung in den USA waren, da war in der amerikanischen Friedensbewegung viel zu wenig über die Debatten bei uns und über die Stationierung von Mittelstreckenraketen bekannt.

Um gemeinsam Druck zu entwickeln, war zwischen der amerikanischen und der europäischen Friedensbewegung viel zu wenig Kommunikation oder Abstimmung vorhanden. Als dann Reagan seine damalige Propaganda für die „Nulloption" machte, kurz vor Beginn der Gespräche in Genf, haben etwa Edward P. Thompson und Daniel Ellsberg eine Art Kombination von „Krefelder Appell" und Freeze Campaign vorgeschlagen. Das hätte ich sehr gern unterstützt. Da gab es aber Zögerungen in der englischen, der deutschen und der amerikanischen Friedensbewegung. Denn die amerikanische Friedensbewegung war z. T. nicht bereit, den Stellenwert der europäischen Forderung zu erkennen, während Teile der englischen und deutschen Friedensbewegung die Forderung der Freeze-Campaign als unzureichend empfanden. Sie dachten, diese gehe zu sehr vom Gleichgewichtsdenken aus und darin sei zu wenig enthalten im Sinne weltweiter Abrüstung, zu wenig an pazifistischen und radikal-antimilitaristi-

3) Vgl. die deutsche Ausgabe: E. M. Kennedy/M. O. Hatfield, Stoppt die Atomrüstung, Hamburg 1982.

schen Elementen oder vom Ansatz des Aufrufs der Russell Peace Foundation. Da war ein Schwachpunkt der Friedensbewegung, der inzwischen bestimmt überwunden worden ist. Zumindest sollte er überwunden werden, damit wir rechtzeitig von uns aus Friedensofferten und pragmatische Abrüstungsschritte vorschlagen können und diese in die politische Öffentlichkeit tragen. Etwa, welche präzise Kombination von Nichtstationierung und Freeze-Campaign wir uns vorstellen.

Kelly: Dazu kann man noch ergänzend sagen, daß die Freeze-Campaign uns auch lange nicht verstanden hat. Das konnte man etwa an der Rede von Coretta King am 10. Oktober in Bonn sehen. Sie sprach immer wieder sehr offen die Neutronenbombe an, wußte aber nicht, daß unser Problem die Pershing und die Cruise Missile ist. In der amerikanischen Friedensbewegung gibt es das ähnliche Problem wie bei uns, da ist ja auch keine, wie soll ich sagen, Organisation, die sagt, wir sind die Friedensbewegung. Es gibt da sehr viele Ansätze des Widerstandes, schon sehr viel länger als bei uns, und zugleich ist die Kommunikation sehr schwierig. Jetzt habe ich erlebt, daß z. B. auch die Krefelder Forderung dort verstanden worden ist, jetzt wissen sie dort genau, was der „Krefelder Appell" ist.

An der damaligen Debatte, als Ellsberg und Thompson ihren Vorschlag machten, bestand die Gefahr, daß die END in England, also nicht die Campaign for Nuclear Disarmanet (CND), viel zu stark auf Reagan einging, und das hat uns, glaube ich, ein bißchen geschadet. Thompson hat ja sogar im „Guardian" gesagt, wir müßten auf Reagan zugehen, wir müßten ihm den guten Willen lassen und uns damit auseinandersetzen. Thompson hat das, glaube ich, unglücklicherweise auch auf dem Krefelder Forum so ausgedrückt. Die END hat nur ihr Cruise-Missile-Problem gesehen, nicht das Pershing-Problem. Das war wieder ein Problem der Europäer untereinander. Sie haben nicht gesehen, daß die Bedrohung ja von beiden ausgeht. Große Differenzen waren da auch bei der Ellsberg-Position. Er hat sehr oft Pershing II und SS-20 gleichgesetzt, eine Verbindung, die ja, wie wir sagen, gar nicht existiert. Und das gab Verwirrung . . .

Deile: Ich würde ganz gerne doch noch etwas zu der Kampagne für das beiderseitige Einfrieren sagen. Ich halte sie nämlich für sehr verletzbar. Einmal deswegen, weil sie von der Grundvoraussetzung ausgeht, daß es ein Gleichgewicht gibt, bilateral, was ich für eine Frage von politischen Mehrheitsstimmungen im Lande halte und nicht für verifizierbar. D. h., auch so eine Einstellung ist propagandistisch. Das zweite ist, daß ihr bisher der konkrete erste Schritt fehlt und daß eine Regierung es relativ leicht hat, den Vorschlag für das beiderseitige Einfrieren, wenn sie nur beweglich und flexibel ist, tatsächlich zu übernehmen, weil unterm Strich ein Verhandlungsauftrag dabei herauskommt. Und ich glaube, daß gerade deswegen die Verbindung der Freeze-Campaign mit der europäischen Friedensbewegung substantiell ist. Dann bekommt sie ein konkretes Datum, und es gibt einen ersten konkreten Schritt. D. h., die Freeze-Campaign verliert ihre Verletzbarkeit.

Die amerikanische Friedensbewegung würde dann ein positives Ziel haben, nämlich einen ersten konkreten Schritt. Wir haben in den USA immer wieder gesagt: Ihr könnt Eure Kampagne für das beiderseitige Einfrieren vergessen, wenn bei uns stationiert wird. Und ich glaube, daß die in der Friedensbewegung aktiven Amerikaner das auch verstanden haben und daß einer der Schwerpunkte bis mindestens Ende 1983 wirklich auf der beiderseitigen Verbindung der Friedensbewegungen und auf der Institutionalisierung derselben liegen wird. Außerdem erhält die amerikanische Friedensbewegung auch Auftrieb durch die Abwehr der sozialen Kürzungen aufgrund des steigenden Militäretats und durch die Befürchtung, daß Zentralamerika ein neues Vietnam werden könnte.

Wörmann-Adam: Das würde auch bedeuten, Kommunikationsschwierigkeiten insgesamt abzubauen. Ich selbst kenne mich nicht so sehr in militärtechnischen Fragen aus; ich verfolge diese Diskussion aufmerksam und versuche dies auch innergewerkschaftlich spürbar wiederzugeben. Aber ich sehe da große Probleme, daß die Kollegen in den Gewerkschaften überhaupt erkennen, was die einzelnen Friedensbewegungen bzw. Teile von ihr voneinander halten und daß Teile der Friedensbewegung versuchen, andere Teile gegeneinander auszuspielen. Das sieht man auch daran, daß jetzt die SPD hingeht und versucht, den Kennedy für sich einzuspannen, weil der eine Politik vertritt, die sie mit ihrem eigenen Programm auch vertreten könnte. Wenn dann Kennedy hingestellt wird als Synonym für *die* amerikanische Friedensbewegung – und als solcher wird er hier in der Öffentlichkeit ja hingestellt –, wird es unheimlich schwer, klar zu machen, daß Kennedy nicht *die* amerikanische Friedensbewegung ist, sondern nur Aushängeschild seiner eigenen Politik.

Bredthauer: Man muß also bei Freeze offensichtlich sehr aufpassen, welche Art von Freeze gemeint ist, weil es Unterschiede gibt. Es gibt ja auch zwei Freeze-Resolutionen. Es gibt da eine von einem der kältesten Krieger, Jackson, der im Kongreß die Reagan-Positionen einbringt, zuerst das Gleichgewicht wieder herzustellen und dann einzufrieren. Ähnlich wie bei der „Nullösung" wird das unter der Vokabel „einfrieren" verkauft, und das kann natürlich die Öffentlichkeit sehr in Verwirrung bringen.

Aber wenn man auf die Substanz des Freeze-Vorschlags kommt, wie er von den amerikanischen Friedensbewegungen entwickelt wurde: Da gibt es doch auch weitgehende Parallelen, und auf jeden Fall sind die beiden Dinge verträglich und können kombiniert werden. Es gibt auch in der Herangehensweise deutliche Parallelen zwischen der Forderung: „Nachrüstung" nicht verwirklichen und der Freeze-Campaign, insofern hier deutlich ein Konzept des ersten Schritts erkennbar ist: keine weitere Verschlechterung, da anfangen, wo man steht. Einfrieren zunächst als Voraussetzung, daß man Schritte nach vorn tun kann. Das ist vergleichbar, meine ich, und insofern ist der Krefelder Appell in meinen Augen in gewisser Weise auch ein auf die spezifischen Bedingungen der Bundesrepublik angewandtes Einfrier-Konzept – als erster Schritt, von dem aus man weitergeht. Vielleicht ist bei der amerikanischen Freeze-Campaign, das ist mir nicht ganz deutlich geworden, nicht so klar, was denn nun die weiteren Schritte sein sollen.

Bastian: Wir wollen zunächst in einem kurzen gemeinsamen Appell mit der Freeze-Campaign eine amerikanisch-deutsche Initiative starten, in der zum Ausdruck kommt, daß der westliche Verzicht auf Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper in Europa von den amerikanischen Freunden genauso wie von uns als erster, wichtiger Schritt zum Rüstungsstopp angesehen wird.

Bredthauer: Das müßte dann ja wohl das Ende des Antiamerikanismus-Vorwurfs gegen die Friedensbewegung sein . . .

Mannhardt: Ich halte die gerade erfolgten kritischen Anmerkungen zur Freeze-Campaign und die Rolle Kennedys dabei für berechtigt, möchte aber noch einmal deutlich machen, daß wir als positiv vermerken sollten, daß ähnlich wie bei uns die Kampagne für den Krefelder Appell, die Freeze-Campaign die Stimmung in den USA teilweise verändert hat. In der Bevölkerung wächst das Bewußtsein für die Fragen des atomaren Rüstens und der daraus erwachsenden Gefahren.

Ein Problem sehe ich in der unzureichenden Gewichtung der europäischen Situation, der Europa betreffenden Veränderungen in der Militärstrategie der USA und der

NATO, durch die Freeze-Campaign. Dies betrifft aber auch andere außereuropäische Friedensbewegungen. Mir erscheint es daher erforderlich – einiges ist dazu schon getan worden –, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Friedensbewegung stärker auf die Veränderungen der Strategie für Nuklearwaffen seitens der USA zu lenken, da durch diese Strategie die Interkontinentalwaffen in der Perspektive für die USA nicht mehr so interessant sind.

Gunnar Matthiessen hat das schon deutlich gemacht. Die Diskussionen und Planungen in den USA gehen in die Richtung, mit see-, luft- und landgestützten Cruise Missiles, die rund um die Sowjetunion stationiert werden sollen, einen Nuklearkrieg führen zu können und auf die Interkontinentalraketen zu verzichten . . .

Matthiessen: . . . und zwar mit dem positiven Effekt, daß die Waffensysteme außerhalb des eigenen Landes stationiert sind.

Mannhardt: Das kommt noch als weiterer Aspekt hinzu. Daher finde ich es ganz wichtig, daß in bezug auf das Reagan-Angebot zu den Interkontinentalraketen diese militärischen Entwicklungen und Planungen deutlich gemacht werden, um zu einer Bewertung des Angebotes zu kommen.

Matthiessen: Bevor wir darüber sprechen – mir steht doch die Frage der Freeze-Campaign zu offen im Raum, weil man den Eindruck mitnehmen könnte, daß wir von hier aus sie überaus kritisch beurteilen. Das Problem scheint mir zu sein, daß gegenwärtig in den Vereinigten Staaten eine politische Entwicklung stattfindet, die wir in der Vorbereitung unserer Entwicklung vor einigen Jahren hier erlebten, nämlich die sich stark verbreitende Auffassung: wir müssen das Wettrüsten auf beiden Seiten beenden, eine Auffassung, die sich ja gerade in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre stark bei uns durchsetzte. Dies ist im Grunde genommen die Übersetzung von Freeze. Das hat ja auch bei uns relativ breit bis in den DGB hinein eine Konkretisierung erfahren, indem man unter der Losung der Beendigung des Wettrüstens in Ost und West, den Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte und auf die weitere Erhöhung der Militärausgaben orientierte. Und an diesem Punkt scheint mir im Augenblick auch die amerikanische politische Diskussion angekommen zu sein; stärker in Berücksichtigung ihrer speziellen Aspekte.

Dies ist deswegen nicht unwichtig, weil die Kampagne von ihrem Anspruch aus über das hinausgeht, was in SALT bereits erreicht wurde. Neben Vereinbarungen über die quantitative Rüstungsbegrenzung ist natürlich die qualitative Rüstungsbegrenzung bei SALT relativ gering, das heißt, sie schließt nicht unbedingt die Entwicklung neuer, auf den Erstschlag gerichteter perfektionierter Waffensysteme aus. Ein Ansatz ist zwar in dem Zusatzprotokoll durch das Verbot der Stationierung von MX-Raketen und weitreichenden landgestützten Cruise Missiles geleistet, aber das war ja auch nur bis 1981 terminiert. Die Freeze-Campaign geht weiter, weil sie nicht nur das Einfrieren der strategischen Rüstungen rein mengenmäßig, sondern auch im qualitativen Bereich fordert, das heißt ein Stopp aller neuen rüstungstechnologischen, mithin auch auf den Erstschlag gerichteten Waffensysteme. Deshalb würde ich diesen Ansatz erst einmal positiv sehen. Wie er sich weiter konkretisiert, das wird wahrscheinlich sehr schwierig sein. Ich könnte mir vorstellen, daß die Mittelstreckenraketensysteme, die uns gedacht sind, präzise mit einbezogen werden, wie es in dem Aufruf ja bereits geschehen ist. Näher liegt natürlich für die amerikanische Bewegung erst mal die Verhinderung ihrer auf den Erstschlag gerichteten Waffensysteme, denn die Trident II A und die MX-Raketen sind genau solche auf den entwaffnenden nuklearen Erstschlag gerichteten

Waffensysteme wie Pershing und Cruise Missiles auf unserem Kontinent und können insofern nicht abgekoppelt werden.

Natürlich besteht die gefährliche Neigung, das würde ich zugestehen, daß man sagt: Konzentrieren wir uns erst mal auf diese bei uns selbst stationierten Waffensysteme und vernachlässigen wir zunächst die für Europa vorgesehenen. Das würde natürlich bedeuten, daß man die Freeze-Campaign halbiert und eine wesentliche Seite der Atomkriegsstrategie ausläßt. Ich meine, da müssen Kontakte und Aussprachen dazu führen, daß man diese Waffensysteme bei seinen Forderungen praktisch nicht umgehen kann, wenn man eine erfolgreiche Einfrierungskampagne auf allen Ebenen entwickeln will.

Bastian: Ich muß jetzt doch einmal was dazu sagen, damit kein falscher Eindruck entsteht. Klaus Mannhardt hat von Kritik an der Freeze-Campaign in den USA gesprochen, und Gunnar Matthiessen sagt jetzt auch, daß wir diese Kritik nicht übertreiben sollten. Ich weiß gar nicht, worauf sich das bezieht, denn es gibt diese Kritik ja gar nicht.

Wir üben doch nicht im mindesten Kritik an dieser Freeze-Campaign in den USA. Sie ist doch im Gegenteil als ganz unerhört positives Geschehen zu bewerten. So sehe ich das jedenfalls, und ich glaube, daß es sicher auch alle hier an diesem Tisch so sehen. Es ist doch unglaublich hilfreich, daß es jetzt drüben auch eine so starke Bewegung gibt, mit einem ganz klaren und eindeutigen Ziel, das geeignet ist, eine sehr große Zahl von Amerikanern zu mobilisieren und für diese Bewegung zu begeistern.

Kritik gibt es doch nur an unserer eigenen Regierung, weil sie versucht, den Eindruck zu erwecken, es gebe Differenzen zwischen dem Ziel der Freeze-Campaign drüben und dem Ziel der Friedensbewegung hierzulande. Das ist absolut unwahr. Wenn die Bundesregierung zum Beweis ihrer Behauptung, wie gesagt, Senator Kennedy anführt, dann übersieht sie, daß seine Meinung nicht die Meinung der Freeze-Campaign ist, wie ich schon dargelegt habe.

Konventionelle Aufrüstung als Preis einer atomaren Abrüstung?

Bredthauer: Was ist zu der Frage zu sagen, ob sich die Friedensbewegung jetzt auch mit der Gefahr einer konventionellen Aufrüstung durch die Hintertür beschäftigen muß? Das Thema taucht in verschiedenen Äußerungen der letzten Zeit auf. Ich erinnere nur an die gemeinsame Ausarbeitung von McNamara, Kennan u. a. über „Kernwaffen und das Atlantische Bündnis"[4]).

Deile: Hierher gehört auch die Einsetzung einer Kommission durch die niederländische Regierung, die untersuchen soll, wie man ohne atomare Waffen den gleichen Grad an Sicherheit durch konventionelle Rüstung erreichen kann. Ich weiß nicht, ob das auf eine effektive Stärkung konventioneller Rüstung hinausläuft. Aber jedenfalls gibt es offiziell die Untersuchung des Zusammenhangs gleiche Sicherheit ohne atomare Waffen.

Bastian: Sicher, auch Friedensforscher bei uns, wie z. B. Dr. Mechtersheimer, Dr. Afheldt u. a. m. stellen entsprechende Überlegungen an. Aber ganz sicher nicht mit dem Ziel, nachzuweisen, daß wir mehr konventionelle Rüstung brauchen, wenn wir auf Nuklearwaffen verzichten wollen. Sie wollen doch ganz im Gegenteil alternative Ver-

4) Vgl. Auszüge des Beitrags von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert McNamara und Gerard Smith über „Kernwaffen und das Atlantische Bündnis", in: „Blätter", 5/1982, S. 633 ff.

teidigungskonzepte entwickeln, die nicht nur von den Nuklearwaffen frei machen, sondern auch zur Verringerung der Rüstungslasten führen durch eine andere Struktur und Ausrüstung der konventionellen Kräfte.

Auch in den USA wird von der Freeze-Campaign nicht behauptet, wenn wir den Stopp der nuklearen Rüstung haben wollen, müssen wir das mit einem gewaltigen Mehr an konventioneller Rüstung erkaufen. Auch die berühmte „Viererbande", McNamara, Kennan, McBundy und Smith, haben in ihrem Vorschlag, auf den nuklearen Ersteinsatz zu verzichten, keine konkreten Forderungen auf gesteigerte konventionelle Rüstung erhoben. Sie sagen nur, daß es möglicherweise zu einer solchen Steigerung kommen kann, fügen aber gleich hinzu, daß man sich darunter keine dramatischen Erhöhungen vorstellen soll und daß der Umfang dieser Steigerung genau untersucht werden muß.

Bei den hier veröffentlichten Stellungnahmen zum Vorschlag dieser Amerikaner wird immer nur die angeblich notwendige Vermehrung der konventionellen Streitkräfte betont. Dafür wird unterschlagen, daß diese vier ausdrücklich darauf hingewiesen haben, daß diese Steigerung, selbst wenn sie notwendig werden sollte, bescheiden bleiben kann und daß bei den entsprechenden Überlegungen zweierlei zu berücksichtigen ist. Erstens, daß die konventionelle Stärke des Warschauer Paktes hier meist übertrieben dargestellt wird, weil auch der Erosionsprozeß in diesem Bündnis vollkommen unberücksichtigt bleibt. Und zweitens, daß die modernen Panzerabwehrwaffen heute den Verteidiger eindeutig begünstigen. Ein amerikanischer Atomphysiker und Nobelpreisträger hat neulich sogar überspitzt gesagt, die modernen Panzerabwehrwaffen würden den Panzer heute genauso wertlos machen, wie seinerzeit der Panzer die Kavallerie wertlos gemacht hat. Das ist natürlich übertrieben, aber in der Tendenz richtig.

Deile: Ich habe eine gute Zielformulierung für die Friedensbewegung beim Interkirchlichen Friedensrat in den Niederlanden gelesen, was das Verhältnis von Atomwaffen und konventionellen Waffen betrifft. Sie sagt: wir setzen uns ein für ein atomwaffenfreies Europa auf dem niedrigsten möglichen Stand rein defensiver konventioneller Rüstung. Da ist beides zusammen gesehen. Das halte ich als Richtungsangabe für die Friedensbewegung sehr hilfreich, statt eines fixierten Endzustandes einen Prozeß zu beschreiben auf dieses Ziel hin.

Bastian: Ja, so ähnlich haben wir das in unserem Krefelder Appell ja auch gesagt. Ein atomwaffenfreies, rüstungsarmes Europa. Die Vorstellung ist natürlich nicht, wenn wir auf die nuklearen Waffen verzichten, dann müssen wir in der konventionellen Rüstung enorm zulegen. Sondern man sollte auch da auf ein Minimum zurückgehen, auf das man halt im Augenblick noch nicht verzichten zu können meint.

Matthiessen: Dies Argument wird natürlich auch bei uns greifen, ganz unabhängig einmal davon, was die Autoren McNamara usw. meinen. Aber man wird bei uns möglicherweise eine Argumentation entwickeln, auf die wir uns einstellen müssen: Wenn wir eine solche Veränderung der Strategie im Rahmen der NATO-Konzeption vollziehen, das heißt auf einen eventuellen Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten, auch im Falle eines konventionellen Angriffs, dann müssen wir natürlich auch militärisch-konventionelle Bedingungen schaffen, deren Abschreckungseffekt so hoch liegt, daß ein konventioneller Angriff nicht möglich ist. Dies ist die bisherige Argumentation. Schmidt will dies selbst trotz bestehender atomarer Abschreckung. Solange wir eine solche Hochrüstung im konventionellen Bereich als Ausgleich gegenüber der konventionellen Überrüstung der anderen Seite, wie gesagt wird, nicht erreicht haben, können wir erstens auf die Erstschlagskonzeption nicht verzichten und müssen zweitens

konventionell enorm aufrüsten, um dann letztendlich zu diesem Verzicht auf den atomaren Ersteinsatz kommen zu können. Wir können also zwei negative Entwicklungen erleben. Wir behalten die Konzeption des atomaren Erstschlages, und die vorgebliche Abschaffung wird dann benutzt, um uns propagandistisch auf den Weg neuer konventioneller Hochrüstung zu bringen.

Bredthauer: Beides würde in das NATO-Langzeitprogramm von 1978 passen, wo ja sowohl die Modernisierung der Mittelstreckenwaffen als auch die der strategischen Waffen (als auch die chemische Aufrüstung als Punkt, den wir hier nicht angesprochen haben), wie auch die Erhöhung der konventionellen Fähigkeiten vorgesehen sind und wo auch diese 3% jährliche Erhöhung der Militärausgaben der NATO-Teilnehmerstaaten festgeschrieben ist – bis in die 90er Jahre, real, d. h. inflationsbereinigt. Insofern sind diese 3% natürlich nicht beruhigend, die da genannt werden.

Bastian: Nein, das ist ja bei McNamara u. a. auch nicht als verbindliche Größenordnung genannt, sondern es ist gemeint, daß man sich nicht zu viel darunter vorstellt, daß nicht jemand glaubt, daß muß erkauft sein mit einer Verdoppelung der konventionellen Rüstung.

Verzicht auf Ersteinsatz von Atomwaffen – ein erster Schritt

Matthiessen: Für mich ist die Frage, wie wir solchen möglichen Argumentationen begegnen können. Ich würde versuchen, einmal argumentativ diesen Vorschlag von McNamara zu erweitern und eine Verpflichtung zum atomaren und konventionellen Nichtangriff fordern, das heißt ein Junktim herzustellen zwischen beidem. Dies ist ein Angebot der Sowjetunion in Rücksicht auf westliche Befürchtungen, ohne daß bislang dazu seitens der NATO eine Antwort gegeben wurde. Unter solchen Bedingungen könnte im Grunde keiner mehr sagen: Wir müssen erst mal konventionell aufrüsten, um auf den atomaren Erstschlag verzichten zu können.

Aber ich habe da eine Frage zum Verständnis: Wir haben Anfang der sechziger Jahre durch McNamara selbst die ersten Ansätze der Counter-Force-Strategie erlebt, unter Kennedy und McNamara, und zwar mit all den Begleiterscheinungen, die wir auch heute wieder erleben müssen, nämlich mit der „Raketenlücke" seinerzeit und mit der unheimlich massiven Diskussion über einen begrenzten atomaren Krieg, mit der Festlegung von militärischen Zielen in der Sowjetunion, die in einem entwaffnenden Erstschlag, wie McNamara das 1962 in Ann Arbor ausgeführt hat, zu vernichten seien. McNamara selbst hat dann 1968/69 diese Strategie zurückgenommen zugunsten einer anderen strategischen Orientierung, nämlich der gegenseitig gesicherten Zerstörung, die ihn zu der Überlegung führte: Wir brauchen soviel Waffensysteme, daß im Falle eines Angriffs seitens der Sowjetunion noch genug Sprengköpfe zurückbleiben, um ein Viertel der Sowjetunion vernichten zu können. Das ist ja durch die Entwicklung der neuen Waffensysteme praktisch unterlaufen worden.

Für mich stellt sich jetzt die Frage, ob der neue Ansatz von McNamara über das hinausgeht, was er bereits Ende der sechziger Jahre entwickelt hat, konkret, ob mit diesem Verzicht auf den atomaren Ersteinsatz eine Änderung in der amerikanischen Politik erreichbar ist, ohne daß bereits die Abschreckungsdoktrin und Feindbildideologie damit beseitigt wären. Es ist zu überlegen, ob damit nicht dem ständigen Versuch, strategische Überlegenheit durch waffentechnologische Durchbrüche und Präzisionswaffen zu erlangen, der Boden entzogen wäre. Ich glaube, daß diese Strategie des Nichtersteinsatzes praktische Bedeutung für die gesamte Freeze-Campaign haben könnte. Andererseits glaube ich nicht, daß die Freeze-Campaign wesentlich erfolgreich sein

kann, ohne den Verzicht auf den Ersteinsatz von atomaren Waffen. Solange diese Konzeption besteht, besteht auch immer wieder die Tendenz, das qualitative Wettrüsten zugunsten von Erstschlagswaffen zu beschleunigen. Kennedy hat sich in dieser Frage ja absolut bedeckt gehalten.

Bredthauer: Im Gegenteil, er hat in seinem „Spiegel"-Interview kürzlich gesagt, ein Verzicht auf Ersteinsatz kommt nicht in Frage.

Bastian: Wir müssen da unterscheiden zwischen Ersteinsatz und Erstschlag. Worauf McNamara verzichten will, ist der Ersteinsatz von Nuklearwaffen durch die NATO. Auch im Fall einer konventionellen Aggression soll die NATO seiner Meinung nach solange keine Nuklearwaffen einsetzen, solange auch die andere Seite nicht mit Nuklearwaffen angreift.

Matthiessen: Aber der Verzicht auf den Ersteinsatz würde dann ja auch ermöglichen, auf Waffensysteme zu verzichten, die nun wirklich für den Erstschlag konzipiert sind.

Bastian: Ja, natürlich, das sagt McNamara ganz ausdrücklich, indem er feststellt, es wäre bei einem Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen natürlich möglich, auf ein ganzes Bündel von Nuklearwaffen zu verzichten, die nur zum Ersteinsatz taugen. Und er fügt in seinem Papier hinzu, daß es dann eben nicht mehr notwendig wäre, jedem Waffensystem, das die Rüstungsfanatiker im Osten ihren Politikern aufschwätzen, ein vergleichbares System im Westen entgegenzusetzen. Damit könnte dann sogar der bisherige Mechanismus des Wettrüstens unterbrochen werden. Auf diesen Teil seines Vorschlags hat man hier natürlich auch nicht hingewiesen, weil er eben nicht ins Konzept des hier verwendeten Begriffs vom militärischen Gleichgewicht paßt.

Mannhardt: Ich möchte noch etwas zur Frage der konventionellen Aufrüstung und der Friedensbewegung sagen. Ich glaube, daß in der Intention das, was vom Holländischen Interkirchenrat formuliert wurde, richtig ist.

Die wichtigste Aufgabe ist heute der Kampf gegen die Atomwaffen, sie sind gegenwärtig die größte Gefahr für die Menschheit. Dennoch, glaube ich, müssen wir als Friedensbewegung aufpassen, daß dabei nicht die konventionelle Aufrüstung vergessen wird. Denn auch hier zeichnen sich gefährliche Entwicklungen ab. Bei den konventionellen Waffensystemen erfolgen Perfektionierungen, die die konventionelle Aufrüstung auf eine neue Ebene heben werden. Ich sehe die Gefahr, daß diese Waffen den Charakter von Massenvernichtungswaffen annehmen werden.

Die Friedensbewegung hat daher auch die Aufgabe, auf gefährliche Entwicklungen in diesem Bereich und hier erfolgende Aufrüstungsschritte hinzuweisen und diese zu bekämpfen.

Wörmann-Adam: Diese Diskussion ist ziemlich vernachlässigt worden. Langfristig könnte das zu einer Spaltung der Friedensbewegung führen. Die Friedensbewegung hat sich in den letzten ca. zwei Jahren erst mal auf die Frage Atombewaffnung bzw. Stationierung von Mittelstreckenraketen konzentriert und die Diskussion um Alternativen bzw. Aufrüstung im konventionellen Bereich verdrängt. Sicher sind weite Teile der Bevölkerung mittlerweile gegen die Atombewaffnung oder die Stationierung der neuen Raketen, aber andererseits bedeutet das nicht, daß man prinzipiell gegen Bewaffnung konventioneller Art ist. Da steht ja auch die Angst hinter, die von unseren Medien und den entsprechenden politischen Kreisen geschürt wird, so daß die Menschen das Gefühl brauchen, sich vor einem möglichen Angriff verteidigen zu können. Man muß versuchen, langfristig auch in der Diskussion um Bewaffnung Schwerpunkte

zu setzen, und aufzeigen, daß alle Formen der Bewaffnung diskutiert werden müssen, daß alle Waffen konsequent abgebaut werden müssen.

Da ist viel versäumt worden auch bei den Gewerkschaften. Es wird sehr differenziert diskutiert, weil sich natürlich auch einige Kollegen direkt betroffen fühlen, die in den entsprechenden Firmen arbeiten, man muß aber verstärkt in den Diskussionen die Alternativen zur Waffenherstellung aufzeigen.

Gibt es noch einen qualitativen Unterschied zwischen atomaren und konventionellen Waffen?

Bredthauer: Wir sollten diesen Punkt noch weiterdiskutieren. Der Wandel der konventionellen und der nuklearen Waffentechnologie wirft doch die Frage auf, worin denn noch die besondere Qualität von Atomwaffen besteht, ob die Unterscheidung zwischen beiden überhaupt noch so aufrecht erhalten werden kann.

Matthiessen: Ja, ich möchte gerne etwas dazu sagen. Es gibt zwei Dimensionen. Die eine ist, daß die konventionelle Rüstung und die atomare Rüstung früher eine sehr deutliche Grenze hatten. Diese Grenze verschwindet aber immer mehr. Nehmen wir die Neutronenbombe. Sie ist ausschließlich im Zusammenhang mit der Atomkriegsstrategie für das Gefechtsfeld gedacht. Sie ist von General Krause einmal im „Vorwärts" dargestellt worden als die beste Angriffswaffe, die es im konventionellen Bereich bislang in der Geschichte gegeben hat, weil sie tiefe Breschen in die Reihen des Gegners schlagen kann. Die Brücken, Eisenbahnen, Straßen aber bleiben stehen und sind nach zwei Stunden wieder zu benutzen. Wir haben andere Systeme, wie beispielsweise das Tornado-System, das ähnliche militärische Fähigkeiten hat wie Cruise Missiles und in dreißig Meter Höhe ziemlich tief in den gegnerischen Bereich eindringen kann. Es ist ein Atomwaffenträger, obwohl er als konventionelle Waffe bezeichnet wird. Durch die Verkleinerung der Atomwaffen einerseits und die Anhäufung von konventionellem Vernichtungspotential andererseits wird die Grenze zwischen beiden Rüstungsbereichen verwischt.

Dennoch würde ich es für falsch halten, diese Grenze von uns aus zu verwischen, weil ich glaube, daß ein Atomkrieg auch gerade unter unseren Bedingungen heute anders als ein konventioneller die totale, minutenschnelle, menschlich unvorstellbare Zerstörung bedeuten würde. Und von dieser Qualität der Massenvernichtung dürfen wir nicht ablenken. Zum zweiten glaube ich, es ist auch im öffentlichen Bewußtsein noch ein Unterschied vorhanden, den wir meines Erachtens keineswegs einebnen sollten. Im öffentlichen Bewußtsein, das merken wir gerade jetzt spürbar, ist zu Recht diese Angst vor einem Atomkrieg weit verbreitet. Ich würde sagen, bei uns in unserer Bevölkerung ist das Feindbild noch so fest verankert, daß sie auf konventionelle Rüstung, auf irgendeine Form der Verteidigung glaubt nicht verzichten zu können, da ja auch die andere Seite diese Rüstung hat. Abrüstung hat immer noch etwas zu tun mit der Angst, daß man der eigenen Regierung den Dolch in den Rücken stößt. Gerade die Forderung nach einseitiger Abrüstung bestärkt solche Befürchtungen, aber eine übergreifende Befürchtung, meine ich, macht sich trotz allem Feindesdenken breit. Vor dem Atomkrieg hat man Angst, man will nicht immer mehr neue Massenvernichtungswaffen aufhäufen. Der alte Gedanke, der uns jahrelang in der Friedhofsruhe gehalten hat, ich meine den von Jaspers, mit der Atombombe leben zu lernen, wird erstmals auf breiter Grundlage durchbrochen – allerdings meines Erachtens noch nicht hinreichend genug. Wir müssen diese ungeheuerlichen Gefahren einer atomaren Aufrüstung noch eindringlicher deutlich machen, um besser auch auf die Gefahren des Wettrüstens insgesamt, der Konzeption vom Gleichgewicht des Schreckens hinweisen zu können.

Bredthauer: Ein Ausgangspunkt dieser neuen Friedensbewegung ist doch die Neutronenbombe gewesen, bei der diese Frage der Atomwaffen in ganz neuer Form in die Diskussion gekommen ist. In der Nachrüstungsfrage wurde dies noch sehr viel deutlicher – und ist nicht so leicht zu verniedlichen auf den Maßstab einer Waffe usw. Ich glaube schon, daß die besondere Qualität der Atomwaffen auch hinter der besonderen Wirksamkeit der neuen Friedensbewegung steht. Zwei Begriffe wären da noch: die Frage „Schwelle" und die Frage „Begrenzbarkeit". Das sind Dinge, die hängen unmittelbar mit den Atomwaffen und dem Atomkrieg zusammen. Wie weit gibt es eine atomare Schwelle, deren Überschreitung den ganzen Charakter des Kriegs verändert, und wie weit könnten auch Atomkriege begrenzbar sein?

Bastian: Da muß man sich, glaube ich, sehr militärtechnisch unterhalten. Das bringt aber nicht viel. Da gibt es die verschiedensten Theorien. Die einen sagen, Nuklearkrieg ist nie begrenzbar, der wird immer eskalieren zum Interkontinentalkrieg, die anderen sagen, das mag jetzt so sein, aber deswegen ist es ja gerade die Absicht derer, die Nuklearwaffen besitzen, in Zukunft die Begrenzbarkeit wenn schon nicht garantierbar, dann aber eher möglich zu machen – wobei niemand weiß, ob die Rechnung auch aufgeht.

Aber ich möchte zu dem Punkt noch was sagen. Ich halte es wirklich für einen ganz falschen und gefährlichen Denkansatz, wenn oft in den Diskussionen entgegengehalten wird: Ja, warum wenden wir uns nur gegen die nuklearen Rüstungsschritte, die konventionelle Rüstung ist doch genau so menschenvernichtend, und letztlich ist es mir ganz gleich, ob ich von einem MG erschossen werde oder ob ich von Nuklearwaffen umgebracht werde. Das ist einfach falsch, so zu argumentieren. Sicher hat die konventionelle Rüstung heute noch wirksamere Waffensysteme entwickelt, als sie im Zweiten Weltkrieg verfügbar waren, aber nicht so sehr viel . . . Es gibt auch manches, was es im Zweiten Weltkrieg gegeben hat, was es heute gar nicht mehr gibt, z. B. Flächenbombardements, Bombenteppiche, die Bomber dafür sind gar nicht mehr vorhanden. Weder im Westen noch im Osten, die z. B. wie im Fall Dresden so ein konventionelles Bombardement vollziehen könnten.

Und es sollte sich keiner auch nur die geringste Illusion machen: Der Unterschied zwischen der höchst wirksamen konventionellen Waffe und der kleinsten Nuklearwaffe ist immer noch ein ganz makabrer. Und es bleibt ja nicht bei diesen kleinsten Nuklearwaffen. Es gibt auch sehr viel größere, und da ist der Unterschied überhaupt nicht mehr ausdrückbar, nicht mehr vorstellbar. Zwischen einer Megatonnenbombe und auch der wirkungsvollsten konventionellen Waffe gibt's überhaupt keine Parallelen. Weshalb die Behauptung, es hat nur Sinn, wenn man sich gegen alle Waffen wendet, es ist doch letztlich egal, ob man von einer Handgranate umgebracht wird oder von einer Nuklearwaffe, an der Wirklichkeit vorbeigeht. Die Gefahr der Menschheitsvernichtung, die Gefahr der nachwirkenden Schäden, die über Generationen hin sich fortpflanzen, die gibt's ja nur bei nuklearen Waffen. Bei chemischen Waffen vielleicht auch, aber sicher nicht im gleichen Ausmaß, schon weil es bei chemischen Waffen Beschränkungen der Einsatzmöglichkeit gibt, wie sie bei Nuklearwaffen nicht anzunehmen sind.

Und mit der konventionellen Rüstung gibt es die Gefahr der Menschheitsvernichtung überhaupt nicht. Das heißt natürlich nicht, daß konventionelle Rüstung harmlos wäre und bei den Abrüstungsforderungen vernachlässigt werden könnte. Es heißt aber, daß nach konventionellen Kriegen, wie schlimm sie auch gewesen sein mögen und wieviel Leiden sie verursacht haben, die Rückkehr zur Normalität und die Regeneration der

Völker möglich ist, sobald die Waffen schweigen. Das haben wir nach dem Zweiten Weltkrieg selbst erlebt, und das hat z. B. auch der Krieg in Vietnam gezeigt. Wären diese Kriege mit Nuklearwaffeneinsätzen ausgetragen worden, wie wir sie uns ja heute vorstellen müssen, dann sähe es bei uns und in Vietnam noch heute ganz anders aus.

Deile: Selbst wenn diese markanten Unterschiede zwischen den konventionellen und den atomaren Waffen existieren, glaube ich nicht, daß der Übergang von einer konventionellen zur atomaren Auseinandersetzung im Ernstfall aufhaltbar ist, solange es die atomaren Waffen gibt. Aber das Problem, das für mich in dem Zusammenhang noch größer ist, ist die Tatsache, daß in Mitteleuropa eine atomare Auseinandersetzung genauso wenig wie eine konventionelle vorstellbar ist. Das heißt, daß auch mit konventionellen Waffen letztlich das gleiche Ergebnis wie bei einer atomaren Auseinandersetzung, nur in längerer Zeit als mit Atomwaffen, erreicht wird. Unterm Strich bleibt nur übrig, daß alles, was auf diesem Sektor getan wird, nur kriegsverhütende Funktion haben kann. Auch der Gedanke nur konventioneller Auseinandersetzung ist bei uns undenkbar geworden.

Bastian: Keineswegs! Die offizielle NATO-Doktrin sagt ja, auch unsere konventionelle Rüstung diene ja nur der Kriegsverhinderung... .

Deile: Das Problem jeder Abschreckung ist, daß das ständige Vorbereitetsein auf den Krieg zu einer wirksamen Abschreckung gehört, und es gibt Leute, die sagen, der nächste Krieg wird nicht wegen politischer Spannungen ausbrechen, sondern weil wir uns immer auf den schlimmsten Fall einer möglichen militärischen Auseinandersetzung vorbereiten. Darin steckt ein Selbstlauf und eine Eigendynamik, die den konventionellen Waffen ähnlich innewohnt wie den atomaren Waffen.

Frey: In den USA hat es Stimmen gegeben, die ich jetzt nicht mit Namen benennen kann, die gesagt haben, selbst wenn es 20 Mio. Tote gegeben hat, so ist das immer noch wenig im Vergleich zu der Zahl der Toten in der Sowjetunion. Mit den Überlebenden kann man wieder einen guten Anfang machen. Damit kann man das Endergebnis eines Atomkriegs auf den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg beziehen: Nach dem Zweiten Weltkrieg, so wird gesagt, haben die Deutschen sich erholt, die Japaner haben sich erholt. Dann werden die sich auch wieder nach einem Atomschlag erholen. So werden wir an einen Atomkrieg gewöhnt. Das müßte ganz deutlich gemacht werden.

Bastian: Das wäre ein schlechter Gewöhnungsprozeß, wenn er den Unterschied, also die völlig andere Kategorie eines Nuklearkrieges, selbst wenn er mit den kleinsten Nuklearwaffen ausgetragen werden sollte, verwischen würde. Das darf nicht sein.

Matthiessen: Da gibt es ja noch einen anderen Hintergedanken. Ich erinnere mich noch an die Diskussion um die Neutronenbombe und die vielfachen Begründungen, warum man sie braucht. In diesen Diskussionen wurde immer wieder von Jugendoffizieren oder Politikern behauptet, daß es doch keinen Unterschied gibt, von welcher Waffe ich getötet werde und ein Steinbeil ebenso tötend sei wie die Neutronenbombe. Da liegt ja die eigentliche Verdummungsabsicht gegenüber der Öffentlichkeit, nämlich vom qualitativen Unterschied abzulenken zwischen Massenvernichtungswaffen und Nudelhölzern. Dahinter steht auch die Absicht, die totale und allseitige Abrüstung aller Waffensysteme als einzig moralisch gerechtfertigte Forderung zu erheben und sie unmittelbar zu beschwören. Das Ergebnis ist dann immer wieder, da das alles unmittelbar und in einem Akt nicht zu erreichen ist, es beim alten bleibt und zusätzlich immer neue Waffensysteme eingeführt werden.

Wie kann der Abrüstungsprozeß ausgelöst werden?

Deile: Sind wir nicht selbst laufend dabei, nach möglichen Endzuständen zu fragen, statt über die Frage zu diskutieren, wie der notwendige Abrüstungsprozeß ausgelöst werden kann? Ist nicht die eigentliche Frage, mit der wir heute zu tun haben, wie wir den Prozeß auslösen können, der eine friedenspolitische Alternative zeigt und zu einer Verminderung der Bedrohung mit immer neuen Waffen führt? Innerhalb der Kirchen spielt diese Überlegung eine große Rolle, größer als in den nichtkirchlichen Friedensgruppen. Es gibt eine Reihe von Arbeiten, die über sogenannte einseitige kalkulierte Abrüstungsschritte nachdenken. Durch solche Schritte einer Seite soll ein beiderseitiger Prozeß der Abrüstung ausgelöst werden.

Die Friedensbewegung kann diese konkrete Frage an ihre eigene Regierung stellen. Was kann diese Regierung an einseitigen Schritten tun, um die Bedrohung zu mindern und einen Einstieg in einen beiderseitigen Prozeß zu finden? Das ist z. T. der Kontext, in dem in der evangelischen Kirche über die Frage der Verhinderung der Stationierung neuer atomarer Waffen nachgedacht wird. Auch das Verbot von Rüstungsexporten wäre eine Möglichkeit, die unsere Regierung als einseitigen Schritt ergreifen kann. Eine dritte Möglichkeit ist die der defensiven Umrüstung, alternativ zur heutigen militärischen Verteidigung. Solche einseitigen Schritte können gemacht werden, ohne das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und unserer Gesellschaft außer acht lassen zu müssen. Durch solche Schritte kann die Konfrontation militärischer Art gemindert werden. Eine Seite kann in der heutigen Situation ein, zwei, drei, vier, fünf solcher Schritte tun und sehen, welches die Antwort der anderen Seite ist. Läßt sie sich auf einen beiderseitigen Prozeß ein? Solche Fragen werden in der Friedensbewegung noch zu wenig diskutiert. Solche Diskussion kann helfen, aus einer Debatte herauszukommen, in der die Gegner sich mit totalitären Alternativen gegenüberstehen. Die Alternative, entweder wir schmeißen morgen früh um 8 Uhr 30 alle Waffen in den Rhein oder in den Altlantik – was unter ökologischen Gesichtspunkten natürlich nicht möglich ist – oder wir machen weiter im Rüstungswettlauf, ist unpolitisch. Aber leider läuft es oft auf diese falsche Alternative heraus, die uns politisch überhaupt nicht hilft, die Schritte zu finden, mit der wir einen beiderseitigen Prozeß der Abrüstung auslösen können.

Quistorp: Zur Frage der möglichen und praktischen Abrüstungsschritte, die Volkmar Deile angesprochen hat, möchte ich hinzufügen: Was hat der Widerstand gegen neue Atomwaffen zu tun mit der konventionellen Rüstung? Es geht in der Friedensbewegung ja nicht um einen Gegensatz, aus diesem Denken müssen wir raus. Als eine Abrüstungsbewegung müssen wir auch die Frage der Dritten Welt, den Nord-Süd-Konflikt mit im Auge haben. Ich halte es für einen realistischen Ansatzpunkt bei der Debatte um Atomwaffen und konventionelle Waffen, um ein Freeze, zu sagen, wir wollen keinen weiteren Ausbau der Militärausgaben, keine technologische Entwicklung im konventionellen Bereich, den Stopp von atomaren, chemischen und biologischen Waffen. Man muß mit pazifistischen Gruppen zusammenarbeiten, zu denen ich ja auch stärker gehöre, sich aber auf erreichbare Ziele einstellen. Nicht im Sinne von Anpassen, sondern um wirklichen breiten demokratischen Druck zu entwickeln. Da muß der Nord-Süd-Konflikt, der Stopp von Waffenexporten einbezogen werden. Das wird ja auch aktuell debattiert. Ich denke, daß man hier mit den Gewerkschaften und Amnesty International zusammenarbeiten sollte.

Bredthauer: Ich meine, daß wir eigentlich drei Dinge noch diskutieren müßten. Einmal, was denn nun das spezifisch Gefährliche an den Pershing II und Cruise Missiles

für uns hier ist, warum wir das ins Zentrum stellen, denn wir haben grundsätzliche Dinge über Atomwaffen und Verhältnis von Atomwaffen und konventionellen usw. angesprochen. Zweite Frage: Haben wir uns klar über das, was bei den Verhandlungen und was an Verhandlungsvorschlägen im Raume steht, unterhalten, und die dritte Frage, das Verhältnis von „Nachrüstung", der Frage der atomwaffenfreien Zonen und anderen weitergehenden Fragen.

Frey: Ich würde gerne unter dem Punkt „Bestandsaufnahme" noch einmal fragen, unter welchen Voraussetzungen eine Veränderung dieser Waffensituation überhaupt erreichbar ist. Ich habe dafür jetzt kein Konzept. Aber als die Entspannungspolitik eingeführt wurde, war dafür weltpolitisch eine Voraussetzung dadurch gegeben, daß die Bundesrepublik Freiraum hatte, entsprechend zu agieren, daß sie sich dann auch später durchgesetzt hat. Ich würde gerne überlegen, wie in der gegenwärtigen Situation die Friedensbewegung solche Freiräume schaffen kann, damit die politisch Verantwortlichen, die von uns gewählten Leute, auch entsprechend handeln können. Oder was die Friedensbewegung an Handlung tun muß und kann, um die Freiräume tatsächlich zu schaffen und alternative Lösungen zu schaffen. Nur auf die Waffen zu schauen, halte ich ein bißchen für einseitig.

Die Entspannungspolitik begann ja mit der Einsicht, daß die politischen Rivalitäten der Großmächte nicht mit Waffen und Rüstung ausgetragen werden können, ohne einen dritten Weltkrieg zu riskieren (Kuba-Krise!). Es mußten Übereinkünfte gefunden werden für ein gemeinsames Überleben bzw. Nebeneinanderherleben, ohne die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme aufgeben zu können oder zu wollen. Das Schlagwort von der friedlichen Koexistenz beinhaltet die gesellschafts- und weltpolitische Konkurrenz! Solche Übereinkünfte wurden für Europa in Gestalt der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Jahre 1973 gefunden. Für andere Teile der Welt (Afrika, Nahost und Mittlerer Osten) gab es nichts. Die Entspannungspolitik machte den Ost-West-Konflikt einigermaßen überschau- und handhabbar. Sie brachte viele Vorteile für Europa, besonders für die Deutschen und für Berlin. Damals gelang es der Bundesregierung, die weltpolitische Chance zu nutzen und die Deutschlandpolitik auf neue Gleise zu schieben.

Diese Entspannungspolitik ist in Gefahr geraten, weil die politische Entspannung nicht in militärische Entspannung umgesetzt werden konnte. Wenn die Entspannungspolitik eine neue Chance haben soll, dann unter zwei Voraussetzungen: 1) Die Regierungen in Ost und West müssen sich aus den Sachzwängen der militärisch orientierten Politik (Rüstung als politische Option zum Druckausüben auf die andere Großmacht) befreien. Ja, es geht um einen gegenseitigen und weltweiten Befreiungsprozeß. Die Friedensbewegung kann dazu helfen, indem sie Druck ausübt. 2) An Stelle der militärischen Optionen und Maximen (MAD, Abschreckung, Gleichgewicht usw.), die, durch den Stand der Rüstungstechnik bedingt, nicht mehr faktisch zu steuern sind, müssen politische Alternativen, evtl. gemischt mit militärischen Komponenten, treten. Solche Alternativen wird die Friedensbewegung selbst ansteuern müssen. Sie wird Druck auf die Herrschenden ausüben, sich darum zu bemühen und miteinander so zu verhandeln, daß substantielle Abrüstungsvereinbarungen herauskommen.

Die mit der „Nachrüstung" verbundenen Gefahren: Es gibt keinen Weg zurück zur alten Abschreckung

Bredthauer: Das wäre die Frage nach den politischen Rahmenbedingungen, etwa Entspannung usw. Was hat es nun konkret mit der „Nachrüstung" auf sich, also mit diesen

beiden Waffensystemen, mit ihrer besonderen Qualität – auch im Unterschied zu einer Neutronenbombe. Von all den Dingen haben wir gesprochen, haben sie aber noch nicht auf den Punkt gebracht.

Bastian: Das Gefährliche an der Rüstungsentwicklung im nuklearen Bereich, wie er in dem sogenannten Nachrüstungsprojekt auf uns zukommt, ist eben, daß hier erstmals Nuklearwaffen produziert und aufgestellt werden, die erkennbar nicht mehr Abschreckung produzieren, sondern der Kriegführung dienen sollen. Diese Waffen werden möglich vor dem Hintergrund sich wandelnder nuklearer Einsatzvorstellungen, die sich von der Zwangsjacke befreien wollen, über Nuklearwaffen zu verfügen, die eigentlich nicht einsetzbar sind, die nur zur Vergeltung, wenn die andere Seite so töricht ist, sie einzusetzen, geeignet, dann aber mit dem Risiko der Selbstzerstörung belastet sind.

Da versucht man natürlich Auswege aus dieser Zwangssituation, aus diesem Käfig, in dem man sich befindet, zu finden, und dieser Ausweg ist durch die Wissenschaft und Technik jetzt gefunden worden mit Waffensystemen, deren Einsatz möglich zu sein scheint, ohne mit der Gefahr der Selbstvernichtung bezahlt werden zu müssen.

Bredthauer: Es gibt also keinen Weg zurück zur alten Abschreckung?

Bastian: Wahrscheinlich nicht. Denn selbst wenn man jetzt auf dieses Rüstungsvorhaben verzichtet, das Wissen um diese Möglichkeit ist ja vorhanden und nicht mehr auszulöschen. Deshalb gäbe es keine Garantie dafür, daß nicht irgendein anderer Waffen mit ähnlicher Charakteristik entwickelt, produziert und aufstellt. Deshalb glaube ich, daß sich das Konzept der nuklearen Abschreckung mit den heute von der Technik angebotenen Möglichkeiten tatsächlich erledigt hat. Man kann es auch nicht wiederbeleben. Man kann nur ein anderes Sicherheitssystem entwickeln, das nicht mehr auf der Androhung von Massenmord beruht. Aber das Gefährliche ist ja auch, daß diese Auswirkung abgeleugnet wird, daß auch die Nachrüstungswaffen mit der Behauptung schmackhaft gemacht werden, sie würden die Abschreckung wirksamer machen, obwohl ja genau das Gegenteil der Fall ist.

Wie der Generalinspekteur der Bundeswehr eingeräumt hat, handelt es sich ja auch in Wahrheit um etwas ganz anderes, nämlich darum, der NATO eine neue Option für nukleares Reagieren in Europa zu verschaffen. Im Zusammenhang mit der Ausweitung des NATO-Bereichs z. B. auf die Ölregion kann dann sehr schnell eine Situation entstehen, in der von diesen Mitteln auch Gebrauch gemacht wird oder zumindest die andere Seite sich der Drohung ausgesetzt fühlt, mit diesen Waffen angegriffen zu werden, und dann unnötig nervös und vorschnell reagiert, indem sie diese Mittel ausschaltet.

Bredthauer: Es gibt doch einen amerikanischen Spruch: „Use them or loose them" – setz sie ein, oder Du verlierst sie . . .

Bastian: Ja.

Matthiessen: Ich möchte auch noch mal ganz gerne einen Gedanken aufgreifen, den Volkmar Deile eben äußerte, nämlich daß es uns darum geht, einen Prozeß der Abrüstung auszulösen. Ich stimme Gert Bastian zu, daß die Entwicklung der Abschreckungsdoktrin immer schon den Fall X und damit im Grunde die Fähigkeit einbezieht, einen Krieg führen und letztendlich auch gewinnen zu können. Der Gedanke ist: Wenn die Abschreckung versagt, muß ich auch in der Lage sein, diesen Krieg zu führen. Daher wird es immer eine Tendenz geben, die auf eine solche Kriegsführungs-

möglichkeit hin orientiert. Auf der anderen Seite sehe ich auch eine Möglichkeit, dem zumindest in ersten Ansätzen entgegenzuwirken, ohne daß die Abschreckungsdoktrin bereits grundsätzlich verlassen wird; zumal durch den Übergang, den McNamara seinerzeit von der Counter-Force-Strategie vollzogen hat, der zur Strategie der gegenseitig gesicherten Zerstörung hinführte. Dies wurde fortgesetzt von Ford und Nixon im Entspannungsprozeß und im SALT-Prozeß. Das zumindest ließ eine bestimmte Entlastung im internationalen Klima möglich werden und brachte erste Chancen zur Begrenzung der strategischen Rüstung. Die öffentlichen Überlegungen von Kissinger, Nixon oder Ford waren, daß strategische Überlegenheit militärisch sinnlos und politisch gefährlich geworden sei. Parallel aber kam es zu der Entwicklung der neuen Erstschlagssysteme, mit denen seit Anfang der siebziger Jahre erneut auf die strategische Überlegenheit gezielt wurde. Man hat die gesamte alte Strategie im Grunde genommen nie geändert. Die Counter-Force-Strategie blieb Grundlage.

Nun stellt sich die Frage, wie trotzdem die Entwicklung gestoppt und prozeßhaft eine Wende eingeleitet werden kann. Ich sehe im Ansatz von McNamara eine Möglichkeit, eine weniger gefährliche Politik durchzusetzen und der ständig neuen Entwicklung von perfektionierten Massenvernichtungswaffen einen Riegel vorzuschieben. Das löst wohl das Problem nicht grundsätzlich, würde aber mehr Luft schaffen für internationale Rüstungsbegrenzung und Versuche, die atomare Rüstung qualitativ einzudämmen und einzufrieren. Insofern würde ich die Gaus'sche Formulierung „Zurück zur massiven Vergeltung" (vgl. Dokumentation in: FR v. 14./16. 11. 1981) nur interpretieren als eine Überlegung, die in diese Richtung zielt, wie mißverständlich auch immer, nämlich auf diese Erstschlagssysteme praktisch zu verzichten und sich vorerst mit viel weniger Waffen zurückzuziehen auf das, was man früher massive Vergeltung oder später die Strategie der Hinlänglichkeit nannte.

Bredthauer: Was Gert Bastian über diese neuen Waffen gesagt hat, die den Atomkrieg wieder führbar machen sollen, die auf den Erstschlag hinauslaufen, gilt auch für die MX-Raketen, gilt auch für Trident usw. Nun steht aber im Krefelder Appell, mit Grund, wie ich meine, nur was von Cruise Missiles und Pershings, vom „Nachrüstungs"-Beschluß.

Bastian: Da ist natürlich schon ein Unterschied. Denn wenn man eine Trident- oder MX-Salve auf die UdSSR abfeuert, ist ganz klar, daß die Sowjets mit einer entsprechenden Salve zurückschießen. Doch wenn man mit Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern, die in der BRD oder in Belgien, den Niederlanden stationiert sind, der Sowjetunion nur einen begrenzten Schaden zufügt, indem nur bestimmte militärische Ziele angegriffen werden, deren Zerstörung für die Sowjets zwar nachteilig ist, weil sie die Fähigkeit, konventionell Krieg zu führen, reduziert, aber eben noch lange nicht an die Substanz geht, dann kann man schon damit rechnen, daß die UdSSR nicht überreagiert. Daß sie sich in einer Art Flexible response auf die Zerstörung gleichwertiger Ziele im Westen beschränkt.

In einer solchen Situation ist natürlich der im Vorteil, der zuerst losschießt und sich damit sehr schnell eine Überlegenheit in der Fähigkeit zur konventionellen Kriegführung verschafft. Denn wenn die „Nervenknoten" im konventionellen Militärapparat der anderen Seite zerstört sind, dann ist die Masse der Truppen, auch wenn diese Truppen selbst intakt bleiben, in ihrer Wirksamkeit doch stark reduziert. Wenn also z. B. alle wichtigen Befehlsstellen, Kommunikationszentren und Fliegerleitstellen schlagartig ausgeschaltet werden, dann ist das sicher noch kein lebensbedrohender Schaden für die UdSSR, aber dann ist der konventionellen Streitmacht die Fähigkeit

zum Angriff wie zur Verteidigung weitgehend genommen. Und genau das ist die entscheidende Wirkung, die mit Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern erzielt werden kann.

Bredthauer: Das ist doch wahrscheinlich der Punkt, an dem diese Überlegung, die Bahr in letzter Zeit häufig angesprochen hat, ins Spiel kommt. Nämlich, daß man Sicherheit heute nur noch gemeinsam haben könne, zu welchem Nennwert man diesen Spruch auch immer nehmen darf. Man muß sich also angucken, wie wirkt das auf die Sowjetunion, auf die sowjetische Sicherheit, sowohl militärisch als auch politisch.

Bastian: Wir wissen doch sehr genau, daß die UdSSR sich nur hinter einem Wall starker konventioneller Streitkräfte sicher fühlt. Ob einem das verständlich erscheint oder nicht, das ist nun einmal die Situation. Und das bedeutet doch, daß die Vorstellung, die Wirksamkeit dieser konventionellen Streitkräfte wird von der anderen Seite durch solche chirurgischen Eingriffe in ihr Nervensystem schlagartig reduziert, für die Sowjets alarmierend sein muß.

Matthiessen: Dazu noch eine Anmerkung. Bei öffentlichen Podiumsdiskussionen wird immer wieder darauf verwiesen, daß viele in der Friedensbewegung behaupten, diese Pershing-Raketen seien Erstschlagswaffen und gegen die Interkontinentalraketen der anderen Seite gerichtet. Natürlich erfolgt sofort die Antwort, daß 108 Pershing-II-Raketen nicht ausreichen, all die strategischen Raketen der Sowjetunion zu vernichten. Daher ist es sehr wichtig, deutlich zu machen, daß diese Pershing-Raketen in der Tat Waffensysteme sind, die auch durch ihre Fähigkeit, unter der Erde zu detonieren, wesentlich vorgesehen sind, um solche Nachrichteneinrichtungen, Kommunikationszentralen usw., praktisch das ganze gesellschaftlich-militärische Leben der Sowjetunion schlagartig lahmzulegen, um dann, gleichsam in Fortsetzung der alten drei 1977 veröffentlichten ehemaligen Angriffspläne, die Sowjetunion strategisch zu entwaffnen, nämlich jetzt mit technologisch verbesserten Waffensystemen, die gesichert und schnell treffen können.

Bredthauer: McGeorge Bundy hat mal gesagt, man müsse die Sowjetunion „enthaupten". Wie geht das?

Matthiessen: Zuerst einmal durch eine blitzartige Zerstörung der Kommandostruktur. Aus der Position der amerikanischen Strategen wären dann die Raketen die wesentlich nächsten Ziele, die die USA erreichen können, zu treffen mit MX-Raketen, dem Trident-II-A-System, weil sie mittlerweile auch eine Zielgenauigkeit von 30 Metern erreicht haben und auch in der vorhandenen wie geplanten Menge geeignet sein sollen, praktisch den gefährlichsten militärischen Bereich der Sowjetunion auf einen Schlag auslöschen zu können. Als wie irrational wir diese Überlegung auch einstufen mögen, die Fähigkeit zu einem massiven entwaffnenden atomaren Erstschlag ist ein wesentlicher Bestandteil der Counter-Force-Strategie. Das läßt auch die Direktive 59 mit ihren Tausenden militärischen Zielen in der Sowjetunion erkennen sowie auch die neuerliche Überlegung, ein Abwehrsystem zu entwickeln, das die Zweitschlagsfähigkeit der Sowjetunion weiter vermindert.

Bastian: Das ist eben nicht so gesichert. Das hängt nicht allein von der Treffgenauigkeit ab, sondern auch von den Flugzeiten. Es gibt ja Frühwarnsysteme, die sehr exakt arbeiten, und die Flugzeiten der Interkontinentalraketen sind so lang, daß die angegriffene Seite ihre eigenen Raketen, wenn sie den Anflug von Raketen erkennt, immer noch aus den Silos bringen kann, bevor es zu ihrer Zerstörung kommt. Es gibt also keine Möglichkeit, Interkontinentalraketen der Gegenseite mit einem Überra-

schungsangriff eigener Interkontinentalraketen auszuschalten. Im Gegenteil, so ein Überraschungsangriff wäre das sicherste Mittel, diese Raketen des Angegriffenen aus den Silos zu bringen.

Matthiessen: Auch unter den Bedingungen, daß praktisch das Kommunikationssystem entschieden gestört ist da drüben?

Bastian: Das wäre dann vielleicht etwas anderes, aber dann gibt es ja immer noch die Nuklear-U-Boote, die kaum verwundbar sind. Selbst wenn die Sowjetunion weniger Gefechtsköpfe auf ihren U-Booten hat als die Amerikaner, hat sie natürlich genug, um den USA mit diesen U-Boot-Raketen immer noch einen untragbaren Schaden zuzufügen. Und das will man ja gerade vermeiden.

Auf die nicht ausschaltbare Möglichkeit zum nuklearen Gegenschlag wird ja auch immer hingewiesen, wenn man behauptet, so etwas wie einen auf Europa begrenzten Nuklearkrieg könne es niemals geben. Meist wird ja dann auch Herr Arbatow als Zeuge zitiert, der einmal gesagt hat, man solle sich nichts vormachen, die Sowjetunion würde immer auf die USA zurückschießen, ganz gleich, ob ein Angriff auf die UdSSR von dort aus oder von Europa aus erfolgen würde. Das klingt natürlich im Frieden ganz eindrucksvoll, ist aber doch wohl vor allem im Zusammenhang mit dem erklärlichen Bestreben zu sehen, die Abschreckung glaubhaft und damit wirksam zu erhalten. Was im Krieg und speziell dann, wenn die Sowjetunion nur von Europa aus mit Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern angegriffen werden würde, tatsächlich zu erwarten wäre, steht wohl doch auf einem ganz anderen Blatt. Erst recht dann, wenn diese Waffensysteme, die Moskau zwar erreichen können aber nicht erreichen müssen, vorwiegend auf militärische Ziele im Vorfeld der UdSSR eingesetzt würden. Dann stellt sich für die UdSSR doch sehr wohl die Frage, ob sie sich wirklich einen Gefallen tut, wenn sie die Antwort nicht ebenfalls auf militärische Ziele der NATO in Europa beschränkt, sondern auf die USA ausdehnt, was ja die Eskalation zum interkontinentalen Nuklearkrieg herbeiführen würde.

Würde die Sowjetunion dies tun, dann würde sie ja selbst den Gegenschlag der amerikanischen Interkontinentalsysteme herausfordern und die Selbstvernichtung unvermeidlich machen. Genau genommen würde die UdSSR dann mit „massiver Vergeltung" reagieren. Und da muß man natürlich fragen, warum die Bereitschaft, auf einen begrenzten Schaden mit massiver Vergeltung zu reagieren, drüben größer und glaubhafter sein sollte als im Westen. Bekanntlich hat man sich ja im Westen zur Strategie der „Flexible response", also der angemessenen Reaktion entschlossen, weil man es eben nicht für glaubwürdig und damit als „abschreckend" angesehen hat, daß ein amerikanischer Präsident bereit sein würde, auf einen begrenzten Angriff der Sowjetunion in Europa mit dem Einsatz amerikanischer Interkontinentalwaffen zu antworten und damit den interkontinentalen Gegenschlag der Sowjets herauszufordern, also die Vernichtung der USA in Kauf zu nehmen.

Warum sollte dann die Sowjetunion im umgekehrten Fall, also wenn von Europa aus ein begrenzter Angriff mit dort aufgestellten Nuklearwaffen erfolgt, anders handeln und die Selbstvernichtung riskieren, indem sie den Nuklearkrieg in die USA trägt? Ist es da nicht wahrscheinlicher, daß sie den Gegenschlag in einer Art Flexible response ebenfalls auf Europa beschränkt läßt und vergleichbare Ziele angreift? Nur daß die Verluste im Westen dann ungleich größer sein würden, weil Flugplätze, Befehlsstellen, Lager der Reforger-Truppen und Kriegshäfen in unseren dichtbesiedelten Gebieten eben nicht zerstört werden können, ohne gleichzeitig Millionen Menschen umzubringen.

Bredthauer: Wobei da auch die Asymmetrie zwischen USA und Sowjetunion sehr deutlich ins Spiel kommt, denn das Angebot an die Sowjetunion, „einen begrenzten Atomkrieg in Europa zu führen", der sich auf die europäische Sowjetunion beschränken würde, bedeutet die Vernichtung des Kernlandes der Sowjetunion.

Bastian: Nicht unbedingt. Viele der in Frage kommenden militärischen Ziele im konventionellen Militärapparat des Warschauer Paktes stehen ja gar nicht auf sowjetischem Boden. Vor allem nach einem vollzogenen Aufmarsch können sie in großer Zahl im sowjetischen Vorfeld, also in Polen, Ungarn, Rumänien, vor allem natürlich in der ČSSR und DDR angenommen werden.

Die Bevölkerung schützt die Raketen, nicht die Raketen die Bevölkerung

Bredthauer: Ich glaube, dafür gäbe es Atomträger mit kürzerer Reichweite, z. B. Pershing I B, die die Bundeswehr jetzt bekommen soll. Ich glaube, es gibt einen ganz charakteristischen Unterschied zwischen Pershing II und MX-Raketen – bezeichnend für die ganze Perversion dieser Nachrüstungslogik und für die besondere Bedrohung der BRD durch die Pershings. Nämlich der, daß die MX gerade *unverwundbar* gemacht werden sollen, unsichtbar gemacht werden sollen, wohingegen gerade das Besondere an der Pershing und an der „Nachrüstung" ist, daß die Dinger landgestützt, verwundbar, sichtbar *sein sollen*. Das ist ausdrücklich als Kriterium der NATO angegeben worden, diese Raketen müssen *sichtbar* sein, es muß erkennbar sein, daß sie vom westeuropäischen Festland abgeschossen werden. Also im Grunde eine völlig gegenläufige Behandlung dieser beiden Waffensysteme, die technologisch vielleicht große Ähnlichkeiten haben. Da wird eben die besondere Bedrohung für uns erkennbar, daß wir als Geiseln, als Köder dastehen, also bewußt in eine ganz besonders exponierte Lage hineingebracht werden.

Bastian: Genauso ist es. Denn man zwingt ja der UdSSR die nicht einfache Entscheidung auf: Will sie sich diese Waffensysteme in Westeuropa und die von ihnen ausgehende Bedrohung vom Hals schaffen, muß sie gleichzeitig Millionen Westeuropäer umbringen, weil anders diese Waffen nicht auszuschalten sind.

Bredthauer: Ich möchte diesen Teil des Gesprächs mit einigen resümierenden Thesen zur Lage der „Nachrüstung" abschließen.

1) Die Abwendung der, rapide gewachsenen, Atomkriegsgefahr ist heute wichtiger als jede andere Frage. Es gibt *nichts* Wichtigeres als den Frieden!

2) Die neuen Erstschlags-Atomwaffen und die entsprechende neue Atomkriegsstrategie der USA (siehe PD-59) sind Hauptursache der erhöhten Atomkriegsgefahr.

3) Pershing II und Cruise Missiles (die „Nachrüstungs"-Waffen) sind die für Europa bestimmten Waffen dieser neuen US-Strategie.

4) Wir sind Hauptbetroffene, weil fast die Hälfte dieser Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert werden soll, darunter *sämtliche* Pershing II, die mit nur rund 5 Minuten Flugzeit bis Moskau der Sowjetunion kaum Vorwarnzeit belassen.

5) Die Verhinderung der „Nachrüstung" ist für die Friedensbewegung in der Bundesrepublik deshalb *die* Schlüsselfrage (und zwar unter allen die Friedensbewegung interessierenden Aspekten: Kriegsverhinderung, Verhinderung weiterer Rüstungswettläufe, Öffnung eines Weges zu alternativer Sicherheitspolitik/atomwaffenfreien Zonen/Abrüstung usw., Einbruch in die Routine/Automatik des Abschreckungssystems, Sammlung immer breiterer Kräfte für eine Kurskorrektur/Wende usw.).

6) Die „Nachrüstung" ist keine rein militärische, sondern zugleich eine politische (außen- und innenpolitische) Fehlentwicklung, die verhindert bzw. rückgängig gemacht werden muß. Sie untergräbt die Grundlagen der Entspannung, vor allem des friedlichen Zusammenlebens in Europa (Ostverträge, KSZE usw.) und hat schon 1979 die Gefahr eines Rückfalls in den Kalten Krieg enorm erhöht (Afghanistan-Krise, Carters und Reagans Boykott- und Konfrontationskurs). Die Korrektur der „Nachrüstungs"-Entscheidung könnte also neue Möglichkeiten für die Fortsetzung und Vertiefung von Entspannung und Zusammenarbeit in Europa eröffnen. Hier zeigt sich deutlich der Zusammenhang zwischen politischer und militärischer Entspannung.

7) Die Auseinandersetzung um die „Nachrüstung" ist zugleich eine Auseinandersetzung um Richtung und Prioritäten der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, um den Zusammenhang von Aufrüstungs- und Expansionspolitik einerseits und Sozialabbau/Demokratieabbau auf der anderen Seite. Die „Nachrüstung" vergiftet das innen- (und ost-)politische Klima, weil zu ihrer Durchsetzung längst für überwunden gehaltene Feindbilder wiederbelebt werden. (Friedenskanzler Schmidt warnt neuerdings vor der russischen Gefahr!) All das verschafft nur den rechtesten Kräften in Politik und Wirtschaft erweiterten Spielraum – auch gegen jede sozialliberale Reformpolitik, gegen Gewerkschaften, Bürgerinitiativen usw.

8) Die Verhinderung *neuer* Atomwaffen auf dem Boden unseres Landes ist unerläßliche Voraussetzung seiner Teilnahme an weitergehenden Maßnahmen, wie z. B. der Reduzierung der *vorhandenen* Atomwaffen, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone usw. Wer soll einer Friedensbewegung folgen, die ein atomwaffenfreies Europa vorschlägt, also die Abschaffung aller Atomwaffen auf unserem Kontinent, aber sich als unfähig erweisen sollte, auch nur die Aufstellung zusätzlicher, neuer Atomwaffen im *eigenen* Land zu verhindern?

9) In der Abwehr der „Nachrüstungs"-Politik können die Kräfte gesammelt werden, die nötig sind, um einen generellen Kurswechsel in Richtung auf ein atomwaffenfreies Europa (Mitteleuropa als Anfang?), auf die Auflösung der Militärblöcke, auf Rüstungsstopp und Abrüstung durchzusetzen.

10) Die Forderung, daß die Bundesregierung den „Nachrüstungs"-Beschluß nicht verwirklichen soll (z. B. im Krefelder Appell), ist nicht „einseitig", sondern die der konkreten Situation in unserem Land angemessene Form von Freeze/Einfrieren und Moratorium – bzw. sollte in deren Rahmen gestellt werden: Keine neuen Atomraketen in der Bundesrepublik – das bedeutet „Freeze" im Verantwortungsbereich der bundesdeutschen Politik. Wo für die andere Seite (DDR, WVO, UdSSR) Entsprechendes nicht bereits aufgrund einseitiger Schritte (keine Atomköpfe außerhalb der UdSSR, Teilmoratorium) gilt, sollte die Bundesregierung zu Verhandlungen über beiderseitige Vereinbarungen gedrängt werden.

Ein strategisches „Freeze" USA-UdSSR könnte ein eurostrategisches Moratorium flankieren, absichern und Voraussetzungen für Reduzierungen/Verhandlungen schaffen. Ebenso können amerikanische Freeze Campaign und deutsche bzw. europäische Friedensbewegung sich gegenseitig fördern.

11) Die Friedensbewegung darf nicht zulassen, daß in ihrem Namen, sozusagen im Windschatten der Kritik an Atomrüstung und Atomstrategie sowie der Diskussion über Alternativen der Sicherheitspolitik, nunmehr zusatzweise oder sogar zusätzlich „konventionell" aufgerüstet werden soll. Es geht um konventionelle „*Um*rüstung" (auf eindeutig defensive Waffen und Strategien), nicht um „konventionelle" *Auf*rüstung als Kompensation für Einschränkungen auf atomarem Gebiet.

12) Eine Umrüstung der Bundeswehr in Richtung auf Defensivkonzepte (z. B. nach Afheldt) könnte Versuchen, weiterhin Ersteinsatz-„Optionen" der NATO zu rechtfertigen, den Boden entziehen.

13) Ein „Verzicht" auf atomaren Ersteinsatz ist keine einseitige Vorleistung, sondern lediglich der Verzicht auf atomaren Selbstmord (und völkerrechtlich geboten; u. a. hat die UNO Ersteinsatz-Optionen mit überwältigender Mehrheit – gegen USA, Bundesrepublik u. a. – verurteilt).

14) Einseitige Schritte (z. B. „kalkulierte Vorleistungen") sind wünschenswert und könnten dazu beitragen, die festgefahrene Situation in Bewegung zu bringen. Allerdings kann man einseitige Schritte naturgemäß nur selber tun bzw. von der eigenen Seite verlangen. Bisherige einseitige Vorleistungen der Sowjetunion (1979 am Vorabend des NATO-Beschlusses Abzug von 20 000 Mann und 1000 Panzern aus der DDR, 1982 einseitiger Stationierungsstopp für Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR) sind vom Westen leider bisher nicht honoriert worden. Das gleiche gilt für Vorschläge wie Verzicht auf Ersteinsatz sowohl von atomaren als auch konventionellen Waffen durch alle KSZE-Teilnehmerstaaten, schrittweise Auflösung der Militärblöcke usw. Hier sollte die Friedensbewegung Druck machen und nachfassen.

15) Das Nachdenken über die „Nachrüstung" und ihre Widersprüche/Widersinnigkeit weckt bzw. schärft oft auch die Aufmerksamkeit für die Widersprüche der zugrundeliegenden Doktrinen vom „Gleichgewicht des Schreckens" usw. Die Ausweitung der Auseinandersetzung mit dem „Nachrüstungs"-Beschluß bereitet damit zugleich den Boden für grundsätzlichere Kritik am Abschreckungssystem und seinen Folgen, in der eigenen Gesellschaft und in der Dritten Welt, im täglichen Leben jedes einzelnen. Das ist positiv und kann die Friedensbewegung weiter stärken, einem „Versanden" der Bewegung „nach" der „Nachrüstungs"-Auseinandersetzung vorbeugen – wenn über der Grundsatzkritik und Grundsatz-Alternativen nicht der konkret mögliche nächste Schritt aus den Augen verloren wird.

(Zweiter Teil folgt)

Pahl-Rugenstein Hochschulschriften

Gesellschaftswissenschaften

Heinz-Jürgen Axt
Gegen ein Europa der Konzerne und der Konfrontation
Analyse und Dokumente von Gewerkschaften, Sozialdemokraten/Sozialisten und Kommunisten
Band 81. 374 Seiten, 45,—

Guido Grünewald
Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK)
Ihre Geschichte 1945 bis 1968
Band 95. 573 Seiten, DM 80,—

Ulrike Hörster-Philipps
Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik
Die Regierung Franz von Papen
Band 102. 410 Seiten, DM 45,—

Reinhold Lütgemeier-Davin
Pazifismus zwischen Kooperation und Konfrontation
Das deutsche Friedenskartell in der Weimarer Republik
Band 104. 542 Seiten, DM 65,—

Memorandum der Gruppe Generale für Frieden und Abrüstung, unterbreitet der 2. UN-Sondertagung für Abrüstung

General a. D. Gert Bastian, General a. D. Johan Christie, Marshall Francisco da Costa Gomes, General a. D. Michael N. Harbottle, General a. D. Georgios Koumanakos, Admiral a. D. John Marshall Lee, General a. D. Michiel Hermann von Meyenfeldt, General a. D. Antonios Papaspyrou, General a. D. Miltiades Papathanasiou, General a. D. Nino Pasti, Admiral a. D. Antoine Sanguinetti, General a. D. Michalis Tombopoulos, General a. D. Günter Vollmer.

I. Militärs für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung

Die UNO beschäftigte sich auf ihrer X. Sondertagung im Jahre 1978 ausschließlich mit dem dringenden Erfordernis einer weltweiten Abrüstung. Sie erklärte in ihrem Schlußdokument: „Wenn dem Wettrüsten nicht Einhalt geboten wird, wird es den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und selbst das Überleben der Menschheit in wachsendem Maße bedrohen."

Dennoch wurde das Wettrüsten in den Folgejahren nicht nur fortgesetzt, sondern nahm noch größere und gefährlichere Dimensionen an. Rund 500 Mrd. Dollar werden heute jährlich weltweit für diese Zwecke verausgabt. Das Friedensgebot der UNO und die Rüstungspraxis vieler Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen stehen in einem eklatanten Widerspruch. Diese Tatsache, noch mehr die dem Wettrüsten innewohnende Gefahr eines Raketenkernwaffenkrieges bestimmt nachhaltig das militärische Denken unserer Zeit und politisiert die Offizierskorps der Armeen.

Wir, eine Gruppe ehemaliger Generale/Admirale aus NATO-Staaten, kamen unabhängig voneinander zu dem Schluß, daß sich Soldatsein im Atomzeitalter nicht mehr in militärischen Siegen auf dem Schlachtfeld verwirklicht, sondern nur noch darin seinen Sinn findet, Krieg zu verhindern; das schließt ein, am gesellschaftlichen und politischen Prozeß der Förderung des Friedens und der Gerechtigkeit zwischen den Menschen teilzunehmen und für die Beseitigung von Armut, Unterdrückung und Rassendiskriminierung einzutreten.

Wir sind Zeitgenossen und aktive Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges, kämpften für unsere Länder in der Nachkriegszeit auf verschiedenen Schauplätzen und dienten in der UNO-Friedenstruppe. Obwohl wir den Krieg mit seinen Siegen und Niederlagen, mit Tod und Lebenswillen der Kämpfenden aus eigenem Erleben kennen lernten, folgten viele von uns dem Auftrag unserer Regierungen und nahmen, im guten Glauben, der Landesverteidigung zu dienen, am Aufbau der Militärorganisation des Nordatlantischen Bündnisses teil. Die militärische Funktionsskala ist recht weit, die wir als Generale der NATO innehatten, die jetzt in loser Verbindung miteinander stehen, um un-

sere reichen Erfahrungen in militärischen Diensten aufzuarbeiten. Auf Grundlage unseres militärischen Dienstes als Divisionskommandeure oder militärpolitische Berater von Ministern, als Direktoren militärischer Bildungsanstalten oder als Stellvertreter des Obersten Befehlshabers der NATO in Europa für nukleare Planungsangelegenheiten kamen wir zu diesen allgemeinen Schlußfolgerungen:

– Ein umfassender allgemeiner Einsatz der gewaltigen und rasch wachsenden Kernwaffensysteme würde eine unvollstellbare weltweite Katastrophe hervorrufen. Es gäbe die echte Gefahr, daß die menschliche Rasse ausgerottet würde.

– Jedweder auch noch so begrenzter Einsatz von Kernwaffen würde zu einer unzulässig hohen Wahrscheinlichkeit führen, daß er sich zu einem umfassenden allgemeinen Einsatz ausweitet. Die Möglichkeit der Begrenzung, Beschränkung oder Kontrolle eines Kernwaffenkonflikts ist äußerst gering.

– Alle größeren Feindseligkeiten zwischen Kernwaffenstaaten oder -bündnissen, die dabei konventionelle Waffen einsetzen, bergen eine unzulässig hohe Wahrscheinlichkeit in sich, sich zu einem Kernwaffenkrieg zu entwickeln.

– Folglich hat die Verhinderung eines allgemeinen Kernwaffenkrieges und anderer Feindseligkeiten, die nahezu unausweichlich zu einem allgemeinen Kernwaffenkrieg führen würden, ersten Vorrang vor allen anderen Problemen, mit denen die Menschheit heute konfrontiert ist.

Unsere zweite Laufbahn widmen wird deshalb dem Kampf gegen das Wettrüsten, für Abrüstung und die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten. So sind heute ehemalige Generale Direktoren und Mitarbeiter von Friedensforschungsinstituten. Das Wissen darum, daß die Erhaltung des Friedens auch – und vielleicht vor allem – des aktiven Engagments breiter Bevölkerungskreise bedarf, die im Falle eines Krieges die Hauptbetroffenen wären, führte eine wachsende Zahl von Generalen und Offizieren in Abrüstungsausschüsse, Friedenskomitees oder in die Reihen politischer Bewegungen mit dem Ziel des Friedens und der Abrüstung, die sich gegen ausländische Militärstützpunkte und den Mißbrauch militärischer Macht als Mittel internationaler Politik wenden. In Übereinstimmung mit dem Schlußdokument der X. UN-Sondertagung von 1978 zur Abrüstung bemühen sich heute ehemalige Generale und Offiziere, Informationsmaterial für das Wettrüsten und die Abrüstung zu verbreiten. Interessierte Aufnahme fanden Publikationen über Möglichkeiten und Methoden der kooperativen Rüstungssteuerung, der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

Eine Gruppe von acht Generalen und Admiralen veröffentlichte als einen Beitrag zur Vorbereitung dieser 2. UN-Sondertagung zu Fragen der Abrüstung ein Buch: „Generale für den Frieden". Es ist eine erste Bilanz unseres Wirkens für Frieden und Abrüstung und erläutert der Öffentlichkeit unsere weiteren Vorstellungen darüber.

Die mit diesem „Soldatendienst" gegen das Wettrüsten gemachten guten Erfahrungen ermutigen uns, auch vor diesem hohen internationalen Forum unsere Vorstellungen darzulegen, wie das Wettrüsten und die Gefahren militärischer Konflikte abgebaut werden können.

II. Kernwaffen gefährden unsere Zukunft!

Die moderne Wissenschaft ermöglicht uns heute, Krankheiten erfolgreich zu bekämpfen, den Hunger zu besiegen und die Reichtümer der Natur zu erhalten und zu erschließen. Zugleich aber hat uns diese Wissenschaft auch die Mittel zu unserer Selbst-

vernichtung in die Hand gegeben. Zum erstenmal in ihrer Geschichte steht die Menschheit am Scheideweg: Soll sie ihre gewachsenen Möglichkeiten zur Bewältigung ihrer existenziellen Probleme nutzen – oder soll sie diese Probleme durch die Selbstvernichtung gegenstandslos machen? Die Antwort auf diese Frage ist der Maßstab für die Entwicklung menschlicher Weisheit und Vernunft, ist der Maßstab für das Verhältnis zwischen wissenschaftlich-technischem Können und gesellschaftlicher Verantwortung in unseren Tagen.

Wir wollen uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Für einen verantwortlichen Soldaten und militärischen Befehlshaber kann es in unserer Zeit nicht genügen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt nur unter dem Aspekt zunehmender militärtechnologischer Möglichkeiten und der daraus erwachsenen Optionen auf dem Schlachtfeld zu sehen. So wie die modernen Waffen den Unterschied zwischen Front und Hinterland beseitigt haben, wie die Rüstung zu einem das gesamte Wirtschaftsgeschehen beeinflussenden Faktor geworden ist und die Ergebnisse der Militärtechnologie heute zu potentiellen Gefahren für den Fortbestand der Menschheit geworden sind, so müssen sich die Militärs unserer Tage den Folgen ihrer Entscheidungen im Sinne der Interessen der gesamten Gesellschaft stellen.

Krieg ist heute keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln mehr. Er ist das wahrscheinliche Ende jeder Politik.

1. Das Ausmaß der Bedrohung

Wir wollen aus unserer Sorge und Beunruhigung keinen Hehl machen, die wir angesichts der vorhandenen Arsenale von Kernwaffen empfinden. Ihre weitere Aufstokkung ist nicht geeignet, uns irgendein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln. Wir wissen, daß die Unsicherheit über die Zukunft der Menschheit und das Ausmaß der ihr drohenden Gefahren durch jede Form nuklearer Rüstung nur noch vergrößert werden kann.

Unser Globus gleicht einem Pulverfaß: Nach vorsichtigen Schätzungen von Experten beläuft sich allein das Potential der Kernwaffenarsenale auf ein Detonationsäquivalent, das 50 000 Megatonnen herkömmlichen Sprengstoffes TNT entspricht. Das sind mehrere Tonnen Sprengstoff, die auf jeden Bewohner unseres Planeten entfallen. Es ist die 10 000-fache Sprengstoffkraft aller im Zweiten Weltkrieg eingesetzten Bomben und Granaten, denen ca. 55 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Dieses ungeheure Vernichtungspotential würde ausreichen, täglich das ganze Ausmaß der Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges über einen Zeitraum von 30 Jahren herbeizuführen. Ein Zug, mit 50 000 Megatonnen herkömmlichen Sprengstoffs TNT beladen, wäre etwa 400mal so lang wie der Erdumfang – oder ca. 50mal so lang wie die Entfernung von der Erde zum Mond.

Die Wirkung dieser Waffen ist eine so ungeheure, daß ihr Einsatz das Ende aller Zivilisation und des menschlichen Lebens bedeuten könnte. Eine von tödlicher Strahlung verseuchte, von Detonationen zernarbte und jeglichen Lebens beraubte Erde – das ist heute eine reale Gefahr. Wir teilen deshalb die im Schlußdokument der X. UN-Abrüstungs-Sondertagung vertretene Auffassung, daß die Menschheit „heute vor einer nie dagewesenen Gefahr der Selbstvernichtung als Folge der massiven, sich gegenseitig überbietenden Anhäufung von Waffen von beispielloser Zerstörungskraft" steht.

Computerpannen und schwere Unfälle haben deutlich gemacht, mit welchen Gefahren die bloße Existenz vielfältiger Arten und Systeme von Kernwaffen verbunden ist.

Mit ihrer Anhäufung entstand und wuchs die Wahrscheinlichkeit ungeheuerer, nicht beabsichtigter Zerstörungen, ja selbst des Mißbrauchs und der Auslösung eines Krieges.

Völlig zu Recht betont das Abschlußdokument der X. UN-Sondertagung: „Mit dem Scheitern der Bemühungen um Beendigung und Umkehrung des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens, wächst die Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen." Diese Entwicklung stellt zweifellos ein zunehmend unkalkulierbareres Element negativer Auswirkungen auf das gesamte System der internationalen Beziehungen dar.

Die schwerste Gefährdung des Friedens, die ernsteste Bedrohung für die Existenz der Menschheit aber bilden jene Rüstungsmaßnahmen und Strategiekonzeptionen, die auf die Führung „begrenzter" Nuklearkriege vor dem Hintergrund einer „strategischen Überlegenheit", eines „Sicherheitsvorsprungs", oder wie immer man derartige Illusionen bezeichnen mag, abzielen. Es erscheint höchst zweifelhaft, daß ein Nuklearkrieg regional zu begrenzen ist, und aus der Sicht einer mit höchster Wahrscheinlichkeit in eine nukleare Auseinandersetzung verwickelten Region wie Europa ist das eine sekundäre Frage: Europa wird nur überleben, wenn es nicht zu einem Kernwaffeneinsatz kommt. Dieser Kontinent war Ausgangspunkt zweier verheerender Weltkriege. Heute ist hier in Ost und West die größte Konzentration von Kernwaffen festzustellen – ca. 5000 davon allein auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, unmittelbar an der Grenze zu den Staaten des Warschauer Paktes.

Wir fragen aus der Kenntnis militärischer Zusammenhänge mit größter Sorge, welchen Sicherheitsgewinn sich verantwortliche Politiker aus der Stationierung noch weiterer Kernwaffensysteme in und gegen Westeuropa versprechen. Nur Vereinbarungen zur Begrenzung und zum Abbau nuklearer Waffen können der Erhaltung des Friedens dienen und das Niveau der militärischen Konfrontation senken. Kontrolle und Reduzierung der gefährlichsten Waffensysteme, der Kernwaffen, sind heute unserer Überzeugung nach Lebensfragen nicht nur für Europa, sondern für alle Menschen. Deshalb unterstützen wir voll die von der UN-Sondertagung getroffene Feststellung, daß „die Kernwaffenstaaten die Hauptverantwortung für die nukleare Abrüstung und – gemeinsam mit anderen militärisch bedeutenden Staaten – für die Beendigung und Umkehrung des Wettrüstens" tragen.

Wir begrüßen jeden Vorschlag, der auf die Einstellung des nuklearen Rüstens – und sei es in Form eines Moratoriums – gerichtet ist. Wir wenden uns gegen alle Maßnahmen, die durch die Stationierung und Lagerung weiterer Kernwaffen eine Zuspitzung der militärischen Konfrontation und damit die Erhöhung des Risikos eines Atomkrieges bewirken.

Zur Verwirklichung einer Welt ohne Waffen, dem Endziel der Bemühungen um eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle, bleibt noch viel zu tun. Der Weg zu diesem Ziel schließt ein umfassendes Abrüstungsprogramm, sowohl für konventionelle als auch Kernwaffen, ein, wie es in § 109 des Schlußdokuments der 1. Sondertagung über Abrüstung ausgeführt wird:

„Die Verwirklichung dieser vorrangigen Ziele sollte zu allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle führen, die das Endziel aller Bemühungen auf dem Gebiet der Abrüstung bleibt. Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung werden gleichzeitig mit Verhandlungen über Teil-Abrüstungsmaßnahmen geführt. Zu diesem Zweck wird der Abrüstungsausschuß

die Ausarbeitung eines umfassenden Abrüstungsprogramms in Angriff nehmen, das alle für wünschenswert erachteten Maßnahmen umfaßt, damit sichergestellt wird, daß das Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle in einer Welt verwirklicht wird, in der Frieden und internationale Sicherheit herrschen und in der die neue Weltwirtschaftsordnung gestärkt und gefestigt wird."

Wir betonen das Prinzip, daß die nukleare und die konventionelle Abrüstung miteinander verbunden sein müssen, und es ist deshalb unser erstes und wichtigstes Anliegen, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu bannen und wirksame Maßnahmen zur Beendigung und Umkehrung des Wettrüstens – vor allem im nuklearen Bereich – zu ergreifen. Im Bewußtsein unserer menschlichen Verantwortung und unserer militärischen Kompetenz müssen wir feststellen:

– Kernwaffen sind zur Durchsetzung politischer Ziele nicht geeignet;

– ihr Einsatz ist mit dem Risiko der Selbstvernichtung verbunden; es ist äußerst unwahrscheinlich, daß ihre Anwendung auf bestimmte Regionen der Welt oder auf bestimmte Zielsysteme begrenzt werden könnte;

– in einem Nuklearkrieg wird es deshalb keinen Sieger geben – die gesamte Menschheit wird der Verlierer sein.

Aus diesen Gründen ist heute für einen verantwortungsbewußten Soldaten die Wahrnehmung seiner militärischen Pflicht mehr als je zuvor eine Gewissensfrage. Er kann diese Frage nur positiv beantworten, wenn er seinen Dienst der Erhaltung des Friedens, der Sicherung des Fortbestehens der Menschheit widmet. Seine erste Pflicht in unseren Tagen ist, den Krieg zu verhindern.

2. *Positive Erfahrungen nutzen – Abrüstung ist möglich!*

Es genügt heute nicht mehr, der Möglichkeit und Notwendigkeit von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich zuzustimmen. Ebenso wichtig ist es, mit Sachkenntnis Wege zu finden, wie eine Reduzierung des Niveaus der militärischen Konfrontation erreicht werden kann. Positive Erfahrungen liegen vor und können ausgebaut und weitergeführt werden. Dabei kann die UNO, wie die Verträge und Abkommen über das Verbot verschiedener Waffensysteme zeigen, eine ebenso wichtige Rolle spielen wie regionale und bilaterale Vereinbarungen. Der SALT-Prozeß und die Beschlüsse der KSZE waren wichtige Elemente im Prozeß der Entspannung und der Verminderung der Kriegsgefahr.

Wir halten es für erforderlich, auf einige unerläßliche politische Voraussetzungen zu einer konsequenten Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen hinzuweisen:

a) Ausgangspunkt jeder Rüstungsbegrenzung und Abrüstung muß der politische Wille sein, auf militärische Überlegenheit zu verzichten und das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit für alle Abrüstungs- oder Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zu akzeptieren.

b) Rüstungsbegrenzung und Abrüstung dürfen nicht als Zugeständnis aufgefaßt oder ausgegeben werden. Alle Staaten haben ein grundsätzliches Interesse daran und das Recht, ihre Sicherheit durch die Minderung der militärischen Konfrontation zu wahren.

c) Vertrauensbildende Maßnahmen können nur politisch wirksam werden, wenn sie über die Phase gegenseitiger Information und Kontakte hinaus durch eine defensive Entwicklung militärischer Strukturen, Konzeptionen und Rüstungen ergänzt und materialisiert werden.

d) Die militärischen Blöcke, insbesondere die NATO und die WVO, können nur dann dem Anspruch kollektiver Vertretung von Sicherheitsinteressen gerecht werden, wenn sie durch eindeutig defensive Rüstung und Militärpolitik Bedrohungen und Bedrohungsvorstellungen abbauen und auf alle Versuche verzichten, militärische Macht zur Lösung politischer Probleme einzusetzen.

e) Rüstung und Konfrontationspolitik müssen als Erscheinungen begriffen werden, die nicht nur die physische Existenz der Menschheit bedrohen, sondern auch in zunehmendem Maße die Voraussetzungen zur Lösung existenzieller Probleme der Welt unterlaufen. Von wachsender Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten des Westens über globale Umweltprobleme bis zu den Schwierigkeiten der Entwicklungsländer reicht die Skala der Fragen, die durch die Vergeudung ungeheurer Mittel für militärische Zwecke nicht oder nur unbefriedigend gelöst werden können. Die Irrationalität fortschreitender Rüstung schafft neben den Gefahren des Augenblicks Risiken für die Zukunft der Menschheit.

Wir müssen begreifen, daß unsere gemeinsamen Interessen – die Sicherung des Friedens und des Überlebens der Menschheit – wichtiger sind als die Vergrößerung der Macht einzelner Staaten und von Militärblöcken. Ungeachtet internationaler oder zwischen den Blöcken bestehender Differenzen können diese lebenswichtigen gemeinsamen Interessen nur realisiert oder in Angriff genommen werden, wenn Verhandlungen und Aktionen vom Grundsatz kooperativen Verhaltens ausgehen. Es ist eine neue Wahrheit des Atomzeitalters, daß die Sicherheit des Gegners für die eigene Sicherheit wesentlich ist.

3. *Die militärische Konfrontation kann abgebaut werden*

Welche Fragen erscheinen aus der Sicht unserer militär-politischen Erfahrungen kurz- und mittelfristig besonders lösungsbedürftig? Das sind jene Fragen, von denen gegenwärtig die stärkste Bedrohung des Friedens und die bedeutendsten Hemmnisse für eine Senkung des Friedens und die bedeutendsten Hemmnisse für eine Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation ausgehen: die Probleme der nuklearen Rüstung und der Nuklearstrategie. Konfrontation erhöht zwangsläufig Furcht und Mißtrauen. Sie schafft auch die Spannungen, die jene Furcht und jenes Mißtrauen verewigen. Als Teil des vertrauensbildenden Prozesses sollte eine schließliche militärische Entflechtung in Europa erwogen werden, bei der die dort gemäß bestehender Verträge der NATO und des Warschauer Pakts stationierten ausländischen Truppen nach Hause zurückkehren. Eine solche Entflechtung macht nicht die unverzügliche Auflösung der Blöcke notwendig, die weiter als Vertragsbündnisse bis zu der Zeit handeln könnten, wo sie nicht länger als wesentlich erachtet werden.

Wir sind der Auffassung, daß die Vereinten Nationen ihren Einfluß vor allem auf den folgenden Gebieten geltend machen sollten:

– Die USA und die UdSSR sollten als die Hauptnuklearstaaten vereinbaren, die Entwicklung, Erprobung, den Bau und den Einsatz aller Kernwaffenarten zu beenden und darüber hinaus eine tiefgreifende und fortschreitende Verringerung bei allen Arten ihrer bestehenden Waffen vorzunehmen. Auf alle anderen Nuklearstaaten sollte Druck

ausgeübt werden, sich sowohl am Einfrieren als auch an der Verringerung ihrer Kernwaffenkräfte zu beteiligen.

– Alle im Besitz von Kernwaffen befindlichen Staaten sollten auf den Ersteinsatz solcher Waffen verzichten und dadurch den rechtmäßigen Einsatz von Kernwaffen einzig auf die Reaktion auf einen Kernwaffenangriff beschränken.

– Staaten, die Kernwaffen in anderen Ländern stationiert haben, sollten vereinbaren, diese abzuziehen; und alle kernwaffenbesitzenden Staaten sollten auf die Stationierung solcher Waffen im Ausland verzichten. Das würde die rechtmäßige Lagerung von Kernwaffen auf das Staatsgebiet des Besitzers und auf die Hochseegewässer begrenzen.

– Verträge zur Schaffung neuer kernwaffenfreier Zonen nach dem Modell des Vertrags von Tlatelolco sollten vereinbart werden für Gebiete Afrikas, Asiens und mit besonderer Dringlichkeit in Europa unter Einschluß von Staaten auf beiden Seiten der Grenzlinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag.

– Verträgen und Abkommen unter Einschluß der NATO und des Warschauer Vertrags sollte stärkste Aufmerksamkeit geschenkt werden, da eben dort der Großteil der Kernwaffenkräfte konzentriert ist und die beiden Blöcke aneinandergrenzen. Neben den o. g. Vereinbarungen sollte Druck auf diese beiden Bündnisse dahingehend ausgeübt werden, daß sie vorrangig folgendes in Angriff nehmen:

a) Einstellung der Entwicklung und Stationierung taktischer Waffen, die die wichtige Grenzlinie zwischen Kernwaffen- und Nichtkernwaffenoperationen schwächen können, und von Counterforce-Waffen (Waffen, die auf gegnerische Ziele von strategischer Bedeutung gerichtet sind), die theoretisch zur Möglichkeit eines entwaffnenden Angriffs führen bei äußerst gefährlicher Erosion der Abschreckung.

b) Zurückhaltung bei allen Kernwaffenprogrammen, um Systeme zu vermeiden, die entweder die Spannungen erhöhen, da sie besondere Besorgnis bei der anderen Seite auslösen, oder die Möglichkeiten der Rüstungskontrolle verringern, da sie zu schwer oder unmöglich zu kontrollieren sind.

c) Alle Anstrengungen unternehmen, um die Spannungen zwischen den Blöcken abzubauen, indem man sich aggressiver oder bedrohender Handungen über die eigenen Grenzen hinaus enthält oder durch Konfrontationspolitik. Sie sollten sich darauf konzentrieren, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern, das Verständnis zu fördern sowie die Entspannung voranzubringen.

4. Für eine realistische Sicherheitspolitik

Verteidigungspolitik hat nur dann einen Sinn, wenn sie zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit eingesetzt wird. Oberstes Gebot einer an den nationalen Interessen orientierten realistischen Sicherheitspolitik ist die Gewährleistung des Fortbestandes des Staates und der Nation. Wer in unseren Tagen eine Politik der Konfrontation verfolgt und mit dem Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung seiner politischen und ökonomischen Ziele droht, schätzt die Realität des internationalen Kräfteverhältnisses falsch ein. Wer die militärischen Potenzen anderer Staaten vorsätzlich überhöht darstellt und mit abenteuerlichen politischen Absichten in Verbindung bringt, kann keine realistische Verteidigungskonzeption entwickeln. Wer seine Verteidigung auf eine Strategie des Erstschlags gründet, hat seinen Selbstmord im Sinn. Wer Strategiekonzeptionen und Waffensysteme zur Regionalisierung des Nuklearkrieges entwickelt,

höhlt die Substanz jedes realistischen Verständnisses vom Nutzen verteidigungspolitischer Bündnisse aus und entfernt sich von dem international anerkannten Prinzip des Rechts auf kollektive Verteidigung.

In der Überzeugung, daß alle internationalen Streitigkeiten heute auf friedlichem Wege durch Verhandlungen gelöst werden können und müssen, plädieren wir für eine an der Wahrung nationaler Grundwerte und Interessen orientierte, realistische Sicherheitspolitik nach folgenden Grundsätzen:

1. Rückzug aller Kernwaffen auf das Territorium der Kernwaffenstaaten und der Hochseegewässer. Diese Staaten dürfen dieses Potential nur zur eigenen Verteidigung und als Garantiemächte für ihre Verbündeten nutzen.

2. Radikale Reduzierung der strategischen Arsenale aller Kernwaffenmächte auf ein für die Androhung eines Vergeltungsschlages notwendiges Minimum und die Abschaffung taktischer Kernwaffensysteme. Counterforce-Waffen sind auf ein Minimum zu reduzieren.

3. Veränderung der Struktur der konventionellen Bewaffnung, die allein an den defensiven Erfordernissen der Landesverteidigung zu orientieren ist und offensive, als Bedrohung zu empfindende Komponenten und Positionen vermeidet.

4. Ausbau gegenseitiger Kontakte zwischen Politikern und Militärs der einander gegenüberstehenden Militärblöcke zur Abstimmung und gegenseitigen Information über Rüstungsplanungen und Verteidigungsmaßnahmen, um jeden Überraschungseffekt zu vermeiden und Bedrohungsvorstellungen auszuschließen.

Eine derartige, am Prinzip der parallelen und minimalen Hinlänglichkeit (sufficiency) der Verteidigungspotentiale orientierte kooperative Rüstungssteuerung bietet die materielle Grundlage für eine Vertrauensbildung und stellt einen realistischen Beitrag zur Friedenssicherung dar.

Wir halten die von verantwortungsbewußten Militärs und Friedensforschern entwikkelten Gedanken über eine an so verstandenen Defensiverfordernissen orientierte Wehrstruktur und die Möglichkeiten des kooperativen Informationsaustausches über Rüstung für wesentliche Beiträge zur Lösung des Problems der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Mehr noch als Verhandlungen, Konsultationen und Inspektionen ist der materielle Abbau militärischen Droh- und Offensivpotentials die eigentliche Substanz gegenseitiger Vertrauensbildung, der einzig glaubhafte Weg, um vertrauensbildende Prozesse im militärischen Bereich zu materialisieren.

Wir sind der Überzeugung, daß die Gesamtheit dieser Maßnahmen einen substantiellen Beitrag dazu leisten kann, den nationalen Sicherheitsinteressen im Rahmen der bestehenden Militärallianzen optimal zu entsprechen, eine Einheit zwischen den nationalen Sicherheitsinteressen und der in den Militärblöcken beschlossenen Politik zu gewährleisten und die Tendenz zur Umsetzung der militärischen Potenz in politische Dominanz abzubauen.

III. Militärs und die Abrüstungsziele der UNO

Der Wille der Völker, den Krieg zu überwinden und den Frieden zu wahren, bildete das bestimmende Element für ihren Zusammenschluß in der Organisation der Vereinten Nationen. Alle Bemühungen um Abrüstung entsprechen dem historischen Auftrag, den die Gründungsversammlung der UNO im Jahre 1945 dem Sicherheitsrat erteilte.

In dieser Tradition stehend, deckt sich unser Standpunkt völlig mit jenen Forderungen, die im Schlußdokument der X. UN-Sondertagung enthalten sind. Bedauerlicherweise ist es noch keine selbstverständliche Regierungspraxis aller UNO-Mitgliedstaaten geworden, alle politischen und militärischen Entscheidungen mit dem Maßstab dieses bedeutenden UNO-Dokuments zu messen. Viele Armeen erziehen und bilden ihre Offiziere so aus, daß deren politische Denk- und Verhaltensweisen einer solchen neuen Einstellung zu diesen Fragen diametral entgegenstehen. Sie sind davon geprägt, immer vom ungünstigsten, unwahrscheinlichsten Fall auszugehen. Das führt zu übertriebenen Vorstellungen von einer möglichen militärischen Bedrohung und zu Forderungen nach destabilisierender Erhöhung der Kräfte. So streben Militärs in der Regel nach Überlegenheit und stehen unter dem Trauma, mögliche Kriege gewinnen zu müssen. Sie versuchen in ihren Ländern, in beständiger Art und Weise deren Verteidigungsbereitschaft zu stärken und sich militärische Vorteile zu verschaffen.

Im Nuklearzeitalter läßt sich Sicherheit nur noch aus Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gewinnen sowie durch Entmilitarisierung der nationalen Politik. Das erfordert eine Umkehrung traditionellen militärischen Denkens. Das verlangt ebensoviel Mut, Entscheidungsfreude und Konsequenz, wie sie bisher dem Offizier in militärischen Auseinandersetzungen abverlangt wurden.

Mehr noch: Wenn der Krieg nicht mehr als politisches Mittel akzeptiert werden darf, müssen Militärs lernen, auch in den Sicherheitsinteressen eines potentiellen Gegners zu denken. Heute ist fehlende Sicherheit des Gegners nicht vereinbar mit der eigenen Sicherheit. Es kommt angesichts der Zerstörungskraft moderner Massenvernichtungsmittel heute nicht mehr darauf an, eine militärische Lagebeurteilung mit dem Ziel vorzunehmen, die günstigsten taktischen und strategischen Konzeptionen zu seiner Niederwerfung zu finden. Es muß vielmehr darum gehen, eine realistische Einschätzung der militärischen Optionen beider Seiten zum Ausgangspunkt einer Analyse des beiderseitigen Sicherheitsinteresses zu machen und durch Zurückhaltung, die Nutzung politischer Mittel zur Konfliktregelung und die Wahrung der Prinzipien friedlicher Koexistenz dem wechselseitigen Interesse an der Kriegsverhütung und Friedenssicherung zu entsprechen.

Unsere Erfahrung besagt, daß jene Militärs, die das Militärwesen, Rüstung und Militärpolitik in einem solchen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang sehen, schließlich die Förderung des Friedens über vordergründige militärische Erfordernisse stellen, in vielen Ländern ihre Ansichten nicht vorbehaltlos vertreten können, solange sie im aktiven Dienst stehen.

Wir betrachten die UN-Sondertagungen zu Fragen der Abrüstung als eine Gelegenheit, die Offiziere zu unterstützen, die für Frieden, internationale Kooperation und Abrüstung arbeiten. Wir sind überzeugt davon, daß diese Sondertagungen einen bedeutenden Beitrag bei der Vermittlung jener Erkenntnis zu leisten vermögen, daß die überlieferten Vorstellungen von Sicherheit und der „Gewinnbarkeit" von Kriegen angesichts der neuen Qualität moderner Waffensysteme ihre Berechtigung zunehmend verlieren. Strategien von gestern für die Waffen von morgen – das kann ein verantwortungsbewußter Offizier nicht billigen.

Das veranlaßt uns, hier vor dieser UN-Sondertagung das Ergebnis unserer Überlegungen darzulegen, und ergänzend zur Arbeit der Regierungsexperten, der UN-Abrüstungskommission, den Expertengruppen derselben und dem Generalsekretariat unsere guten Dienste anzubieten. Diese könnten sich u. a. auf folgende erste Maßnahmen erstrecken:

1. Wir empfehlen der 2. Sondertagung, eine Expertengruppe einzusetzen, die das Thema „Nukleare Abrüstung und nationale Landesverteidigung" untersucht, um den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, insbesondere den Nuklearmächten, entsprechende Vorschläge zuleiten zu können. Wir und vermutlich zahlreiche weitere nicht mehr aktive Generale und Offiziere sind bereit, dieses Vorhaben mit eigenen Studien, Analysen und Gutachten zu fördern.

2. Im Sinne der Förderung realistischer Verteidgungskonzeptionen empfehlen wir das von uns an die Außen- und Verteidigungsminister des Nordatlantik-Paktes gerichtete und von sieben ehemaligen Generalen/Admiralen aus verschiedenen NATO-Staaten unterzeichnete Memorandum für eine realitätsbezogene Verteidigungspolitik der Aufmerksamkeit der 2. UN-Sondertagung zu Fragen der Abrüstung. Wir übergeben dieses Memorandum dem UN-Generalsekretariat und der UN-Abrüstungskommission gleichermaßen mit der Bitte, seine Verwendung im Rahmen der Dokumente der Sondertagung zu prüfen. Wir stehen für Konsultationen zu den darin aufgeworfenen Fragen zur Verfügung.

3. Wir messen einem ausdrücklichen Verzicht auf jede Form der nuklearen Kriegsführung höchste Priorität bei. Deshalb würden wir es begrüßen, wenn die UN-Sondertagung unter maßgeblicher Beteiligung nichtstaatlicher Organisationen für führende Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten ein Seminar durchführen würde, das sich mit den Folgen eines möglichen Kernwaffeneinsatzes beschäftigt und diesem Personenkreis die Konsequenzen eines Einsatzes nuklearer Massenvernichtungswaffen veranschaulicht. Wir erklären uns bereit, an der Gestaltung eines solchen Seminars mitzuwirken und entsprechend unseren Erfahrungen und Kenntnissen Beiträge zur Aufklärung dieses Personenkreises zu leisten.

4. Die Menschen haben ungenügende Kenntnis über das Wesen des Problems der Kernwaffen und über das Ausmaß der Bedrohung, das diese für ihr eigenes Überleben darstellen. In der Welt fehlen die notwenigen Informationszentren, die die Tatsachen verbreiten und die Aufklärungsquellen bieten könnten, damit die Menschen besser informiert werden. Andererseits werden falsche Informationen zu Propagandazwecken eingesetzt. Die vorgeschlagene internationale UNO-Kampagne für Abrüstung, die auf der Tagesordnung der 2. Sondertagung über Abrüstung zur Debatte steht, soll solche Informationen und Aufklärungsquellen liefern, die auf regionaler und nationaler Ebene benötigt werden. Wir sind der Auffassung, daß eine solche Struktur von erstrangiger Bedeutung ist und von der Sondertagung geschaffen werden sollte.

In Erkenntnis dessen, daß in die Hände der Militärs heute Zerstörungsmittel ungeheuren Ausmaßes gegeben sind, Spezialisierungen und Geheimhaltung ihr Tun der Öffentlichkeit kaum noch durchschaubar werden lassen, die Probleme der „nationalen Sicherheit" nur noch von Wenigen hinter verschlossenen Türen behandelt werden und der Aufforderung der X. UN-Sondertagung, die Verbreitung von Informationsmaterial über das Wettrüsten und die Abrüstung zu fördern, nachkommend, beabsichtigen wir:

– Im Jahre 1982 in Rom oder Wien ein Treffen ehemaliger Generale und Offiziere aus Ost und West abzuhalten, um über Erfahrungen des Kampfes für nukleare Abrüstung und seiner weiteren Entfaltung zu sprechen. Das Ergebnis dessen wollen wir der Öffentlichkeit bekanntmachen. Als Koordinatoren dieser Aktivitäten stellten sich freundlicherweise die Generale a. D. von Meyenfeldt, Niederlande, und Nino Pasti, Italien, zur Verfügung.

– Die auf der 2. UN-Sondertagung erzielten Fortschritte auf dem Wege zu einer weltweiten Abrüstung möglichst vielen Menschen zu erläutern. In diesen Dienst stellen wir unsere Verbindungen zu ehemaligen Kameraden in den Streitkräften unserer Staaten, nutzen unsere Möglichkeiten in Friedensforschungsinstituten und den Medien und mehren unsere Aktivität in der Friedensbewegung.

Kein Friede in Nahost

Von Michael Opperskalski

In der ersten Juniwoche sind erneut israelische Truppen tief in den Libanon eingedrungen. Eine weitere Verschärfung des Nahostkonfliktes hat stattgefunden. Was Menachem Milson, seit November 1981 israelischer Zivilverwalter für die Westbanks, offen als Position der Begin-Regierung in den besetzten Gebieten beschrieb, ist nun auch die Praxis gegenüber dem Libanon geworden: „Wir befinden uns in einem offenen Kampf mit der PLO."[1])

Diese jüngsten Auseinandersetzungen haben aber auch ein deutliches Licht auf die Gefährlichkeit der Lage in der gesamten Region geworfen, nicht nur, weil das Palästinenserproblem eine Schlüsselfrage im Nahen Osten ist, sondern vielmehr, weil hinter den Entwicklungen dort eine ganz bestimmte US-Strategie steht, die eine „Pax Americana" zwischen Teheran und Casablanca errichten möchte.

Der „Friede" von Camp David

Mit seinem spektakulären Jerusalem-Besuch schuf der ehemalige ägyptische Präsident Sadat am 19. November 1977 die Voraussetzungen für jene Entwicklungen, die heute gemeinhin als „Camp-David-Prozeß" bezeichnet werden. Die von Ägypten eröffneten Separatverhandlungen mit der israelischen Regierung bedeuten bis heute eine Aufspaltung der arabischen Front, ein faktisches Fallenlassen der PLO durch Kairo und die praktische Torpedierung der geplanten Nahostkonferenz in Genf, auf der eine umfassende Lösung der Probleme der Region angestrebt werden soll.

Der Separatfrieden zwischen Kairo und Jerusalem wurde begleitet von einem mächtigen Propagandawirbel, der Frieden und ökonomische Prosperität für die Region verhieß und andere arabische Staaten ansprach, dem ägyptischen

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 30. 3. 1982.

Weg zu folgen. So heißt es dann auch in dem veröffentlichten Camp-David-Text vom 26. März 1978, das Vertragswerk sei „ein wichtiger Schritt auf der Suche nach einem umfassenden Frieden in der Region"[2]).

Das dem nicht so ist, belegt allein schon die politische Anlage von Camp David. Denn das für einen umfassenden Frieden von den Vereinten Nationen bestimmte Forum der Genfer Nahostfriedenskonferenz wurde und wird durch die Separatgeschäfte ja gerade unterlaufen, solche Hauptparteien des Nahostkonfliktes wie die PLO, Syrien, die Sowjetunion aus dem Verhandlungsprozeß ausgeschlossen. Allein das haschemitische Königreich von Jordanien ist hin und wieder namentlich genannt.[3])

Zum anderen beinhalten die Washingtoner Separatverhandlungen das glatte Gegenteil eines gerechten und dauerhaften Nahostfriedens. Denn sie ignorieren die auch von der UNO zum Kernproblem der Region erklärte Palästinenserfrage, d. h. die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit (eigener Palästinenserstaat) und Rückkehr in die geraubten Gebiete. Auch die Räumung aller von Israel 1967 okkupierten Gebiete findet sich nicht in dem Vertragswerk. Lediglich die ägyptische Sinai-Halbinsel soll von den Besatzern geräumt werden, die Räumungspflicht der syrischen Golanhöhen, Ostjerusalems und der West-Bank bleibt unerwähnt.

Zur „Lösung des Palästinenserproblems" werden Verhandlungen zwischen Ägypten, Israel und den USA „über die Modalitäten für die Schaffung einer zu wählenden Selbstverwaltungsbehörde (Verwaltungsrat)"[4]) angeboten. „Palästinenser" können allenfalls als uneigenständiger Bestandteil Ägyptens und/oder Jordaniens teilnehmen. Die israelischen Besatzungstruppen bleiben in „Sicherheitsstellungen" präsent, die zionistische Siedlungsexpansion ungeschoren.

Das Ziel des Verhandlungsprozesses, so heißt es weiter, bestehe in der „Schaffung einer Selbstverwaltungsbehörde in Westjordanien und im Gazastreifen . . ., um den Einwohnern dadurch zur vollen Autonomie zu verhelfen. Ägypten und Israel setzen sich selbst für den Abschluß der Verhandlungen eine Frist von einem Jahr, damit so rasch wie möglich nach einer Einigung der Parteien Wahlen stattfinden können."[5])

Die Zionisten begreifen dies als Freibrief für weitere Siedlungsprojekte und Wehrdörfer, zudem versuchen sie, mit dem Aufbau sogenannter „Dorfligen" als „Selbstverwaltungsorgane" abhängige „Quislinge" zur Aufrechterhaltung des Status quo der Annektion der besetzten Gebiete zu schaffen.

Angesichts dieser Winkelzüge wird klar, warum es Begin immer abgelehnt hat, von der Bevölkerung, dem arabischen Volk der okkupierten Gebiete oder

2) „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) v. 28. 3. 1979 (Wortlaut des Separatfriedensvertrages).
3) Vgl. ebd.
4) Ebd.
5) Ebd.

gar dem arabischen Volk von Palästina zu sprechen. So konnte der israelische Regierungschef dann auch offen erklären: „Wir werden niemals zu den Linien des 4. Juni 1967 zurückkehren. Wir werden niemals, unter keinen Umständen, die Errichtung eines sogenannten Palästinenserstaates in Judäa, Samaria und dem Gazastreifen zulassen. Jerusalem wird für immer wiedervereint und unteilbar die ewige Hauptstadt Israels bleiben . . ."[6]) Zur Rolle der PLO fügte er an anderer Stelle hinzu: „Es kommt gar nicht in Frage . . . zuzulassen, daß diese Gebiete von der unter der Bezeichnung PLO oder in hebräischer Übersetzung Ashaf bekannten Mörderorganisation beherrscht werden."[7])

Dessen ungeachtet verpflichtete sich das ägyptische Regime im Washingtoner Separatvertrag zur endgültigen Beendigung des Kriegszustandes.

Das bedeutet auch den Verzicht auf jede Unterstützung des legitimen bewaffneten Kampfes zur Befreiung der von Israel weiterhin besetzten arabischen Territorien, denn in Artikel III des Camp-David-Vertrages verpflichten sich beide Seiten, „sich der Organisation, Anstiftung, Aufwiegelung, Unterstützung oder der Teilnahme an kriegerischen Aktionen oder Drohungen, Feindseligkeiten, Subversion oder Gewalt gegen die andere Seite überall zu enthalten, und garantieren, daß Täter derartiger Akte vor Gericht gestellt werden"[8]). Schließlich konzediert Ägypten „die völlige Anerkennung (Israels; d. Verf.), diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen, Beendigung von Wirtschaftsboykotten und diskriminierenden Schranken für freien Personen- und Güterverkehr"[9]).

Die nahezu vollständige Unterwerfung unter israelisch-amerikanisches Diktat wurde den Ägyptern allerdings finanziell versüßt: Washington verpflichtete sich zu einer jährlichen Militärhilfe von 1,5 Mrd. Dollar an den Staat am Nil, hinzu kommen die Lieferung modernsten amerikanischen Kriegsgerätes und die Entsendung von über 5000 Militärberatern. Mit weiteren 1 Mrd. Dollar soll die marode ägyptische Wirtschaft auf die Beine gestellt werden, um aus dem Land einen stabilen Markt für US-Waren zu machen. Parallelen zum inzwischen gestürzten Schah-Regime drängen sich auf . . .

Die Camp-David-Vereinbarungen skizzieren die Grundlinien der US-Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten:

– Laut einer vom US-Außenministerium erstellten Studie müsse bei der Entwicklung eines nationalen „palästinensischen Heimatlandes" unter allen Bedingungen „die Installierung einer konservativen oder bürgerlichen palästinensischen Regierung (abgesichert; d. Verf.) werden, so daß die Palästinenser sich nicht in die Kubaner des Nahen Ostens verwandeln"[10]). Hebel hierfür sind die sogenannten Autonomievereinbarungen des Camp-David-Abkom-

6) „Newsweek" v. 2. 4. 1979.
7) „Europa-Archiv", 4/1978, S. 121-124.
8) „NZZ" v. 28. 3. 1979.
9) Ebd.
10) „Newsweek", v. 13. 2. 1978.

mens und die zahlreichen Versuche Washingtons bzw. der arabischen Freunde der USA, die PLO zu spalten oder sie zu essentiellen Kompromissen zu bewegen.

– Israel ist nach wie vor die Hauptstütze aller US-Strategien im Nahen Osten; ihm ist die Aufgabe zugedacht, wie es der amerikanische Senator Jackson treffend formulierte, neben anderen Kräften „der verläßliche Freund der Vereinigten Staaten im Nahen Osten zu sein", der hilft, „die extremistischen und unvernünftigen Elemente gewisser arabischer Staaten einzuschüchtern und zu bannen"[11]).

– Mit der Unterstützung rechter und reaktionärer arabischer Regime hofft Washington, den „Camp-David-Prozeß" auf das arabische Lager ausweiten zu können;

– Mit einer breiten Palette von Maßnahmen suchen die USA die sogenannte „Arabische Standhaftigkeitsfront" (AS Syrien, Libysche Volksjamahiria, DV Algerien, VDR Jemen, PLO) zu schwächen.

Israel – der verläßliche Freund der Amerikaner

Der israelische Staat entwickelt die wesentlichen Grundprinzipien seiner Politik aus der ihm zugrunde liegenden zionistischen Ideologie. Diese beruht in ihrem Kern auf folgendem Fundament:

1. Der Theorie von der „Auserwähltheit der jüdischen Rasse". So schreibt der frühe zionistische Theoretiker Ahad Ha'am: „Die Nation Israel als *Übernation* – die moderne Fassung des auserwählten Volkes – kann auf diese Art in ein *wahres System* erweitert werden."[12])

2. Der Theorie vom „Judenstaat", die bereits von Theodor Herzl in seinem berühmten „Judenstaat" entwickelt worden war: „Ihre Volkspersönlichkeit (der Juden; d. Verf.) . . . kann, will und muß aber nicht untergehen . . . Deshalb gibt es zur Judenfrage nur eine Lösung, eine Antwort: den Judenstaat."[13])

Der Zionismus erhebt eine Religionsgemeinschaft willkürlich zum Volk, das Ansprüche auf die alttestamentarisch beschriebenen Gebiete Palästinas erhebt und dem dort lebenden arabischen Volk von Palästina jegliche Rechte abspricht.[14]) Damit wären die ideologischen Wurzeln umschrieben, die den Hintergrund für die israelische Annektions- und Aggressionspolitik im Nahen Osten liefern. Entsprechend seinen Ansprüchen führte es u. a. 1948, 1956 und 1967 Kriege gegen die arabischen Völker, mit denen Israel sein Territorium vergrößerte.

---

11) „US Congressional Record", May 21, 1973, S/9446.
12) Zit. n.: Zionismus und Rassismus, Palästina Dokumentation Nr. 3, hrsg. von: Liga der Arabischen Staaten, Bonn 1975.
13) Theodor Herzl, The Jewish State, London, 1946, S. 15.
14) Vgl. dazu: Zionismus und Rassismus, a.a.O.

Ein – auch in diesem Sinne begründetes – starkes Israel, das seine arabischen Nachbarn in Schach hält, paßt in die US-Strategie im Nahen Osten. Der „verläßliche Freund der Amerikaner" wurde zur Ausgangsbasis für die Versuche Washingtons, die gesamte Region zu beherrschen.

So erklärte der inzwischen vom israelischen Geheimdienst Mossad ermordete Al-Fatah-Spitzenfunktionär Majid Abu Scharar dem Autor gegenüber: „Israel, das in allen Bereichen von den USA unterstützt wird, schaut nach keinerlei Lösungsmöglichkeiten für einen echten Friedensprozeß. Warum? Israel ist eine Basis des amerikanischen Imperialismus und verteidigt die amerikanischen Interessen hier. Das heißt doch, daß es die Aufgabe Israels ist, gegen alle arabischen National-Bewegungen vorzugehen, die sich gegen die amerikanischen Interessen in der Region richten . . ."[15])

Entsprechend sieht die US-Unterstützung für den zionistischen Verbündeten auf politischem, militärischem und ökonomischem Gebiet aus. Faßt man die zionistische amerikanische Unterstützung an Israel, die in den USA im übrigen steuerbegünstigt wird, und die offizielle amerikanische Hilfe zusammen, so ergibt sich für den Zeitraum von 1948 bis 1968 die enorme Summe von 36 Mrd. Dollar[16]). Umgerechnet zahlt Washington jährlich 1400 Dollar pro Kopf der israelischen Bevölkerung an den Zionistenstaat. Hinzu kommen Finanzspritzen auch aus anderen westlichen Ländern, insbesondere der BRD, die von 1952 bis 1966 im Rahmen der sogenannten Wiedergutmachung 3,45 Mrd. DM zahlte. Außergewöhnlich ist nicht nur die Höhe der westlichen Unterstützung, hervorzuheben ist im besonderen, daß ca. 62% dieser Gelder sogenannte Schenkungen waren. Erst diese Wirtschaftsstützen, in denen die Investitionen multinationaler Konzerne nicht einmal enthalten sind, ermöglichten es, die desolate israelische Wirtschaft in den letzten zwei Jahrzehnten auf die Beine zu bringen und so die Basis für eine gigantische Aufrüstung des zionistischen Regimes zu schaffen. Weit über 50% des Staatshaushaltes verschlingt der israelische Rüstungsmoloch, was letztlich zu einer Verschärfung der anhaltenden ökonomischen Krise des Landes führt.

Der Abschluß des Camp-David-Separatfriedens war mit einer weiteren Aufstockung der US-Hilfe für Israel verbunden. Die damalige Carter-Administration gab die feste Zusicherung einer jährlichen Rüstungshilfe in Höhe von 3 Mrd. Dollar (bislang ca. 1 Mrd. Dollar), einschließlich der vorfristigen Belieferung mit den hochmodernsten F-16-Kampfflugzeugen. Auch die offizielle Wirtschaftshilfe von über 1 Mrd. Dollar jährlich wurde garantiert. In einem israelisch/amerikanischen Memorandum zum Separatfriedensvertrag verpflichtete sich die US-Regierung überdies zu besonderen „Sicherheits"- und „Notverordnungs"-Garantien einschließlich einer verstärkten US-Militärpräsenz sowie zur Blockade „jeder Aktion oder Resolution der Vereinten Nationen . . ., wenn diese nach ihrer Auffassung den Friedensvertrag beeinträch-

15) „Die Neue" v. 23. 10. 1981.
16) Vgl. dazu: Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, Bonn 1977.

tigen"[17]). Weiter garantierten die USA die israelische Ölversorgung für 15 Jahre.

Doch selbst diese massive Unterstützung und Zusammenarbeit mit Tel Aviv erfuhr um die Jahreswende 1981/82 eine erneute Steigerung: man schloß einen sogenannten Verteidigungspakt, der gemeinsame Manöver, Militärkommissionen sowie US-Militärlager vorsah. Zwar kündigte Washington nach der völkerrechtswidrigen Annektion der syrischen Golan-Höhen den gerade erst geschlossenen Vertrag wieder, doch die Demagogie dieser „Maßnahme" wird durch die Äußerungen des Sprechers des US-Außenministeriums Dean Fischer entlarvt, der gekränkt erklärte: „Diese israelische Aktion wurde uns weder vorher mitgeteilt, noch mit uns vorher diskutiert . . .!"[18]) Anders ausgedrückt, die amerikanische Kündigung ist nicht ein Abrücken vom „verläßlichen Freund Israel", nicht eine konsequente Verurteilung der israelischen Annektionspolitik, sondern eher die beleidigte Reaktion einer Diva, die die Aktionen ihres Sprößlings duldet, jedoch vorher informiert werden möchte. So erklärte der amerikanische Außenminister Haig das Problem dann auch folgerichtig zu „Differenzen . . . unter *sehr guten Freunden* . . ."[19]).

Der jüngste amerikanisch-israelische Waffenhandel bestätigt diese Einschätzung. So kündigte die US-Regierung an, 11 nagelneue F-15 Kampfmaschinen im Gegenwert von ca. 510 Mio. Dollar an Israel zu liefern. Die angesprochenen „Differenzen" dokumentieren jedoch zugleich ein Problem, das die knallharte Begin-Politik den US-Strategen macht: sie wollen verhindern, daß der aggressive Zionismus des Ex-Terroristen politisches Porzellan im arabischen Lager zerschlägt, das in mühsamer Arbeit aussortiert wurde.

Dennoch ändert dies nichts an der prinzipiellen und kontinuierlichen Unterstützung Israels seitens der USA. Sie entspringt den strategischen Interessen der USA in der Region, „die extremistischen und unvernünftigen Elemente gewisser arabischer Staaten einzuschüchtern und zu bannen . . ."[20]).

Das Bündnis Washington/Riad

Ist Israel gleichsam mit der strafenden und zügelnden Peitsche der amerikanischen Nah-Ost-Politik zu vergleichen, so spielt das US-Bündnis mit dem saudischen Ölgiganten die Rolle des Zuckers im Streben um politischen Einfluß im arabischen Lager. Die Unterstützung reaktionärer arabischer Staaten dient im wesentlichen zwei Zielen:

a) der Bekämpfung der progressiven und nationalen arabischen Kräfte, insbesondere der arabischen Standhaftigkeitsfront (dort vor allem Libyens, Syriens und der PLO); dem Aufbau einer reaktionären Front in der Region; b) der deutlichen Steigerung der militärischen und ökonomischen Präsenz der USA in der Region.

17) Wortlaut in: „Süddeutsche Zeitung" v. 30. 3. 1979.
18) Zit. nach „Die Neue" v. 26. 2. 1982.
19) „International Herald Tribune", v. 1. 1. 1982.
20) „US Congressional Record", May 21, 1973, S/9446.

Das Kettenglied im raktionären arabischen Lager ist in diesem Sinne Saudi-Arabien. „Politische Beobachter weisen Saudi-Arabien besonders aufgrund der in den letzten Monaten erkennbar gewordenen politischen Zusammenarbeit eine Rolle als regionalem Stellvertreter und Vermittler der Vereinigten Staaten vor allem zu denjenigen politischen Kräften wie der Regierung in Damaskus und der PLO zu, die der amerikanischen Nahost-Politik feindlich gegenüberstehen."[21]) Vor diesem Hintergrund ist auch der sogenannte Friedensplan des saudischen Kronprinzen Fahd zu sehen: „Der von dem saudiarabischen Kronprinzen Fahd vorgelegte und inzwischen nach ihm benannte Plan für eine Lösung des arabisch/israelischen Konfliktes ist nach den ägyptisch/israelischen Friedensvereinbarungen von Camp David der erste umfassende und international propagierte Vorschlag zu einer dauerhaften Lösung dieses Konfliktes von arabischer Seite und bildet nach arabischer Auffassung eine realistische Möglichkeit neben den von den meisten arabischen Regierungen abgelehnten bilateralen ägyptisch/israelischen Verinbarungen."[22]) Mit anderen Worten, bei dem saudischen Vorschlag handelt es sich schlicht um eine Erweiterung des Camp-David-Prozesses auf das arabische Lager, denn:

– der Fahd-Plan bedeutet die faktische Anerkennung des Staates Israel und damit des Status quo in der Region,

– der Fahd-Plan ignoriert die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes.

Damit würde dieser Plan nicht nur die Spaltung des arabischen Lagers vertiefen, mehr noch, er trüge den Keim der Spaltung der PLO in Befürworter und Ablehner der Initiative aus Riad in sich. So gingen entscheidende strategische Konzeptionen des Tandems Washington/Tel Aviv auf. . . Zwar konnte sich der Fahd-Plan auf dem arabischen Gipfel in Fes im November 1981 nicht durchsetzen, vom Tisch ist er jedoch noch nicht. Von unterschiedlichen Seiten und auf verschiedenen Ebenen wurden in den vergangenen Wochen Vorstöße in ähnliche Richtung unternommen. Ihr Erfolg, wie die gesamte Politik in der Region, wird im wesentlichen von der weiteren Entwicklung der Arabischen Standhaftigkeitsfront abhängen.

Mehr als 60 % der Welterdölreserven lagern am Golf; das allein macht die ungeheure Bedeutung der Region für die westliche Welt und ihre Führungsmacht USA aus. So hatte bereits der Ex-US-Verteidigungsminister Brown in einem amerikanischen Fernsehinterview betont: „Die Sicherung unserer Erdölbezüge aus dem Nahen Osten ist Teil unserer vitalen Interessen . . . und ich wiederhole es nochmals, daß wir zum Schutz unserer vitalen Interessen jede Maßnahme ergreifen werden, einschließlich militärischer Gewalt."[23]) Damit ist eine Linie vorgegeben, die das „Wallstreet Journal" wie folgt umreißt: Es bestehe die Tendenz „zu einer verstärkten militärischen Präsenz der

21) FAZ v. 1. 10. 1982.
22) Ebd.
23) Zit. nach Edmund Röhner, Wer bedroht die Golfregion? Berlin o.J., S. 58.

Amerikaner in der Region, zu einer stärkeren Nutzung der vorhandenen Einrichtungen, zu einem regionalen Sicherheitssystem, in das auch die USA einbezogen sind"[24]).

Das bedeutet in Stichworten: gemeinsame Militärübungen der „schnellen Eingreiftruppe" mit Ägypten, Sudan, Somalia und Oman, Militärstützpunkte in den erwähnten Ländern oder eine mehr als 30 Schiffe umfassende Kriegsarmada im Indischen Ozean.

Dies korrespondiert mit einer gewaltigen Aufrüstung der arabischen Freunde Washingtons; es hat ihnen in den vergangenen Jahren für über 40 (!) Mrd. Dollar Waffen geliefert, den Löwenanteil davon an Saudi-Arabien. Die Waffenlieferungen an Riad erreichten 1976 bereits stolze 2,5 Mrd. Dollar, steigerten sich 1980 um das Doppelte. Saudi-Arabien verfügt aber über bewaffnete Verbände, die noch nicht einmal eine Stärke von 80 000 Mann erreichen. Nach Angaben eines Untersuchungsausschusses des US-Repräsentantenhauses aus dem Jahre 1978 haben amerikanische Unternehmen Aufträge von etwa 21 Mrd. Dollar zum Bau von militärischen Anlagen erhalten, Anlagen, in denen bis zu 100 000 Mann und riesige Mengen militärischen Geräts untergebracht werden können. Die Prinzen in Riad sind nicht nur Herren einer gigantischen und hochmodernen Militärmaschinerie geworden, sie haben ihr Land faktisch in ein riesiges Lager der amerikanischen Eingreiftruppe verwandelt, zur Beherrschung und gegebenenfalls Niederwerfung der Region am Golf. Besondere strategische Bedeutung gewinnen dabei die an Saudi-Arabien gelieferten AWACS-Spionageflugzeuge. Wer letztlich das militärische Sagen in Saudi-Arabien hat, wurde überdeutlich, als US-Verteidigungsminister Weinberger nach seiner jüngsten Visite im Königreich stolz die Gründung eines gemeinsamen Verteidigungsausschusses bekanntgeben konnte. Neben dem strategischen Bündnis mit den Saudis gewinnt die Zusammenarbeit auch mit anderen reaktionären arabischen Staaten in letzter Zeit zunehmend an Gewicht. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang besonders Jordanien, Oman und Kuweit.

„Infolge des Todes von Ägyptens Anwar Sadat hat sich der starke König Hussein von Jordanien einmal mehr als arabische Schlüsselfigur bei den amerikanischen Bemühungen erwiesen, zu einem dauerhaften Frieden im Mittleren Osten zu gelangen."[25]) Einmal abgesehen davon, daß der jordanische Herrscher bei weitem nicht so „stark" ist, wie es manche Amerikaner gern sehen, spielt der haschemitische Diktator aus Amman tatsächlich eine wichtige Rolle bei den amerikanischen Bemühungen, aus der Camp-David-Sackgasse herauszukommen, vor allem in der sogenannten Autonomieregelung für die Palästinenser. Der jordanische König, der Palästinenser im berüchtigten „Schwarzen September" zu Beginn der 70er Jahre abschlachtete, trifft sich mit der amerikanischen Zielsetzung, das sogenannte Palästinenserproblem unter Umgehung oder Ausschaltung der PLO zu „lösen". Zudem erweist sich

24) „The Wallstreet Journal" v. 9. 3. 1979.
25) „US News&World Report' v. 9. 11. 1981.

das jordanische Königreich zunehmend willig, gefährdete arabische Regime – wie z. B. die Diktatur Saddam Husseins im Irak – umfassend zu unterstützen.

Unter ähnlichen Gesichtspunkten ist auch der Oman des Sultans Quabus zu beurteilen. „Das an der Südostecke der Arabischen Halbinsel gelegene Land, das bis vor einem Jahrzehnt noch zu den entlegendsten Gebieten des Nahen Ostens gehörte, gewann seit der Entdeckung der für die Energieversorgung der westlichen Industrieländer unentbehrlichen Ölquellen in den Golfländern zunehmende Bedeutung, besonders als Iran nach der Revolution Anfang 1979 als ‚Wächter am Golf' und der Tankerrouten ausfiel und Oman sich wegen seiner geographischen Lage am Eingang des Golfes für den Westen als Stützpunkt anbot. Die enge politische Zusammenarbeit mit dem Westen fand ihren Ausdruck auch in der Unterstützung der ägyptisch-israelischen Friedensvereinbarungen; im Unterschied zu den meisten arabischen Staaten brach man – wie Somalia und Sudan – seine diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wegen dieser Vereinbarungen nicht ab."[26])

Oman also als Brückenschlag der reaktionären arabischen Staaten zum „geächteten" Ägypten, ein entscheidender Mosaikstein zum Aufbau einer reaktionären, US-gesteuerten Front im Nahen Osten, in die – nach US-Wünschen – auch Israel langristig eingeführt werden soll. Damit schließt sich der Kreis der amerikanischen Strategie. Die reaktionären arabischen Golfstaaten haben sich schließlich unter saudischer Führung im Februar 1981 zu einem sogenannten „Rat für Zusammenarbeit" oder auch „Golf-Kooperation" genannt zusammengeschlossen, um einer angeblichen Bedrohung durch die iranische Revolution zu begegnen. Tatsache ist, dieser Kooperationsrat ist ein weiteres Element, die strategischen Konzeptionen im oben erwähnten Sinne zu koordinieren.

Aktionen gegen die Standhaftigkeitsfront

Den Gegenpart zu der amerikanischen Unterstützung für Israel und die reaktionären arabischen Staaten bilden die vielfältigen Aktionen gegen die Staaten der arabischen Standhaftigkeitsfront und die PLO. Ein Instrument hierzu ist die sogenannte Moslembruderschaft, die über gute Kontakte zum amerikanischen Geheimdienst CIA und zum israelischem Mossad verfügt und die in den vergangenen Wochen mit Aktionen in Algerien und Syrien von sich reden machte. Ein weiteres Instrument sind die libanesischen Phalangisten, sowie diverse Geheimorganisationen (z. B. „Organisation zur Befreiung des Libanon von Ausländern"), deren Aktivitäten sich im besonderen gegen die PLO richten.

Ein Schwerpunkt der US-Zerrüttungspolitik zielt gegen die Libysche Volksjamahiria. Die rechtskonservative amerikanische Zeitschrift „National Review" hat das so ausgedrückt: „Wir können es in einfachem Englisch ausdrücken: der gefährlichste Mann der Welt ist zur Zeit Colonel Muammar al-

26) FAZ v. 12. 11. 1981.

Qadaffi, der vierzig Jahre alte Diktator Libyens."[27]) In diesem Zusammenhang war bereits ein Plan ans Licht der Öffentlichkeit gekommen, wonach die CIA den Führer der libyschen Revolution vernichten will[28]). Der „National Review" entsprechende Artikel jagen sich in den vergangenen Wochen in der US-Presse: Khadaffi, der Feind Nummer 1 der USA im Nahen Osten!

So hält die angesehene „Washington Post" dann auch fest: „Es ist so, als ob die öffentliche Meinung für eine dramatische Aktion vorbereitet werden soll. . . Das läßt sich vergleichen mit den Stories über Castro in den Tagen, als die Vereinigten Staaten die Schweinebucht-Invasion und Mordanschläge auf Castro planten. . ."[29]). Bereits am 24. Oktober des vergangenen Jahres hatte die gleiche Zeitung geschrieben: „Der Vorwurf der amerikanischen Administration gegen Khadaffi, daß er den Terrorismus unterstützt, ist nur ein Vorwand der Amerikaner, ihre Unterstützung für die Regime in Ägypten, Sudan und Israel zu rechtfertigen. Sie benutzen Khadaffi als Prügelknaben, um in den Nahen Osten mehr Waffen zu liefern. . . " Daß die US-Administration bereit ist, „Ernst zu machen", bewies der Abschuß libyscher Flugzeuge durch amerikanische Kampfmaschinen über der Syrte. Mit weiteren Aktionen in dieser Richtung muß gerechnet werden.

Aktuelle Tendenzen

1) Der US-initiierte Camp-David-Prozeß ist offensichtlich in eine Sackgasse geraten. Weder gelang es dem Duo Tel Aviv/Washington – trotz aller Widersprüche –, weitere arabische Länder aus der arabischen Front herauszubrechen, noch konnten „palästinensische" Quislinge für die sogenannte Autonomieregelung Israels gewonnen werden. Daher die Fahd-Initiative zur Öffnung der verfahrenen Situation und israelische Schläge gegen die PLO.

2) Israel verschärft seinen Kurs gegen die PLO, sowohl in den besetzten Gebieten wie auch im Südlibanon. Der palästinensichen Widerstandsorganisation soll das Rückgrat gebrochen werden, um sie entweder gefügig zu machen oder aber politisch und physisch zu vernichten. Die wachsende Massenbewegung des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten, die die absolute Stellung der PLO anschaulich belegt, kann diese Pläne jedoch zum Bumerang werden lassen, zumal die Kampfkraft des palästinensichen Widerstandes im Südlibanon entscheidend gestiegen ist und jedes zionistische Abenteuer dort mit schweren Verlusten erkauft werden muß.

3) Die innere Lage der reaktionären arabischen Regime ist labiler, als Washington es wahrhaben möchte; dies beweist nicht nur der Sturm antiimperalistisch-islamischer Kräfte auf die heilige Moschee in Mekka.

4) Der Tod Sadats und die sich objektiv zuspitzende ökonomische Situation lassen es mittelfristig als möglich erscheinen, daß eine Ablösung des derzeiti-

27) „National Review" v. 19. 2. 1982.
28) Vgl. dazu: Günter Neuberger, CIA in Afrika, in: „Blätter", 11/1981.
29) „Washington Post" v. 8. 12. 1981.

gen reaktionären ägyptischen Regimes – in welcher Form und mit welcher Konsequenz auch immer – das wichtige Land am Nil wieder in die arabische Front einreihen läßt. Die durch die Rückgabe des Sinai an Kairo strategisch verkürzte Front wäre unter diesen Umständen eine Schwächung des Zionistenstaates, nicht nur, weil unter Umständen über diese Grenze hinaus palästinensische Fedajin operieren könnten.

5) Die sich abzeichnende Niederlage der irakischen Saddam Hussein-Diktatur in ihrem Aggressionskrieg gegen den revolutionären Iran kann das Kräfteverhältnis im Nahen Osten deutlich zugunsten der progressiven und nationalen arabischen Kräfte verschieben, da mit der Niederlage im Krieg die irakische Diktatur selbst gefährdet ist und ihr Sturz möglicherweise den Weg für eine progressive und nationale Entwicklung des Irak ebnen würde.

Eines läßt sich auf jeden Fall festhalten: Die amerikanisch-israelischen Strategien haben die Kriegsgefahr im Nahen Osten dramatisch erhöht, mit Auswirkungen nicht nur für die betroffenen Völker, sondern auch für uns.

Günter Neuberger
Der Plan Euroshima
Reagan im Klartext.
Aus Reden und Schriften von Reagan, Haig, Weinberger
176 Seiten, DM 10,—

Reagan hat das größte Rüstungsprogramm der Geschichte in Gang gebracht. „Dieser Verteidigungshaushalt ist so groß, die Betonung der Nuklearwaffen so stark und der Redeschwall über die sowjetische Bedrohung so extrem, daß man dem Gefühl nicht widerstehen kann, daß wir uns darauf vorbereiten, einen Atomkrieg zu führen und zu gewinnen." (William Fulbright, ehemaliger Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats.)

Gewerkschaften und Staat

Eine rechtspolitische Skizze

Von Wolfgang Däubler

I. Die Ausgangssituation

Traditionellem Bewußtsein entspricht es, die „Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" als Problem des Verhältnisses zum Arbeitgeber zu begreifen. Je mehr diesem gewerkschaftliche Gegenmacht entgegengesetzt werden kann, um so eher darf mit einer Verbesserung der Lage der abhängig Beschäftigten gerechnet werden[1]). Übersehen werden dabei zumindest drei Dinge.

Zum einen werden zahlreiche lebensnotwendige Leistungen vom Wohngeld bis zur Altersrente nicht vom Arbeitgeber, sondern von der öffentlichen Hand erbracht. Auf eine Formel gebracht tritt eine partielle „Entkoppelung" von Tarifvertrag und Reproduktionsleistungen ein[2]). Je weiter sich derartige sozialpolitische Aktivitäten des Staates entwickeln, um so mehr stellt sich die Frage, wie die von Art. 9 Abs. 3 GG gewollte Selbstbestimmungsordnung auch unter solchen Bedingungen realisiert werden kann. Müßte nicht auch der Staat zum Adressaten gewerkschaftlicher Forderungen und gewerkschaftlichen Kampfes werden?

Zum zweiten ist das Verhalten der Arbeitgeberseite, ihr Handlungs- und Konzessionsspielraum in wachsendem Umfang nicht mehr allein vom Markt, sondern auch von den Entscheidungen politischer Instanzen abhängig. Währungs- und Außenwirtschaftspolitik, Subventionen und Steuervorteile sowie Erklärungen über „tragbare" und „nicht mehr tragbare" Lohnerhöhungen beeinflussen das Arbeitgeberverhalten in beträchtlichem Umfang. Neben diesen globalen Vorgaben stehen „Interventionen" im Einzelfall. So tritt die öffentliche Hand etwa in vielen Bereichen als entscheidender Nachfrager auf, wie das Beispiel der Flugzeug- und Rüstungsindustrie[3]), aber auch der Bausektor zeigen, wo ca. 60 % der Gesamtnachfrage aus dem staatlichen und kommunalen Bereich stammen[4]). In zahlreichen Fällen sind Unternehmen darüber hinaus auf Subventionen angewiesen – der Staat fördert etwa neue Technologien, aber auch die Industrieansiedlung in strukturschwachen Ge-

---

1) Es kann daher erst recht nicht überraschen, daß die gängigen Lehrbücher des Arbeitsrechts das Verhältnis von Gewerkschaften und Staat nicht als selbständigen Teilbereich des Arbeitsrechts begreifen, sondern unerwähnt lassen oder mit einigen Sätzen abtun. Vgl. etwa neben den „klassischen" Lehrbüchern von Hueck/Nipperdey und Nikisch die neueren Lehrbücher von Hanau/Adomeit, Arbeitsrecht, Frankfurt/M.[5] 1981, C I 5; Söllner, Arbeitsrecht, Stuttgart u. a.[7] 1981, S. 130 ff. (Behandelt sind lediglich Allgemeinverbindlicherklärung, staatliche Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen, Förderung der Vermögensbildung); Zöllner, Arbeitsrecht, München[2] 1979, § 8 I.2. Anders etwa das spanische Arbeitsrecht wo die Staatsintervention üblicherweise als eigener Abschnitt auftaucht (vgl. etwa Bayon Chacon und Perez Botija, 2 Bände, 9. Auflage, Madrid 1973/74, S. 849-954.)

2) Mückenberger, in: „Kritische Justiz" (KJ) 1980, S. 258 ff.

3) Huffschmid (Hrsg.), Rüstungs- oder Sozialstaat? Köln 1981, S. 57 ff.

4) Angaben nach Menzel, in: DB 1981, S. 303.

bieten oder das Überleben der Werftindustrie. Weiter gibt es einzelne Branchen, in denen das Unternehmerverhalten etwa aus Gründen der öffentlichen Sicherheit total durchreglementiert ist – zu denken ist dabei insbes. an Atomkraftwerke und sonstige kerntechnische Anlagen, wo Auflagen und Richtlinien nach dem Atomgesetz bis in die Details der Arbeitsvorgänge hinein alles rechtlich vorprogrammieren[5]). Schließlich übernimmt der Staat zahlreiche Aufgaben in eigene Regie, weil sie in der Regel nicht gewinnbringend sind und deshalb nicht in privatwirtschaftlicher Form erbracht werden können. Auch in diesen Bereichen staatlicher Wirtschaftspolitik stellt sich mit gleicher Schärfe das Problem, wie die Koalitionsfreiheit des Art. 9 Abs. 3 GG, wie die Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen wirksam werden soll.

Zum dritten wird oft zu wenig bedacht, wieviele Fragen mittlerweile durch den Gesetzgeber oder die Gerichte geregelt sind. Die Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen – sicherlich nicht nur eine deutsche Besonderheit[6]) – reduziert drastisch den Spielraum legaler gewerkschaftlicher Aktivitäten. Wenn das Bundesarbeitsgericht etwa einen Streik um die Wiedereinstellung gekündigter Kollegen mit der Begründung für rechtswidrig erklärt, diese könnten ja den Rechtsweg beschreiten, Rechtsfragen seien aber nicht „streikfähig"[7]), so wird deutlich, wie weit dieser Prozeß schon gediehen ist. Auch versteht man, weshalb der Sachverständigenrat beim Europarat der Bundesrepublik eine Verletzung der Garantie des Art. 6 Ziff. 4 Sozialcharta unter anderem deshalb vorwirft, weil der Bereich tariflich regelbarer Ziele durch umfassende staatliche Reglementierung allzuweit eingeschränkt werde[8]).

II. Vorhandene Ansätze

Das geltende Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsrecht sieht eine Reihe von Regelungen vor, die den Gewerkschaften bestimmte Einflußrechte sichern sollen. Sie werden mit den Handlungsmöglichkeiten zu vergleichen sein, die Art. 9 Abs. 3 GG in seinem „eigentlichen" Anwendungsbereich, der Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber, gewährt.

1. Sozialpolitik

a) Sozialversicherungsträger

Die wenigsten theoretischen und praktischen Schwierigkeiten bereitet die Beteiligung von Arbeitnehmervertretern dort, wo öffentliche Aufgaben nicht

5) Einzelheiten bei Däubler, Arbeitsrecht 1, Reinbek[5] 1981, S. 404 ff.

6) So aber in bewußter Überspitzung Unterseher, Arbeitsrecht – eine deutsche Spezialität, in: Jacobi u. a., Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch, Frankfurt/M. 1972, S. 190 ff. Zur Verrechtlichung in Großbritannien vgl. Wedderburn, Industrial Relations and the Courts, in: „Industrial Law Journal" 1980, S. 65 ff.; zu Frankreich: vgl. Collin/Dhoquois u. a., Le Droit capitaliste de travail, Grenoble 1980; zu Italien Pedrazzoli, in: „Demokratie und Recht" (DuR) 1978, S. 131 ff; zu Spanien vgl. Däubler (Hrsg.), Arbeitsbeziehungen in Spanien. Geschichte – Ideologien – Rechtsnormen, Köln 1982.

7) BAG DB 1978, 1403

8) Conseil de l'Europe, Comité d'Experts, Conclusions, Bd.V.

durch den Staat selbst, sondern durch autonome, mit eigenem Handlungsspielraum ausgestattete Gremien oder Körperschaften erfüllt werden: Dem Gesetzgeber steht es unbestrittenermaßen frei, die Zusammensetzung der dezentralen Entscheidungsgremien nach eigenen Vorstellungen zu ordnen.

Wichtiger, wenn auch in der öffentlichen Diskussion relativ wenig beachteter Anwendungsfall sind die Sozialversicherungsträger, deren Organe zur einen Hälfte mit Vertretern der Versicherten und zur anderen Hälfte mit Arbeitgebervertretern besetzt sind[9]). Den Gewerkschaften steht dabei das Recht zu, Vorschläge für die Wahl der Versicherten-Vertreter zu machen, was ihnen in der Regel einen beträchtlichen Einfluß sichert[10]). Von diesem halbparitätischen Grundmodell gibt es verschiedene Abweichungen: So bestehen die Organe der Bundesanstalt für Arbeit nach § 192 Abs. 1 AFG nur zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern (neben einem Drittel Arbeitgebern und einem Drittel öffentliche Hand); sie werden nicht gewählt, sondern vom Bundesarbeitsminister auf Vorschlag der Gewerkschaften ernannt[11]). Auf der anderen Seite stellen die Versicherten bei den Knappschaften zwei Drittel aller Vertreter[12]) – eine „Überparität", die zu keinerlei Auffälligkeiten geführt hat und die während der Weimarer Zeit für alle Sozialversicherungsträger galt[13]). Ganz ohne Arbeitgebervertreter kommen die Ersatzkassen aus[14]) – eine „Insel" der Selbstverwaltung, deren Bedeutung nicht überschätzt werden darf, da die Einbindung in gesetzliche Regelungen und erst recht in das bestehende Wirtschaftssystem der Entfaltung neuartiger Initiativen umfassende Grenzen setzt.

b) Mitwirkung an der staatlichen Festlegung von Löhnen und Arbeitsbedingungen

Außerdehalb des Selbstverwaltungsbereichs liegt der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Präsenz bei denjenigen staatlichen Instanzen, die für einzelne Fragen auf dem Lohnsektor und für die unmittelbaren Arbeitsbedingungen zuständig sind. Im einzelnen sind etwa zu nennen:

– Der sog. Tarifausschuß, der je zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften besteht, und dessen Einvernehmen für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen notwendig ist[15]).

– Die nach § 4 Heimarbeitsgesetz (HAG) zu errichtenden Heimarbeitsausschüsse bestehen nach § 5 aus einem Vorsitzendem und je zwei Beisitzern aus Kreisen der Auftraggeber und der Heimarbeiter. Für die zweite Gruppe kann

9) § 29 SGB IV.
10) § 48 Abs. 1 Ziff. 1 SGB IV.
11) Die Gewerkschaftsvorschläge sind bindend, doch sind nach § 91 Abs. 3 AFG auch Minderheitengewerkschaften zu berücksichtigen.
12) § 44 Abs. 1 Ziff. 3 SGB IV.
13) Föhr, Arbeitsrecht für Arbeitnehmer, Köln 1980, S. 92.
14) § 44 Abs. 1 Ziff. 4 SGB IV. Dazu Krause/von Maydell u. a., Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch, Neuwied und Darmstadt 1978, § 44 Rn 41 f.
15) Näher dazu Wiedemann/Stumpf, Tarifvertragsgesetz, München[5]), § 5 Rn 38 ff.

die zuständige Gewerkschaft, unter Umständen auch die Spitzenorganisation, Vorschläge an die zuständige Arbeitsbehörde machen. Nach § 19 HAG ersetzen die Heimarbeitsausschüsse unter bestimmten Voraussetzungen die sozialen Gegenspieler, da sie „Entgelte und sonstige Vertragsbedingungen" mit bindender Wirkung festlegen können[16]).

– Der Hauptausschuß, der nach dem (bisher allerdings noch nie angewendeten) Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen[17]) vom Bundesminister für Arbeit errichtet wird, besteht aus diesem selbst sowie aus je 5 Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereinigungen. Er kann die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen, ihre Änderung oder ihre Aufhebung vorschlagen; dies zu vollziehen ist Sache der jeweiligen Fachausschüsse, die ebenfalls aus einer gleichen Zahl von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern bestehen.

– Nach § 94 BBG, § 58 BRRG sind die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften bei der Vorbereitung beamtenrechtlicher Regelungen zu beteiligen.

c) Einschätzung

Versucht man diese Mitwirkungsrechte der Gewerkschaft im sozialpolitischen Bereich einzuschätzen, so ergeben sich eine Reihe von Charakteristika: zum einen geht es um eine sehr selektive Beteiligung, die im Bereich der Sozialversicherung recht weit entwickelt ist, bei anderen Sozialleistungen wie beispielsweise der Sozialhilfe jedoch völlig fehlt. Zum zweiten ist die Handlungsautonomie der in staatliche Gremien aufgenommenen Arbeitnehmervertreter nicht entfernt in dem Maße wie bei Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber gegeben. In einigen Fällen – wie etwa bei der Bundesanstalt für Arbeit oder im Beamtenrecht – wird dies bereits an der Minderheitenposition bzw. der Reduzierung auf ein Mitwirkungsrecht deutlich. Dazu kommt aber auch in Fällen paritätisch besetzter Gremien die sehr viel gravierendere Beschränkung, daß sich beispielsweise Sozialversicherungsträger genau wie andere Behörden am Allgemeininteresse zu orientieren haben[18]). Was bei der Tarifautonomie nur letztes Ziel ist – das Bundesverfassungsgericht spricht von „Ordnung und Befriedung des Arbeitslebens"[19]) – ist hier unmittelbar verbindliche Handlungsmaxime. Schließlich ist zu beachten, daß die Selbstverwaltungsträger im allgemeinen nicht nur an das Gesetz als solches, sondern auch an die dort festgelegte Beitragshöhe und die dort bestimmten Leistungsansprüche der Versicherten gebunden sind und daß sie von daher nur wenig Spielraum für neue Initiativen besitzen[20]).

16) Die Vereinbarkeit dieser Regelung mit Art. 9 Abs. 3 GG wurde zu Recht bejaht von BVerfGE 34, 307, 315 ff.
17) Vom 11. 1. 1952, BGBl, I, S. 17.
18) Vgl. § 87 Abs. 1 SGB IV.
19) So zuletzt BVerfGE 50, 290, 372.
20) Richtig BVerfGE 39, 302, 313, wonach nur noch bedingt von Selbstverwaltung gesprochen werden kann. Näher dazu Bley, Sozialrecht, Frankfurt/M.[5] 1980, C II 2b aa (3).

2. Informelle Beteiligung an einzelnen Entscheidungen staatlicher Wirtschaftspolitik.

Die – wenn auch mangelhafte – Beteiligung der Gewerkschaften an vielen sozialpolitischen Entscheidungen des Staates findet keine unmittelbare Parallele im Bereich der Wirtschaftspolitik. Gewisse Ansätze sind allerdings auch dort vorhanden. Zu nennen ist einmal die sog. Konzertierte Aktion, in der über Orientierungsdaten für Löhne und Preise verhandelt wurde[21]). Wichtiger und erst kürzlich von der Öffentlichkeit beachtet ist gegenwärtig jedoch die Beteiligung der Betriebsräte an bestimmten Programmen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie[22]). Nach den maßgebenden Förderungsgrundsätzen muß bei Projekten auf dem Gebiet „Humanisierung des Arbeitslebens" der Antrag auf staatliche Förderung vom örtlich zuständigen Betriebsrat gegengezeichnet sein[23]). Etwas vorsichtiger heißt es im neuen Forschungsprogramm „Fertigungstechnik" des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, daß bei Vorhaben, die „Bedeutung für die Arbeitsplätze des zu fördernden Betriebs haben", den Anträgen eine schriftliche Stellungnahme des jeweiligen Betriebsrats beizufügen ist. Stimmt sie nicht mit dem Antrag des Arbeitgebers überein, so wird ein drittelparitätisch besetzter Ausschuß (bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Wissenschaft) tätig, dessen Stellungnahme bei der Endentscheidung des Ministeriums zu „berücksichtigen" ist[24]).

Die Zulässigkeit dieser Regelung ist vor kurzem von Rupert Scholz bestritten worden, der in der durch Richtlinien vorgeschriebenen Beteiligung des Betriebsrats einen auf keine gesetzliche Grundlage gestützten Eingriff in die unternehmerische Autonomie erblickte[25]). Dem ist aus zwei Gründen zu widersprechen:

Zum einen kann die Verwaltung im Rahmen der hier nicht vorhandenen Gesetze selbst darüber entscheiden, welche Art Forschung sie finanziell unterstützen will. Dies gilt nicht nur für den Gegenstandsbereich, sondern auch für eine etwaige interessenmäßige Ausrichtung: Sie kann Vorhaben unterstützen, deren praktische Umsetzung ausschließlich die Ertragssituation der Unternehmen verbessert, sie kann aber auch Vorhaben erleichtern, die beispielsweise eine an Arbeitnehmerinteressen orientierte neue Unternehmensstruktur zum Gegenstand haben. Im vorliegenden Fall hat sie einen Mittelweg gewählt und sich für Projekte entschieden, die beiden Seiten Nutzen bringen sollen[26]). Um diesen Zweck zu erreichen, ist die Einschaltung des Betriebsrates ein sicherlich geeignetes Mittel. Arbeitgebergrundrechte sind in Wahrheit nicht tangiert; wer eine bestimmte öffentliche Leistung in Anspruch

21) Dazu etwa Mertens/Kirchner/Schanze, Wirtschaftsrecht, Reinbek 1978, S. 270 ff.; Rinck, Wirtschaftsrecht, Köln u. a.[5] 1976, Rn 230.
22) Dazu insbes. Janzen in: „Gewerkschaftliche Monatshefte" (GMH) 1980, S. 256 ff.
23) Siehe die Förderungsgrundsätze vom 2. 11. 1976, Bundesanzeiger v. 13. 11.1976.
24) Zitiert nach Scholz: in BB 1981, 441.
25) Vgl. ebd. S. 441 ff.
26) Zur Kritik der HdA-Programme siehe Pöhler, in: GMH 1980, S. 230 ff.

nimmt, die eben nicht „beliebig", sondern zur Erreichung bestimmter Zwecke angeboten wird, muß sich diejenigen Beschränkungen seiner Handlungsfreiheit gefallen lassen, die für die Erreichung dieser Zwecke notwendig sind. Andernfalls wäre es beispielsweise nicht einmal möglich, eine regelmäßige Berichtspflicht über den Fortgang des Vorhabens vorzusehen, läge darin doch ein Eingriff in die unternehmerische Betätigungsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG[27]).

Der zweite Einwand betrifft die Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 GG: Die Beteiligung der Gewerkschaften an derartigen Entscheidungen der öffentlichen Hand kompensiert nur den Funktionsverlust, den die Tarifautonomie durch die Verlagerung der Entscheidungen auf den Staatsapparat erlitten hat. Sie stellt den ursprünglichen Zustand annäherungsweise wieder her – ein Gedanke, der sich übrigens in der Habilitationsschrift desselben Rupert Scholz aus dem Jahre 1971 findet[28]).
Auch wenn man also die bisherige Praxis der Beteiligungsrechte von Betriebsräten an einzelnen Vorhaben der Technologieförderung akzeptiert, werden bestimmte Defizite deutlich. Zum einen muß man sich fragen, wie groß wohl die Handlungsautonomie eines Betriebsrats ist, dessen Veto eine für das Unternehmen lukrative, vielleicht sogar lebensnotwendige staatliche Förderung verhindern würde. Zum zweiten ist bemerkenswert, daß das Beteiligungsrecht nicht den Gewerkschaften als überbetrieblichen Arbeitnehmervertretungen, sondern dem Betriebsrat eingeräumt wird. Dies kann in vielen Fällen nämlich zur Folge haben, daß bei der Mitentscheidung ausschließlich die Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen im eigenen Unternehmen oder Betrieb bedacht wird. Eine neue Technologie, die bei ihrem Produzenten zwar Beschäftigungsmöglichkeiten sichert, in anderen Betrieben aber zur massenhaften Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen führt, kann so schwerlich verhindert oder an beschäftigungspolitische Auflagen geknüpft werden. Die Frage drängt sich auf, ob die ungewohnte „Großzügigkeit" in der Zuerkennung von Mitbestimmungsrechten nicht primär den Zweck hat, genau solche Vorhaben leichter durchsetzen zu können. Es ist daher durchaus fraglich, ob die bestehende Praxis mit Art. 9 Abs. 3 GG vereinbar ist[29]).

Verlassen wir diesen Bereich, so geraten wir vollends in eine gewerkschaftspolitische Wüste. Weder die Geldpolitik der Bundesbank noch die Steuererhebung, weder die staatliche Auftragsvergabe noch die Gewährung anderer als technologiebezogener Subventionen kann seitens der Gewerkschaften irgendwie beeinflußt werden. Dies hat Rückwirkungen auch auf den Bereich erhalten gebliebener Handlungsmöglichkeiten: 5 % Lohnerhöhungen werden relativ uninteressant, wenn die Inflationsrate bei 7,10 oder 15 % liegt.

---

27) Ähnlich Pietzcker, Der Staatsauftrag als Instrument des Verwaltungshandelns, Tübingen 1978, S. 401.
28) Scholz, Koalitionsfreiheit als Verfassungsproblem, München 1971, S. 257 ff.
29) Das Problem ist der Sache nach auch bei Janzen, in: GMH 1980, 26lf. benannt, freilich ohne jede Andeutung konkreter Konsequenzen.

3. *Beteiligung der Arbeitnehmer an der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit*

Die rechtliche Reglementierung zahlreicher, mit der Lohnarbeit verbundener Fragen scheint dadurch um einiges erträglicher zu werden, als die Handhabung des geltenden Arbeits- und Sozialrechts bei Gerichten liegt, wo die Arbeitnehmerseite in jedem Spruchkörper vertreten ist[30]). Auch insoweit ergeben sich jedoch spezifische Grenzen. Die Arbeitnehmervertreter werden – anders als bei den Gewerbegerichten der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg[31]) – nicht gewählt, sondern auf Vorschlag der Gewerkschaften und anderer sozialpolitischer Vereinigungen durch den Arbeitsminister ernannt. Im Spruchkörper selbst haben sie eine Minderheitenposition, was ihre Durchsetzungsmöglichkeiten entscheidend beschränkt. Schließlich wird in diesem Bereich die Verpflichtung auf das Allgemeininteresse besonders ernst genommen. Selbst eine These wie die, die ehrenamtlichen Richter hätten ihr spezifisches Vorverständnis, ihre Sicht der Dinge einzubringen[32]), stößt auf Widerspruch: Nach Auffassung von Gerhard Müller haben sie sich voll in die Rolle des neutralen Richters zu fügen und – wie immer das möglich sein soll – ihre bisherigen Erfahrungen und rechtspolitischen Prioritäten spätestens an der Tür zum Beratungszimmer zu vergessen[33]).

III. Arbeitnehmerpartizipation und Parlamentarismus

Die Bescheidenheit der beschriebenen Arbeitnehmerrechte kann schwerlich mit dem verbreiteten Argument gerechtfertigt werden, der Staat dürfe nicht einer Interessengruppe ausgeliefert werden. Dem Anspruch des Grundgesetzes nach sind zwar alle parlamentarischen Entscheidungen in völliger Unabhängigkeit von mächtigen sozialen Interessen zu treffen[34]), doch geht es in der Praxis meist gar nicht um die Beteiligung an der Willensbildung des Parlaments. Die staatliche Wirtschaftsförderung ist im Prinzip durch den Haushalt nur summenmäßig festgelegt, über die einzelnen Anträge entscheidet die Bürokratie. Die Arbeitnehmerseite hieran voll zu beteiligen, würde daher dem parlamentarischen Prinzip nicht widersprechen. So könnte etwa die Vergabe von Subventionen einem paritätischen, zur Hälfte mit Gewerkschaftsvertretern besetzten Ausschuß überlassen werden[35]). Auch die vom Bundesverfassungsgericht verschiedentlich betonte Eigenständigkeit der Exekutive[36]) wäre nicht in Gefahr, solange eine Entscheidung von der Regierung an sich

30) §§ 14 ff. ArbGG; §§ 7 ff. SGG.
31) Dazu Michel, in: Feser u. a., Arbeitgerichtsprotokolle, Neuwied und Darmstadt 1978, S. 31 ff.; Wenzel in: „Juristen Zeitung" (JZ) 1965, S. 698.
32) Däubler, in „Arbeit und Recht" (AuR) 1976, S. 371.
33) Gerhard Müller, in: (AuR) 1978, S. 18.
34) Bemerkenswert allerdings die Aussage des Bundesverfassungsgerichts im KPD-Urteil, an sich sei es verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, daß Interessengruppen auf die Mitglieder des Parlaments einzuwirken versuchten; auch Massenaktionen der Arbeiterschaft seien grundsätzlich nicht unzulässig (BVerfGE 5, 85, 232). An der Grundhaltung zum Parlamentarismus hat sich dadurch aber nichts geändert.
35) Vgl. auch den Beschluß des 13. ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall 1980 zur Wirtschaftspolitik, abgedruckt in: „Der Gewerkschafter" 9a/1980, S. 40ff., wo eine „Beteiligung" der Arbeitnehmer an der Subventionsvergabe auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene gefordert wird.
36) Grundlegend BVerfGE 9, 268, 282.

gezogen und selbst getroffen werden kann. Dies gilt auch dann, wenn ein solches „Evokationsrecht" von bestimmten inhaltlichen Voraussetzungen abhängig gemacht wird, etwa davon, daß eine „sinnvolle Wirtschaftspolitik" andernfalls nicht mehr möglich oder im konkreten Fall die „Eigenständigkeit" der Regierungspolitik gefährdet wäre[37]). Selbst wenn man also die Verfassungsgrundsätze des unabhängigen Parlaments und der eigenständigen Exekutivspitze für eine logische Sekunde mit der Wirklichkeit gleichsetzt, so wären sehr viel weitergehende gewerkschaftliche Beteiligungsrechte ohne Verstoß gegen das Grundgesetz möglich.

Sehr viel brisanter wird das Problem, wenn man danach fragt, ob diese Verfassungsprinzipien nicht in der Realität mit einer spezifischen Schlagseite versehen sind. Die den Staatsapparat steuernden Funktionsträger sehen sich einer Wirtschaftsstruktur gegenüber, die sie zwingt, wesentlichen Unternehmerinteressen Rechnung zu tragen. Würden sie dies – etwa aus Rücksicht auf die andersartige Programmatik der Regierungspartei – nicht tun, so wäre der Staat einem immensen Sanktionspotential ausgesetzt, das von der Verweigerung von Lehrstellen[38]) bis zur Produktionsverlagerung in Billiglohnländer[39]) und zu gewaltsamen Aktionen reicht[40]). Ihnen könnte nur dann erfolgreich begegnet werden, wenn eine antikapitalistische Massenbewegung sowie eine sichere Mehrheit im Parlament existieren und wenn eine Minimum an Unterstützung von außen her erfolgen. Fehlt es an einer dieser Voraussetzungen, so grenzt jede reale (und nicht nur demagogisch behauptete) antikapitalistische Politik an Tollkühnheit[41]); ein solches Experiment zu unterlassen (und damit gegebenenfalls einen Rückfall in offenen Faschismus zu verhindern), liegt dann durchaus im Interesse der abhängig Beschäftigten. In aller Regel kommt es allerdings gar nicht zu einer solchen Konstellation; sogar die entsprechenden Überlegungen bleiben fast immer auf akademische Zirkel beschränkt: sozialisationsbedingte Grundhaltungen von Funktionsträgern, Personenaustausch zwischen „Wirtschaft" und Staat sowie und andere Gründe sorgen dafür, daß sich die Unternehmerinteressen in „friedlicheren" Formen durchsetzen.

Dies alles bedeutet nicht, den Begriff „Unternehmerinteressen" als statisches Phänomen zu sehen[42]). Es handelt sich vielmehr um eine sehr flexible Größe,

37) Näher dazu Däubler, in: AuR 1973, 233 ff.

38) Zur Entwicklung der Lehrstellen siehe die Angaben in: „Statistisches Jahrbuch" 1980, S. 330. Eine Politik systematischer Lehrstellenverknappung im Gefolge der Ausbilder-Eignungsverordnung vom 20. 4. 1972 und der Bemühungen um ein neues Berufsbildungsgesetz läßt sich nicht konkret belegen, doch kann schon eine entsprechende Möglichkeit den Spielraum des Gesetzgebers einengen.

39) Dazu weiterhin grundlegend Froebel/Heinrichs!Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek 1977.

40) Dazu etwa Eschenhagen (Hrsg.), Revolution und Konterrevolution in Chile. Analysen zu einem Lehrstück, Darmstadt und Neuwied 1974.

41) Anders möglicherweise dann, wenn die Massenbewegung solche Ausmaße und einen solchen Bewußtheitsgrad annimmt, daß auch längere Entbehrungen nach einem grundlegenden politischen Wandel hingenommen werden.

42) Näher dazu Grauhan/Hickel (Hrsg.), Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien, Sonderheft 1/1978 des „Leviathan".

die in zweierlei Richtung situationsgebunden ist: Zum einen besteht sie aus einem Kompromiß durchaus nicht immer einheitlicher und gleichgerichteter Interessen von Einzelunternehmen und Unternehmensgruppen, der die „wahren", auf möglichst langfristige Erhaltung des Kapitalverhältnisses gerichteten Interessen des ideellen Gesamtkapitals keineswegs automatisch zum Ausdruck bringt. Zum anderen geht in das „Unternehmerinteresse" auch das Anspruchsniveau und die dahinter stehende Kampfkraft der Arbeiterbewegung ein; geboten für das Kapital sind unter diesem Aspekt alle Maßnahmen, die größere, evtl. systemgefährdende Konflikte vermeiden. Dieser zweite Punkt führt zu der relativ häufigen Erscheinung, daß Rechtsnormen erlassen werden, die nur legitimatorischen Charakter besitzen. Etwas salopp formuliert: Man weiß, daß sich die praktische Wirksamkeit eines Rechtssatzes in sehr engen Grenzen hält oder gegen Null geht, aber man erläßt ihn trotzdem, um die Freiheitlichkeit und/oder den sozialen Charakter des Gemeinwesens zu dokumentieren und dieses so auch für zweifelnde Bürger attraktiver zu machen[43]). Das soll nicht heißen, daß es *nur* solche Normen gibt oder daß sie nicht auch einen gewissen Eigenwert besitzen, verbessern sie doch die Möglichkeit zunächst nur scheinbar Begünstigter, ihre „verbrieften" Rechte bei veränderten Kräfteverhältnissen auch tatsächlich durchzusetzen. Die getroffene Feststellung ist nur insofern von Bedeutung, als nicht jedes gute Gesetz für bare Münze oder gar als Beweis dafür genommen werden darf, daß das „Unternehmerinteresse" eben doch nicht alles erkläre.

Legt man diese „Vorprogrammierung" des Staatshandelns zugrunde, so entfällt die Rechtfertigung dafür, daß die Arbeitnehmervertretungen von zentralen wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausgeschlossen sind: Ihre Aktivierung würde die beschriebene Schlagseite der Verfassungswirklichkeit nur etwas verringern, also einen Zustand herbeiführen, der näher am Anspruch der Verfassung als der bestehende Zustand liegt[44]). Dabei besteht die Besonderheit, daß sich in einer kapitalistischen Gesellschaft das Unternehmerinteresse gewissermaßen lautlos, durch den Zwang der Verhältnisse, auch im Staatsapparat durchsetzt, während die Arbeitnehmerinteressen nur über besondere Mechanismen wie institutionalisierte Beteiligungsrechte oder die Anerkennung des politischen Streiks zur Geltung kommen können. Selbst in dem utopischen Fall, daß zentrale wirtschaftspolitische Entscheidungen nur mit Zustimmung von konsequent an Arbeitnehmerinteressen orientierten Gewerkschaften möglich wären, wäre damit noch keine Übermacht der Arbeitnehmerseite geschaffen: in nichtrevolutionären Situationen käme nichts anderes als ein in besonders weitem Umfang Arbeitnehmerinteressen in sich aufnehmendes Unternehmerinteresse heraus. Erst recht ist es schlichte (in der Regel böswillige) Phantasie, schon den heutigen Zustand als „Gewerkschaftsstaat" zu apostrophieren.

43) Zum Beispiel des Gesetzes über Allgemeine Geschäftsbedingungen siehe Reinhardt, in: DuR 1977, S. 246 ff.

44) Vgl. dazu auch Abenroth, Die Berechtigung gewerkschaftlicher Demonstrationen für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft,in: derselbe, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied und Berlin 1967, S. 203 ff.

IV. Weitere Perspektiven

Die Skizzierung der vorhandenen Ansätze hat im Grunde schon angedeutet, wo weitere Perspektiven liegen könnten. Zum einen kommt der Ausbau der vorhandenen Institutionen in Betracht. Dies betrifft einmal eine Effektivierung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, wo die Vertreterversammlungen mit mehr Spielräumen auch in Bezug auf Beitrags- und Leistungshöhe ausgestattet werden könnten[45]). Keine rechtlichen Bedenken bestehen auch gegen eine Ausdehnung der Arbeitnehmerbeteiligung auf alle Technologieprogramme, ja auf Subventionen schlechthin, sowie gegen eine Einbeziehung der Gewerkschaften in all jenen Fällen, in denen Auswirkungen nicht nur für den Empfängerbetrieb zu erwarten sind. Auch wäre es sicherlich nützlich, Arbeitnehmerrechte nicht nur in jederzeit aufhebbaren, oft nicht einmal veröffentlichten Richtlinien, sondern in Gesetzen festzuschreiben.

Zum zweiten ist an die Schaffung neuer Institutionen zu denken. Ihres rein beratenden Charakters wegen sind dabei die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Wirtschafts- und Sozialräte[46]) von geringerem Interesse als die Schaffung halbparitätisch zusammengesetzter Gremien, die über staatliche Förderungsmaßnahmen entscheiden. Folgt man der traditionellen Auffassung von parlamentarischer Demokratie und Eigenständigkeit der Exekutive, so bleibt allerdings eine staatliche Rechtsaufsicht unabdingbar.

Zum dritten muß die Handhabung und Auslegung des Art. 9 Abs. 3 GG überdacht und auf die heutige Situation umfassender staatlicher Aktivitäten bezogen werden[47]). Das bedeutet, daß insbesondere der sog. politische Streik kein Tabu mehr sein darf: Wo institutionalisierte oder vertragliche Formen der Interessenvertretung fehlen, muß notfalls die Arbeitniederlegung als elementarste Form der Mitentscheidung über die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen eingreifen. Nur auf diese Weise würde ein wirksames Gegengewicht gegen jene Interessen geschaffen, die heute das Verhalten des Staatsapparats determinieren. Wie sehr die Diskussion hierüber noch in den Anfängen steckt, wird daran deutlich, daß eine Praktizierung des Streiks in bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Entscheidungen des Staatsapparats auch Rückwirkungen auf die innergewerkschaftliche Organisation haben müßte: Wenn sich die die Arbeitnehmer betreffenden Entscheidungen auf den Unternehmer der Branche X und das Ministerium Y verteilen, so wird die möglichst enge Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften der Branche X und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zur absolut entscheidenden Voraussetzung. Je mehr die Problembewältigung von einzelnen

45) Zur gewerkschaftlichen Einschätzung der bisherigen Erfahrungen mit der Selbstverwaltuöng siehe H. O. Vetter, Entwicklung der Selbstverwaltung aus der Sicht der Gewerkschaften, in: Sozialrechtsprechung – Verantwortung für den sozialen Rechtsstaat, Festschrift zum 25jährigen Bestehen des BSG, S. 109 ff.

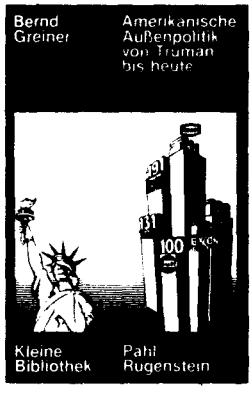
46) Siehe die vom Bundesausschuß des DGB am 3. 3. 1971 einstimmig verabschiedeten Grundsätze über die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich, abgedruckt in: GMH 1971, S. 569 und bei Leminsky/Otto, Politik und Programmatik des DGB, Köln 1974, S. 147 ff.

47) Richtig in der Tendenz insoweit Mückenberger, in: KJ 1980, S. 258 ff.

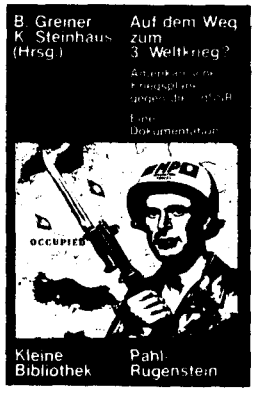
Branchen weg auf Teile des Staatsapparats verlagert wird, um so eher wird das heutige dezentrale Modell der Einheitsgewerkschaft in Frage gestellt, um so mehr muß der institutionellen Vertretung des „Gesamtunternehmerinteresses" das Gesamtinteresse der Arbeitnehmer entgegengestellt werden. Dies läßt sich hier nicht weiter vertiefen. Ein erster großer Schritt wäre bereits getan, würde etwa in Anlehnung an die Rechtsprechung des italienischen Verfassungsgerichtshofs[48]) die innergewerkschaftliche Tabuisierung des politischen Streiks beendet. Zunächst geht es darum, Verständnis dafür zu schaffen, daß Interessenvertretung – und sei sie beschränkt auf die Erhaltung des Status quo – notwendigerweise den Staatsapparat einbeziehen muß. „Interessenvertretung" hat dabei nichts gemein mit einer Bittstellerrolle, die manchmal zum „Lobbyismus" hochstilisiert oder gar mit Imponiergehabe als „Spielen-Lassen der Drähte nach Bonn" bezeichnet wird: Wie im Verhältnis zum Arbeitgeber geht es darum, die eigene Position deutlich zu markieren, über ihre Realisierung zu verhandeln und sich notfalls überkommener Druckmittel zu erinnern. Es entspricht guter gewerkschaftlicher Tradition, dabei nicht auf Worte, sondern allein auf Taten der Gegenseite zu achten. Sie werden auch dann nicht akzeptabler, wenn sie von Personen ausgehen, die noch immer den Anspruch erheben, Teil der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik zu sein.

48) Nach der Rechtsprechung des italienischen Verfassungsgerichtshofs sind alle Streiks rechtmäßig, sofern sie die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten zum Gegenstand haben (vgl. die deutsche Übersetzung der Entscheidungen in: DuR 1975, S. 77 ff. und in: EuGRZ 1975, S. 114)

Politik der USA



Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen
235 Seiten, DM 14,80



Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR
Eine Dokumentation
229 Seiten, DM 14,80

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 1. Vierteljahr 1982

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Anzeichen für eine Beendigung der Mitte 1980 begonnenen zyklischen Krise lassen noch immer auf sich warten. Die seit Ende 1980 andauernde Stagnation von Produktion und Aufträgen hält an. In den letzten Monaten sind sogar erneut rückläufige Tendenzen sichtbar geworden. Das Bruttosozialprodukt ist im ersten Vierteljahr – saisonbereinigt – real um 1 % niedriger gewesen als im vierten Quartal 1981. Auch der Vorjahresstand wurde wieder unterschritten.

Tabelle 1
Reales Bruttosozialprodukt im 1. Vierteljahr 1982

	In Mrd. DM[1])	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*212,3*	*– 0,6*
Privater Verbrauch	*115,7*	*– 2,6*
Öffentlicher Verbrauch	*39,4*	*– 1,1*
Anlageinvestitionen	*39,0*	*– 8,5*
Export	*63,8*	*+ 11,7*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 20/1982.

Die entscheidende Ursache der anhaltenden Stagnation und des Rückfalls im ersten Vierteljahr 1982 ist die Schwäche des privaten Verbrauchs. Nach der Jahreswende ist er so stark wie nie gesunken und verharrt zur Zeit auf diesem gedrückten Niveau. Der öffentliche Verbrauch hat diese Tendenz verstärkt, erstmals drückten die Ergebnisse der Rotstiftpolitik sich in einem absoluten Unterschreiten der Vorjahresziffern aus.

Scharf sind die Investitionen zurückgegangen, obwohl die Unternehmergewinne sich schon 1981 wieder stabilisiert hatten und seit Mitte des vergangenen Jahres wieder kräftig angestiegen sind. Allein der Export wirkt stabilisierend. Allerdings hat sich die Expansion hier stark verlangsamt, in saisonbereinigter Betrachtung lagen die Exporte im ersten Vierteljahr 1982 sogar leicht unter dem Ergebnis vom letzten Quartal 1981. Dies war zu erwarten, da sich einerseits für die Bundesrepublik wirksame positive Sonderfaktoren – DM-Schwäche, Kaufkraftexpansion der OPEC-Länder – abgeschwächt haben, andererseits der Welthandel weiter stagniert, die kapitalistische Weltwirtschaftskrise anhält.

Der leichte Rückfall der wirtschaftlichen Entwicklung hat den Lagerabbau unterbrochen und zur unfreiwilligen Auffüllung von Vorprodukte- und Fertigwarenlagern bei den Unternehmen geführt. Für die nächste Zeit ist also auch aus lagerzyklischen Gründen keine Expansion der Bestellungen zu erwarten.

Die ausgeprägte Verbraucherschwäche läßt sich auch an der Entwicklung der industriellen Produktion nach Industriegruppen ablesen. Die Verbraucher sparen insbesondere bei langlebigen Konsumgütern, so daß die Produktion dieses Sektors inzwischen unter den Stand des Indexjahres 1976 gesunken ist.

Tabelle 2
Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe[1])

	1. Vierteljahr 1982	*Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr*
Insgesamt	*106,1*	*+ 0,3*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*101,4*	*– 1,5*
Investitionsgüter	*112,5*	*+ 2,9*
Verbrauchsgüter	*97,4*	*– 4,5*

1) Index 1976 = 100, Neuberechnung.
Quelle: ebd.

Der Vorjahresstand der Industrieproduktion war nach den korrigierten Ziffern des Statistischen Bundesamtes im Februar und März deutlich unterschritten, so daß auch die Produktion im ganzen ersten Quartal niedriger gewesen sein dürfte als im Vergleichsquartal des Vorjahres. Wichtig ist auch, daß der Auslastungsgrad der industriellen Anlagen, der sich im letzten Vierteljahr 1981 leicht erhöht hatte, nun bis März wieder gefallen ist.

Während die Krise andauert und Belebungsanzeichen ausbleiben, steigen die Unternehmergewinne seit der Jahresmitte 1982 wieder steil an.

Tabelle 3
Einkommensverteilung[1])

	In Mrd. DM	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*369,5*	*+ 3,8*
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	*206,7*	*+ 3,8*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*71,8*	*+ 3,8*

1) In jeweiligen Preisen, im 1. Quartal 1982.
Quelle: ebd.

Der Anstieg hat sich im ersten Vierteljahr 1982 verlangsamt, weil die Gewinne wegen der unfreiwilligen Lagerbildung nur teilweise realisiert werden konnten. Dies belegt die – vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt gesehen – Schädlichkeit der betriebenen Wirtschaftspolitik: obwohl im Sinne der konservativen Orientierung die Lohnstückkosten bei steigenden Absatzpreisen stagniert haben, hat sich das nicht entsprechend in höheren Unternehmergewinnen und Investitionen niedergeschlagen. Ursache ist die Absatzschwäche, die allerdings besonders die kleinen und mittleren Betriebe der Konsumgüterbranchen belastet.

Während die Arbeitsproduktivität beschleunigt anstieg, hat sich der Rückgang der realen Arbeitseinkommen fortgesetzt. Bei Tarifabschlüssen von durchschnittlich knapp 4 % in der weitgehend abgeschlossenen Lohnrunde 1982 dürfte auch der weitere Jahresverlauf Einkommenseinbußen mit sich bringen.

Tabelle 4
Löhne und Gehälter

	1. Vierteljahr 1982	*Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr*
Tarifeinkommen[1])	–	+ 4,5
Nettolohn- und gehaltssumme (Mrd. DM)	*118,2*	+ 2,6
Je Beschäftigten (DM)	*5400*	+ 4,0

1) Auf Stundenbasis.
Quelle: ebd.; „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.; eigene Berechnungen.

Bei Reallohneinbußen (Nettoeinkommen je Beschäftigten, real) um 2% und beschleunigt sinkender Beschäftigung – die Zahl der abhängig Beschäftigten lag um 300 000 oder fast 1,5 % unter dem Vorjahresstand – ist ein weiterer Rückgang beim privaten Verbrauch programmiert.

Eine gewisse relative Stabilisierung geht von der Preisentwicklung aus, die sich in den letzten Monaten stärker verlangsamt hat, als ursprünglich erwartet worden war. Im April lagen die Lebenshaltungskosten noch um 5% über dem Vorjahresstand.

Tabelle 5
Preisentwicklung

	1. Vierteljahr 1982 in % gegenüber 1. Vierteljahr 1981
Lebenshaltung[1])	+ 5,8
Industrielle Erzeugerpreise	+ 7,6
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	+ 7,2
Einfuhrpreise	+ 6,0

1) Alle Haushalte.
Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Pressemeldungen.

Ursache dieser Abschwächung der Inflation ist allein der Preisrückgang bei den Importpreisen. Diese liegen zur Zeit nur noch wenig über dem Vorjahresstand. Rückläufige Weltmarktpreise für Rohstoffe – einschließlich der Rohölpreise – und eine Stabilisierung des Wechselkurses der DM haben so den Spielraum für Preissenkungen erweitert. Dagegen haben sich die inländischen Preisauftriebsfaktoren kaum abgeschwächt, die Lebensmittelpreise liegen in ihren Steigerungsraten inzwischen über dem Durchschnitt. Daher ist eine weitere Fortsetzung des Trends zur Preisberuhigung unwahrscheinlich.

Bei beschleunigt sinkender Beschäftigung – saisonbereinigt sank ihre Zahl im ersten Vierteljahr 1982 gegenüber dem Vorquartal um 125 000 Personen – hat sich die Arbeitslosigkeit rapide weiter erhöht.

Für das ganze Jahr 1982 wird inzwischen eine jahresdurchschnittliche registrierte Arbeitslosenzahl von 1,8 Millionen erwartet, wozu noch mehr als 800 000 Arbeitslose der „stillen Reserve" zu rechnen wären.

Tabelle 6
Arbeitsmarkt

	1. Vierteljahr 1982 in 1000	*Veränderung in 1000 gegenüber 1. Vj. 1981*
Abhängig Beschäftigte	*21 893*	*– 300*
Registrierte Arbeitslose	*1 899*	*+ 626*
Kurzarbeiter	*559*	*+ 165*
Offene Stellen	*129*	*– 109*

Quelle: ebd., „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Nach allen vorliegenden Prognosen wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit sich bis mindestens 1990 fortsetzen, selbst wenn die Wirtschaft ihr Wachstumstempo beschleunigen sollte. So wird sich nach den Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die Arbeitslosigkeit zwischen 1980 und 1990 von 1,5 auf 3,7 Millionen Betroffene erhöhen. Für 1985 wird mit drei Millionen gerechnet. Voraussetzung für das Eintreffen dieser Prognose ist u. a. ein jahresdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 2,8 %. Dies zu erreichen dürfte – angesichts der aktuellen Entwicklung – nur schwer möglich sein, setzt es doch in den kommenden acht Jahren bis 1990 eine Wachstumsbeschleunigung auf über 3,5 % jährlich voraus.

Die konjunkturellen Perspektiven für die nächsten Monate haben sich im ersten Vierteljahr 1982 eher verdüstert. Vor allem die Abschwächung beim Export – während privater Verbrauch und Investitionstätigkeit weiter zurückgehen, die Wirkung der öffentlichen Haushalte restriktiv ist – stellt einen neuen negativen Faktor dar. Positiv ist allein der Zinsrückgang der letzten Monate zu werten: allerdings darf davon kurzfristig keine Wirtschaftsbelebung erwartet werden, erfahrungsgemäß löst ein beginnender Zinsrückgang im Gegenteil zunächst Zurückhaltung der Kreditnehmer aus, die nun auf noch niedrigere Zinsen warten wollen. Auch auf der Ebene der Weltwirtschaft sind Belebungsanzeichen nicht sichtbar. Während in den meisten kapitalistischen Ländern – einschließlich Japans – Stagnationstendenzen die Entwicklung bestimmen, vertieft sich die Krise in den USA immer noch. Anzumerken ist auch, daß 1982 erstmals seit Jahrzehnten die Entwicklungsländer insgesamt ihre Produktion nicht mehr erhöhen können, vor allem Südamerika – Brasilien, Argentinien, Chile – wurde erstmals voll in den kapitalistischen Krisenzyklus integriert. Die sinkenden Rohstoffpreise und die z. T. astronomisch hohe Verschuldung vieler „Schwellenländer" beschränken die Kaufkraft auch der reicheren Entwicklungsländer und reduzieren so die Absatzmöglichkeiten für Produkte der Industrieländer.

Jörg Goldberg

Aus ausländischen Zeitschriften

Neue sozialpsychologische Tendenzen in der Arbeiterklasse

Von G. G. Dilingenski

Unter den Bedingungen der sich seit 1974 verschärfenden Wirtschafts- und Strukturkrisen der kapitalistischen Welt, den damit verbundenen sozialen Auseinandersetzungen und Wandlungen des politischen Systems stellt sich die Frage, wie sich das Massenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickelt. Der sowjetische Wissenschaftler Diligenski hat zu diesem Problem bereits eine Reihe von Analysen veröffentlicht. Eine Sammlung ist unter dem Titel „Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus" (hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M. 1978) erschienen. Der vorliegende Aufsatz ist der sowjetischen Zeitschrift, „Die Arbeiterklasse und die Welt von heute", 3/1981, S. 76-86, entnommen und folgt, unwesentlich gekürzt, der Übersetzung in „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", 1-2/1982, S. 88 ff. D. Red.

I.

In der gegenwärtigen Epoche haben sich alle technisch-ökonomischen, sozial-ökonomischen und politischen Prozesse stark beschleunigt. Im Berufsleben und im Alltag, im Leben der einzelnen Völker und auf dem internationalen Schauplatz vollziehen sich in historisch kurzen Zeiträumen tiefgreifende Veränderungen, die starke und vielfältige Auswirkungen auf das Bewußtsein der Massen haben. Eben diese Vielfalt und Vielschichtigkeit der sozialpsychologischen Auswirkungen macht ihre Analyse besonders schwierig.

Die am tiefsten liegende „Schicht" des Massenbewußtseins, die alle übrigen Komponenten wesentlich beeinflußt und die Veränderungen in den Lebensbedingungen der Werktätigen unmittelbar widerspiegelt, sind die *Bedürfnisse der Massen*. Die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins der Werktätigen in der kapitalistischen Gesellschaft ist direkt davon abhängig, in welchem Maße ihnen die Bedürfnisse bewußt sind, die von der bürgerlichen Gesellschaft nicht befriedigt werden. Die Frage nach den konkreten Erscheinungsformen des Gesetzes vom Ansteigen der Bedürfnisse im gegenwärtigen Kapitalismus hat für die marxistisch-leninistische Theorie und die revolutionäre Praxis erstrangige Bedeutung. Vor allem müssen jene Faktoren bestimmt werden, die den Charakter und die Richtungen dieses Prozesses entscheidend beeinflussen. Das sind einerseits die wissenschaftlich-technische Revolution mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf die Lage und das Bewußtsein der Werktätigen und andererseits die Ergebnisse des Klassenkampfes sowohl in den einzelnen Ländern als auch im internationalen Maßstab. Die siegreichen sozialistischen Revolutionen in Europa, Asien und Lateinamerika sowie die sozialen Errungenschaften des realen Sozialismus stellen einen der wichtigsten Faktoren für das Ansteigen der Bedürfnisse der Werktätigen im Kapitalismus dar und bestimmen wesentlich den konkreten Inhalt ihrer sozialen Ideale und Bestrebungen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution hat die Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft, die sozialen, kulturellen und psychischen Merkmale jener Massen stark verändert, die das Hauptsubjekt jeder großen historischen, jeder revolutionären Aktion sind. Das betrifft insbesondere die Berufs- und Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse und der halbproletarischen Schichten, ihr Bildungs und Kulturniveau. Der längere Schulbesuch und die umfangreicheren Kenntnisse der heutigen Arbeiter, ihre durch die neuen Massenmedien möglich gewordene größere Informierthiert über Erscheinungen und Werte, die über die eigenen Erfahrungen hinausgehen, eine gewisse Annäherung breiter Schichten von Angestellten an die Arbeiter und der zunehmende Anteil qualifizierter geistiger Arbeit in der produktiven Tätigkeit vieler Schichten der Arbeiterklasse – all dies verstärkt das Bedürfnis nach einem geistig anspruchsvollen, abwechslungsreicheren und interessanten Leben, nach schöpferischer Tätigkeit und einem höheren sozialen Status.

Die höheren – geistigen, kulturellen und moralischen – Bedürfnisse der Werktätigen geraten in Widerspruch zu den Prinzipien der kapitalistischen Organisation der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens. Ansprüche solcher Art befriedigt der Kapitalismus in unvergleichlich geringerem Maße als die materiellen Bedürfnisse; denn die Ziele der kapitalistischen Produktion verlangen die Unterordnung der Persönlichkeit des Arbeiters unter das Profitinteresse. Das größere Wissen des Arbeiters wird meist nur in sehr reduzierter Form genutzt; der Kapitalismus reproduziert ständig die Tendenz zur Umwandlung des Werktätigen, insbesondere des wenig qualifizierten, in ein Anhängsel der Maschinen, selbst dann, wenn das den objektiven Erfodernissen der Produktivkraftentwicklung offensichtlich zu widersprechen beginnt. In den allermeisten Fällen bleibt dem Arbeiter der Weg zum Ingenieur- oder Wissenschaftlerberuf versperrt. Trotz einer gewissen Demokratisierung der Hochschulbildung haben Kinder von Werktätigen weitaus geringere Chancen, eine Hochschule zu absolvieren, als Kinder aus bürgerlichen und „Mittel"schichten.

Da ihre neuen Bedürfnisse und Bestrebungen auf soziale Schranken stoßen, die in der Natur der kapitalistischen Ordnung wurzeln, spürt die Arbeiterklasse immer deutlicher, daß sie sozial nicht gleichberechtigt ist und von gesellschaftlichen Kräften abhängt, die sich ihrer Kontrolle entziehen. Bei Teilen der Arbeiterklasse, insbesondere den bewußtesten und kämpferischsten, münden diese Bedürfnisse und Bestrebungen daher in Protest gegen das bestehende ökonomische und politische System und in die Forderung nach Demokratisierung der gesamten Gesellschaftsstruktur.

Diese neuen sozialpsychologischen Tendenzen widerspiegelten sich in der Entwicklung der Arbeiterbewegung, namentlich in der zweiten Hälfte der 60er und in den 70er Jahren. In den meisten kapitalistischen Ländern äußerte sich das vor allem in einer starken Zunahme der Kampfaktivität, in eindrucksvollen Massenaktionen für die Erfüllung sozialökonomischer Tagesforderungen. Die lange Dauer der Streiks, die offensiven Kampfformen (zum Beispiel Betriebsbesetzungen), die Hartnäckigkeit und Entschlossenheit der Streikenden, die zunehmende Streikinitiative von „unten", Das heißt entgegen dem Willen der Gewerkschaftsführungen, – das alles zeugt davon, daß die Arbeiter selbst in „rein" ökonomischen Streiks mehr als nur Lohnerhöhungen oder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen anstreben. Die Ziele des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse haben sich erheblich erweitert: In den materiellen Forderungen äußert sich immer häufiger ein Protest gegen die Gesamtheit der sozialen Bedingungen.

Das immer offensichtlichere Interesse der Arbeiter für Probleme der Demokratisierung, der Bildung, der sozialen Mobilität, des beruflichen Aufstiegs und der Qualifizierung ist für alle kapitalistischen Länder typisch[1]). Dieses Interesse beruht sowohl auf dem Streben nach einem höheren sozialen Status, nach Überwindung der Ungleichheit, als auch auf dem starken Bedürfnis nach Bereicherung der Arbeitsinhalte und Verbesserung der Lebensperspektiven.

Eigenständige Bedeutung erlangen auch jene Aspekte der sozialen Lage der Arbeiterklasse, in denen sich ihr Ausgeschaltetsein von den Entscheidungs- und Leitungsprozessen in den Betrieben und in der Gesellschaft ausdrückt. Der heutige Arbeiter lehnt sich immer häufiger gegen seine Rolle als „Schräubchen" im Produktionsmechanismus auf[2]). Kampfaktionen der Arbeiterklasse wie beispielsweise im Mai/Juni 1968 in Frankreich oder in den 70er Jahren auf den schottischen Werften, die mit Betriebsbesetzungen einhergingen, wurden von den Werktätigen gerade deshalb mit besonderem Enthusiasmus unterstützt, weil sie ihnen die bisher nicht gekannte Möglichkeit gaben, „ein Wort mitzusprechen" und ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen. Diese Stimmungen bilden den sozialpsychologischen Boden der Massenaktionen für Arbeiterkontrolle und Mitbestimmung, die sich in verschiedenen kapitalistischen Ländern verstärken.

---

1) Siehe z. B. „New Breed of Workers" in: „US News and World Report", 3. September 1979. S. 38; „Proletariat in der BRD", Berlin 1974, S. 564.

2) Siehe z. B. R. Sennet/J. Gobb, The Hidden Injuries of Class, Cambridge 1972: Das schwedische Modell der Ausbeutung, Köln/West-Berlin 1971. S. 48.

Die genannten sozialpsychologischen Tendenzen bewirken eine beträchtliche Erweiterung und Zuspitzung der Motive für den Protest der Werktätigen gegen die kapitalistischen Verhältnisse und schaffen damit wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung des revolutionären Massenbewußtseins. Allerdings entsteht dieses revolutionäre Massenbewußtsein keineswegs als direkte Folge der spontanen Entwicklung jener Bedürfnisse, die im gegebenen gesellschaftlichen System nicht zu befriedigen sind. So zeugen die Massenbasis der bürgerlichen und reformistischen Parteien, der Einfluß der von der bürgerlichen Ideologie verbreiteten Stereotype und die politische Passivität mancher Schichten von Werktätigen sehr anschaulich von einer Kluft zwischen der spontanen Kapitalismusfeindlichkeit der Massen einerseits und ihrem politischen Bewußtsein und Verhalten andererseits[3]). Daher erlangen in der realen Entwicklung des Massenbewußtseins jene „Stufen" und „Glieder" erstrangige Bedeutung, die von den spontanen Bedürfnissen zum bewußten revolutionären Verhalten hinführen.

Die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins ist ein historischer Prozeß, in dem die Massen Klarheit über die gesellschaftliche Realität sowie die Möglichkeiten und Wege ihrer grundlegenden Umgestaltung gewinnen. Diese Realität verändert sich unaufhörlich, wobei heute, wie bereits gesagt, Tempo und Ausmaß der gesellschaftlichen Veränderungen beträchtlich zugenommen haben. Da es einer gewissen Zeit bedarf, bis das Bewußtsein diese Veränderungen „verarbeitet", und da dies unumgänglich mit Schwierigkeiten verbunden ist, kommt es zu der erwähnten Divergenz zwischen den die Evolution der objektiven Bedingungen unmittelbar widerspiegelnden Bedürfnissen der Massen und den mehr vermittelten, kompolizierten Bewußtseinsformen wie den ideologischen und politischen Anschauungen. Daher sind auch bestimmte Unterbrechungen und Rückschläge in der Entwicklung des revolutionären Bewußtseins möglich, wobei jedoch in diesen Perioden Voraussetzungen für den Übergang zu einer neuen Qualität akkumuliert werden.

Für die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins ist es vor allem wichtig, daß die Werktätigen, insbesondere die Proletarier, ihren realen Platz in der Sozialstruktur und das Wesen der Klassenantagonisten erkennen. Im vormonopolistischen Kapitalismus wurde dieses Verständnis durch die Gleichartigkeit der äußerlichen, augenfälligen sozialen Merkmale des Proletariats (Charakter der Arbeit, der Kultur und der Konsumtion, Lebensweise usw.) erleichtert. Die herrschende Klasse besaß ebenfalls deutlich ausgeprägte, personifizierte und der Wahrnehmung leicht zugängliche Züge und trat dem Arbeiter als individueller Kapitalist gegenüber, der die Ausbeutungsfunktion unmittelbar ausübte.

Mit den Veränderungen in der Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten sind für das Proletariat prinzipiell neue Bedingungen entstanden, unter denen sich die Erkenntnis sowohl seiner Klassenidentität als auch der Gemeinsamkeit der Interessen mit allen anderen der herrschenden Klasse gegenüberstehenden sozialen Schichten vollzieht. *Erstens* sind die materiellen Verhältnisse sowie die sozialen und beruflichen Merkmale der verschiedenen proletarischen und anderen Gruppen vielfältiger geworden; *zweitens* hat die herrschende Klasse heute nicht mehr ein so leicht erkennbares Gesicht: Den Werktätigen stehen nicht mehr in erster Linie individuelle Kapitaleigentümer gegenüber, sondern ein anonymes, bürokratisches Leitungssystem der Monopole und des Staates, in dem sich die eigentlichen Träger der wirtschaftlichen und politischen Macht nicht immer ohne weiteres erkennen lassen. Deshalb müssen die Massen unter den heutigen komplizierten Bedingungen zu einem viel tieferen Verständnis des ökonomischen und sozialpolitischen Mechanismus und des Zusammenhangs ihrer Alltagsprobleme mit den Fragen der „großen Politik" gelangen, das heißt, sie müssen eine gewisse Fähigkeit zum abstrakten theoretischen Denken erwerben. Wie zahlreiche Fakten bezeugen, werden die Arbeiter, Angestellten und anderen Werktätigen der kapitalistischen Gesellschaft durch die neuen Erfahrungen, durch den Kampf für ihre Lebensinteressen immer häufiger dazu gebracht, die Notwendigkeit des politischen Kampfes, der Entwicklung organisatorischer Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen von Werktätigen und ihres Zusammenschlusses in gemeinsamen Bewegungen und Aktionen gegen die staatsmonopolistische Politik einzusehen.

3) Siehe W. P.Jerussalimski, Sozialno-polititscheskoje sosnanije trudjaschtschichsja – nekotoryje nowyje tendenzii, in: „Klassy i klassowaja borba w FRG", Moskau 1978, S. 237.

Das Bewußtsein und das Verhalten der Geistesarbeiter wird dabei zunehmend „proletarisiert", während das Industrieproletariat immer häufiger soziale Forderungen erhebt, wie sie für die unteren Angestellten und Intellektuellen typisch sind. Sowohl die eigenen Erfahrungen als auch die wachsende Bildung der Werktätigen erhöhen deren Aufnahmebereitschaft für theoretische Analysen der Realität. Alle diese Prozesse führen schließlich dazu, daß sektiererische Schranken des Gruppenbewußtseins überwunden werden.

Da jedoch die vom Massenbewußtsein widergespiegelte Realität komplizierter wird, stellen sich der Erkenntnis neue Schwierigkeiten in den Weg und werden die Grenzen und Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen mitunter nur ungenau oder sogar verzerrt wahrgenommen. Diese Erscheinung wird von der bürgerlichen Ideologie ausgenutzt. Die Veränderungen in der Sozialstruktur werden als Verschwinden der Klassenunterschiede hingestellt, womit „bewiesen" werden soll, daß sich die kapitalistische Ordnung in einer Art einheitliche Mittelstandsgesellschaft verwandelt. Diese propagandistischen Bemühungen hinterlassen ihre Spuren: Wie Umfragen ergeben haben, rechnen sich nicht nur Angestellte, sondern auch manche Arbeiter zur „Mittelklasse". Im politischen Verhalten äußert sich diese Position zuweilen in der Ablehnung sozialer Maßnahmen, die im Interesse der ärmsten Schichten der Werktätigen erfolgen[4]), und in der Unterstützung konservativer Parteien. Andererseits wird die zunehmende Anonymität und Bürokratisierung des monopolistischen Machtapparats dazu ausgenutzt, im Massenbewußtsein die technokratische Vorstellung zu kultivieren, daß die Klassenteilung der Gesellschaft durch „natürliche Unterschiede" zwischen Leitern und Ausführenden bedingt ist.

Ausgehend von den neuen empirischen Fakten über die Bewußtseinsentwicklung der Massen, wurden in der bürgerlichen Soziologie eine Reihe theoretischer und methodologischer Prinzipien revidiert: Die allgemeinen politischen Orientierungen und Zielstellungen der Menschen wurden entweder unmittelbar aus der objektiven Lage (in erster Linie dem Lebensniveau) der entsprechenden sozialen Gruppen abgeleitet oder aus den politischen Vorstellungen erklärt, die sich das Individuum in der Familie, in der Schule, unter dem Einfluß der Massenmedien und der Propaganda angeeignet hat, oder aber man berief sich auf die Wechselwirkung dieser beiden Arten von Faktoren. Auf dieser theoretischen Basis wurde behauptet, die Arbeiterklasse werde in dem Maße „verbürgerlicht" und „entproletarisiert", wie sich ihr Lebensstandard erhöht und sie Zugang zu den kulturellen Werten und zur Lebensweise der „Mittelklasse" erhält. In letzter Zeit stößt diese Konzeption bei vielen westlichen Soziologen auf Ablehnung und wird ihr als Alternative die These von der „Mehrdimensionalität" des Massenbewußtseins entgegengestellt[5]). Dieser Ansatz erlaubt zwar eine der Realität viel näher kommende, weniger tendenziöse empirische Beschreibung des realen Bewußtseins, dennoch führt er leicht dazu, daß auf eine ganzheitliche theoretische Analyse der Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen der Bewußtseinsentwicklung verzichtet wird.

Im Unterschied zu den bürgerlichen Konzeptionen ist der wissenschaftliche Sozialismus stets davon ausgegangen, daß weder die Lage der Werktätigen noch die ideologischen Systeme der jeweiligen Gesellschaft geradlinig, mechanisch auf das Massenbewußtsein einwirken. Die Begründer des Marxismus-Leninismus haben schon lange vor der Entdeckung der „Mehrdimensionalität" durch die westliche Soziologie darauf verwiesen, daß dieses Bewußtsein im Kapitalismus widersprüchlichen Charakter hat und von gegensätzlichen ideologisch-psychologischen Tendenzen beeinflußt wird[6]).

Dennoch versuchen bürgerliche Theoretiker nicht selten, den Marxisten und vor allem Lenin zu unterstellen, sie würden die ideologische Beeinflussung der Massen mechanistisch und „manipulatorisch" verstehen[7]). In Wirklichkeit ist ein solches Vorgehen typisch für die bürgerliche So-

---

4) Siehe R. P. Coleman/L. Rainwater, Social Standing in America: New Dimensions of Class. New York 1978. S. 303 f.

5) Siehe z. B. G. D. Carson, Automobile Workers and the Radical Dream, in: „Politics and Society". 1973, Heft 2, S. 163-177; Working Class Images of Society, Hrsg. M. Bulmer, London/ Boston 1975.

6) Siehe z. B. Marx/Engels, Werke, Bd. 2, S. 343; W. I. Lenin, Bd. 5, S. 385, 394 f.

7) Siehe z. B. R. Aron, La lutte de classes, Paris 1964, S. 125, 134, 229.

ziologie, während der Marxismus-Leninismus prinzipiell andere methodologische Positionen einnimmt.

Damit wirklich die ganze Klasse, damit wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Unterdrückten von den revolutionären Ideen durchdrungen werden, dazu ist, wie Lenin schrieb, „Propaganda allein, Agitation allein zu wenig. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen"[8]). Gerade diese Erfahrung ist für den historischen Materialismus die entscheidende objektive und zugleich die unmittelbare Grundlage für das gesellschaftspolitische Bewußtsein der Massen. Selbstverständlich hat die revolutionäre Ideologie die Aufgabe, die verschiedenen Seiten dieser Erfahrungen bewußt zu machen und zu verallgemeinern; denn nur so kann diese Ideologie von den Werktätigen angeeignet werden.

Auch nichtmarxistische Soziologen und Politologen operieren häufig mit dem Begriff „Erfahrung" als einem Faktor, der die politischen Ansichten und Einstellungen determiniert. Die bürgerlichen Wissenschaftler verstehen dabei unter Erfahrung der Gruppe meist die objektiven sozialökonomischen Bedingungen, aber auch die Normen und Werte, die das Gruppenbewußtsein beeinflussen. Im Grunde ähnelt diese Auffassung den Vorstellungen des primitiven Materialismus, dessen Hauptmangel, wie Marx feststellte, darin bestand, „daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des *Objekts oder der Anschauung* gefaßt wird; nicht aber als *sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis*; nicht subjektiv"[9]). Der Marxismus hat das Verständnis der Erfahrung prinzipiell vertieft, hat sie mit der Tätigkeit in Zusmamenhang gebracht und nachgewiesen, daß der Mensch in der eigenen Praxis, bei der Umgestaltung der objektiven Welt, die Wirklichkeit erkennt.

Für die Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse bedeutet das, daß sich im Bewußtsein der Massen nicht einfach deren objektive Existenzbedingungen widerspiegeln, sondern auch die Erfahrungen ihrer eigenen Einwirkung auf diese Bedingungen. Diese Erfahrungen bestimmen eben die Aufnahmebereitschaft der Menschen für diese oder jene politischen Theorien. Der Masseneinfluß revolutionärer Ideen hängt also nicht nur davon ab, inwieweit diese ausgearbeitet und begründet sind, sondern auch davon, inwieweit sie sich in den Aktionen der verschiedenen Abteilungen der Werktätigen gegen die bestehenden gesellschaftlichen Zustände bewährt haben.

Daß sich die Massen ihrer Kraft und der Möglichkeiten bewußt werden, selbst zur Umgestaltung der gesellschaftlichen Realität beitragen zu können, gehört zu den wichtigsten und unmittelbarsten sozialpsychologischen Voraussetzungen für die Entwicklung revolutionären Bewußtseins. Dies ist gewissermaßen das notwendige „Bindeglied" zwischen den unbefriedigten Bedürfnissen der Menschen, dem Verständnis für die Gemeinsamkeit ihrer Lage und ihrer Interessen einerseits und ihrer revolutionären Aktion andererseits.

Die kollektive Erfahrung, die die verschiedenen Tendenzen des Massenbewußtseins hervorbringt, ist ihrer Struktur und ihren Quellen nach außerordentlich kompliziert und heterogen. Sie umfaßt sowohl die unmittelbare Praxis der betreffenden Generation als auch die Geschichte des Klassenkampfes, die sich über Generationen in Stereotypen für die Aufnahme der Realität niedergeschlagen hat. Die spezifische Erfahrung der Klasse oder der sozialen Gruppe steht dabei in Wechselwirkung mit den gesamtnationalen Erfahrungen, darunter auch mit deren weit in die Vergangenheit zurückreichenden Schichten, die die nationale Mentalität geprägt haben.

Jede soziale Schicht vergleicht heute zunehmend ihre eigenen Vorstellungen mit den Ideen und Ansichten anderer Gruppen im nationalen wie auch im internationalen Rahmen. So sind zum Beispiel die Erfahrungen der siegreichen sozialistischen Revolutionen und des realen Sozialismus zu einem organischen Element des gesellschaftlichen Bewußtseins der Werktätigen in den kapitalistischen und den Entwicklungsländern geworden. Doch bei aller Vielschichtigkeit der historischen und der gegenwärtigen, der nationalen und der internationalen sozialen Erfahrungen bleiben dennoch die eigenen, von jeder Generation unmittelbar erlebten Erfahrungen des Klassenkampfes der wirksamste und dynamischste Faktor bei der Entwicklung des antimonopolistischen

8) W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 80.
9) Marx/Engels, Werke, Bd. 3, S. 5.

und des antikapitalistischen Massenbewußtseins. Die anderen Elemente der sozialhistorischen Praxis können diese Entwicklung lediglich erleichtern oder hemmen.

Eben die Unterschiedlichkeit der Erfahrungen ist es, aus der sich die sozialpsychologischen und ideologischen Unterschiede zwischen den Gruppen und zwischen den Individuen weitgehend erklären. Darum reagieren auch Gruppen und Individuen, die sich in der gleichen oder ähnlichen sozialökonomischen Lage befinden, durchaus nicht gleichartig. Ignoriert man dies, dann bleibt unverständlich, warum sich beispielsweise die amerikanischen Werktätigen insgesamt in ihrem gesellschaftspolitischen Bewußtsein so stark von den französischen oder den italienischen Werktätigen unterscheiden oder warum es in der Arbeiterklasse jedes Landes unterschiedliche sozialpsychologische Typen gleichzeitig gibt: von aktiven, zielstrebigen Kämpfern für die gemeinsamen Interessen bis hin zu jenen Arbeitern, die ehrfurchtsvoll an die Unerschütterlichkeit und „Naturgegebenheit" der kapitalistischen Beziehungen von Herrschaft und Unterordnung glauben. Nur so kann man auch den Widerspruch zwischen dem Kampfgeist und der Aktivität einzelner werktätiger Schichten im ökonomischen Tageskampf und ihren passiven – zuweilen auch konservativen – politischen Positionen erklären; denn die Arbeiterklasse insgesamt besitzt im ökonomischen Kampf viel reichere Erfahrungen als in der politischen Auseinandersetzung. Allerdings hat insbesondere in den letzten 10 bis 15 Jahren der Kampf der Arbeiterklasse zunehmend politischen Charakter angenommen und richten die Arbeiter ihre sozialökonomischen und anderen Forderungen häufig schon nicht mehr an den einzelnen Unternehmer, sondern an den Staat insgesamt.

II

Welchen Einfluß haben die heutigen sozialpolitischen Erfahrungen auf das Bewußtsein der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern?

Trotz der gewaltigen Vielfalt nationaler und regionaler Situationen, die mit den Besonderheiten der historischen Entwicklung zusammenhängen, sind in der Dynamik des politischen Massenbewußtseins einige für alle kapitalistischen Industriestaaten typische Tendenzen zu erkennen.

In der zweiten Hälfte der 60er und Anfang der 70er Jahre – einer Zeit relativ günstiger Wirtschaftskonjunktur in den meisten kapitalistischen Staaten – verstärkte sich die oppositionelle Einstellung der Massen zur kapitalistischen Ordnung und zur Politik der herrschenden Kreise. Das äußerte sich vor allem im stürmischen Aufschwung der demokratischen Studentenbewegung und – in einigen Ländern (beispielsweise in Frankreich, Italien und Großbritannien)) – auch in gewaltigen gesamtnationalen Streikaktionen der Arbeiterklasse. Zu einer Aktivierung der Arbeiterbewegung kam es in dieser Zeit auch in jenen Ländern (beispielsweise in der BRD), in denen sie noch kurz zuvor in das staatsmonopolistische System integriert zu sein schien.

Selbstverständlich haben die einzelnen Klassen und Schichten, die sich in ihren ideologisch-politischen Vorstellungen und Traditionen voneinander unterscheiden, ihren Protest und ihre Unzufriedenheit durchaus nicht gleichartig motiviert und in recht verschiedenartigen Forderungen und Losungen zum Ausdruck gebracht. Hinter dieser Vielfalt sozialer Erwartungen, Bestrebungen und Ideale war jedoch auch ein gewisser gemeinsamer Inhalt zu erkennen. Zu einer wichtigen Tendenz des Massenbewußtseins wurde die zunehmende Ablehnung der auf den Ideen des Technokratismus und der „Konsumgesellschaft" beruhenden Fortschrittsformel, die der staatsmonopolistische Kapitalismus den Werktätigen aufzudrängen sucht. Der *relative materielle Wohlstand wurde immer weniger als einziges oder wichtigstes Merkmal für die Lage des Menschen empfunden.* Den Werktätigen wurde der „Preis" dieses Wohlstands deutlicher bewußt – ausgebeutete Arbeit, soziale Ungleichheit, Abhängigkeit von der Willkür der Besitzenden, fehlende Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse. *Breite Schichten von Werktätigen interessieren sich verstärkt für all das, was mit Garantien für ihre ökonomische und soziale Lage, mit realer Demokratie und mit den Entwicklungsmöglichkeiten der Persönlichkeit zusammenhängt*[10]).

10) Diese sozialpsychologischen Tendenzen sind durch zahlreiche Umfragen aus der ersten Hälfte der 70er Jahre belegt (siehe z. B. R. Inglehart, The Silent Revolution, Princeton 1977).

Diese Bewußtseinsveränderungen äußerten sich auch im politischen Verhalten der Massen. Seit Ende der 60er Jahre kam es immer häufiger zu politischen Aktionen, die sich nicht nur gegen diese oder jene Aspekte der Regierungspolitik, sondern oft auch gegen die bestehende Ordnung richteten. Die sozialpolitischen Krisen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in verschiedenen kapitalistischen Ländern ließen erkennen, daß der Massenkampf zu einem immer bedeutsameren Faktor der innenpolitischen Situation wurde.

Ein wichtiger Katalysator dieser Wandlung war die beginnende internationale Entspannung. Viele Jahre hatte die bürgerliche Propaganda den Menschen eingeredet, der reorganisierte Kapitalismus gewährleistete wirtschaftlichen Fortschritt und materiellen Wohlstand, und deshalb gebe es nur ein politisches Problem, das Aufmerksamkeit verdiene: die Verhütung einer „kommunistischen Aggression". Die erfolgreiche Friedenspolitik des Sozialismus und die Niederlagen, die der Imperialismus bei seinen Versuchen zur Unterdrückung der revolutionären Befreiungsbewegung erlitt, unterhöhlten die Grundlagen dieses „Modells" des politischen Bewußtseins. Nicht zufällig ging auf der Ebene der Massen die Suche nach einem neuen System von Werten mit der Verstärkung antimilitaristischer Stimmungen und mit einer Abschwächung der antikommunistischen und antisowjetischen Vorurteile einher.

Die veränderten Wertorientierungen wirkten sich zwangsläufig auch auf das Verhältnis zwischen den werktätigen Schichten und den politischen Führungskräften in den kaptialistischen Ländern aus. *Mit dem Erstarken der politischen Opposition ging der Einfluß jener Parteien zurück, die die Hauptverantwortung für die Regierungspolitik trugen.* Wie Meinungsforscher feststellten, ist in den USA in den 70er Jahren das Vertrauen zur Regierung und zu den großen bürgerlichen Parteien unablässig geschwunden[11]).

In der BRD entfiel bei den Wahlen 1972 auf die CDU/CSU-Koalition, die gleichermaßen die Politik des Kalten Krieges und des „Wirtschaftswunders" verkörperte, der geringste Stimmenanteil seit den 50er Jahren; das gleiche Schicksal erlitten die Christdemokraten 1975 in Italien; in Frankreich verringerte sich die Wählerschaft des Blocks der Regierungsparteien um nahezu die Hälfte.

Weniger eindeutig waren jedoch die politischen Positionen jenes Teils der Werktätigen, die in Opposition zum offiziellen Kurs traten. Relativ leicht fiel ihnen die Wahl in Ländern, wo einflußreiche kommunistische Parteien in den Augen der Massen eine wirksame Alternative zur Politik der staatsmonopolistischen Oligarchie verkörpern. So wuchs in Frankreich sehr rasch der Einfluß der auf Initiative der FKP gebildeten Linksunion, und in Italien erweiterten sich die Positionen der kommunistischen Partei bis 1975 ständig.

In verschiedenen Ländern verstärkte sich der Einfluß sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien. Die einen, wie beispielsweise die SPD, gewannen bei den Massen dadurch an Einfluß, daß sie im Entspannungsprozeß eine aktive Rolle spielten und ihre Ideologie sowie ihren reformistischen Kurs in gewissem Grade revidierten, wobei sie die neuen Ansprüche der Werktätigen teilweise berücksichtigten (zum Beispiel mit der Losung von der Verbesserung der „Lebensqualität"). Andere, wie die Sozialistische Partei Frankreichs und die Italienische Sozialistische Partei, verstärkten die antikapitalistischen Elemente ihrer Programme und die Ablehnung der Klassenzusammenarbeit.

In einigen westeuropäischen Ländern wandte sich der Hauptteil der von den bürgerlichen Parteien enttäuschten Wähler den Sozialisten zu. Wenngleich die bürgerlichen Parteien ihre wichtigsten Einflußsphären halten konnten, erfolgte im politischen Leben der meisten kapitalistischen Staaten insgesamt ein spürbarer Linksruck, es wuchs die Attraktivität demokratischer und sozialistischer Ideen, und breite Bevölkerungsschichten strebten neue (reale oder illusorische) gesellschaftliche Ziele an.

---

11) Siehe E. K. Ladd/S. M. Lipset, Anatomy of Decade, in: „Public Opinion", Dezember 1979 – Januar 1980, Heft 1, S. 3; A. Campbell, The Happiest Americans – Who They Are?, in: „US News and World Report", 24. Dezember 1979, S. 63; R. Inglehart, a. a. O., S. 302.

Seit Mitte der 70er Jahre schwächte sich dieser Trend deutlich ab. Der Einfluß der Linksparteien nahm nicht mehr zu, und es erstarkten die Positionen konservativer bürgerlicher Kräfte (beispielsweise in Großbritannien und in Schweden). Die sozialdemokratischen Parteien in einigen Ländern erlitten Wahlniederlagen und mußten die Regierungsgeschäfte abgeben. In Italien büßten die Kommunisten einige der bereits eroberten Positionen wieder ein. Viele namhafte bürgerliche Soziologen und Politologen charakterisierten die neue Situation als „Rechtsruck" oder „neokonservative Welle"; einige verkünden (zum wievielten Male!) das „Ende des Sozialismus" als „alternativer Gesellschaftsentwurf" für die westlichen Länder und behaupten, die Arbeiterbewegung habe ihre Rolle als führende Kraft gesellschaftlicher Veränderungen unwiederbringlich verloren[12]).

Was aber geschieht in Wirklichkeit? Welche Evolution des Massenbewußtseins widerspiegelt sich in dem „Rechtsruck" der letzten Jahre? Inwieweit handelt es sich hier um langfristige Tendenzen und inwieweit um konjunkturelle Schwankungen in den gesellschaftlichen Stimmungen?

Die entscheidende Rolle bei den innenpolitischen Veränderungen der letzten Jahre spielte zweifelsohne die Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre. *Erstens* hat sie die Schwankungen jener sozialen Schichten verstärkt, die erst unlängst und ohne starke Überzeugung begonnen hatten, die Idee gesellschaftlicher Veränderungen zu unterstützen (und zwar in ihrer reformistischen oder etwas radikaleren antimonopolistischen Variante). Eine solche Entwicklung erschien ihnen nun angesichts der neuen Situation mit einem zu großen Risiko behaftet zu sein. Die Angst vor dem nächsten Tag ließ eine Art Schutzreflex entstehen, eine Orientierung auf den „Status quo". („Soll lieber alles beim alten bleiben, damit es nicht noch schlechter wird.") Dieses sozialpsychologische Phänomen, daß bei einer starken Verschlechterung der Wirtschaftslage bereits geweckte soziale Bedürfnisse wieder unterdrückt werden, ist durch verschiedene Umfragen in kapitalistischen Ländern belegt[13]).

Zweitens hat die Wirtschaftskrise die allgemeine politische Situation, insbesondere im linken Teil des politischen Spektrums, verändert. Die sozialdemokratischen Parteien reagierten auf die Krise mit einem Abbau ihrer Sozialprogramme und mit Zugeständnissen an das Großkapital. In Frankreich waren es vor allem die ernsthaften Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten und Sozialisten über die sozialökonomische Politik unter den Bedingungen der Krise, die die Linksunion zerfallen ließen. Die italienischen Kommunisten, die an der parlamentarischen Mehrheit beteiligt waren und das „Sparsamkeitsregime" unterstützen, konnten die von ihnen verkündeten Ziele nicht erreichen, was, wie die Presse der IKP feststellte, das Vertrauen eines Teils der Werktätigen in ihrer Politik erschütterte[14]).

Die Krise Mitte der 70er Jahre wurde von den Massen insgesamt als Fiasko der staatsmonopolistischen Regulierung empfunden, aber ein Teil der Bevölkerung übertrug seine Enttäuschung auf die staatliche Lenkung im sozialökonomischen Leben als solche. Die „neokonservative" Propaganda nutzte diese Stimmungen aus, um antietatistische Ideen zu verbreiten und die sozialistischen Programme zur Nationalisierung, zur Sozialpolitik usw. zu verunglimpfen. Dabei fand sie in verschiedenen Ländern einen gewissen Widerhall nicht nur bei den Mittelschichten, sondern auch bei der Arbeiterklasse.

Dieser Rechtstrend ist jedoch durchaus nicht für die Massen insgesamt kennzeichnend, sondern nur für ihren politisch am wenigsten informierten und aufgeklärten Teil. In diesem Zusammenhang sei eine von K. G. Cholodkowski vorgeschlagene Gruppierung der Bevölkerung nach der Intensität der politischen Interessen angeführt: Die einen beteiligen sich aktiv an der Politik, andere zeigen für sie passives Interesse, und die dritten haben nur ein äußerst geringes oder über-

12) Siehe A. Touraine, L'après-socialisme, Paris 1980.

13) In der BRD beispielsweise hatte die verschlechterte Wirtschaftslage zur Folge, daß sich unter den Werktätigen konservative Haltungen verstärkten, daß wieder Werte wie „Leistung und Sparsamkeit", „Sicherheit und Ordnung" eine größere Rolle spielen (siehe M. Schumann, Entwicklungen des Arbeiterbewußtseins, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 1979, Heft 3, S. 156).

14) Siehe „Rinascita", 7. April 1978; 15. Juni 1979.

haupt kein Interesse für politische Fragen. Die Massenbasis der linken Parteien besteht vornehmlich aus politisch aktiven Menschen, die der rechten hauptsächlich aus passiven[15]).

Je weniger ein Mensch seine eigenen Interessen mit der Tätigkeit bestimmter politischer Kräfte und mit klaren Vorstellungen vom Inhalt ihres Kampfes verbindet, desto labiler ist natürlich sein politisches Verhalten, und um so anfälliger ist er für Konjunkturschwankungen. Die Aktivitäten der Linksparteien Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre zur Ausarbeitung und Verwirklichung von Alternativen zum staatsmonopolistischen Kurs hätten einen Teil der passiven Bevölkerungsschichten angezogen und ihnen die Perspektive positiver gesellschaftlicher Veränderungen gezeigt. Als sich jedoch herausstellte, daß diese Perspektive in absehbarer Zeit nicht so leicht zu realisieren ist, wechselten jene Schichten zu den Befürwortern der „Stabilität" über. Daraus erklärt sich die Zunahme der politischen Apathie, die Interessenverlagerung von der „großen Politik" in den privaten Bereich, auf die Alltagssorgen und die Gruppenprobleme (Gemeinde- und Berufsangelegenheiten usw.). Die „neokonservative" Propaganda nutzt diese Stimmungen geschickt aus, indem sie den „allgegenwärtigen Staat", die „teueren" „Sozialprogramme und die „übermäßigen" Forderungen der Gewerkschaften kritisiert, dagegen die Privatinteressen, die Werte des Privatlebens, der Familie usw. verherrlicht.

Die Entwicklung des Massenbewußtseins in der Zeit nach der Krise ist jedoch keineswegs allein durch diese Tendenz gekennzeichnet. Die insgesamt ziemlich begrenzte Verschiebung der Wählerstimmen zu den Rechtsparteien kann die realen, überaus komplizierten und widersprüchlichen ideologischen und sozialpsychologischen Prozesse nicht adäquat zum Ausdruck bringen. Das um so weniger, als ein erheblicher Teil der Wählerschaft seiner Wahlbeteiligung selbst keine große Bedeutung beimißt[16]).

Analysiert man die Reaktion der Massen auf die Krise unter Beachtung aller Bereiche ihres gesellschaftlichen Verhaltens, so fallen einige wichtige Momente auf. Vor allem sind das kämpferische Potential und die sozialen Ansprüche der Arbeiterklasse gewachsen und hat sich in ihrem Bewußtsein das Gefühl der eigenen Kraft und der eigenen Würde gefestigt. Im Unterschied zu der Zeit der ökonomischen Erschütterung zwischen den beiden Weltkriegen kam es in den 70er Jahren trotz verschlechterter objektiver Kampfbedingungen zu keinem Rückgang der Streikbewegung, im Gegenteil, die Zahl der Streikenden ist in diesem Jahrzehnt um mehr als ein Drittel gewachsen. In vielen Ländern gab es Massenaktionen gegen die Arbeitslosigkeit in bisher noch nicht dagewesenen Ausmaßen und in viel schärferen Formen als früher. Die aktivsten und organisiertesten Abteilungen der Arbeiterklasse kämpften entschlossen gegen die staatsmonopolistische Politik der Krisenbewältigung auf Kosten der Werktätigen.

Die Klassenkämpfe während der Krise haben aufs neue bestätigt, daß in der Arbeiterklasse wichtige sozialpsychologische Voraussetzungen *für breitere Aktionen zur Veränderung der gesamten Ausrichtung der staatlichen Politik und für eine Demokratisierung der Gesellschaft* herangereift sind. Die Aufgabe, demokratische Antikrisenprogramme als Alternativen zu dem staatsmonopolistischen Kurs auszuarbeiten, findet zunehmend Resonanz bei den Massen. So haben in der Arbeiterbewegung einiger Länder die Forderungen nach Mitbestimmung der Werktätigen und ihrer Organisationen auf allen Ebenen, nach Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, große Popularität erlangt.

Wie Untersuchungen belegen, ist heute die Zahl der Personen, die aktiven Handlungen aufgeschlossen gegenüberstehen, bedeutend angestiegen. Dies bezeugen zum Beispiel die Ergebnisse einer in Großbritannien, den USA, der BRD, Österreich und den Niederlanden durchgeführten vergleichenden Untersuchung der politischen Aktivität. Die Studie ergab, daß mindestens die Hälfte der Befragten (in einigen Ländern auch erheblich mehr) bereit ist, sich an politischen Protestaktionen zu beteiligen: an Demonstrationen, gewerkschaftlich nicht sanktionierten Streiks,

---

15) Siehe K. G. Cholodkowski/,Nekotoryje woprossy raswitija massowowo polititscheskowo sosnanija, in: „ME i MO", 1979, Heft 6, S. 126.

16) Wie eine Umfrage Ende 1979 in Italien ergab, sind nur 26 Prozent der Wähler überzeugt, mit ihrer Stimmabgabe eine wichtige Handlung zu begehen (siehe „Panorama", 2/1980, S. 56).

Streiks gegen Hausbesitzer, Streiks im Transportwesen. Die politisch aktivsten Menschen vertreten in der überwiegenden Mehrzahl linksorientierte demokratische Anschauungen[17]).

In der Zunahme der politischen Aktivität eines Teils der Massen äußert sich die oben erwähnte Dynamik der Bedürfnisse der Werktätigen, ihre wachsende allgemeine Unzufriedenheit mit den Bedingungen und Normen der bürgerlichen Lebensweise. Es ist auch bezeichnend, daß, nach Ergebnissen der genannten Umfrage, die politisch aktiveren Menschen die Möglichkeit ihrer Teil nahme an diesen oder jenen Entscheidungen höher stellen als das Wirtschaftswachstum und die „gesellschaftliche Ordnung", daß sie einen solchen Typ des gesellschaftlichen Lebens anstreben, bei dem „Ideen wichtiger als Geld" sind. Zugleich sind sie von der Kraft ihrer Gruppe überzeugt, auf die politische Situation einwirken zu können.

Insgesamt ist die Entwicklung des Massenbewußtseins durch einen Polarisierungsprozeß gekennzeichnet. Während die Krise und die mit ihr einhergehende Offensive der Reaktion bei manchen sozialen Schichten Angst vor Veränderungen und enttäuschte Abwendung von der Perspektive demokratischer Umgestaltungen hervorrief, hat sie bei anderen das Streben nach progressiven Veränderungen oder zumindest (wie beispielsweise in den USA) das Empfinden verstärkt, daß die politische Macht unfähig ist und daß man ihr gegenüber größere Ansprüche stellen muß[18]).

Die Grenze zwischen diesen Tendenzen beziehungsweise ihren konkreten Trägern ist keineswegs immer genau zu markieren. So verbindet sich eine oppositionelle Haltung nicht selten mit politischer Passivität, die sich zum Beispiel in der Nichtbeteiligung an den Wahlen äußert. In allen Ländern ist der Rechtstrend insbsondere für einen erheblichen Teil des Kleinbürgertums und der sogenannten neuen Mittelschichten kennzeichnend, also für die Angestellten, das Verwaltungspersonal und die technische Intelligenz. Manche von ihnen, in der Regel Vertreter der jüngeren Generation, werden jedoch zu aktiven Teilnehmern demokratischer Bewegungen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen verstärkt sich auch die *Ungleichartigkeit* des politischen Verhaltens der Arbeiterklasse, was bei einem Vergleich der Situation in den verschiedenen Ländern, aber auch innerhalb der einzelnen Länder, offen zutage tritt. Bei den Wahlen 1978 in Frankreich beispielsweise, als die meisten Anhänger der Linskparteien aus den Mittelschichten nach rechts abschwenkten, gingen gleichzeitig viele Arbeiter, die früher für die Sozialisten gestimmt hatten, zur FKP über[19]). In Großbritannien und in der BRD verloren die Labour Party und die SPD bei den Wahlen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre einen Teil der Wählerstimmen aus der Arbeiterschaft, die den Konservativen und der CDU/CSU zu Buche schlugen[20]). Gut bekannt sind indes auch andere Tatsachen: die Bereitschaft vieler junger britischer Arbeiter zu aktivem politischem Protest[21]), die verstärkte Hinwendung aktiver Gewerkschafter der BRD zu sozialistischen Idealen[22]) u. a. m. Einen beachtlichen Einfluß auf die Dynamik und die Differenziertheit des Massenbewußtseins haben neben den sozialen und klassenbedingten Faktoren auch die oben erwähnten Unterschiede im Grad und in der Intensität der politischen Interessen, die durch psychologische Besonderheiten der Individuen und Gruppen bestimmt werden.

Der Rechtstrend Ende der 70er Jahre bedeutet nicht, daß etwa breite Schichten auf militante reaktionäre Positionen übergewechselt wären und sich mit den vom Kapital verursachten materiellen Entbehrungen und sozialen Benachteiligungen abgefunden hätten. Die sozialen Werte und Forderungen, die unter dem Einfluß des demokratischen Aufschwungs Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre Eingang ins Massenbewußtsein gefunden hatten, sind keineswegs von der konservativen Welle hinweggespült worden. Sie sind nach wie vor die dominierenden, langfristigen so-

17) A. Marsh, The New Matrix of Political Action, in: „Futures", 1979, Heft 2, S. 91-103.
18) Siehe „The Free Society and Planning. A Conversation on the Future of the Mixed Economy", New York 1975.
19) „Le Nouvel Observateur", 24. April 1978, S. 60.
20) „Rabotschije isbirateli w stranach Sapadnoj Jewropy", Moskau 1980, S. 341.
21) A. Marsh, Protest and Political Consciousness, Berverly Hills, 1977, S. 70.
22) Nach den Ergebnissen einiger Umfragen sind es bis zu 40 Prozent (siehe H. Werner, Zwischen Sozialpartnerschaftsideologie und Klassenbewußtsein. Zur Bedeutung der Widersprüche im Arbeiterbewußtsein, in: „Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF", Bd. 2, 1979, S. 358).

zialpsychologischen Tendenzen. Als weitgehend unumkehrbar erwiesen sich auch die durch die Entspannung und durch die Siege der antiimperialistischen Kräfte bedingten Wandlungen in den Vorstellungen und Einstellungen der Massen zu den Problemen der Außenpolitik. Die militaristische Psychose, die die reaktionären Kräfte an der Schwelle der 80er Jahre entfacht haben, vermochte nicht, die öffentliche Meinung in die Zeit des Kalten Krieges zurückzuversetzen.

Die gewisse Zunahme konservativer Stimmungen ist darauf zurückzuführen, daß ein Teil der Massen den Zusammenhang zwischen den eigenen Bestrebungen und grundlegenden Umgestaltungen der bestehenden Ordnung nicht erkennt. Dies gilt in bestimmtem gerade auch für einige Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit. In den letzten Jahren äußerte sich die Entwicklung der politischen Aktivität insbesondere im Aufschwung einiger Bewegungen, die sich für die Lösung akuter gesellschaftlicher Probleme einsetzen (Gleichberechtigung der Frauen, der Jugendlichen und ethnischen Minderheiten, Umweltschutz, Verbesserung der Qualität und der Struktur der Konsumtion usw.).

Interessantes Material über die Ausmaße, die Verflechtung und die Dynamik dieser Tendenzen erbrachten systematische soziologische Untersuchungen, die im Auftrag von EG- Organen in den 70er Jahren in mehreren westeuropäischen Ländern durchgeführt wurden. Die Befragten sollten zum Beispiel angeben, welchen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung sie bevorzugen: den revolutionären Weg oder die „allmähliche Verbesserung der Gesellschaft durch Reformen" oder die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung. Freilich ist die Methodik solcher Umfragen tendenziös: Sie artikuliert zum Beispiel nicht den Standpunkt jener, die für grundlegende Umgestaltungen eintreten, sie jedoch nicht als „revolutionär" bezeichnen, weil sie unter dem Einfluß der bürgerlichen Propaganda eine falsche Vorstellung von diesem Begriff haben. Dennoch geben die Materialien einen gewissen Aufschluß über die Entwicklung der gesellschaftlichen Stimmungen.

Den Ergebnissen dieser Umfragen zufolge war zu Beginn des Jahrzehnts (1970) die „reformerische" Orientierung am meisten verbreitet; für sie entschieden sich – im Durchschnitt der neun EG-Länder – 73 Prozent der Befragten. 1977/78 hatte sich der Anteil der „Reformer" auf 55 Prozent verringert, bevor er wiederum anstieg.

Direkt entgegengesetzt entwickelte sich die konservative Tendenz: Ihr Prozentsatz stieg von 15 im Jahre 1970 auf 26 im Jahre 1976 und 33 im Frühjahr 1978 („konservative Welle"), während er im Herbst des gleichen Jahres auf 27 abfiel. (In Frankreich, Großbritannien und Belgien ging dieser Anteil sogar fast auf den Stand von 1970 zurück.)

Die revolutionäre Tendenz zeigte in den Ländern, für die Zahlen für die einzelnen Jahre vorliegen, folgendes Bild: Nach einem Aufschwung (in Frankreich im Zeitraum 1970 bis 1977 von 5 Prozent auf 14 Prozent, in Italien von 7 Prozent 1970 auf 13 Prozent 1976) kam es zu einem Rückgang, der mit einigen Rückschlägen der Linkskräfte zusammenhing. Doch bereits im Herbst 1978 ließen die Umfragen auf eine erneute Verstärkung der revolutionären Tendenz schließen[23]).

Diese Befragungsergebnisse verdeutlichen sowohl den weitgehend konjunkturbedingten Charakter der Rechtsentwicklung des Massenbewußtseins wie auch den oben erwähnten Prozeß seiner Polarisierung, besonders Ende der 70er Jahre. Die Zahl derjenigen, die für gesellschaftliche Veränderungen – auf reformistischem oder revolutionärem Wege – eintreten, vergrößert sich, während gleichzeitig konservative Stimmungen noch immer recht verbreitet sind.

Das durch die allgemeine Krise des Kapitalismus hervorgerufene Streben nach tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungen zeigte sich im zurückliegenden Jahrzehnt in allen kapitalistischen Ländern (selbstverständlich in unterschiedlichen Formen und Abstufungen). Bestimmte Schwankungen in den gesellschaftlichen Stimmungen zeugen davon, daß die Ansprüche, die die Werktätigen an die Zuverlässigkeit und den Realismus einer demokratischen Alternative zur bestehenden Ordnung stellen, höher sind als jemals zuvor. Eben in der Ausarbeitung und politischen Absicherung einer solchen Alternative besteht die wichtigste Bedingung dafür, daß die antimonopolistischen und antikapitalistischen Potenzen der Massen für grundlegende gesellschaftliche Umgestaltungen mobilisiert werden können.

23) „euro-barometer", Brüssel 1977, Heft 7, 1978. Heft 8, 9; 1979, Heft 10.

III

Eine unabdingbare sozialpsychologische Voraussetzung aller Revolutionen waren bestimmte Vorstellungen der Massen von den Zielen der revolutionären Aktion und von der Macht, die diese Ziele zu verwirklichen vermag. In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft bilden sich diese Vorstellungen jedoch in vieler Hinsicht anders heraus als früher.

In der Vergangenheit wurde die „Wahrheit" der Theorie und der Praxis einer politisch-ideologischen Strömung von den Massen in der Regel danach bewertet, inwieweit sie in ihrer allgemeinen Ausrichtung den Haupttendenzen der Massenpsychologie entsprach. Ausgehend von einer solchen psychologischen „Wertung", übernahmen die verschiedenen Gruppen „auf Treu und Glauben" eine der Auffassungen von der gesellschaftlichen Realität und die entsprechenden ideologischen Werte und politischen Zielstellungen.

In den letzten Jahrzehnten indes hat sich eine *intellektuelle Höherentwicklung* breiter Schichten der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern vollzogen. Ein wichtiges Ergebnis dieses Prozesses ist, daß die stereotypen Denkformen spürbar an Bedeutung verloren haben. Die Massen versuchen heute verstärkt, die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse rational zu erfassen und selbständig die Ziele und Mittel der politischen Tätigkeit zu finden, die ihren Interessen entsprechen. Dadurch werden wichtige Voraussetzungen für eine Erhöhung der bewußten Aktivität und Initiative der Werktätigen, für eine Annäherung des Massenbewußtseins an das wissenschaftlich-theoretische Bewußtsein geschaffen, und es werden viele Leitbilder der bürgerlichen und der reformistischen Ideologie zerstört.

Besonders typisch sind in dieser Hinsicht die Wandlungen in der Geisteshaltung und im Verhalten breiter Schichten mittlerer und unterer Funktionäre der reformistischen Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen (darunter religiöser und Jugendorganisationen) sowie der Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien. Obwohl diese Schichten von der Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus weit entfernt sind, beziehen sie nicht selten eine oppositionelle Haltung gegenüber der reformistischen Praxis der „kleinen Schritte" und gegenüber den weltanschaulichen Stereotypen ihrer Führung; sie zeigen ein wachsendes Interesse für die Grundprobleme der Gesellschaftsordnung und für die sozialistische Perspektive. Das äußert sich in der Entwicklung linker Tendenzen in diesen Parteien und Organisationen. Vielfach auch in einer größeren Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Wichtig ist, daß es sich dabei hauptsächlich um die politisch aktivsten Menschen handelt, die großen Einfluß auf ihre soziale Umgebung haben. . . .

Man muß aber auch noch etwas anderes beachten: Die Wirklichkeit selbständig und rational zu begreifen, das ist weitaus schwerer, als fertige Wertungen und Schlußfolgerungen zu übernehmen. Hierbei treten die realen Widersprüche des Lebens deutlicher zutage; neue, ungelöste theoretische und praktische Fragen können die Geschlossenheit der Weltanschauung zerstören und das Schwanken zwischen verschiedenen Lösungen und Schlußfolgerungen verstärken. Bei einigen Gruppen, die völlig aus dem Gleis geraten sind und keinerlei Sicherheit und Perspektive haben (wie beispielsweise die arbeitslosen Jugendlichen), führen diese Schwierigkeiten mitunter zum Verlust jeglicher rationalen Weltsicht, zu Mystizismus, verzweifeltem, aber ziellosem Aufbegehren und zu asozialem Verhalten. Weitaus häufiger jedoch sind diese „gnoseologischen Barrieren" die Ursache einer Art Vorsicht des politischen Massenbewußtseins: Man sucht nach solchen politischen Lösungen, die den Bedürfnissen und Interessen der Massen nicht nur im Prinzip entsprechen, sondern auch unmittelbar in der Praxis überprüfbar sind.

Diese „Vorsicht" äußert sich auch in einer gewissen Zwiespältigkeit der politischen Haltung einiger Gruppen von Werktätigen: Einerseits sehen sie in den Kommunisten zuverlässige Verteidiger ihrer Klasseninteressen in den Betrieben und Gemeinden, eine Kraft, die auf nationaler Ebene die herrschende Klasse unter Druck setzt, andererseits jedoch ist es ihnen lieber, wenn die oberste Staatsmacht in den Händen reformistischer oder bürgerlicher Parteien bleibt[24]). . .

24) Siehe z. B. „Archives de sciences sociales des religions", 1974, Heft 37, S. 97-100.

Die bürgerliche Politik und Ideologie macht sich alle diese Besonderheiten des Massenbewußtseins zunutze. In der Vergangenheit konnte der Kapitalismus die Massen in geistiger Abhängigkeit halten, indem er ihre Unwissenheit und die Angst vor dem scheinbar allmächtigen System der Klassenherrschaft ausnutzte. Heutzutage greift die bürgerliche Idologie meist zu einer „rationalen" Rechtfertigung der bestehenden Ordnung und stellt diese so dar, als sei sie zur Verbesserung und Reformierung geeignet und biete alle Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und Demokratie. Gleichzeitig verunglimpfen die Massenmedien den realen Sozialismus auf jede Weise, wobei sie auch vor den bösartigsten Verleumdungen nicht zurückschrecken. Im ideologischen Kampf bedient sich die monopolistische Reaktion neben den „traditionellen", dem Arsenal des Antikommunismus entlehnten Stereotypen (Gegenüberstellung von Sozialismus und Freiheit, Demokratie, nationaler Unabhängigkeit usw.) zunehmend auch einer pseudowissenschaftlichen, insbesondere „ökonomischen" Kritik der programmatischen Forderungen der progressiven Kräfte (ihre Programme werden als unrealistisch, ökonomisch destruktiv usw. hingestellt).

Die Evolution der Lebensbedingungen, die sozialökonomischen Errungenschaften der Werktätigen und schließlich auch die Taktik des Kapitalismus, der eine drastische, „katastrophenauslösende" Verschlechterung der Lage der Hauptmasse der Bevölkerung zu vermeiden sucht, all das veranlaßt die Werktätigen, beim Vergleichen der Ergebnisse möglicher politischer Veränderungen mit der bestehenden Situation genauer „abzuwägen". Die größere Rationalität" des Bewußtseins kann unter diesen Bedingungen als Faktor wirken, der die rein emotionale Angst vor einer ungewissen Zukunft, die Angst, das bereits Erreichte zu verlieren, verstärkt, so daß bei einigen Schichten konservative politische Einstellungen gefestigt werden.

Die für das Massenbewußtsein in den kapitalistischen Industrieländern typische Verbindung eines relativ hohen Niveaus der matieriellen und geistigen Bedürfnisse mit einer Tendenz zu zurückhaltender, „vorsichtiger" Wertung der politischen Tätigkeit stellt größere Anforderungen an die revolutionäre Politik und Ideologie. Deshalb zielen die Programme der revolutionären Kräfte für den sozialökonomischen Bereich darauf ab, die dringendsten Forderungen der Werktätigen zu befriedigen und gleichzeitig ein reibungsloses Funktionieren des Wirtschaftsmechanismus zu garantieren. Die verstärkte Befriedigung kollektiver Bedürfnisse, der Kampf gegen die Prinzipien der „Konsumgesellschaft", für Umweltschutz usw. finden bei den Massen keinen Anklang, wenn sie mit „strengster Sparsamkeit" beim Allernotwendigsten einhergehen. Andererseits glaubt der heutige Arbeiter oder Angestellte nicht an die Realität von Programmen, die eine Lösung aller herangereiften ökonomischen und sozialen Probleme in zwei oder drei Jahren versprechen. Daher muß die revolutionäre Vorhut das System der gesellschaftlichen Prioritäten, die Reihenfolge, die Dimensionen und Tempi der demokratischen Umgestaltung streng wissenschaftich und für die Massen überzeugend begründen.

Im sozialpolitischen Bereich wird von den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder die Forderung nach realer Demokratie auf allen Ebenen – von den Betrieben und Gemeinden bis zum zentralen Staatsapparat – an die erste Stelle gesetzt. Der Protest der Werktätigen gegen den staatsmonopolistischen Bürokratismus und autoritäre Herrschaftsmethoden bedeutet keineswegs Ablehnung einer zentralen Leitung der gesellschaftlichen Prozesse.

. . . Die bewußten und politisch aktivsten Werktätigen werden weder einen bürokratischen „Zentralismus" noch wohltönende „demokratische" Lösungen akzeptieren, die nicht auf einer wissenschaftlichen Analyse der die Leitung der Gesellschaft betreffenden Probleme beruhen.

Vorstellungen vom Sozialismus als einer abstrakten Antithese zum Kapitalismus, wie sie in der Vergangenheit für viele Formen des Massenbewußtseins typisch waren, sind heute keine wirksame Alternative zu den bürgerlichen und reformistischen „Modellen". Entscheidend sind vielmehr der positive Inhalt, die konkrete Begründung und der Realismus der revolutionären Programme zur Lösung aller die Massen bewegenden Fragen der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung.

Angesichts der oben erwähnten neuen Erscheinungen ist das Problem der Dynamik und des Tempos der Revolutionierung der Massen und der Besonderheiten dieses Prozesses in unseren Tagen besonders akut.

Einige Funktionäre der Arbeiterbewegung, die den traditionellen sozialdemokratischen Reformismus im Grunde ablehnen, vertreten die Ansicht, heute ließen sich revolutionäre Ziele nur durch schrittweise Veränderungen in der Basis und im Überbau der kapitalistischen Gesellschaft erreichen, aber ohne rigorose Umwälzung der bestehenden Verhältnisse, die Teile der Massen nur abschrecken würde. In dieser Konzeption versteht sich die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Massen ebenfalls als deren schrittweises Heranführen an die neuen Formen des gesellschaftlichen Lebens und als allmähliche Überwindung des Einflusses bürgerlicher Ideen und Werte.

Bereits zu Beginn des Jahrhunderts hatte Lenin nachgewiesen, daß eine revolutionäre Partei nicht der Massenbewegung und dem Massenbewußtsein nachtraben darf. Diese Schlußfolgerung Lenins gilt voll und ganz noch heute, auch wenn sich im Inhalt und in der Struktur des Massenbewußtseins tiefgreifende Veränderungen vollzogen haben, die in der Erhöhung des intellktuellen Niveaus und der Bereicherung der sozialpolitischen Erfahrung der Werktätigen zum Ausdruck kommen. Wie schon früher, hat die revolutionäre Vorhut auch heute die Aufgabe, die realen Bedürfnisse und Bestrebungen der Massen allseitig zu berücksichtigen und eben jene Elemente und Tendenzen des Massenbewußtseins zu aktivieren, die auf eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft abzielen.

Die ausschließliche Orientierung auf eine *allmähliche* Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins unter dem Einfluß ebenso allmählicher Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen bedeutet im Grunde genommen, die Sache dem Selbstlauf zu überlassen und auf den aktiven Kampf gegen die bürgerlichen und reformistischen Zielvorstellungen sowie auf ein eigenes konsequentes revolutionäres Programm zu verzichten. Diese Orientierung unterstellt, die Massen selbst würden früher oder später und ganz spontan die inneren Widersprüche ihres Bewußtseins lösen und sich die sozialistische Ideologie aneignen. Das wird jedoch durch die gesamte vergangene und heutige Erfahrung widerlegt, die besagt, daß die Massenbewegung aus eigener KRaft nur tradeunionistisches Bewußtsein hervorbringt, das auf die Verteidigung der Tagesinteressen der Werktätigen, nicht aber auf eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft ausgerichtet ist.

Die Überzeugung der Massen, daß die von den revolutionären Kräften aufgestellten Programme real und begründet sind, ist eine unverzichtbare Voraussetzung für ihr entschlossenes Handeln. Doch diese Überzeugung wird nicht allein mit „Aufklärungsarbeit" und Propaganda geweckt, wie vernünftig die Argumente auch immer sein mögen. Der Kampf gegen den Kapitalismus ist kein akademischer Disput. Angst und reaktionäre Vorurteile, politische Apathie und demoralisierende Unsicherheit, die in den Jahrhunderten kapitalistischer Herrschaft tief in das Bewußtsein der Massen eingedrungen sind, werden nur durch deren aktive Teilnahme an den Klassenkämpfen überwunden.

Damit den Werktätigen ihre Kraft bewußt wird, das kapitalistische Ausbeutungssystem stürzen zu können, muß auch ihr internationalistisches Bewußtsein entwickelt werden; denn unter den gegenwärtigen Bedingungen, da das Monopolkapital in seinem Kampf gegen die revolutionäre Bewegung verstärkt neue Formen seines internationalen Zusammenschlusses anwendet, ist die Einheit und Solidarität aller Kräfte dieser Bewegung die Garantie für den Erfolg und die Unumkehrbarkeit der revolutionären Errungenschaften eines jeden Volkes, das mit dem Kapitalismus bricht . . .

Medienkritik

VOR-KRIEGS-KUNST

Werner Herzog, internationaler Starregisseur des deutschen Films, hat sich darüber beklagt, nicht auf den Falklandinseln dabei sein zu können. Er sei fasziniert „von dieser Seeschlacht im Stil der 30er Jahre", vertraute er einer französischen Zeitschrift an. „Ich möchte vor Ort sein, um zu sehen, wie sich die riesigen Boote gegenseitig attackieren, ganz wie die Ritter im Mittelalter („Die Neue", 4. 6.). In seinem letzten Film führt uns Herzog einen kolonialistischen Snob vor, der seine Marotte, den Urwald mit europäischer Kultur zu beglücken, bedenkenlos Menschenleben unter den Sklavenindianern opfert. Solchen persönlichen Imperialismus bildet Herzog nicht nur kritiklos ab, sondern vollzieht ihn auch selbst: war für seinen Helden die Opernaufführung im Dschungel Manifestation des Herrschaftsanspruchs der weißen Rasse, so wurde für seinen Regisseur die Tatsache, sich gegen den Widerstand der Indianer durchgesetzt zu haben, zu einem ähnlichen Triumph, der prompt in Cannes und anderswo *als solcher* gewürdigt wurde – *denn daß dabei ein guter Film* entstanden sei, behauptete kaum jemand.

Solche Zeugnisse einer nostalgischen Sehnsucht nach Herrschaftserlebnissen unter *Eingeborenen* und dem Heldentum der begrenzten Kriege erregen hierzulande keinen öffentlichen Widerspruch. Gegen den von den USA zur Rettung ihres Weltherrschaftssystems aus der moralischen und ökonomischen Krise einkalkulierten großen Krieg erhebt sich Widerstand, artikuliert sich die Angst. Währenddessen scheint aber der Prozeß der subtilen Einstimmung in die Machbarkeit kleiner Kriege schon weit fortgeschritten zu sein.

Die gefährlichsten Szenen seines Films mußte Herzog, weil auf dem in Stromschnellen kenternden Schiff Unfälle kaum zu vermeiden und zu vertuschen gewesen wären, mit einem Modell im Schwimmbecken eines Münchner Ateliers drehen. Kein Wunder, daß ihm der Anblick sinkender argentinischer oder englischer Schiffe besonders Vergnügen bereitet hätte. Aber er wäre wohl nicht ganz auf seine Kosten gekommen, denn im Südatlantik kämpfen nicht mehr, wie in den Errol-Flynn-Filmen der schönen alten Zeit, Mann gegen Mann und Schiff gegen Schiff, sondern dort werden die letzteren mit ferngelenkten Computerraketen versenkt. Deswegen, und wegen der medienfeindlichen Informationspolitik der beteiligten Regierungen, waren sie nicht einmal im Fernsehen so richtig zu sehen.

Das hat sich jetzt geändert: „Die Welt hat einen neuen Kriegsschauplatz", verkündete der „Tagesthemen"-Sprecher (am 7. 6.). Während die Teilnehmer des Versailler Wirtschafts-Gipfels sich „bestürzt" zeigten über „die Nachrichten aus Libanon" und schon ihre Parteilichkeit für den Aggressor Israel verrieten, indem sie ausschließlich von „Konfliktparteien" sprachen, zeigte das Fernsehen ausführlich die langen Kolonnen der israelischen Panzer, die in den Libanon rollten und taten, als seien die UN-Soldaten gar nicht vorhanden. Während der Studiosprecher noch die USA kritisierte wegen ihrer Politik „mit Zuckerbrot und ohne Peitsche" gegenüber ihrem Schützling Israel, brach beim Reporter vor Ort schon die Begeisterung über die technische Überlegenheit der westlichen Militärmacht über die Araber durch: „Hier liegt Trichter neben Trichter, sehr präzise gezielt" und: „Aus der Sonne heraus hatten die Flugzeuge angegriffen, mit Raketen und Sprengbomben, niemand hatte die anfliegenden Maschinen bemerkt, weder die Libanesen noch die Palästinenser besitzen militärische Radargeräte."

Da ist jetzt wohl Volker Schlöndorff wieder an der Reihe.

Günter Giesenfeld

Dokumente zum Zeitgeschehen

Rede des US-Präsidenten Ronald Reagan in Eureka (Illinois) am 12. Mai 1982

(Auszug betr. Abrüstungsverhandlungen USA-UdSSR)

Nachstehend dokumentieren wir den Wortlaut des entscheidenden Abschnitts der Eureka-Rede Reagans, der seine Vorschläge zur (Wieder-)Aufnahme der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über strategische Waffen (bisher SALT, jetzt nach Reagans Wunsch START) enthält. D. Red.

Seit den ersten Tagen meiner Administration arbeiten wir an unserer Haltung hinsichtlich der entscheidenden Fragen der Verhandlungen mit der Sowjetunion über Rüstungskontrolle bei den strategischen Waffen. Die erforderliche Analyse war komplex und schwierig. Sie hatte mit Bedacht, mit Sorgfalt und mit Präzision zu geschehen. Wir haben für diese Verhandlungen eine solide Grundlage geschaffen, wir konsultieren uns mit der Führung des Kongresses und mit unseren Verbündeten, und wir sind jetzt bereit, voranzugehen.

Die größte Bedrohung des Friedens durch die Kernwaffen kommt heute von der zunehmenden Instabilität des nuklearen Gleichgewichts. Dies rührt von dem immer zerstörerischeren Potential der massiven sowjetischen Aufrüstung bei der ballistischen Raketenstreitmacht her.

Es ist daher unser Ziel, die Abschreckung zu verstärken und durch bedeutsame Verringerungen bei den destabilisierendsten Nuklearsystemen, den ballistischen Raketen – und insbesondere den ballistischen Interkontinentalraketen –, Stabilität zu erlangen, während gleichzeitig eine nukleare Kapazität beibehalten wird, die ausreicht, um vor einem Konflikt abzuschrecken, unsere nationale Sicherheit zu gewährleisten und unseren Verpflichtungen gegenüber unseren Verbündeten und Freunden nachzukommen.

Was die nächste Zukunft anbelangt, so werde ich unsere Vertreter bei den START-Verhandlungen anweisen, ihren sowjetischen Verhandlungspartnern einen praktischen, schrittweisen Verminderungsplan vorzuschlagen. Unsere Anstrengungen werden sich darauf konzentrieren, die destabiliserendsten Systeme – die ballistischen Raketen –, die Anzahl der Gefechtsköpfe, die sie tragen, sowie ihr Gesamtzerstörungspotential beträchtlich zu verringern.

Ich hoffe, daß am Ende der ersten Phase der START-Verhandlungen die Gefechtsköpfe der ballistischen Raketen – der schwerwiegendsten Bedrohung, vor der wir stehen – auf einen gleichen Stand – mindestens auf ein Drittel unter dem derzeitigen Stand – vermindert werden. Um die Stabilität zu steigern, wäre mein Vorschlag, daß nicht mehr als die Hälfte dieser Gefechtsköpfe landgestützt ist. Ich hoffe, daß diese Verminderung der Gefechtsköpfe sowie beträchtliche Verminderungen bei den Raketen selbst so rasch wie möglich erreicht werden können.

In einer zweiten Phase streben wir eine gleiche Obergrenze auch bei anderen Elementen unserer strategischen Kernwaffen an, einschließlich einer Begrenzung der Nutzlast der ballistischen Raketen auf weniger als das derzeitige amerikanische Niveau. In beiden Phasen werden wir auf Verifizierungsverfahren bestehen, um sicherzustellen, daß das Abkommen eingehalten wird.

Die gewaltige Aufgabe des Abbaus und der Umgestaltung unserer strategischen Streitkräfte zur Erhöhung der Sicherheit wird viele Jahre konzentrierter Anstrengung erfordern. Aber ich bin der Überzeugung, daß es möglich sein wird, das Kriegsrisiko durch die Beseitigung der Instabilitäten, die derzeit existieren, und durch den Abbau der nuklearen Bedrohung zu vermindern.

Ich habe an Präsident Breschnew geschrieben und Außenminister Haig ersucht, sich hinsichtlich der Einladung zu formellen Verhandlungen über den Abbau der strategsichen Waffen – der START-Verhandlungen – zum frühestmöglichen Zeitpunkt mit der sowjetischen Regierung in Verbindung zu setzen. Wir hoffen, daß die Verhandlungen Ende Juni beginnen werden.

Wir werden ernsthaft und in gutem Glauben verhandeln und alle Vorschläge der Sowjetunion sorgfältig abwägen. Wenn sie im gleichen Geist in diese Verhandlungen eintritt, so bin ich zuversichtlich, daß wir gemeinsam zu einem Abkommen von dauerndem Wert gelangen werden, das die Anzahl der Kernwaffen vermindern, das Anwachsen der strategischen Streitkräfte zum Stillstand bringen und den Weg für noch weitreichendere Schritte in der Zukunft öffnen wird.

Ich hoffe, daß der heutige Beginn für Sie auch den Beginn einer neuen Ära kennzeichnet – im doppelten Sinn des Wortes einen neuen Start – in Richtung auf eine friedlichere und sicherere Welt.

Rede des sowjetischen Partei- und Staatschefs Leonid Breschnew auf dem 19. Komsomol-Kongreß in Moskau am 18. Mai 1982

(Auszug betr. Abrüstungsverhandlungen USA-UdSSR)

Nachstehend der Wortlaut jener Abschnitte in Breschnews Rede vom 18. Mai 1982, die sich auf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Waffensysteme (SALT/START), insbesondere auf US-Präsident Reagans Rede vom 12. Mai 1982 beziehen und auch neue Vorschläge bzw. Klarstellungen der sowjetischen Position hinsichtlich der „eurostrategischen" Atomwaffen enthalten. D. Red.

Es genügt heute nicht, von Frieden zu reden. Vielmehr bedarf es konkreter und praktischer Taten. In dieser Hinsicht ist es gegenwärtig eine Schlüsselaufgabe, die an einer gefährlichen Grenze angelangte nukleare Konfrontation in Europa abzubauen und den weiteren Ausbau der nuklearen Potentiale in diesem Raum einzustellen. Es darf nicht zugelassen werden, daß in Europa, von dem bereits zwei Weltkriege ausgegangen sind, die reale Gefahr eines jeden Augenblick drohenden Ausbruchs eines nuklearen Weltbrandes entsteht.

In den nächsten Tagen beginnen die UdSSR und die USA in Genf eine neue Runde der Verhandlungen über die Begrenzung nuklearer Rüstungen in Europa. Wir wollen sehen, wie sich die Amerikaner verhalten werden – ob sie wieder nur auf Zeit spielen, um die Stationierung von Raketen vorzubereiten, oder den Wunsch zu einer Einigung bekunden.

Die sowjetischen Vorschläge zu diesem Problem sind bekannt. Wir haben uns für die restlose Beseitigung aller nuklearen Mittelstreckensysteme in Europa ausgesprochen; im Westen wurde dagegen eingewendet, dies würde zu weit gehen. Wir schlugen vor, diese Systeme auf weniger als ein Drittel zu reduzieren; darauf sagt man uns, dies sei zu wenig. Also gut: Suchen wir nach beiderseitig akzeptablen Werten. Wir sind auch zu größeren Reduzierungen bereit, und zwar selbstverständlich auf der Basis der Gegenseitigkeit.

Um Abhilfe zu schaffen, hat die Sowjetunion vor kurzem einseitig die weitere Stationierung von Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR eingestellt und beschlossen, ihre Zahl etwas zu verringern. Ich kann mitteilen, daß wir bereits mit einem bedeutenden Abbau der Zahl dieser Raketen begonnen haben.

Diese konkreten friedensdienlichen Handlungen unseres Landes wurden in der Welt mit Billigung aufgenommen. Manche im Westen versuchen aber, auch ihre Bedeutung in Zweifel zu ziehen.

Man behauptet beispielsweise, daß der von der Sowjetunion gefaßte Beschluß uns nicht daran hindern werde, unsere Raketen auch in Zukunft so unterzubringen, daß sie, sei es auch aus dem Gebiet jenseits des Urals, die westeuropäischen Länder „erreichen" könnten. Ich kann mit aller Bestimmtheit sagen: Keine Mittelstreckenraketen werden zusätzlich dort stationiert werden, wo sowohl die BRD als auch die anderen Länder Westeuropas in ihrer Reichweite liegen.

Man fragt ferner, ob unser Beschluß über das einseitige Einfrieren auch die Einstellung der Vorbereitungen zur Stationierung von Raketen vorsieht? Ja, er sieht es vor, darunter auch die Einstellung des Baus von Startrampen für solche Raketen.

Noch eine Bemerkung. Die Regierung der USA verlangt, daß die UdSSR auch die im östlichen Teil unseres Landes stationierten Raketen einfriert, ja gar liquidiert. Das ist wahrlich eine absurde Forderung! Fragen, die diese Raketen, deren Begrenzung und Reduzierung betreffen, lassen sich lösen. Jedoch nur durch Verhandlungen mit denjenigen, in deren Händen die Kernmittel liegen, denen unsere Raketen gegenüberstehen. Und wiederum natürlich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Gegen solche Verhandlungen erheben wir keinen Einwand, doch das ist selbstverständlich eine Frage für sich.

Die Geschicke von Krieg und Frieden hängen in vieler Hinsicht auch davon ab, ob eine sowjetisch-amerikanische Vereinbarung über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen erreicht wird oder nicht – eine ehrliche, gerechte, niemandes Interessen beeinträchtigende Vereinbarung.

Was die Sowjetunion betrifft, so setzte sie sich stets für die Aufnahme von Verhandlungen ein, damit eine solche Vereinbarung ohne Verzug und ohne Verknüpfungen erarbeitet wird. Diese unsere Haltung wurde wiederholt – sowohl öffentlich als auch über diplomatische Kanäle – der amerikanischen Seite zur Kenntnis gebracht.

Jetzt erklärte seinerseits auch Präsident Reagan, die USA seien zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit. Das ist unseres Erachtens ein Schritt in die richtige Richtung. Es kommt aber darauf an, daß die Verhandlungen von vornherein den richtigen Weg nehmen.

In derselben Rede des Präsidenten hieß es, die USA würden bei den Verhandlungen für substantielle Reduzierung eintreten. Nun, wir waren schon immer für wesentliche Reduzierungen der strategischen Rüstungen, man braucht uns dafür nicht zu agitieren.

Geht man aber den vom USA-Präsidenten entwickelten Vorstellungen von solchen Reduzierungen auf den Grund, so stellt man bedauerlicherweise fest, daß die amerikanische Position einen absolut einseitigen Charakter trägt. Vor allem deshalb, weil die USA jene Arten strategischer Rüstungen, die sie derzeit besonders intensiv entwickeln, bei den Verhandlungen überhaupt ausklammern möchten.

Nicht von ungefähr haben kompetente Leute in den Vereinigten Staaten selbst auf der Stelle erklärt, daß dies eine unrealistische, vom Leben losgelöste, vielleicht auch eine einfach unaufrichtige Haltung ist. Sie gefährdet unmittelbar die Sicherheit der UdSSR und läßt zugleich Washington freie Hand bei der Realisierung der amerikanischen Programme zur Hortung strategischer Rüstungen.

Man gelangt zwangsläufig zu der Schlußfolgerung, daß die vom USA-Präsidenten verkündete Position nicht auf die Suche nach einer Vereinbarung, sondern darauf gerichtet ist, Bedingungen für die Fortsetzung der Versuche Washingtons zu sichern, eine militärische Überlegenheit über die Sowjetunion zu erlangen.

Was braucht man dazu, damit die Verhandlungen erfolgreich verlaufen und zum Zustandekommen einer Vereinbarung führen?

Kurz gesagt, müssen die Verhandlungen dazu erstens wirklich das Ziel verfolgen, die strategischen Rüstungen zu begrenzen und zu reduzieren und nicht als Deckmantel für die Fortsetzung des Wettrüstens und die Zerstörung der entstandenen Parität dienen.

Zweitens ist es notwendig, daß beide Seiten sie unter Berücksichtigung der legitimen Interessen der Sicherheit des anderen und in genauer Übereinstimmung mit dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit führen.

Und schließlich muß man alles Positive erhalten, was zuvor erzielt wurde. Beginnen doch die Verhandlungen nicht bei null. Geleistet worden ist eine große und keineswegs überflüssige Arbeit. Das sollte man nicht vergessen.

Wir sind gewiß, daß man nur bei einem solchen Herangehen damit rechnen kann, Vereinbarungen über konkrete Maßnahmen zu einer bedeutenden Reduzierung der strategischen Rüstungen beider Seiten herbeizuführen.

Es ist äußerst wichtig, auch alle Kanäle für die Fortsetzung des Wettrüstens bei strategischen Waffen in jeder Form zuverlässig abzuriegeln. Das bedeutet entweder das Verbot der Entwicklung neuer Arten strategischer Waffen oder deren maximale Beschränkung mit abgesprochenen Parametern.

Und wir haben noch folgenden Vorschlag:

Wir wären bereit zu vereinbaren, daß die Waffen strategischer Zweckbestimmung der UdSSR und der USA schon jetzt, sobald die Verhandlungen beginnen, eingefroren werden. Eingefroren in quantitativer Hinsicht. Und daß ihre Modernisierung maximal eingeschränkt wird.

Notwendig ist auch, daß weder die USA noch die Sowjetunion Handlungen unternehmen, die zur Störung der Stabilität der strategischen Situation führen würden. Ein solches Einfrieren ist wichtig an und für sich, würde auch das Voranschreiten zu einer radikalen Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen erleichtern.

So sieht, kurz gesagt, unsere Position zur Frage der strategischen Waffen aus.

Der Frieden wird nicht vom Himmel fallen, seine Erhaltung und Festigung erfordern einen tagtäglichen und schweren Kampf.

Offener Brief von Dr. iur. Christoph Müller*) zur Auseinandersetzung zwischen der Republik Argentinien und dem Vereinigten Königreich in der Krise um die Falkland-Inseln/Malwinen

(Wortlaut)

An die sozialistischen Abgeordneten der europäischen Parlamente und an die Sozialistische Internationale

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Europäische Gemeinschaft hat die britischen Gegenmaßnahmen im gegenwärtigen Konflikt bedingungslos unterstützt. Auch ich bin der Meinung, daß eins der wichtigsten Ziele der Gemeinschaft darin besteht, den Geist der Solidarität unter ihren Mitgliedern zu fördern. Bitte er-

*) o. Prof. für Staatsrecht und Politik an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Rechtswissenschaft, Vant't-Hoff-Straße 8, 1000 Berlin 33, Tel. (030) 838 47 34.

lauben Sie mir, im Sinne genau dieser Solidarität für ein erneutes Überdenken der in den vergangenen Wochen eingenommenen Positionen einzutreten und auf die langfristigen Interessen aller beteiligten Länder zurückzukommen.

1.) Petition

Ich möchte Argumente dafür vorlegen, daß – der Anspruch Argentiniens auf territoriale Souveränität über die Falkland-Inseln/Malwinen anerkannt wird;
– die Verhandlungen für eine friedliche Beilegung des Konflikts auf die Frage der legitimen Interessen der Inselbewohner beschränkt werden;
– sämtliche militärischen Gegenmaßnahmen eingestellt werden, die der Sachlage nicht angemessen sind, und insbesondere alle Atomwaffen unverzüglich aus dem Krisengebiet zurückgezogen werden, und daß
– der von der Europäischen Gemeinschaft verhängte Wirtschaftsboykott sofort beendet wird.

2) Mein Standpunkt in der Sache

Ich habe enge Beziehungen zum Land und Volk Argentiniens, was möglicherweise das Urteil trüben könnte, es jedoch auch ebenso sehr schärfen kann.

Ich bin auch ein Bewunderer der britischen politischen Tradition und ihrer Institutionen, von den Reformen Heinrichs II. bis hin zur Einbeziehung der Arbeiterbewegung in den Verfassungsprozeß.

Ich bin seit fünfundzwanzig Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei meines Landes. Außerdem bin ich Gewerkschaftsmitglied. Seit zehn Jahren verteidige ich aktiv sogenannte Radikale, denen die berufliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst verwehrt wird. Es versteht sich daher von selbst, daß ich in keiner Weise ein Freund der Innen- oder Außenpolitik Präsident Reagans, der Premierministerin Thatcher oder des Präsidenten Galtieri bin.

3) Der Kern des Problems

Argentinien beansprucht seit rund 150 Jahren die Souveränität über die Malwinen. Viele Menschen auf der Welt, insbesondere Sozialisten in allen Ländern einschließlich Englands halten dies für prinzipiell gut begründet. Heute jedoch haben viele von ihnen ihre Ansicht radikal geändert:
– Aufgrund des schlechten Rufes der gegenwärtigen Regierung im Bereich der Menschenrechte stehen viele Menschen den Interessen Argentiniens gleichgültig gegenüber, selbst wenn diese an sich gerecht sind;
– Präsident Galtieri hat im eigenen Land und in anderen Ländern genau die Menschen entfremdet, die sonst gemeinsam für die Entkolonisierung der Malwinen eingetreten wären;
– Er verbindet offensichtlich mit der Lösung dieses langfristigen argentinischen Problems ganz bestimmte innenpolitische Ziele, mit denen sie nichts zu tun haben wollen;
– In Anbetracht der gegenwärtigen äußerst unstabilen Weltlage ist seine Aktion weithin als überaus riskant und unverantwortlich gewertet worden;
– Viele Menschen befürchten, daß ein Erfolg Argentiniens weitere Ansprüche begünstigen und aus diesem Grunde die weltweite Unstabilität erhöhen könnte;
– Nachdem er offensichtlich die britische Reaktion und die weltweite öffentliche Meinung in gravierender Weise falsch eingeschätzt hatte, behindert er jetzt als Person dadurch, daß er Argentiniens Ruf schädigt und seine eigene internationale Glaubwürdigkeit schwächt, die Chance einer Lösung auf dem Verhandlungswege.

Ohne diese Punkte zu untersuchen, möchte ich die Position vertreten, daß aus kritischen Einwänden dieser Art jedoch nicht folgt, daß es juristisch gerechtfertigt oder politisch klug ist, wenn Großbritannien die legitimen Ansprüche Argentiniens bestreitet.

4.) Formale und substantielle Aspekte

In seiner Entschließung 502 hat der UN-Sicherheitsrat festgestellt, daß Argentinien die Charta der Vereinten Nationen verletzt hat. Ich stelle diese Entscheidung nicht in Frage.

Bei jeder wichtigen Krise betrachten wir jedoch die substantielle Seite des Problems und beschränken uns nicht nur auf die formalen Aspekte. Nur so können wir die Motive verstehen, die

der Verletzung zugrundeliegen, und Elemente ausfindig machen, die es ermöglichen, eine diplomatische Lösung zu finden.

5) Die Vereinten Nationen unterstützen die Anprüche Argentiniens

Argentinien hat nicht plötzlich und unerwartet irgendeine Insel besetzt. Ebensowenig basierten seine Ansprüche in diesem Fall nur auf nationalistischen Ambitionen. Im Gegenteil:
– Argentinien legte diese Ansprüche der UNO vor, die ausdrücklich erklärte, ihre Politik, den Kolonialismus überall und in all seinen Formen abzuschaffen (siehe Dokument 1), müsse tatsächlich im Fall der Falkland-Inseln/Malwinen Anwendung finden (siehe Dokument 2);
– Die UNO hat im Rahmen ihrer antikolonialistischen Politik Argentinien und das Vereinigte Königreich wiederholt aufgefordert, innerhalb einer bestimmten Frist entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Es ist daher rechtlich angemessen, daran zu erinnern, daß das Vorgehen Argentiniens sich trotz allem im Einklang mit einer anderen wichtigen Politik der UNO befindet. Dieser Fall ist eher mit dem von Goa als mit irgendeiner Aggression gegen fremdes Territorium zu vergleichen. Daher könnten in Wirklichkeit nur wenige andere Länder diesen Fall als Vorwand für ihre Ambitionen benutzen.

6) Die britische Eskalation

Ich möchte meinen, Großbritannien hat in gewisser Weise das Recht verwirkt, Argentinien wegen seiner Verletzung der UNO-Charta Vorwürfe zu machen, da es der Verschärfung der Situation eher noch Vorschub geleistet hat:
– Immerhin ernennt Argentinien seit 1833 regelmäßig Gouverneure für die Inseln und hat immer wieder gegen die britische Besetzung seines Territoriums protestiert;
– Großbritannien gründet seinen Souveränitätsanspruch nach wie vor nur auf das Prinzip effektiver territorialer Kontrolle, der jedoch im Falle kolonialen Territoriums nicht mehr als hinreichend gelten kann;
– Großbritannien scheint davon auszugehen, daß seine Souveränität noch fortbesteht, da es die friedlichen Proteste Argentiniens während der letzten 150 Jahre nicht für stark genug erachtet.

Verständlicherweise könnte sich Argentinien provoziert fühlen durch die obstruktive Art und Weise, mit der Großbritannien auf die Aufforderung der UNO reagiert hat, den Kolonialstatus der Inseln zu beenden (siehe Dokument 5).

7) Selbstbestimmung: „Interessen" oder „Wünsche" der Bewohner

Dadurch, daß Großbritannien seine Politik auf die Selbstbestimmung gründet, die tatsächlich auch ein wichtiges Element des Entkolonisierungsprogramms darstellt, umgeht es faktisch die Folgerichtigkeit der UNO-Resolutionen (siehe Dokumente 2 und 3), da diese die Aufgabe seines kolonialen Territoriums nach sich ziehen würden.

Es soll nicht bezweifelt werden, daß die Selbstbestimmung die entscheidende Grundlage der internationalen Ordnung bildet. Trotzdem schließt dieses Prinzip in diesem Fall nicht das Recht ein, darüber zu entscheiden, ob das Territorium zu einem der beiden Länder gehören oder völlig unabhängig sein soll. Einige besondere Gesichtspunkte müssen dabei berücksichtigt werden:
– Die geringe Bevölkerung der Inseln ist durch einige Besonderheiten gekennzeichnet, die allgemein bekannt sind (drastischer Rückgang der Bevölkerungszahl seit vielen Jahrzehnten; hoher Prozentsatz nur vorübergehend Ansässiger; in den meisten Fällen keine volle britische Staatsangehörigkeit);
- Wegen der großen Entfernung ist Großbritannien nicht in der Lage, die gesamte Infrastruktur zu versorgen (Gas, Benzin, medizinische Betreuung, Hochschulausbildung usw.). Die UNO hat ausdrücklich zahlreiche Maßnahmen auf diesem Gebiet anerkannt, die Argentinien für das Wohlergehen der Bewohner getroffen hat (siehe Dokument 3).
– Es kann unmöglich behauptet werden, daß die Falkländer ein integrierender Bestandteil der Gesamtheit britischer Staatsbürger im Rahmen der Commonwealth-Organisation sind.
– Die Inseln haben den Status einer Kolonie, und der Gouverneur wird nicht von den Gemeinderäten gewählt, sondern von der britischen Regierung nominiert;

– Die Resolutionen der Vereinten Nationen, die sich auf die Entkolonialisierung der Malwinen beziehen, verlangen, daß die Interessen der Einwohner zu respektieren seien; Selbstbestimmung ist darin nicht in dem Sinne geregelt, daß sie durch Abstimmung über ihre territoriale Abhängigkeit oder Unabhängigkeit entscheiden können – ein Recht, das vergleichbare Bevölkerungen ebenfalls nicht besitzen.

– Die britischen Behörden haben den Inselbewohnern zugesagt, den „Souveräntitätsschutz" (siehe Dokument 4) für die Dauer aller Verhandlungen mit Argentinien aufrecht zu erhalten. Dies erfolgt sicherlich, um in der Lage zu sein, den Inselbewohnern die volle Entscheidungsgewalt über einen territorialen Anschluß zu garantieren, was über die Bestimmung der Resolution A/2065 (siehe Dokument 2) hinausgeht. Rechtlich kann Großbritannien dies nicht einseitig und auf Kosten Argentiniens tun.

Selbstbestimmung im Sinne der UN-Resolution A/2065 kann nur dadurch verwirklicht werden, daß die besonderen Interessen und Traditionen der Bewohner im Rahmen der territorialen Souveränität Argentiniens garantiert werden.

Man erwartet, daß Argentinien ein faires und großzügiges Angebot macht. Territoriale Souveränität sollte dabei nicht in irgendeinem Sinne nationalen Prestiges oder nationaler Ehre verstanden werden; sie bringt heute internationale Verpflichtungen mit sich, über die in der Tat verhandelt werden kann.

8) Recht auf Gegenmaßnahmen?

Die Gegenmaßnahmen müssen anhand der Frage beurteilt werden, ob auch sie internationale Verpflichtungen verletzen oder nicht. Dies ist im allgemeinen der Fall, wenn sie zu dem ursprünglichen Vorfall in keinem Verhältnis stehen.

Es gibt außerdem speziellere Vorschriften, durch die die Sanktionen, die verhängt werden sollen, beschränkt werden. Sie betreffen insbesondere die Einführung von Atomwaffen in Gebiete, die durch einen internationalen Vertrag zu atomwaffenfreien Zonen erklärt worden sind.
– Über zwanzig lateinamerikanische Länder haben am 4. Mai 1966 den Vertrag von Tlatelolco geschlossen und damit alle Territorien und Gewässer Südamerikas einschließlich des Gebietes der Falkland-Inseln/Malwinen zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

Es ist schockierend, daß Großbritannien als eine der Garantiemächte dieses Vertrages anläßlich einer kleineren Krise die verbotenen Atomwaffen in diese Zone bringt.

Internationale Vorschriften betreffen auch wirtschaftliche Gegenmaßnahmen. Europäische Länder können kaum so tun, als hätten sie ein Recht auf Vergeltungsmaßnahmen, schon gar nicht im gegenwärtigen Umfang. Sie stehen in keinem angemessenen Verhältnis und sind geeignet, langfristig die wirtschaftliche Grundlage des Landes zu zerstören.

9) Kein Argentinier wäre mit dem Status quo ante einverstanden

Zusätzlich zu den rechtlichen Problemen stellen diese Gegenmaßnahmen eine ernste und sogar tragische politische Fehleinschätzung dar.

Die wütende Reaktion Großbritanniens und die blinde Solidarität der Europäischen Gemeinschaft erscheinen völlig unangebracht, da tatsächlich keine Gruppe von Argentiniern mit einer Wiederherstellung der vorherigen Situation einverstanden wäre. Konservative, Liberale, Populisten, Unternehmer, Gewerkschaften, die Kirche ebenso wie Perez Esquivel, der für seine Bemühungen um die Menschenrechte mit dem Nobelpreis geehrt wurde, halten es alle für selbstverständlich, daß die Malwinen aufgrund der UN-Resolution A/2065 (XX) argentinisches Territorium sind, das von Großbritannien nur durch einen Akt kolonialer Gewalt in Besitz genommen wurde.

Diese Tatsache darf nicht übersehen werden, wenn man die mögliche Auswirkung der Gegenmaßnahmen in Betracht zieht. Sie erklärt die unwiderstehliche Tendenz in der gesamten Bevölkerung, sich mit der gegenwärtigen Regierung zu identifizieren. In Argentinien hat man allgemein den Eindruck, daß Großbritannien, nachdem es über 150 Jahre lang seine Kolonialherrschaft über einen Teil des nationalen Territoriums aufrecht erhalten hat, jetzt dabei ist, einen un-

gerechten Krieg gegen die Bevölkerung selbst zu führen, um seinen ungerechten Anspruch zu verteidigen.
– Obwohl das Beispiel nicht in allen Punkten stimmt, kann ein psychologisch zutreffender Vergleich angestellt werden zwischen dem Fehler, jetzt auf die gesamte argentinische Bevölkerung extremen Druck auszuüben, und dem strategischen Fehler, während des Zweiten Weltkrieges die Wohngebiete der Bevölkerung zu bombardieren: Was in der Absicht geschah, den Widerstand zu brechen, hatte die unerwartete Wirkung, die letzten Reserven für Hitlers Kriegsmaschinerie zu mobilisieren.

Wut ist ein schlechter Ratgeber. Regierungen kommen und gehen, Gegenmaßnahmen jedoch dürfen nie die existentielle und künftige Grundlage einer Bevölkerung treffen, was die Europäische Gemeinschaft anscheinend gerade zu tun gedenkt.

10) Kann die Demokratie imperialistisch sein?

Ein weiterer Aspekt der gegenwärtigen politischen Fehlbeurteilung durch die Europäische Gemeinschaft entfremdet durch die übertriebenen Vergeltungsmaßnahmen das gesamte Lateinamerika. Kein Argentinier und kein einziger Lateinamerikaner glaubt daran, daß England auf den Falkland-Inseln die Freiheit verteidigt. Sie halten diesen Anspruch einfach für eine typische Scheinheiligkeit des 19. Jahrhunderts. Es scheint, daß es Europäern nicht leicht fällt, die Empfindlichkeit Lateinamerikas gegenüber einer militärischen und wirtschaftlichen Bedrohung durch Europa richtig einzuschätzen.
– Getrieben durch den Mechanismus von Kapital und Profit, haben vor der Ankunft der Nordamerikaner die Europäer, im 19. Jahrhundert vor allem die Briten, den südamerikanischen Kontinent ausgeplündert. Die Politik des erzwungenen „Freihandels" hat viele alte und autonome Industrialisierungsprozesse zerstört. Großbritannien hat die Unabhängigkeitsbewegung nie unterstützt. Wenn es sich gelegentlich gegen Spanien einschaltete, dann in der Regel nur in der Absicht, selbst die Vorherrschaft zu übernehmen.
– Die gegenwärtige Unstabilität Lateinamerikas ist weitgehend das Ergebnis europäischer (einschließlich deutscher) wirtschaftlicher Vorherrschaft.

Die Tatsache, daß sich nahezu alle lateinamerikanischen Länder in diesem Fall mit der Haltung Argentiniens identifizieren und empört den Boykott durch die Europäische Gemeinschaft ablehnen, zeigt, daß dieser empfindliche Nerv berührt worden ist.

Alle europäischen Sozialisten sollten bemüht sein, gute Beziehungen zur Bevölkerung Lateinamerikas zu unterhalten und zu entwickeln. Um den von Südamerikas mächtigem Nachbarn im Norden ausgeübten Druck zu verringern, ist diese Beziehung wesentlich für die Unabhängigkeit von jeder Art von überwältigendem ausländischen Einfluß. Die Europäische Gemeinschaft kann nicht so unverantwortlich sein, daß sie diese Perspektiven zerstört.

11) Demokratie kontra Diktatur

Die einzige verständliche Erklärung für die Überreaktion der Europäer könnte vielleicht in der Hoffnung bestehen, durch den Sturz der Militärregierung der Demokratie einen Dienst zu erweisen.

Es ist in der Tat fraglich, ob Präsident Galtieris Führung den langfristigen Interessen Argentiniens wirklich zum Vorteil gereicht. Aber diese Fragen müssen den Argentiniern überlassen bleiben.

Europa ist in der Lage, die Zukunft Argentiniens zu beeinflussen. Es könnte tatsächlich dabei helfen, das Land zu ruinieren. Aber es verfügt in keiner Weise über die Möglichkeit, nach einer Katastrophe einen positiven Wiederaufbau aktiv zu beeinflussen. Die nahezu unerträgliche wirtschaftliche, soziale und politische Krise von Jahrzehnten ist bei weitem zu kompliziert, als daß sie durch brutale militärische und wirtschaftliche Maßnahmen gelöst werden könnte.

Jeder, der daran interssiert ist, daß sich in Argentinien wirtschaftliches und soziales Wohlergehen und demokratische Institutionen entwickeln, muß sich in erster Linie dafür einsetzen, daß die wirtschaftliche Grundlage für die Zukunft bewahrt und verbessert wird.

Statt es auf eine militärische Kraftprobe ankommen zu lassen, deren rechtliche Begründung der-

art unzureichend ist, und statt alle Argentinier zu zwingen, sich um die Regierung zu scharen und sie zu unterstützen, sollte man dem argentinischen Volk gewähren, worauf es ein Recht hat, um auf diese Weise zunehmendes Vertrauen zum Völkerrecht zu schaffen und durch eine friedliche diplomatische Regelung das zu geben, was in der UN-Resolution A 2065 (XX) zugesagt worden ist.

Diejenigen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen in Argentinien, die nach Alternativen zu ihrer gegenwärtigen Regierung suchen, könnten dadurch nur in die Lage versetzt werden, sich der internationalen Friedensbewegung anzuschließen und sich wirksam für eine Schwächung der chauvinistischen Tendenzen in anderen Gruppierungen einzusetzen.

12) Schlußfolgerung

Wirklich freundschaftliche Beziehungen zu den Sozialisten Großbritanniens führen zu der Schlußfolgerung, daß die Krise mit friedlichen Mitteln im Sinne der UN-Resolutionen A/1514 (XV), A/2065 (XX) und A/3160 (XXVIII) dadurch gelöst werden muß, daß der Kolonialismus endlich abgeschafft wird, auch in der Form, die er auf den Falkland-Inseln/Malwinen angenommen hat.

Mit freundlichen Grüßen
(gez.:) Christoph Müller

Anhang: Dokumentation

1) Erklärung über die Entlassung der kolonialen Länder und Völker in die Unabhängigkeit, 14. 12. 1960, UN-Resolution A/1514 (XV)

Eingedenk der von den Völkern der Welt in der Charta der Vereinten Nationen proklamierten Entschlossenheit, das Vertrauen in grundlegende Menschenrechte wiederherzustellen, in die Würde und den Wert der menschlichen Person, in die gleichen Rechte von Männern und Frauen und von großen und kleinen Nationen, sowie den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern,

Im Bewußtsein der Notwendigkeit, Bedingungen der Stabilität und des Wohlergehens zu schaffen und friedliche und freundschaftliche Beziehungen, die auf der Achtung vor den Grundsätzen gleicher Rechte und der Selbstbestimmung aller Völker basieren, sowie eine weltweite Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten für alle ohne Unterschied nach Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion,

Unter Anerkennung des leidenschaftlichen Verlangens nach Freiheit bei allen abhängigen Völkern und der entscheidenden Rolle solcher Völker bei der Erringung ihrer Unabhängigkeit,

In Kenntnis der zunehmenden Konflikte, die daraus resultieren, daß solchen Völkern die Freiheit verweigert oder ihr Weg dorthin behindert wird, und die eine ernste Bedrohung des Weltfriedens darstellen,

In Anbetracht der wichtigen Rolle der Vereinten Nationen bei der Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung in Gebieten unter Treuhandverwaltung und Gebieten ohne Selbstverwaltung,

Unter Anerkennung der Tatsache, daß die Völker der Welt leidenschaftlich die Abschaffung des Kolonialismus in all seinen Erscheinungsformen wünschen,

In der Überzeugung, daß das Fortbestehen des Kolonialismus die Entwicklung internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit vereitelt, die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung abhängiger Völker behindert und dem von den Vereinten Nationen vertretenen Ideal eines weltweiten Friedens entgegenwirkt,

Unter Bestätigung des Rechts der Völker, zu ihrem eigenen Nutzen frei über ihren natürlichen Reichtum und ihre Rohstoffe zu verfügen, unbeschadet aller aus internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit resultierenden Verpflichtungen, auf der Grundlage des Gegenseitigkeitsprinzips und des Völkerrechts,

Im Vertrauen darauf, daß der Prozeß der Befreiung unwiderstehlich und nicht mehr rückgängig zu machen ist und daß zur Vermeidung einer ernsten Krise der Kolonialismus und alle mit ihm verbundenen Praktiken der Rassentrennung und Diskriminierung abgeschafft werden muß,

Die Tatsache begrüßend, daß in den letzten Jahren eine große Zahl von abhängigen Gebieten Freiheit und Unabhängigkeit erhalten haben, und unter Anerkennung der immer stärker werdenden Freiheitsbestrebungen in denjenigen Gebieten, die ihre Unabhängigkeit noch nicht erreicht haben,

In der Überzeugung, daß alle Völker ein unveräußerliches Recht auf völlige Freiheit, auf die Ausübung der Souveränität und auf die Unverletzlichkeit ihres nationalen Territoriums haben,

Proklamiert die Generalversammlung feierlich die Notwendigkeit, den Kolonialismus in all seinen Formen und Manifestationen schnell und bedingungslos abzuschaffen,

und erklärt zu diesem Zweck:

1.) Die Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Beherrschung und Ausbeutung stellt eine Verweigerung grundlegender Menschenrechte dar, steht im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen und behindert die Bemühungen, weltweit Frieden und Zusammenarbeit zu verwirklichen.

2.) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung; kraft dieses Rechts bestimmen sie frei ihren politischen Status und verwirklichen frei ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

3.) Unzulängliches Vorbereitetsein im politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder bildungspolitischen Bereich sollte nie als Vorwand dienen, die Unabhängigkeit hinauszuschieben.

4.) Jede bewaffnete Aktion sowie Unterdrückungsmaßnahmen aller Art, die sich gegen abhängige Völker richten, sollen eingestellt werden, um sie in die Lage zu versetzen, in Frieden und Freiheit ihr Recht auf völlige Unabhängigkeit auszuüben, und die Unverletzlichkeit ihres nationalen Territoriums soll respektiert werden.

5.) In Gebieten unter Treuhandverwaltung und Gebieten ohne Selbstverwaltung oder sonstigen Gebieten, die noch keine Unabhängigkeit erlangt haben, sollen unverzüglich Schritte unternommen werden, alle Vollmachten an die Bevölkerung dieser Gebiete zu übertragen, ohne alle Bedingungen oder Vorbehalte, in Übereinstimmung mit ihren frei bekundeten Wünschen und Absichten, ohne jeden Unterschied der Rasse, der Weltanschauung oder der Hautfarbe, um ihnen den Genuß völliger Unabhängigkeit und Freiheit zu ermöglichen.

6.) Jeder Versuch, der eine teilweise oder völlige Zerschlagung der nationalen Einheit und der territorialen Integrität eines Landes beabsichtigt, ist unvereinbar mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen.

7.) Alle Staaten sollen gewissenhaft und strikt die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der vorliegenden Erklärung befolgen, und zwar auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aller Staaten und der Achtung vor den souveränen Rechten aller Völker und ihrer territorialen Unverletzlichkeit.

2) Die Frage der Falkland-Inseln (Malwinen), 4. 1. 1966, UN-Resolution A/2065 (XX)

Die Generalversammlung –

nachdem sie die Frage der Falkland-Inseln (Malwinen) untersucht hat,

unter Berücksichtigung der Kapitel, die in den Berichten des zur Lage gebildeten Sonderausschusses enthalten sind, im Hinblick auf die Verwirklichung der Erklärung über die Entlassung der kolonialen Länder und Völker in die Unabhängigkeit bezüglich der Falkland-Inseln (Malwinen), und insbesondere der Schlußfolgerungen und Empfehlungen, die vom Ausschuß betreffs des obenerwähnten Gebietes beschlossen wurden,

in Erwägung der Tatsache, daß ihre Entschließung 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 durch das hohe Ziel motiviert war, den *Kolonialismus* in all seinen Formen, *von denen eine im Fall der Falkland-Inseln (Malwinen) gegeben ist,* zu beseitigen,

stellt fest, daß zwischen den Regierungen Argentiniens und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland ein Streitfall existiert, der die Souveränität über die besagten Inseln betrifft, und

1. ersucht die Regierungen Argentiniens und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, unverzüglich mit den vom zur Lage gebildeten Sonderausschuß empfohlenen Verhandlungen im Hinblick auf die Verwirklichung der Erklärung über die Entlassung der kolonialen Länder und Völker in die Unabhängigkeit zu beginnen, um zu einer friedlichen Lösung des Problems zu gelangen, und dabei die Bestimmungen und Ziele der Charta der Vereinten Nationen und der Resolution 1514 (XV) sowie die Interessen der Bewohner der Falkland-Inseln (Malwinen) zu berücksichtigen;

2. fordert die beiden Regierungen auf, dem Sonderausschuß und der Generalversammlung auf ihrer einundzwanzigsten Sitzung über die Ergebnisse der Verhandlungen Bericht zu erstatten.

3) *Die Frage der Falkland-Inseln (Malwinen),* 29. 1. 1974, UN-Resolution A/3160 (XXVIII)

Die Generalversammlung –

hat die Frage der Falkland-Inseln (Malwinen) eingehend geprüft,

erinnert an ihre Entschließung 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960, in der die Erklärung zur Entlassung der kolonialen Länder und Völker in die Unabhängigkeit enthalten ist,

erinnert ferner an ihre Entschließung 2065 (XX) vom 16. Dezember 1965, in der sie die Regierungen Argentiniens und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland ersuchte, unverzüglich mit den vom zur Lage gebildeten Sonderausschuß empfohlenen Verhandlungen im Hinblick auf die Verwirklichung der Erklärung über die Entlassung der kolonialen Länder und Völker in die Unabhängigkeit zu beginnen, um zu einer friedlichen Lösung des Problems der Falkland-Inseln (Malwinen) zu gelangen, und dabei die Bestimmungen und Ziele der Charta der Vereinten Nationen und der Resolution 1514 (XV) sowie die Interessen der Bewohner der Falkland-Inseln (Malwinen) zu berücksichtigen,

ist zutiefst besorgt über die Tatsache, daß seit der Annahme der Resolution 2065 (XX) acht Jahre verstrichen sind, ohne daß bei den Verhandlungen irgendein wesentlicher Fortschritt erreicht worden ist,

verweist darauf, daß die *Resolution 2065 (XX)* deutlich macht, daß der Weg, *diese koloniale Situation zu beenden,* in der friedlichen Lösung dieses Souveränitätskonflikts zwischen der Regierung Argentiniens und dem Vereinigten Königreich hinsichtlich der obengenannten Inseln besteht,

bringt ihre *Dankbarkeit für die von der Regierung Argentiniens fortwährend unternommenen Anstrengungen* zum Ausdruck, in Übereinstimmung mit den betreffenden Entscheidungen der Generalversammlung *den Prozeß der Entkolonialisierung zu erleichtern und das Wohlergehen der Inselbevölkerung zu fördern,* und

1. billigt die Kapitel, die im Bericht des zur Lage gebildeten Sonderausschusses enthalten sind, im Hinblick auf die Verwirklichung der Erklärung über die Entlassung der kolonialen Länder und Völker in die Unabhängigkeit bezüglich der Falkland-Inseln (Malwinen) und insbesondere die vom Sonderausschuß am 21. August 1973 angenommene Entschließung bezüglich dieses Gebietes;

2. erklärt es für notwendig, die Verhandlungen zwischen der Regierung Argentiniens und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland zu beschleunigen, zu denen in der Resolution 2065 (XX) der Generalversammlung aufgerufen wird, um zu einer friedlichen Lösung des zwischen ihnen bestehenden Souveränitätskonfliktes bezüglich der Falkland-Inseln (Malwinen) zu gelangen;

3. fordert die Regierung Argentiniens und das Vereinigte Königreich daher dringend auf, unverzüglich mit den Verhandlungen in Übereinstimmung mit den Vorschriften der einschlägigen Entschließungen der Generalversammlung fortzufahren, *um die koloniale Situation zu beenden;*

4. fordert beide Regierungen auf, so bald wie möglich dem Generalsekretär und der Generalversammlung, und zwar nicht später als zu ihrer neunundzwanzigsten Sitzung, über die Ergebnisse der empfohlenen Verhandlungen Bericht zu erstatten.

4) Gemeinsames Kommuniqué, 23. 2. 1977, *Informationsabteilung der Britischen Botschaft in Buenos Aires*

Am 22. und 23. dieses Monats kam es im Außen- und Kultusministerium zu Gesprächen zwischen Vertretern des argentinischen Außenministeriums unter Leitung des Untersekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptmann Gualter O. Allara, und der britischen Delegation unter Leitung von Mr. Edward Rowlands, Staatsminister im Amt für Auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten.

Ziel des Treffens war es, alle Aspekte für die Zukunft der Falkland-Inseln, Süd-Georgiens und der südlichen Sandwich-Inseln, sowie der anglo-argentinischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu beraten und die Möglichkeit zu prüfen, Richtlinien für spätere „Verhandlungen" zu erarbeiten.

Im gegenwärtigen Stadium der Gespräche ist es notwendig geworden, daß die Delegationen mit ihren jeweiligen Regierungen einige Punkte beraten, deren Klärung noch weiterer Untersuchung bedarf, um den Bereich der bereits erzielten Verständigung weiter auszudehnen.

Die Gespräche, die sich in konstruktivem Geiste entwickelt haben, werden zu einem Zeitpunkt und an einem Ort fortgesetzt, die zur gegebenen Zeit festgelegt werden. (Veröffentlicht in Port Stanley am Montag, dem 21. Februar, durch die Vereinigten Ratsvertretungen der Falkland-Inseln.)

Mr. Ted Rowlands, Mitglied des Parlaments und Staatsminister im Amt für Auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten, hat am 21. Februar die Falkland-Inseln nach einer anstrengenden Periode von Beratungen mit einem weiten Querschnitt durch die Meinungen der Inselbewohner und nach ausführlichen Gesprächen mit den Ratsvertretungen wieder verlassen. Auf der Grundlage dieser Beratungen hat der Minister dem Rat vorgeschlagen, man solle versuchen, mit der argentinischen Regierung Richtlinien auszuarbeiten für spätere formelle Gespräche über das doppelte Thema der politischen Beziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Bei allen derartigen Verhandlungen müßten die weitreichenden Themen, die die Zukunft der Inseln betreffen, einschließlich der Frage der Souveränität, diskutiert werden. Jedoch *versicherte er den Inselbewohnern, erstens würden die Verhandlungen unter vollem Souveränitätsschutz stehen,* das heißt, die Haltung des Vereinigten Königreiches zur Souveränität über die Inseln werde in keiner Weise beeinträchtigt, und zweitens werde es im Verlaufe jedweder Verhandlungen volle Konsultationen mit den Inselbewohnern geben.

Angesichts dieser umfassenden Zusicherungen billigte der Rat die Absicht der britischen Regierung, den Versuch zu unternehmen, zu einer Basis für „Verhandlungen" mit der Regierung Argentiniens zu gelangen. Dementsprechend wird Mr. Rowlands während seines bevorstehenden Besuchs in Buenos Aires Gespräche über einen geeigneten Zeitpunkt führen. Der Minister sagte zu, die Ratsvertretungen über das Ergebnis dieser Sondierungsgespräche in Buenos Aires zu informieren.

5) Erklärung des Interamerikanischen Rechtsausschusses zum Problem der Malwinen, 16. 1. 1976, UN-Dokument A/AC. 109/511 (Anhang); Auszüge:

Unter erneutem Hinweis auf seine Entschließung vom 18. Februar 1974, in der er seine Besorgnis zum Ausdruck brachte, daß es in den Ländern Amerikas noch immer Gebiete gibt, die von ausländischen Mächten besetzt sind, obwohl die lateinamerikanischen Staaten wiederholt ihren An-

spruch auf Rückgabe angemeldet haben, da diese Gebiete einen integrierten Bestandteil ihrer nationalen Territorien darstellen;

. . .

Unter erneutem Hinweis auf die gerechte Forderung der Argentinischen Republik nach Souveränität über die Malwinen auf der Grundlage der zur Zeit der Entstehung des Konflikts geltenden internationalen Bestimmungen;

. . .

Unter erneutem Hinweis auf die Resolution 2065 (XX) der Vereinten Nationen, die 1965 auf der 20. Sitzung der Generalversammlung angenommen wurde und den Regierungen Argentiniens und des Vereinigten Königreiches empfiehlt, mit den Verhandlungen fortzufahren, die dem Ziel dienen, das Problem des Souveränitätsstreits über die Malwinen zu lösen und dabei die Interessen der Inselbevölkerung zu berücksichtigen; sowie auf die Resolution 3160 (XXVIII) der Vereinten Nationen, die 1973 auf der 28. Sitzung der Generalversammlung angenommen wurde und in der die Generalversammlung zunächst ihre Dankbarkeit gegenüber der Regierung Argentiniens für ihre Anstrengungen zur Förderung des Wohlergehens der Inselbevölkerung zum Ausdruck gebracht und es dann für notwendig erklärt hat, die Verhandlungen zwischen beiden Regierungen zu beschleunigen, um zu einer friedlichen Lösung des Souveränitätskonflikts um die besagten Inseln zu gelangen;

. . .

Indem er erneut erklärt, daß die verbürgten Ideale unserer Republiken die Abschaffung jeder Besetzung, Usurpation, aller Enklaven und jeder sonstigen Form noch bestehender Kolonialherrschaft in den beiden Teilen Amerikas erfordern,

erklärt der Ausschuß:

(1) daß die Argentinische Republik ein unanfechtbares Recht auf Souveränität über die Malwinen besitzt und daß demzufolge die grundlegende Frage, die zu entscheiden ist, das Verfahren betrifft, mit dem die Wiedereingliederung des Territoriums vorgenommen wird;

. . .

(3) daß die Anwesenheit ausländischer Kriegsschiffe in Gewässern, die an die amerikanischen Staaten grenzen, und die drohende Ankündigung der britischen Behörden, weitere Schiffe zu entsenden, eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit des Kontinents darstellen und eine flagrante Verletzung der internationalen Normen der Nichtintervention;

(4) daß dies alles feindseliges Verhalten darstellt, das darauf abzielt, die Ansprüche der argentinischen Regierung zum Schweigen zu bringen und den Fortschritt der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen empfohlenen Verhandlungen zu blockieren.

Münchener Appell „Gegen Sozialabbau – für Vollbeschäftigung"

(Wortlaut)

Die Bundesrepublik befindet sich im 7. Jahr einer Massenarbeitslosigkeit mit durschnittlich mehr als einer Million offiziell registrierten Erwerbslosen. Zu Beginn des Jahres 1982 ist diese Zahl bereits auf zwei Millionen angewachsen. Hinzu kommt die sogenannte stille Reserve von knapp einer Million Arbeitssuchenden, die nicht beim Arbeitsamt registriert sind.

Eine Folge dieser Entwicklung ist die physische und materielle Verarmung vieler Betroffener, vor allem derjenigen, die bereits über einen längeren Zeitraum ohne Arbeit sind. Besonders die an-

wachsende Zahl jugendlicher Arbeitsloser macht deutlich, daß unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung immer weniger in der Lage ist, der nachwachsenden Generation eine sinnvolle Lebensperspektive zu eröffnen.

Aber auch ältere Arbeitnehmer sind von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen, weil für sie der auf höchstmögliche Ausnutzung der Arbeitskraft ausgerichtete Produktionsprozeß langfristig zu erheblichen Beeinträchtigungen des Leistungsvermögens und zu einer verringerten Einsetzbarkeit im Arbeitsprozeß führt.

Der überproportional hohe Frauenanteil droht überdies die Bemühungen um Gleichberechtigung nachhaltig zu untergraben.

Die etablierten Parteien geraten mehr und mehr in Legitimationsschwierigkeiten und verlieren zunehmend das Vertrauen vor allem der nachwachsenden Generation. Dies gilt insbesondere für die Sozialdemokratie.

In dieser Situation hat die sozialliberale Regierungskoalition Maßnahmen zur Deckung des Haushaltsdefizits, das im wesentlichen auf die anhaltende Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist, durchgesetzt. Diese Maßnahmen werden die bedrohliche Beschäftigungskrise jedoch weiter verschärfen. Die „Operation '82" und der damit verbundene Abbau sozialer Leistungen und des Arbeitnehmereinkommens läßt befürchten, daß die Bundesregierung immer stärker auf die Politik ökonomischer Krisenbewältigung einschwenkt, wie sie in Großbritannien und den USA von den dortigen konservativen Regierungen mit den bekannten wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Arbeitnehmer betrieben wird. Diese „Operation" ist nichts anderes als eine gezielte Belastung der einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen.

Im Gegensatz zu konservativen Auffassungen liegen die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht in den angeblich zu hohen Lohnkosten (die Lohnquote ist gesunken), sondern in der Tatsache, daß es – nicht zuletzt auch als Folge der Hochzinspolitik – für die Unternehmer profitabler ist, ihr Kapital auf dem Geldmarkt anzulegen anstatt produktive arbeitsplatzschaffende Investitionen zu tätigen. Im Vergleich zu ihren Gewinnen, die in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind, investieren die deutschen Unternehmer nicht nur zu wenig, sondern auch mit der falschen Zielsetzung – nämlich mit der Absicht, durch Rationalisierung weitere Arbeitsplätze abzubauen.

Durch die Streichung von Sozialleistungen und die damit verbundene Steuerentlastung der privaten Unternehmer wird diese Entwicklung nicht aufgehalten, sondern weiter verstärkt.

Das von der Bundesregierung vorgelegte „Beschäftigungsprogramm" ist sowohl vom finanziellen Umfang als auch von der grundsätzlichen Ausrichtung her nicht in der Lage, die Arbeitslosigkeit abzubauen; von einer Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ganz zu schweigen.

Zum einen ist die zeitlich begrenzte Investitionszulage von 10 Prozent eine reine Subvention von Rationalisierungsinvestitionen, weil sie nicht an die Auflage geknüpft ist, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Zum anderen bedeutet die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 13 auf 14 Prozent sowohl eine zusätzliche Belastung der Arbeitnehmer als auch eine weitere Schwächung der Inlandsnachfrage.

Der Krise der öffentlichen Haushalte kann nur durch die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden. Um die weitere materielle Verarmung von immer größer werdenden Bevölkerungsgruppen zu verhindern, müssen die Sozialleistungen nicht nur erhalten, sondern weiter ausgebaut werden; die bisherige Sozialpolitik, deren Charakter darin besteht, bereits eingetretene Schäden im nachhinein zu lindern, ist durch eine vorbeugende Sozialpolitik zu ersetzen, die an den Ursachen sozialer Schädigungen ansetzt. Das heißt, der wirksamste Schutz gegen die unsozialen Folgen der Arbeitslosigkeit besteht in einer Wirtschaftspolitik, die in der Lage ist, Vollbeschäftigung und humane Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Eine Politik, die auf die Selbstregulierung der freien Kräfte des Marktes vertraut, vermag dies nicht zu leisten, im Gegenteil: eine solche Politik befördert Arbeitslosigkeit und führt damit letztlich zur sozialen Demontage.

Wir fordern daher:

1. ein Beschäftigungs- und Investitionsprogramm in Höhe von mindestens 50 Milliarden DM für fünf Jahre und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Bereichen Energieversorgung (insbesondere durch die Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten der Fernwärme), Wohnungs- und Städtebau und durch den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.

2. Die Finanzierung dieses Beschäftigungs- und Investitionsprogramms durch

– die Erhebung einer Ergänzungsabgabe zur Einkommens- und Körperschaftssteuer ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60 000/120 000 DM (Alleinstehende/Verheiratete) entsprechend den Forderungen des DGB,
– die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Abgeordnete, Beamte, Selbständige und Freiberufler,
– die entscheidende Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und die Ausweitung des Betriebsprüfungssystems,
– die Überprüfung sämtlicher Subventionen im Hinblick auf die Beschäftigungswirkung und Mitnehmereffekte,
– die Einführung einer Höchstgrenze für die Berechtigung der Inanspruchnahme des Ehegattensplittings im Steuerrecht,
– die Kürzung des Verteidigungshaushalts unter Berücksichtigung der hieraus sich ergebenden Beschäftigungswirkungen.

3. Den Übergang zu einer vorbeugenden Sozialpolitik durch die Sicherung eines maßgeblichen Einflusses der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf die Gestaltung des Arbeitsprozesses. Hierdurch können soziale und gesundheitliche Schädigungen am Ort ihres Entstehens verhindert werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden einzubringen.

4. Investitionssteuernde Maßnahmen zur Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes, der an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer orientiert ist. Dies bedeutet: weitgehende Eingriffe in die alleinige Verfügung der privaten Unternehmen über die Investitionen, einerseits durch eine Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung wie auch durch Formen überbetrieblicher Mitbestimmung in Wirtschafts- und Sozialräten.

Diese Maßnahmen sollen erste Schritte sein in Richtung auf eine Wirtschaftsordnung, die nicht am Profitprinzip orientiert ist, sondern in der die Bedürfnisse der Arbeitnehmer in einem demokratischen Prozeß artikuliert und bereits vor der Produktion berücksichtigt werden.

Erstunterzeichner: Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier – Dr. Jürgen Böddrich, Vorsitzender des SPD-Bezirks Südbayern – Fritz Schösser – Willi Piecyk, Juso-Bundesvorsitzender – Manfred Jena, Personalratsvorsitzender und Landtagskandidat der SPD – Bernhard Groth, stellv. Juso-Bundesvorsitzender – Michael Wendl, Gewerkschaftssekretär – Clemens Pingel, Vorsitzender des Juso-Bezirks Südbayern – Max Weber, Gewerkschaftssekretär, Landtagskandidat der SPD – Rudolf Hartung, Juso-Bundessekretär – Jürgen Feuchtmann, Gewerkschaftssekretär – Helmut Hindinger, Mitglied des Juso-Bundesausschusses – Martin Hoffmann, Gewerkschaftssekretär – Günter Kreis, Mitglied des Juso-Bundesausschusses – Dr. Gerd Elvers, Vorsitzender des AfA-Bezirks Südbayern – Werner Neumann, Vorsitzender des Juso-Bezirks Franken – Klaus Dittrich, Gewerkschaftssekretär – Wolfgang Veiglhuber, Vorsitzender der Münchner Jusos.

„Zerstörung der Demokratie – Machtergreifung und Widerstand 1933." Berliner Kulturrat koordiniert: Großes Veranstaltungsprogramm von unten zum 30. Januar 1983

(Wortlaut)

Am 30. Januar 1983 jährt sich die „Machtergreifung" des Hitlerfaschismus zum 50. Mal. Der Berliner Kulturrat hat zu diesem Anlaß die Initiative zu einem „Veranstaltungsprogramm von unten" ergriffen, das von zahlreichen kulturellen Gruppen und Organisationen der Stadt unterstützt wird. Der Versuch ist bemerkenswert, den Jahrestag nicht im Stil von offizellen Mahn- und Gedenkstunden abzufeiern, sondern das Datum zu einer intensiven Information und Diskussion in der breiten Öffentlichkeit zu nutzen. Das Veranstaltungskonzept kommt dem entgegen: Der Hitlerfaschismus und der antifaschistische Widerstand sollen in einer Form präsentiert werden, die Erfahrungen vermitteln und politische Einsichten fördern kann. Dies scheint gegenwärtig besonders aktuell, da sich neofaschistische Kräfte – nicht ohne Erfolg – verbreiteter Ressentiments (gegenüber Ausländern beispielsweise) bedienen. Die Initiative verdient über Berlin hinaus Aufmerksamkeit bei der Vorbereitung auf den 30. Januar 1983. D. Red.

Am 30. Januar 1933 jährt sich zum 50. Mal der Tag der „Machtergreifung". Auf Initiative des Berliner Kulturrates haben sich Organisationen und Gruppen aus allen künstlerischen Bereichen zusammengefunden, die 1983 ein gemeinsames Veranstaltungsprogramm unter dem Titel „Zerstörung der Demokratie – Machtergreifung und Widerstand 1933" realisieren wollen.

Das Besondere des Veranstaltungsprogramms ist die Verbindung von zentralen und dezentralen Aktivitäten zu einem Projektpaket. So beteiligen sich große Ausstellungsinstitutionen wie die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst ebenso wie freie Theater- und Musikgruppen und Stadtteilvereine. In den Stadtteilprojekten soll vor Ort eine Spurensicherung hinsichtlich Faschismus und Widerstand vorgenommen werden. Die übergeordneten Bezüge werden z. B. in der Ausstellung in der Staatlichen Kunsthalle dargestellt. Diese neuen Kooperationen zwischen unterschiedlichen Projekten ermöglichen einen Diskussionsprozeß, der in Berlin eine neue Qualität von Kulturarbeit schaffen wird.

Es besteht ein Defizit an Kenntnissen über Ursachen und Wirkungen des Nationalsozialismus. Das wollen wir angehen: in Gesprächen zwischen jungen und alten Menschen, durch Mitmachtheater, Ausstellungen, Konzerte, kulturpädagogische Programme, Theateraufführungen, Stadtrundfahrten und Lesungen. Das Projekt soll auch denjenigen, die die Zeit des Nationalsozialismus nicht erlebt haben, die Möglichkeit geben, Geschichte als etwas, das sie angeht, zu erfahren und daraus für die Gegenwart zu lernen. So wird das Thema Jugendopposition unter dem Nationalsozialismus in Berlin aufgearbeitet und die Frage von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit thematisiert. Die Wirkungsweisen kultureller Ausdrucksformen des Nationalsozialismus sind bisher kaum beachtet worden. Sie werden dargestellt in Konzerten über Alltagsmusik des Nationalsozialismus, in den Bereichen Film und Pressefotografie. Wie Institutionen und Organisationen von den Nationalsozialisten gleichgeschaltet wurden, ist weitgehend unbekannt. Deshalb wollen kulturelle Verbände ihre eigene Geschichte aufarbeiten. Veränderungen in einem wichtigen Bereich des Alltags läßt eine Ausstellung über die Berliner Schule nacherleben. Persönliche Betroffenheit wollen die sieben beteiligten Theatergruppen durch ihre Möglichkeiten herstellen.

Zum ersten Mal in Berlin kommt ein Vorschlag für ein großes Veranstaltungsprogramm von unten. In einem demokratischen Verfahren haben alle Beteiligten ihre Vorschläge eingebracht und stimmen sie in gemeinsamen Diskussionen aufeinander ab. Daraus entwickelt sich eine Vernetzung der einzelnen Teile, die auch zu gemeinsamen Veranstaltungen führt. Viele der Beteiligten arbeiten bereits seit langem über Nationalsozialismus und Widerstand. Sie werden deshalb ihre Arbeit auch nicht mit einem Auslaufen der Finanzierung einstellen.

Der Berliner Senat hat es versäumt, rechtzeitig eine Initiative zu ergreifen. Deshalb hat der Berliner Kulturrat im Auftrag der Beteiligten ein Projektpaket beim Senat eingereicht. Er erwartet vom Senat und vom Abgeordnetenhaus, daß sie das Vorhaben als Ganzes und finanziell in voller Höhe unterstützen. In europäischen Nachbarländern sind Erwartungen geäußert worden, daß gerade wir in Berlin uns zum 50. Jahrestag der „Machtergreifung" der Auseinandersetzung stellen. Beim Berliner Senat ist ein finanzieller Zuschuß in Höhe von 2,4 Mill. DM beantragt worden. Die Hälfte der Summe sind reine Sachmittel. Der größte Teil der inhaltlichen Arbeit und auch organisatorische und technische Tätigkeiten werden unentgeltlich geleistet.

Wenn in Berlin 80 Mill. DM für den Wiederaufbau der Kongreßhalle zur Verfügung stehen, dann müssen auch 2,4 Mill. für eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus da sein. Das ist gerade halb so viel wie der Werbeetat der Preußenausstellung. Das Programm ist eigenverantwortlich organisiert worden; deshalb soll der Berliner Kulturrat finanzieller Träger und Koordinator bleiben. Im Sportbereich ist diese Form der Selbstverwaltung schon lange üblich. Selbstverwaltung ist vor allem wichtig, weil viele kleine Gruppen beteiligt sind, die Beratung und Unterstützung brauchen. Das Programm darf nicht in viele kleine Einzelaktivitäten zerfallen. Deshalb ist im Finanzantrag auch Geld für ein gemeinsames Programmbuch, Plakat und Werbung vorgesehen.

In den politischen Parteien und Regierungen wird viel über Bürgernähe und „Dialog mit dem Bürger" geredet. Wir erwarten, daß man uns zu Wort kommen läßt.

Wenn der Berliner Senat am 18. Mai. 82 über das Projektpaket beschließt, hat er die Möglichkeit zu zeigen, was er von demokratisch gewachsener, neue Kooperationsformen erschließender, sich der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stellender Kulturarbeit hält.

Der Vorstand des Berliner Kulturrats.

An dem Antrag an den Berliner Senat sind beteiligt: Gruppe Neue Musik Berlin – Neuköllner Oper – Theater Karawane – Berliner Kulturrat, Sektion Musik – Musikfrauen Berlin – Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum – Neue Gesellschaft für Bildende Kunst und Staatliche Kunsthalle Berlin – Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs und Kulturverein in der Galerie am Chamissoplatz – Neuköllner Kulturverein – Projektgruppe Kirchlicher Widerstand im 3. Reich – Lunapark, Kulturhaus Wilmersdorf – Berliner Geschichtswerkstatt – Elefanten Press Galerie – Neue Gesellschaft für Literatur – Berliner Mietergemeinschaft – Arbeitsgruppe AEG – Verein zur Förderung der kulturellen Jugendarbeit in SO 36 – Landesjugendring Berlin – Niederländische Ökumenische Gemeinde – Werkbund Archiv – Bildungswerk des Berufsverbands Bildender Künstler Berlins – Galerie 70 – Bund Deutscher Kunsterzieher – Freie Theateranstalt – Theater-Manufaktur – Theater Zentrifuge – TIK Theater in Kreuzberg – Zan Pollo Theater.

An dem gesamten Programm sind zahlreiche weitere Organisationen und Institutionen beteiligt, die Veranstaltungen selbst finanzieren können, Konzepte noch diskutieren oder inhaltliche, organisatorische und technische Unterstützung geben.

Autoren dieses Heftes

Christa HERTERICH, Dr. phil., geb. 1946 in Frankfurt a. M., Studium der Romanistik, Verlagslektorin. *** *Alexander GSCHWIND,* Dr. iur., geb. 1950, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Basel, Promotion 1977 mit der Dissertation „Entwicklung von Partei und Staat im unabhängigen Algerien (1962–1977)", nach Tätigkeit als Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Zürich, publizistische Beiträge zu Afrika-Fragen. *** *Michael OPPERSKALSKI,* geb. 1957, lebt als Journalist in Köln. Zeitschriften- und Buchveröffentlichungen. *** *Wolfgang DÄUBLER,* Dr., geb. 1939 in Berlin, Professor für Arbeitsrecht, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, arbeitet zur Zeit an Rechtsproblemen der sogenannten Nachrüstung.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 7/1982 der „Blätter" wird am 19. 7. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 6/82
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-325366-01-01 532
LANGWEG-BERHOERSTER
RENATE

TROSCHELSTR 12

5300 BONN

In den Straßen steigt das Fieber

Jugend in der BRD

Klaus Dörre / Paul Schäfer
In den Straßen steigt das Fieber
Jugend in der Bundesrepublik
200 Seiten, DM 12,80

Das Buch behandelt die Auswirkungen der ökonomischen und sozialen Krise auf die Lebensverhältnisse Jugendlicher, die Fragwürdigkeit der überlieferten Normen, den Wertwandel bei großen Teilen der Jugend sowie die breite Palette ihrer Verhaltensweisen: Anpassen, Aussteigen, aktives Engagement etc. Breiten Raum nimmt die Darstellung der Protestmotive und Protestbewegungen ein. Dabei werden in großem Umfang Selbstzeugnisse herangezogen.

Kleine Bibliothek

Pahl-Rugenstein

Autoren dieses Heftes

Christa HERTERICH, Dr. phil., geb. 1946 in Frankfurt a. M., Studium der Romanistik, Verlagslektorin. *** *Alexander GSCHWIND,* Dr. iur., geb. 1950, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Basel, Promotion 1977 mit der Dissertation „Entwicklung von Partei und Staat im unabhängigen Algerien (1962–1977)", nach Tätigkeit als Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Zürich, publizistische Beiträge zu Afrika-Fragen. *** *Michael OPPERSKALSKI,* geb. 1957, lebt als Journalist in Köln. Zeitschriften- und Buchveröffentlichungen. *** *Wolfgang DÄUBLER,* Dr., geb. 1939 in Berlin, Professor für Arbeitsrecht, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, arbeitet zur Zeit an Rechtsproblemen der sogenannten Nachrüstung.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 7/1982 der „Blätter" wird am 19. 7. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416